JBZ arbeitspapiere | 75

Gesell-schaft im Umbruch

SALZBURGER AUTORITARISMUSSTUDIE 4

Zum Stand autoritärer Einstellungen in Krisenzeiten und zum Ausmaß aktueller Wertepolarisierungen in Salzburg

Wolfgang Aschauer & Janine Heinz

PARIS LODRON UNIVERSITÄT SALZBURG

JBZ Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen

IMPRESSUM

JBZ-ARBEITSPAPIERE ist eine Reihe der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen und wird seit 2010 regelmäßig publiziert. Fokus liegt auf der wissenschaftlichen Aufarbeitung zukunftsweisender Debatten. Alle Publikationen sind im Sinne von Open-Access digital frei verfügbar. Mit Unterstützung von Stadt und Land Salzburg.

www.jungk-bibliothek.org

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbiografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2025 Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Salzburg

Alle Rechte vorbehalten.

Grafische Gestaltung: Eric Pratter
Lektorat der Texte: Clara Buchhorn
Gesamtherstellung: Print Alliance, Bad Vöslau

ISBN 978-3-902876-70-6

DIE AUTOR:INNEN

Wolfgang Aschauer ist Assoziierter Professor am Fachbereich Soziologie und Sozialgeographie, Abteilung Soziologie und Kulturwissenschaft. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Herausforderungen der Sozialintegration, Werteforschung und mit ländervergleichenden Umfragen.

Die Salzburger Autoritarismusstudien führte er nun bereits das vierte Mal gemeinsam mit Janine Heinz durch. **Janine Heinz** ist Sozialwissenschaftlerin in Wien.

INHALT

4 **1. Einleitung: Die gesellschaftliche Lage in Österreich und Zielsetzungen der Studie**

12 **2. Zur Beständigkeit, Wiederkehr und Dynamik autoritärer Versuchungen**

14 2.1 Zur Kontinuität autoritärer Haltungen: Die wesentlichen Entwicklungslinien der Autoritarismusforschung

18 2.2 Zur Kontinuität autoritärer Haltungen: Die wesentlichen Entwicklungslinien der Autoritarismusforschung

22 **3. Spaltungslinien und Wertekonflikte in der österreichischen Bevölkerung**

22 3.1 Auf dem Weg zum autoritären Kapitalismus?

25 3.2 Zur Analyse gegenwärtiger Polarisierungstendenzen

29 3.3 Ungleichheitsarenen und Einflussfaktoren auf gegenwärtige Wertekonflikte

35 **4. Das Untersuchungsdesign der Salzburger Autoritarismusstudie 2024**

45 **5. Die Messung zentraler Konstrukte verbunden mit einer aktuellen Zustandsbeschreibung**

47 5.1 Zum gegenwärtigen Stand von Desintegrationswahrnehmungen

52 5.2 Die Messung ideologischer Grundpositionen

57 5.3 Zum gegenwärtigen Stand autoritärer Einstellungen

67 5.4 Zum gegenwärtigen Stand von Vorurteilen

71 5.5 Zur Messung und zum gegenwärtigen Ausmaß zentraler Wertekonflikte

77 **6. Eine milieuspezifische Betrachtung autoritärer Grundstrukturen**

77 6.1 Soziale Desintegration, Politikverdrossenheit und Zukunftspessimismus im Zeitverlauf

80 6.2 Autoritäre Haltungen im Zeitverlauf

86 6.3 Antiegalitäre Haltungen im Zeitverlauf

92 **7. Einflussfaktoren in Bezug auf Autoritarismus und Wertepolarisierungen**

94 7.1 Einflussfaktoren auf autoritäre Haltungen

97 7.2 Einflussfaktoren auf die Einstellungen zu zentralen gesellschaftspolitischen Themen

101 **8. Eine vertiefende Analyse von Einstellungs- und Argumentationsmustern in rechts- und linksorientierten Wähler:innenmilieus Salzburgs**

101 8.1 Auswertungsstrategie

103 8.2 Feldzugang und Kurzcharakteristik der Interviewpartner:innen

103 8.3 Ergebnisse

154 8.4 Fazit: Wie spiegeln sich autoritäre Einstellungen in den Ungleichheitsarenen wider?

161 **Endnoten**

1. Einleitung: Die gesellschaftliche Lage in Österreich und Zielsetzungen der Studie

Die vorliegende Publikation präsentiert die Ergebnisse der vierten Salzburger Autoritarismusstudie, die im Frühjahr 2024 durchgeführt wurde. Die Studie wird seit 2017 von der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Auftrag gegeben und in bewährter Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziologie der Universität Salzburg durchgeführt. An der gegenständlichen Befragung nahmen 441 Personen an der Online-Umfrage teil, die Feldarbeit übernahm wie auch in den früheren Erhebungswellen (2017, 2019 und 2021) das Institut für Grundlagenforschung[1]. Parallel dazu wurden qualitative Interviews mit Personen aus dem rechten und linken Spektrum der Wählerschaft in Salzburg durchgeführt, um die quantitativen Erkenntnisse zu erweitern und vertiefende Schlussfolgerungen zu den vorherrschenden Sichtweisen der Salzburger Bevölkerung im Frühjahr 2024 zu erhalten.[2]

Ganz generell fällt die aktuelle Erhebung der Autoritarismusstudie in eine turbulente, oftmals als krisenhaft beschriebene Zeitspanne für die westlichen Demokratien. Während die Erhebungswellen 2017 und 2019 – im Rückblick betrachtet – noch als einigermaßen stabile Perioden in Bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung Österreichs betrachtet werden konnten, fiel die Umfrage im Herbst 2021 bereits mitten in die Corona-Pandemie. Zwar galt die Covid-19-Pandemie schließlich im Jahr 2022 als weitgehend bewältigt, jedoch hinterließ diese tiefe Gräben in der Bevölkerung, die bis heute nachwirken. Die Auseinandersetzungen rund um den adäquaten Umgang mit der Covid-19-Pandemie verringerten das Vertrauen in die Politik und förderten Entwicklungen hin zu einer weitreichenden Politikverdrossenheit. In weiterer Folge haben sich der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der 2022 begonnen hat, sowie auch die wirtschaftlichen Konsequenzen (und dabei insbesondere die Inflations- und Energiekrise) auf die ökonomische Situation der Österreicher:innen deutlich ausgewirkt. Die gesellschaftliche Integration scheint für viele Menschen, die in Österreich leben und in der gegenwärtigen ökonomischen Krise stark betroffen sind, immer schwieriger zu werden; Gefühlslagen des Abgehängtseins[3] nehmen zu. In der Soziologie stellen derartige Prozesse des sozialen Wandels in der Gesellschaft wichtige Erklärungen dar, warum rechtsautoritäre Akteur:innen (in Europa im Allgemeinen und auch in Österreich im Besonderen) an Bedeutung gewinnen. Diese greifen die Bedrohungswahrnehmungen der Österreicher:innen und den Wunsch nach Veränderung geschickt auf und punkten mit einfachen

Botschaften, weil viele mit der Komplexität gesellschaftlicher Entwicklungen überfordert sind und mit Abstiegsängsten und Zukunftspessimismus reagieren. Prozesse der sozialen Destabilisierung zeigen sich hierbei einerseits am Erwerbsmarkt, der durch Prozesse der Flexibilisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt aber auch durch Herausforderungen der ökologischen Transformation gekennzeichnet ist. Sie manifestieren sich andererseits auch zunehmend in einer Vertrauenskrise der Politik, die sich auch in Österreich über die Jahre stärker manifestiert hat.[4] Auch auf kultureller Ebene wird auf Bedrohungslagen der gesellschaftlichen Kohäsion verwiesen, weil Wertepolarisierungen, Exklusionsempfindungen und Konflikte um die Anerkennung unterschiedlicher Lebensweisen und kultureller Praktiken zunehmen. Gerade in weniger privilegierten sozialen Lagen herrscht mehr denn je die Angst vor, sich die grundlegenden Güter zur Existenzsicherung (von Wohnen über Heizen bis hin zu Produkten des täglichen Bedarfs) nicht mehr leisten zu können. Da vorerst kein Ende der gegenwärtigen Krisenkonstellation absehbar ist, nähren die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre Wahrnehmungen von Desintegration und bedingen einen überwiegend pessimistischen Blick in die Zukunft.

Wenn wir uns die aktuelle Gemengelage in Europa insgesamt sowie auch in Österreich und in Salzburg ansehen, so leben wir in einer zunehmend von Sorgen geprägten Gesellschaft. Die Menschen sorgen sich um Bereiche des eigenen Lebens, aber vielleicht sogar noch mehr um den Zustand der Gesellschaft als Ganzes angesichts nationaler Entwicklungen (die auf Tendenzen einer wirtschaftlichen und politischen Stagnation hindeuten), geopolitischer Machtverschiebungen (die sich im Russland-Ukraine Krieg aber auch in turbulenten Entwicklungen von den USA über China bis in den Nahen Osten verdeutlichen) und globaler Bedrohungen (wie beispielsweise dem Klimawandel). Auch in soziologischen Gegenwartsdiagnosen sind Ängste vor sozialem Abstieg im Westen bereits länger ein Thema. Man könnte den Startpunkt dieser Verschiebung des optimistischen Diskurses der Nachkriegszeit in etwa bei Ulrich Beck ansetzen. In seinem Buch zur „Risikogesellschaft“[5] wurden Ängste und Herausforderungen der individualisierten Lebensführung genauso beleuchtet wie die technologisch-ökologischen Risiken der Moderne. Seit der Jahrtausendwende hat sich der Diskurs rund um Prekarisierung[6], Abstiegsängste[7] oder gesellschaftliche Ängste noch einmal expliziter in einzelnen soziologischen Bestsellern[8] entfaltet.

Der bekannte Kulturtheoretiker Andreas Reckwitz[9] hat zu diesen Themen gerade sein neuestes Werk über die Soziologie des Verlustes veröffentlicht,

den er als Grundproblem der Moderne deutet. Als Ausgangspunkt betont Reckwitz, dass das Fortschrittsdenken quasi in der Moderne eingeschrieben ist, was dazu geführt hat, dass Verluste im Deutungsrahmen der gesellschaftlichen Entwicklung lange Zeit in den Hintergrund gedrängt wurden. Durch die aktuelle Polykrise brechen viele Arten von Verlusten jedoch auf mehreren Ebenen immer stärker hervor und bedingen unterschiedliche Reaktionsweisen in der Bevölkerung. Dabei sind vor allem Status- und Anerkennungsverluste bedeutsam, weil sie in Gefühlen eines Kontroll- und Orientierungsverlustes münden können. Die weitreichenden Verluste, die wir in unserer Gegenwartsgesellschaft wahrnehmen, werden alles andere als emotionslos registriert, sie sind meist mit negativen Gefühlen behaftet. Sie lösen Angst, Trauer oder auch Wut aus. Verluste können sich nicht nur auf vergangene Zustände beziehen, die nostalgisch herbeigesehnt werden, sondern es kann sich auch um antizipierte Verluste für die Zukunft handeln (z. B. in Bezug auf eine verlässliche, friedliche und ökologisch nachhaltige Zukunft). Derartige Wahrnehmungen rund um gesellschaftliche Verluste scheinen derzeit stark unser Zusammenleben zu prägen. Sie führen auch zu verschärften Auseinandersetzungen, wie unsere Gesellschaft beschaffen ist und wie sie sich künftig orientieren sollte.

Das Aufbrechen gesellschaftlicher Wertepolarisierungen ist eng mit diesen Entwicklungen vom Fortschrittsglauben zur Abstiegsangst verbunden. Zieht man als Grundlage die Wertetheorie von Ronald Inglehart[10] heran, so postulierte dieser im Zuge des Wirtschaftswachstums der Nachkriegszeit einen progressiven Wertewandel von materialistischen Werten (wie wirtschaftliche und physische Sicherheit) hin zu postmateriellen Werten (wie Gleichberechtigung, Umweltbewusstsein und Selbstverwirklichung). Dieser Wertewandel schien jedoch mit den 2000er Jahren an sein Ende zu kommen und setzt sich auch in jüngeren Generationen nur noch bedingt fort.[11] Während besser ausgebildete und städtisch geprägte Bevölkerungsgruppen diese Werte weitgehend internalisiert haben, entfremden sich weniger privilegierte und ländlich geprägte Bevölkerungsgruppen von diesen Entwicklungen. Insofern argumentieren Pippa Norris und Ronald Inglehart[12] unter dem Eindruck der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016, dass traditionelle Werte und die Hinwendung zur Autorität eine Renaissance erleben. Dieser „Cultural backlash“ gilt aus Sicht der Autor:innen als Hauptursache für den Erfolg rechtsautoritärer Parteien. Politische Akteur:innen des rechten politischen Spektrums zielen genau auf diese Ängste und Ressentiments ab und punkten mit kritischen Ansichten zur Zuwanderung, zur Geschlechtervielfalt, zu Verteilungsfragen oder zum Klimawandel, indem sie konträre

Positionen zu den aus ihrer Sicht elitären Diskursen einnehmen. Sie generieren ein Narrativ, das eine Rückkehr zu traditionellen Werten und eine Wiederbelebung der „nationalen Identität“ verspricht.

Dass Wahrnehmungen gesellschaftlicher Verluste offenkundig und Tendenzen einer konservativen Wende unübersehbar sind, haben die jüngsten Wahlergebnisse in Österreich gezeigt. Die folgende Abbildung zeigt, dass bei den Nationalratswahlen 2019 Österreich durch den deutlichen Wahlsieg von Sebastian Kurz fast vollständig türkis eingefärbt wurde, in acht von neun Bundesländern erreichte die ÖVP den Spitzenplatz. Einzig die Stadt Wien wählte mehrheitlich die SPÖ.

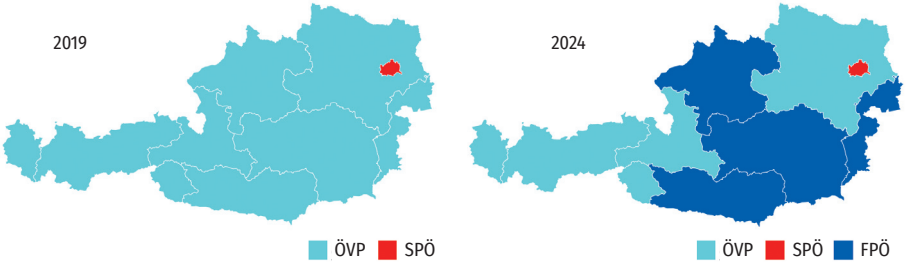


Abb. 1:
Wahlergebnisse der Nationalratswahlen 2019 und 2024 im Vergleich (Gesamtösterreich)
Quellen: https://www.bundeswahlen.gv.at/2019/ ; https://www.bundeswahlen.gv.at/2024/nr/

Im Jahr 2024 hat sich das Bild deutlich verändert. Während Wien weiterhin die einzige Hochburg der SPÖ verdeutlicht, hat die ÖVP nur noch in Westösterreich (in Vorarlberg, Tirol und Salzburg) sowie in Niederösterreich ihre Spitzenposition behaupten können. Die restlichen Bundesländer (wie Oberösterreich, Kärnten, die Steiermark oder das Burgenland) wurden mittlerweile blau eingefärbt. Die FPÖ wurde zur stimmenstärksten Partei, was ein deutliches Zeichen für den Rechtsruck in Österreich ist.

Werfen wir einen genaueren Blick auf Salzburg, so zeigt sich, dass im Jahr 2019 in allen politischen Bezirken die ÖVP die Oberhand behalten konnte. Im Jahr 2024 hat sich das Bild insofern verändert, als die ÖVP in allen Regionen deutlich verloren hat, aber bis auf den Lungau noch knapp ihre Spitzenposition behaupten konnte. Hier ist nun auch die FPÖ zur stimmenstärksten Partei aufgestiegen.

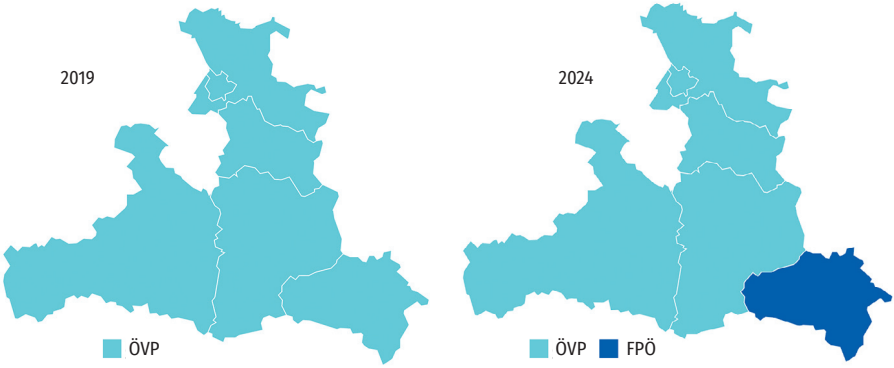


Abb. 2: Wahlergebnisse der Nationalratswahlen 2019 und 2024 im Vergleich (Salzburg)
Quellen: https://www.bundeswahlen.gv.at/2019/ ; https://www.bundeswahlen.gv.at/2024/nr/

Analysiert man die Wahlergebnisse im Vergleich zu 2019 näher, so weisen die deutlichen Verschiebungen in der österreichischen Wählerschaft durchaus auf eine Zeitenwende hin. Die FPÖ konnte in den letzten fünf Jahren um mehr als zehn Prozentpunkte zulegen und wurde erstmals österreichweit zur stimmenstärksten Partei.

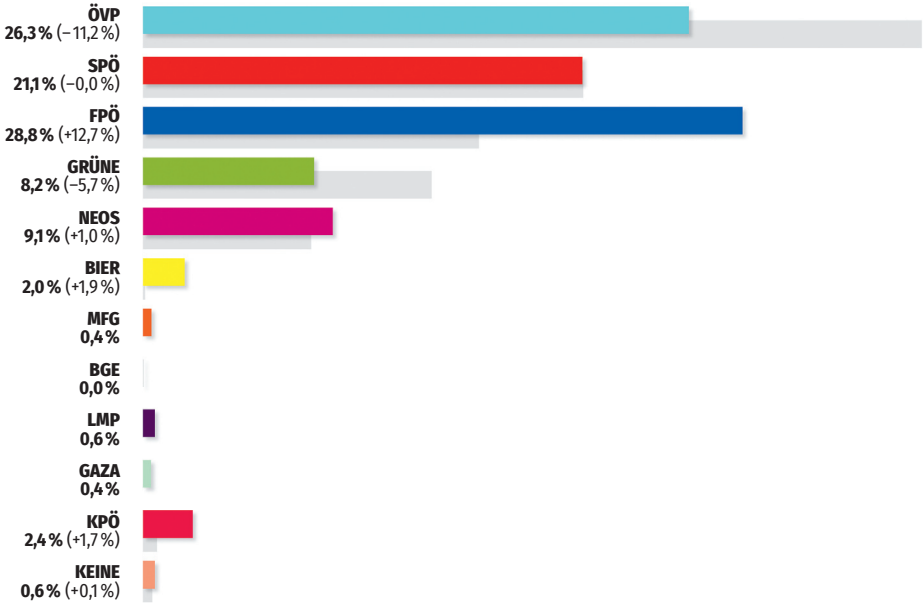


Abb. 3: Prozentuale Verschiebungen zwischen den Parteien
(Nationalratswahl 2019 vs. 2024 Österreich)
Quellen: https://www.bundeswahlen.gv.at/2024/nr/ ; https://www.bundeswahlen.gv.at/2019/

Im Gegenzug hat die ÖVP einen ähnlichen Wähler:innenanteil verloren, während die SPÖ prinzipiell ein ähnliches Ergebnis wie 2019 einfuhr und mittlerweile klar auf den dritten Platz zurückgefallen ist. Bei den Kleinparteien zeigt sich, dass die Grünen in den letzten Jahren ebenfalls deutlich an Wählergunst verloren haben, weil sie Stimmen möglicherweise an weitere Kleinparteien (wie die KPÖ oder die Bierpartei) abtreten mussten und auch die NEOS leicht zulegen konnten.

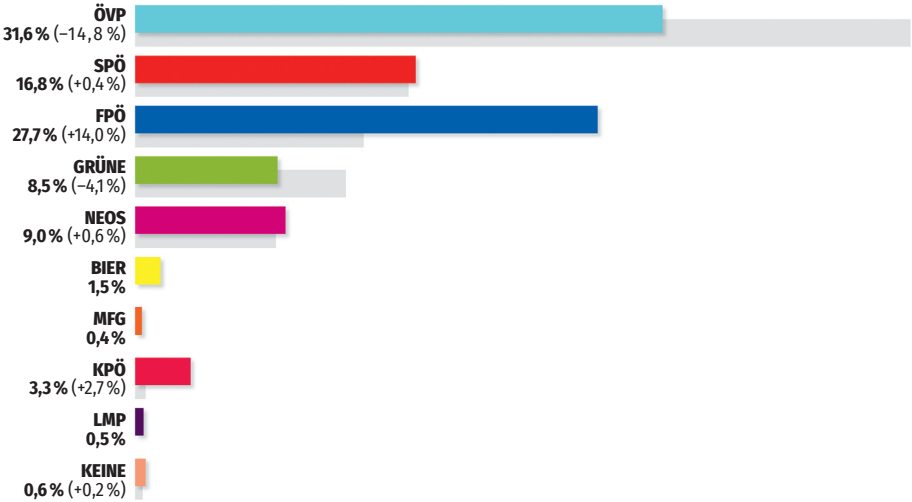


Abb. 4: Prozentuale Verschiebungen zwischen den Parteien
(Nationalratswahl 2019 vs. 2024 Salzburg)
Quellen: https://www.bundeswahlen.gv.at/2024/nr/ ; https://www.bundeswahlen.gv.at/2019/

In Salzburg war das Wahlverhalten der Bürger:innen durchaus ähnlich. Wir sehen in Abbildung 4, dass ebenfalls die FPÖ-Wähler:innen ungefähr jenen Anteil in Salzburg dazugewonnen haben, den die ÖVP in Salzburg verloren hat. Im Unterschied zu Gesamtösterreich konnte die ÖVP ihre Spitzenposition in Salzburg noch knapp behaupten, und die SPÖ ist im Vergleich zu Restösterreich in Salzburg unterrepräsentiert. Ein höherer Anteil der Wähler:innen in Salzburg findet sich bei den Grünen bzw. bei der KPÖ, wobei auch hier die Unterschiede zum gesamtösterreichischen Wahlergebnis gering ausfallen.

Nach diesem ersten Einblick in gesellschaftliche Entwicklungen und in die jüngsten Wahlergebnisse kann sowohl für Österreich als auch für Salzburg eindeutig von einer rechtskonservativen Wende im Wahlverhalten gesprochen

werden. Wir wollen in dieser Publikation mit differenzierten empirischen Analysen dazu beitragen, diesen Rechtsruck tiefergehend zu erklären und analysieren, inwiefern dieser mit autoritären Haltungen in Verbindung steht. Wir werden im Zeitverlauf beleuchten, ob einzelne Facetten autoritärer Haltungen an Bedeutung gewinnen und welche gesellschaftlichen Gruppen besonders stark autoritären Versuchungen unterliegen. Und wir wollen zeigen, ob und inwiefern die Salzburger:innen in Bezug auf zentrale gesellschaftliche Fragen (rund um Verteilung, Zuwanderung, Diversität in der Gesellschaft und ökologische Nachhaltigkeit) tatsächlich gespalten sind und Wertekonflikte in unterschiedlichen Milieus zutage treten. Diese Themen verdeutlichen die Schwerpunkte in der Salzburger Autoritarismusstudie 2024. Wir haben sieben Forschungsfragen entwickelt, die wir mit unserer empirischen Analyse zu beantworten versuchen:

- Wie können Dynamiken der sozialen Desintegration, autoritäre und antiegalitäre Einstellungen sowie ideologische Grundorientierungen und die Positionen in Bezug auf wesentliche Ungleichheitsarenen der Gegenwart adäquat gemessen werden?
- Inwiefern zeigt sich in Bezug auf diese Themen sowie in Bezug auf diese Ungleichheitsarenen (rund um Umverteilung, Migration, Geschlechtervielfalt und Klimaschutz) eine starke Meinungspolarisierung in der Salzburger Bevölkerung?
- Inwiefern sind ideologische Grundpositionen mit autoritären Haltungen verschränkt und bewirken gemeinsam eine Ideologie der Ungleichwertigkeit, die mit einer Abwertung von als fremd wahrgenommenen Gruppen einhergeht?
- Haben einzelne Facetten sozialer Desintegration sowie autoritärer und antiegalitärer Haltungen in der Salzburger Bevölkerung über die Zeit hinweg an Bedeutung gewonnen?
- Welche demographischen und sozial-strukturellen Faktoren sowie welche ideologischen Grunddispositionen und Einstellungsmuster stehen mit autoritären Haltungen in Verbindung?
- Wie stark beeinflussen diese Faktoren sowie auch autoritäre Einstellungen die Einstellung zu den spezifischen Ungleichheitsarenen wie Umverteilung, Migration, Geschlechtervielfalt und Klimaschutz?
- Wie äußern sich gegenwärtige Wertekonflikte im linken und rechten Wählerspektrum der Gesellschaft und wie wird im Hinblick auf gesellschaftliche Spaltung argumentiert?

All diese Forschungsfragen zielen darauf ab, die Dynamiken des Rechtsrucks sowie die gesellschaftlichen und kulturellen Spaltungslinien in der Region Salzburg differenziert zu analysieren und empirisch fundierte Einsichten in die Entwicklung autoritärer Haltungen zu gewinnen. In einem ersten Schritt präsentieren wir nun aktuelle theoretisch-konzeptuelle Überlegungen und Befunde zu autoritären Versuchungen der Gegenwart, um einen Überblick über gegenwärtige Akzente in der Autoritarismusforschung zu geben (Kapitel 2). In weiterer Folge präsentieren wir die angesprochenen vier zentralen Ungleichheitsarenen[13], die unser Konzept zur Messung von Wertekonflikten in der Salzburger Bevölkerung verdeutlichen (Kapitel 3). Wir liefern anschließend Einblicke in unser Untersuchungsdesign, in unsere Stichprobe sowie in unseren Interviewleitfaden (Kapitel 4) bevor wir uns in mehreren Kapiteln den Ergebnissen der Studie widmen. In Kapitel 5 beschreiben wir die Messung unserer relevanten Konstrukte und geben nähere Auskunft über das Ausmaß sozialer Desintegrationswahrnehmungen sowie über die Zustimmung zu verschiedenen ideologischen Grundpositionen, autoritären und antiegalitären Haltungen sowie über die Sichtweisen zu Ungleichheitsarenen in Verbindung mit gegenwärtigen Polarisierungstendenzen. Kapitel 6 stellt die autoritären und antiegalitären Haltungen ins Zentrum der Analyse und untersucht diese im Zeitverlauf. Kapitel 7 befasst sich mit Einflussfaktoren, um aus den quantitativen Befunden klar ableiten zu können, welche gesellschaftlichen Milieus besonders anfällig für autoritäre Haltungen sind und welche soziodemographischen und sozialstrukturellen Charakteristika sowie welche Grunddispositionen und Einstellungsmuster die Wertepolarisierungen in den Grundfragen der Gegenwart am ehesten erklären können. Kapitel 8 stellt schließlich die qualitativen Befunde ins Zentrum der Analyse, um Reaktionsweisen auf die Krisen und Argumentationsmuster rund um zentrale gesellschaftliche Herausforderungen in unterschiedlichen Wählersegmenten eingehend herauszuarbeiten.

2. Zur Beständigkeit, Wiederkehr und Dynamik autoritärer Versuchungen

Seit Beginn der ersten Erhebung im Jahr 2017 scheint sich der Autoritarismus gewandelt zu haben. Dies nicht nur im Hinblick auf das Ausmaß und die Dynamik autoritärer Einstellungen, sondern vor allem in der Art und Weise, wie autoritäre Versuchungen im politischen Diskurs kommuniziert werden. So trägt das Wahlprogramm der Freiheitlichen Partei Österreich zur Nationalratswahl 2024 den Titel „Festung Österreich – Festung der Freiheit“[14], der Freiheitsbegriff dürfte im Kontext autoritärer Einstellungen an Bedeutung gewonnen haben. Bedroht wird die freie westliche Welt aus Sicht der sich aktuell im Vormarsch befindlichen Rechtsautoritären nicht mehr ausschließlich von Migrant:innen und Geflüchteten. Zunehmend sind hier auch Institutionen und Behörden gemeint, die aus der Sicht der Österreicher:innen die heimische Wirtschaft mit ihren Regulierungen einschränken und den individuellen Lebensstil beeinträchtigen.[15]

Wir haben bereits in der Publikation der Autoritarismusstudie 2021[16] darauf hingewiesen, dass die tiefenpsychologischen Ursprünge der Autoritarismustheorie einer aktualisierten Betrachtung bedürfen. Der autoritäre Charakter, der erstmals von Erich Fromm[17] thematisiert und später von der Stanford-Gruppe rund um Theodor W. Adorno[18] weiter beforscht wurde, wurde primär mit den damals vorherrschenden Sozialisationsbedingungen in Verbindung gebracht. Im Sinne der Ursprungsthese unterdrücken die autoritären Eltern (insbesondere der Vater) die Bedürfnisse des Kindes, wodurch unbewusste Triebe und Aggressionen entstehen. Um Strafen zu vermeiden, identifiziert sich das Kind mit der Autorität, was zu einer Verinnerlichung repressiver Normen führt. Die unterdrückten Triebe verbleiben im Unbewussten und führen zum sadomasochistischen Charakter, den Erich Fromm als zentral für autoritäre Persönlichkeitsstrukturen ansieht: einerseits ein Streben nach Unterwerfung und andererseits der Wunsch nach einer Beherrschung von als feindlich wahrgenommenen Gruppen.

Diese psychodynamischen Kräfte, die zum autoritären Charakter führen, sind aktuell in liberalen, westlichen Demokratien nur noch bedingt gültig, weil gegenwärtige Sozialisationsbedingungen primär auf Freiheitsgewinne abzielen. Dennoch wähnen sich viele Individuen im Endeffekt nur bedingt frei, weil sie sich durch bestehende Systemzwänge gefordert fühlen. Die

Bedürfnisse nach Entscheidungsfreiräumen und nach einem expressiven, individualistischen Lebensstil werden oftmals unterdrückt, weil das Leben im Kontext gesellschaftlich vorherrschender Normen interpretiert wird. Wenn die Wege nach oben versperrt oder blockiert sind, wird die Lust, die eigene Lebensführung frei bestimmen zu können, dann abgelöst von der Last, permanent weitreichende Zukunftsentscheidungen mit ungewissem Ausgang treffen zu müssen sowie auch mit dem Zwang, die unübersichtlich gewordene Alltagswelt selbst strukturieren zu müssen.[19] Insbesondere in den weniger privilegierten Milieus erweist sich der scheinbare Gewinn an Freiheit über die progressive Zeitspanne der Nachkriegszeit mittlerweile als trügerisch, weil neoliberale Leistungsimperative oder auch Vorstellungen einer kosmopolitisch-progressiven Orientierung und Vorgaben eines ökologisch nachhaltigen Lebensstils bewährte Normen und Verhaltensweisen herausfordern und persönliche Lebensvorstellungen unter Druck setzen. Das Pochen auf die individuelle Freiheit ohne Rücksicht auf gemeinschaftliche Werte kann in dieser Hinsicht als autoritäre Reaktion angesehen werden. Wir sehen in den aktuellen Gegenbewegungen, die als „Cultural backlash" gewertet werden[20], sowohl autoritäre Innovator:innen als auch regressive Rebell:innen, wie es Oliver Nachtwey & Mauritz Heumann[21] treffend ausgedrückt haben. Autoritäre Innovator:innen verstehen sich als Teil der westlich-liberalen Demokratie und wollen diese von innen verändern. Sie fühlen sich den vielschichtigen, komplexen und krisenhaften Entwicklungen der Gegenwart hilflos ausgesetzt und wollen einen sicheren Kokon rund um Österreich errichten, der auf die Bewahrung der nationalen Ordnung und auf Kontinuität (in den eigenen und tradierten Lebensvorstellungen) abzielt. Graduell verläuft in weiterer Folge der Übergang zu den regressiven Rebell:innen, die eine deutlichere Gegenposition einnehmen und für radikalere Botschaften empfänglich sind. Sie sind angesichts der vielen Krisen orientierungslos, wodurch auch Verschwörungserzählungen zur Wiedergewinnung sozialer Kontrolle an Bedeutung gewinnen. Das Misstrauen in demokratische Institutionen ist bereits weit gediehen und äußert sich verstärkt in antidemokratischen Forderungen und fremdenfeindlichen Haltungen.

Paradox dabei ist die offensichtliche Verbindung von Radikalisierung, autoritärer Aggression und libertären Narrativen. Schließlich basieren diese auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit[22] und richten sich eindeutig gegen die schwächeren Glieder der Gesellschaft. Es sind aber gerade weniger privilegierte Gruppen (nicht nur aber dennoch überproportional häufig) für rechtsautoritäre Botschaften empfänglich. Wir sehen aktuell in vielen Staaten,

dass libertäre Narrative an Bedeutung gewinnen und autoritäre Führungsfiguren mit der Verknüpfung von Konservatismus und Libertarismus besonders erfolgreich sind. So zeigen die Wahlsiege von Donald Trump in den USA, Giorgia Meloni in Italien oder auch Javier Milei in Argentinien deutlich auf, dass libertäre Narrative mittlerweile im politischen Mainstream wieder stärker en vogue sind. Offenkundig ist, dass einerseits Freiheitsvorstellungen, insbesondere in der Form von wirtschaftsliberalen Positionen, als höchstes Gut kommuniziert werden, jedoch andererseits für jene Gruppen, die als Outgroups definiert werden (wie insbesondere Migrant:innen) massive Freiheitseinschränkungen gefordert werden.

2.1. Zur Kontinuität autoritärer Haltungen: Die wesentlichen Entwicklungslinien der Autoritarismusforschung

Die Autoritarismusforschung fokussierte sich – wie bereits kurz erwähnt – in ihren Anfängen stärker auf innere Vorgänge und befasste sich in einer tiefenpsychologischen Betrachtung primär mit der Entwicklung des autoritären Charakters. Auf dieser Annahme einer autoritären Charakterdisposition, die sich unter gewissen Umständen „aktiviert", baute die Forschungsgruppe rund um Adorno[23] auf. Auf der Basis mehrerer empirischer Untersuchungen sprachen sie schließlich von einem autoritären Syndrom, das sich durch insgesamt neun Merkmale auszeichnet und durch die sogenannte „Faschismus-Skala", auch F-Skala genannt, messbar gemacht wurde. Diese neun Merkmale sind in Tabelle 1 ersichtlich.

Diese neun Dimensionen, die aus den 30 Items der F-Skala gebildet wurden, standen im Laufe der Zeit unter Kritik von mehreren Seiten: Empirisch zeigte sich, dass einzelne Dimensionen nicht nachweisbar sind, weil deren Indikatoren zu stark mit anderen Dimensionen korrelieren.[24] Zudem steht der psychologische Reduktionismus der Theorie des autoritären Charakters seit Beginn unter starker Kritik. Auch deshalb gewann die Berücksichtigung von Verunsicherungstendenzen[25] in der Autoritarismusforschung zunehmend an Bedeutung.

Im weiteren Verlauf der Autoritarismusforschung bezog man sich auf eine Trias autoritärer Einstellungen und zog für die weitere Forschung primär die ersten drei Dimensionen in Betracht: die autoritäre Aggression, die autoritäre Unterordnung und den Konventionalismus.

Dimensionen	Beschreibung
Konventionalismus	Starre Bindung an konventionellen Werte
Autoritäre Unterwürfigkeit	Unkritische Unterwerfung unter idealisierte Autoritäten der Eigengruppe
Autoritäre Aggression	Tendenz, nach Menschen Ausschau zu halten, die konventionelle Werte missachten, um sie verurteilen, ablehnen und bestrafen zu können
Anti-Intrazeption	Abwehr des Subjektiven, des Phantasievollen, Sensiblen
Aberglaube und Stereotypie	Glaube an die mystische Bestimmung des eigenen Schicksals; die Disposition, in rigiden Kategorien zu denken
Machtdenken und Kraftmeierei	Denken in Dimensionen wie Herrschaft – Unterwerfung, Identifizierung mit Machtgestalten übertriebene Zurschaustellung von Stärke und Robustheit.
Destruktivität und Zynismus	Allgemeine Feindseligkeit, Diffamierung des Menschlichen.
Projektivität	Disposition, an wüste und gefährliche Vorgänge in der Welt zu glauben
Sexualität	Übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen

Tabelle 1: Die neun Dimensionen des autoritären Charakters[26]

Aus theoretischer Perspektive wurden die Studien zum autoritären Charakter um lerntheoretische Ansätze[27] und jene der Gruppenkonformitätstheorie[28] erweitert. Insbesondere die Arbeit von Bob Altemeyer, der den sogenannten Right-Wing Authoritarianism (RWA) entwickelte, gilt bis heute als wichtiger Einfluss für die Autoritarismusforschung.[29] Der rechtsorientierte autoritäre Charakter bleibt starr an konventionelle Werte gebunden, unterwirft sich unter idealisierte Autoritäten und lehnt jene Individuen oder Gruppen ab, die konventionelle Werte missachten, indem er diesen mit autoritärer Aggression begegnet. Altemeyer geht davon aus, dass RWA (Right-Wing Authoritarianism) ein Charaktermerkmal darstellt, das sich vor allem durch die autoritäre Unterwerfung auszeichnet: „[…] a right-wing authoritarian follower doesn't necessarily have conservative political views. Instead he's someone who readily submits to the established authorities in society, attacks others in their name, and is highly conventional. It's an aspect of his personality, not a description of his politics."[30]

Dieses Persönlichkeitsmerkmal bilde sich vorrangig durch die Interaktion mit dem sozialen Umfeld aus und trete dann wiederum situationsbedingt auf, so Altemeyer. Der Autoritarismus sei demnach in stabilen Zeiten latent

vorhanden und „gelangt in sozialen Stresssituationen wieder an die Oberfläche der Persönlichkeit“[31], was wiederum als mögliche Erklärung dafür herangezogen werden kann, weshalb in Krisen- und Stresssituationen autoritäre Einstellungen stärker befördert werden.

Der Sozialpsychologe John Duckitt[32] erweiterte das Modell Altemeyers und unterscheidet zwischen zwei Prozessen des Autoritarismus. Er geht davon aus, dass sich beide Formen des Autoritarismus zwar in ähnlicher Form äußern können, ihnen jedoch unterschiedliche Dynamiken zugrunde liegen. Sein Modell basiert zum einen auf dem Typus des Right-Wing Authoritarianism, der auf Altemeyer zurückgeht, zum anderen aber auch auf den Arbeiten von Felicia Pratto und Jim Sidanius[33], die das Konzept der sozialen Dominanzorientierung (SDO, Social Dominance Orientation) entwickelten. SDO beschreibt „die Befürwortung und Ablehnung gruppenbasierter Hierarchien“[34]. Personen, die auf der SDO-Skala hohe Werte erzielen, unterstützen eine hierarchische Gesellschaftsstruktur und nehmen die Welt als einen Ort der Konkurrenz wahr. Menschen mit einem hohen SDO-Wert glauben zum einen an die generelle Ungleichwertigkeit von Menschen und empfinden zum anderen Konflikte, die eine größtmögliche Gleichheit anstreben, als störend, da diese ihre eigene Position gefährden. Dies entspricht dem Mechanismus, der oft mit der Metapher von Fahrradfahrer:innen veranschaulicht wird: Sie treten in der sozialen Hierarchie nach unten und buckeln nach oben, um den eigenen Statuserhalt zu sichern. Personen mit einem hohen RWA-Wert sehen die Welt eher als einen gefährlichen Ort und äußern ihre Aggression gegenüber Personen, welche vermeintlich Teil dieser Gefahr seien, Duckitt betrachtet diese Form des Autoritarismus als Reaktion auf die Erfahrung von Unübersichtlichkeit betrachtet werden kann.

Alle neun ursprünglichen Dimensionen der autoritären Charakterstruktur sind bei uns fixer Bestandteil in der Erhebung der autoritären Charakterstruktur, auch wenn wir zahlreiche Indikatoren der ursprünglichen F-Skala an die Gegenwart angepasst haben. Zusätzlich erheben wir nicht nur die Grundtendenz zur autoritären Aggression, sondern wir wollen stets näher erfahren, gegen welche Gruppen sich jene spezifisch richtet. Hier beziehen wir uns auf das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, das als Syndrom konzipiert wird und zahlreiche Ausprägungen abwertender Haltungen vereint.[35] In diesem Jahr erheben wir die Ideologie der Ungleichheit erneut in zahlreichen Ausformungen wie etwa Sexismus, Antisemitismus, die Abwertung von Langzeitarbeitslosen und Obdachlosen, sowie auch die Ablehnung von Asylwerber:innen, die Einforderung von Etabliertenvorrech-

ten und der Äußerung von Fremden- und Islamfeindlichkeit (siehe Abbildung 5). Abwertende Äußerungen gegenüber variablen Fremdgruppen können sowohl als Ausdruck einer sozialen Dominanzorientierung als auch im Kontext des rechtsorientierten Autoritarismus gelesen werden. Sie speisen sich auch weiterhin aus der Trias der autoritären Persönlichkeitsstruktur, die Haltungen des Konventionalismus, der autoritären Unterordnung und der autoritären Aggression in sich vereint. Die Ideologie der Ungleichwertigkeit mündet zwar nicht zwangsläufig in rechtsautoritäre Positionen, jedoch ist das Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ein klares Anzeichen für gesellschaftliche Entsolidarisierung. Treffen diese vorurteilsbehafteten Grundhaltungen auf eine breite Zustimmung in der Gesellschaft, so legitimieren sie politische Akteur:innen, sich darauf zu beziehen, radikale Maßnahmen zu verlangen bzw. umzusetzen und tragen zu einer beständigen Eskalations- und Radikalisierungsdynamik bei.[36]

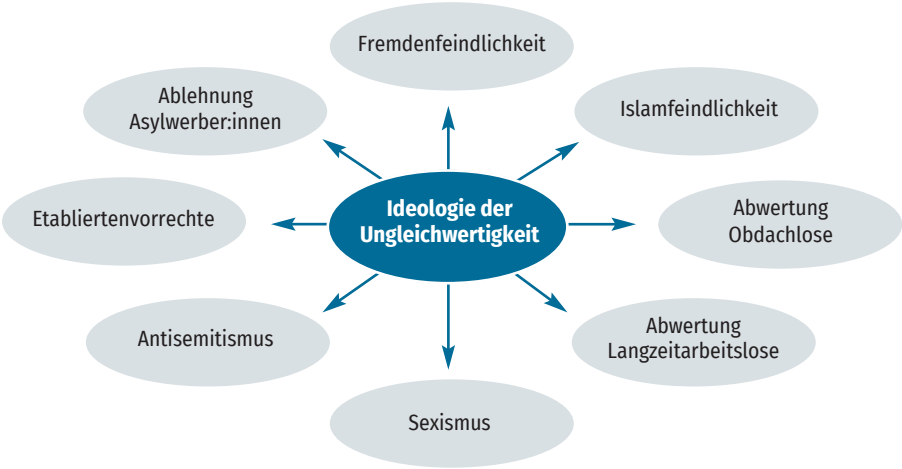


Abb. 5: Die Messung der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in der Salzburger Autoritarismusstudie 2024 (eigene Darstellung)

2.2. Zur Wiederkehr des Autoritarismus und zur aktuellen Dynamik: Fragmente einer krisenorientierten Betrachtung des Autoritarismus

Die aktuelle Gemengelage einer Welt im Krisenmodus und die gegenwärtige Krisenhaftigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems tragen dazu bei, dass autoritäre Reaktionen in unsicheren Zeiten an Bedeutung gewinnen. Dass Krisenerfahrungen mit einer gesteigerten Befürwortung autoritärer Maßnahmen einhergehen, wird auch in der aktuellen Leipziger Autoritarismusstudie[37] umfassend thematisiert. Wir haben jedoch auch in dieser Studienreihe[38] bereits aufgezeigt, dass der Autoritarismus in Zeiten der Corona-Pandemie undurchsichtiger wurde und sich Verschiebungen im autoritären Syndrom abzeichnen. So erfuhr der Autoritarismus in der Pandemiezeit durch die einschränkenden Maßnahmen des Staates eine Umdeutung, und konventionelle Werte rückten im autoritären Spektrum der Gesellschaft zunehmend in den Hintergrund, während der Freiheitsbegriff an Bedeutung gewann. Er nahm insbesondere bei den Corona-Protesten eine zentrale Bedeutung ein, unter dessen Deckmantel oftmals propagiert wurde, nichts weniger als die Demokratie zu verteidigen. Die autoritäre Aggression richtete sich dann nicht mehr ausschließlich gegen Personengruppen, welche sich auf scheinbar konkurrierenden sozialen Positionen befanden, sondern auch und vor allem gegen Gruppen, die vermeintliche Freiheitseinschränkungen unterstützten – Gesundheitspersonal, Medienschaffende, Politiker:innen und Wissenschaftler:innen. Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey[39] haben in diesem Zusammenhang den Begriff des libertären Autoritarismus geprägt: diesem liegt ein absoluter Freiheitsbegriff zugrunde, der, entgegen der traditionellen Autoritarismus-Konzeption, Konventionen ablehnt und das Individuum in den Mittelpunkt stellt. Als Reflex auf die empfundenen Einschränkungen würde jeglicher staatliche Eingriff als Freiheitseinschränkung bewertet. Damit erfüllt der Ruf nach Freiheit die Funktion einer Ermächtigung in ohnmächtigen Zeiten, wie es Frank Nullmeier beschreibt: „Der Begriff der Freiheit wird in der Corona-Krise oft gegen einen Staat in Stellung gebracht, der eine extrem hohe Eingriffsintensität entfaltet.“[40] Eine ähnliche Entwicklung ließ sich, wie bereits eingangs erwähnt, im heurigen „Superwahljahr“ 2024 mehrmals beobachten: Sowohl Giorgia Meloni, als auch Donald Trump – mit der Unterstützung Elon Musks – und auch Herbert Kickl in Österreich haben den Freiheitsbegriff in das Zentrum ihrer politischen Kommunikation gestellt. Während der klassische Autoritarismus durch starre Unterwerfung unter traditionelle Autoritäten gekennzeichnet war, verbindet der neue libertäre Autoritarismus eine absolute individuelle Freiheitsauffassung mit der aggressiven Abwertung vermeintlich „anderer“ Gruppen. Angesichts der

zunehmenden Bedeutung von individueller Freiheit und Leistung als Schlüsselfaktoren für gesellschaftliche Integration und Anerkennung scheint somit eine Weiterentwicklung des Autoritarismus-Konzepts, das die ideologische Grundhaltung des Konservatismus mit dem Libertarismus verbindet, sehr fruchtbar. Der Wandel autoritärer Einstellungen, so Amlinger und Nachtwey, vollzieht sich vor dem Hintergrund einer Gesellschaft der Singularitäten[41], in der das Aufstiegsversprechen zunehmend an Bedeutung verliert. Auf kultureller Ebene ist insbesondere in den privilegierteren, urbanen Milieus der Gesellschaft eine zunehmende Individualisierung und ein damit einhergehender Wertewandel beobachtbar. Diejenigen, die von den Unsicherheitslagen der Gegenwart noch wenig betroffen sind, favorisieren postmaterielle Werte, die auf Selbstverwirklichung und eine möglichst authentische Lebensgestaltung ausgerichtet sind. Gleichzeitig nimmt in den Gruppen, die sich gesellschaftlich abgehängt fühlen, die Wahrnehmung von Anomia[42], also des Bedeutungsverlusts von herkömmlichen Normen und Werten, zu. Das gesellschaftliche Streben nach Einzigartigkeit steht für diese Gruppen im Widerspruch zur tatsächlich erlebten Austauschbarkeit von Individuen auf verschiedenen Wettbewerbsmärkten.

Diese Veränderungen haben spürbare Folgen: Wahrnehmungen sozialer Desintegration sind verbreitet, ebenso wie die Wahrnehmung von ökonomischer Deprivation gepaart mit Zukunftspessimismus. Es entsteht das Gefühl, einer benachteiligten Gruppe anzugehören und auch längerfristig keine Chance mehr zu haben, den gerechten Anteil am Wohlstand zu erhalten. Auf struktureller Ebene ist dieser Wandel mit einer neoliberalen Transformation und zunehmender Vermögenskonzentration verbunden, was zu wachsender Ungleichheit führt, wie zahlreiche Autor:innen belegen.[43] Die Deregulierung der Arbeitsmärkte, Privatisierungen und der Abbau von Arbeitnehmer:innenrechten sowie die Schwächung des Sozialstaats haben dazu geführt, dass Abstiegsängste und Zukunftspessimismus zunehmen.[44]

Dies befeuert den Übergang von einer „Aufstiegsgesellschaft“ zu einer „Abstiegsgesellschaft“ und bedeutet, dass das soziale Aufstiegsversprechen zunehmend als unerreichbar gilt. Diese Entwicklung beschreiben Amlinger und Nachtwey als Paradoxie egalitärer Normen[45], da Chancengleichheit durch Leistung immer unerreichbarer wird, sie aber weiterhin das zentrale gesellschaftliche Narrativ darstellt.

Diese Entwicklungen und Erfahrungen von ökonomischen und kulturellen Abwertungen spiegeln sich in der rechten Wählerschaft wider, wie die

amerikanische Soziologin Arlie Russel-Hochschild[46] in ihrer Forschung eindrücklich aufzeigte. In ihren Interviews mit Anhänger:innen der libertären Tea-Party-Bewegung zeigte sich, dass sich viele Arbeiter:innen in einer Warteschlange für den sozialen Aufstieg verorten, wobei die Erosion sozialstaatlicher Sicherheitsnetze und die Entwertung der eigenen beruflichen Identität durch sinkende Löhne sowie schwindende Arbeitsplätze den Eindruck verstärken, dass dieser soziale Aufstieg immer stärker verunmöglicht wird. Zunehmende Liberalisierungen, wie etwa Frauenquoten in Aufsichtsräten, werden von vielen als Vordrängeln in dieser Warteschlange empfunden. Statt die Erfahrung der Abwertung in einem „Oben-Unten"-Schema zu verorten verlagert sich die Frustration auf diejenigen, die sich vermeintlich vordrängeln. Dieser Konflikt wird von medialen und populistischen Kräften gezielt geschürt. Ähnliche Dynamiken dieser rechten Tiefengeschichte konnten auch für Deutschland und Österreich nachgewiesen werden.[47] Das Leistungsnarrativ, das weiterhin eine zentrale Rolle spielt, führt zu einer Verschiebung in der Autoritätswahrnehmung. Wenn soziale Integration und Anerkennung in der Gesellschaft ausbleiben, wächst die Sehnsucht nach einer starken, alternativen Führungspersönlichkeit. Die autoritäre Dynamik des Widerstands richtet sich dann auch stark gegen die Eliten, die als treibende Kräfte einer liberalen Gesellschaft wahrgenommen werden. In dieser politischen Gemengelage der großen Gereiztheit[48] nutzen rechtsautoritäre Akteur:innen die Wahrnehmungen von Ungleichheit und Deprivation, um den Konflikt auf ein „Wir" gegen „Die" zu reduzieren und autoritäre Aggression zu fördern. Eine Umdeutung der klassischen Trias autoritärer Einstellungen verorten Amlinger und Nachtwey insofern, als dass die Freiheit als Distinktionsmerkmal in den Vordergrund rückt: Das Verständnis von Freiheit würde nicht mehr in Bezug auf die Freiheit der anderen gesetzt, sondern als absolut verstanden. Damit einher geht der Vertrauensverlust in herkömmliche politische Institutionen, welche eben jene Freiheit bedrohen würden. Stattdessen wird die Freiheit des Marktes über gesellschaftliche Interessen gestellt und Ungleichheiten durch Leistungsnarrative gerechtfertigt. Diese Entwicklungen führen dazu, dass Konventionalismus – zumindest im rechtsorientierten Autoritarismus – in den Hintergrund tritt, während die absolute Freiheitsauffassung zur obersten Maxime erkoren wird. In der politischen Landschaft spiegelt sich diese Entwicklung im Wahlergebnis der Nationalratswahl 2024 wider. Unzufriedenheit und das Gefühl des „Abgehängtseins" haben zugenommen, besonders in ländlichen Regionen, wo die FPÖ als „neue" Landpartei auftritt und große Wahlerfolge feiern konnte. Die FPÖ greift dabei selbst auf die Erzählung der Warteschlange zurück, in welcher sich der „freie Österreicher" durch Leistung und Tradition seinen Platz

verdient hat und dessen Status gefährdet ist. Diese Position wird sowohl von oben durch staatliche Regulierung als auch von außen durch Migration bedroht. Die Lösung dieses Konflikts wird in einem paradoxen Versprechen gesehen: Freiheit muss durch harte Maßnahmen geschützt werden – aber nur gegen die „Anderen" – eben durch eine „Festung". Der Freiheitsbegriff wird in diesem Zusammenhang als Ausschlussmechanismus verwendet.

Für Österreich kann empirisch keine deutliche Verschiebung der klassischen Trias autoritärer Einstellungen hin zu einem libertären Autoritarismus festgestellt werden, wie eine Untersuchung auf Basis einer umfangreichen Studie zu Werten in der Pandemie-Krise zeigte.[49] Zwar lässt sich eine Gruppe identifizieren, die den Freiheitsbegriff als absolut versteht. Dieses Verständnis geht mit autoritärer Aggression und einer stärkeren Abwertung von Zugewanderten und Menschen mit muslimischem Glaubensbekenntnis einher. Neu an diesem Autoritarismus ist, dass Konventionalismus in Form konservativer Einstellungen keine bedeutende Rolle spielt. Die Wirkung von Deprivation und der Erfahrung ökonomischer Deklassierung kann bestätigt werden, während nicht libertäre, sondern liberale Weltanschauungen diese absolute Freiheitsauffassung fördern. Ob dies auf methodische Ursachen zurückzuführen ist oder eine logische Fortschreibung eines individualisierten Spätkapitalismus darstellt, in dem eine egozentrische Orientierung als Ressource des gesellschaftlichen Aufstiegs festgemacht wird, bleibt offen. Klar ist jedoch, dass autoritäre Versuchungen, wie Heitmeyer sie bezeichnet hat, auch im Superwahljahr 2024 konsistent vorhanden sind, wenngleich sie diskursiv einer Umdeutung unterzogen wurden. Die Verbindung des Libertären und des Konservativen gelingt, indem „Oben-Unten-Konflikte" in den Hintergrund rücken, während „Innen-Außen-Konflikte" legitimiert werden.

Für die Autoritarismusforschung bedeutet dies, dass auch aktuelle politische Narrative berücksichtigt und in den Kontext „klassischer" Autoritarismusdimensionen eingebettet werden müssen und es zunehmend notwendig wird, stärker auf aktuelle Krisenerfahrungen Bezug zu nehmen statt auf charakterliche Dispositionen. Beides versucht die vorliegende Untersuchung, indem sie den Schwerpunkt auf gegenwärtige Wertekonflikte setzt und auf die Bedeutung sogenannter „Triggerpunkte" eingeht. Dabei beziehen wir uns stark auf den aktuellen Bestseller zur Polarisierung von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser[50], wobei wir deren Konzept der Ungleichheitsarenen eher als theoretische Rahmung verstehen, um eine differenzierte und erstmals österreichspezifische Messung von Polarisierung zu versuchen.

3. Spaltungslinien und Wertekonflikte in der österreichischen Bevölkerung

3.1. Auf dem Weg zum autoritären Kapitalismus?

Im vorangegangenen Kapitel wurde herausgearbeitet, dass sich das Credo der individuellen Freiheit im westlichen Kontext der Spätmoderne durchgesetzt hat und auch in der gegenwärtigen Dynamik des Autoritarismus eine Rolle spielt. Wenn wir uns in einem kurzen historischen Rückblick mit jenen ideologischen Grundpositionen auseinandersetzen, die unser wirtschaftliches und soziales Zusammenleben prägen, so scheint sich der Kult des Individuums eindeutig durchgesetzt zu haben.[51] Die Bürger:innen fühlen sich in einer liberalen Demokratie ethisch und moralisch frei und niemand soll ihnen vorschreiben, woran sie glauben sollen, wie sie ihr Leben gestalten und welche Beziehungen sie pflegen. Richard Münch[52] bezeichnet den Pluralismus und Individualismus in der westlichen Welt als die Zivilreligion der Moderne. Die „Glaubenssätze" der individuellen Freiheit sind in den staatlich garantierten Bürger:innen- und Menschenrechten festgeschrieben, während bindende soziale, kulturelle oder religiöse Normen – zumindest für breite Teile der Bevölkerung – kaum mehr existieren. Doch die Ideologie des Liberalismus, die in der westlichen Welt wohl vorherrschend ist, kennt viele Ausformungen. Wir können beispielsweise zwischen wirtschaftsliberalen und politisch liberalen Weltanschauungen unterscheiden. Der freiheitliche Grundgedanke des Liberalismus entwickelte sich bereits im 17. Jahrhundert, wobei John Locke (1632–1704), der die Rechte des Einzelnen und die Gewaltenteilung hervorhob, als Vater des politischen Liberalismus gilt. Er betonte bereits das Neutralitätsprinzip, das dem Liberalismus inhärent ist, wonach sich der Staat in Fragen der Weltanschauung und der Lebensführung neutral zu verhalten hat. Im Gegensatz zu John Locke gilt Adam Smith (1723–1790) schließlich als Gründervater des Wirtschaftsliberalismus. Wohlstand kann nur durch eigeninteressiertes Handeln der Individuen vorangetrieben und sollte durch die „unsichtbare Hand des Marktes" geregelt werden. Adam Smith wird somit mit seinem Buch „Der Wohlstand der Nationen" zu einem wesentlichen Vordenker des kapitalistischen Wirtschaftssystems.[53]

Bereits im frühen 20. Jahrhundert und insbesondere in der Nachkriegszeit, dominierte die Auseinandersetzung, ob sich der Staat aus der Wirtschaft heraushalten solle oder ob dieser im Sinne einer Sozialpolitik besser stark in-

tervenieren sollte, um destruktive Folgen des Marktes abzufedern. Nachdem mit der Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren die Moderne über die aufkommenden faschistoiden Systeme ihren Niedergang[54] erlebte, setzte sich schließlich in der im Rückblick als progressiv interpretierten Nachkriegszeit die Ideologie der sozialen Marktwirtschaft durch. In dieser Zeitspanne vertrat man die Überzeugung, dass Chancengleichheit in einem marktbasierten System nicht funktionieren kann, sondern kompensatorisch hergestellt werden muss. Die 1960er und 1970er Jahre waren die Hochblüte der sozialen Marktwirtschaft, der Staat ging eine „Zwangsehe"[55] mit dem Markt ein und es wurden zahlreiche wohlfahrtsstaatliche Errungenschaften durchgesetzt. Mit der zweiten größeren Krise des kapitalistischen Systems in den 1970er Jahren begann schließlich das Aufkommen des Neoliberalismus. Nach Wolfgang Streeck[56] lösten damals nicht die Opfer der Krise, sondern die Proponent:innen des kapitalistischen Systems einen Wandel hin zum Neoliberalismus aus, indem diese die Zwangsheirat zwischen Markt und Staat aufkündigten. Im Nachhinein betrachtet sind das „Zurückschalten" des Kapitalismus auf den selbstregulierten Markt sowie auch die hohe (kulturelle) Akzeptanz marktangepasster Lebensformen durchaus erstaunlich. Hierbei gilt unter anderem auch der Wiener Friedrich August von Hayek als Vordenker des Neoliberalismus, der sich in einer extremen Ausformung auch in der Ideologie des Libertarismus manifestieren kann.[57] Jegliche Intervention des Staates wird im Libertarismus abgelehnt, da es sich stets um eine Form des Zwangs handelt, die die wirtschaftliche Freiheit der Menschen einschränkt.[58] Als Vorreiterland des Libertarismus gilt die USA, wo die Betonung individueller Rechte und Freiheiten nie so umstritten war wie in Europa. Während in den USA die Demokraten stärker auf den politischen Liberalismus setzen, sind libertäre Positionen bei den Republikanern allgegenwärtig und stark mit konservativen gesellschaftspolitischen Haltungen verknüpft.

Im Konservatismus geht es primär um die Bewahrung der bestehenden oder die Wiederherstellung einer früheren gesellschaftlichen Ordnung. Fundamentale Merkmale wie die Vorrangigkeit von Familie, Heimat, Staat und Nation sowie die Betonung von Religion sind auch dem Neokonservatismus eigen, der von den USA über Osteuropa bis Russland als neue Strömung identifiziert werden kann.[59] Über die Kombination konservativer und libertärer Elemente wird eine Verbindung zwischen der völkischen Gemeinschaft und einer neoliberalen Wirtschaftsordnung geschaffen. Flavio Azevedo und seine Ko-Autor:innen[60] argumentieren sogar, dass Neoliberalismus und Konservativismus notwendigerweise miteinander verknüpft sind. Sie führen an, dass ökonomischer Libertarismus den Abbau sozialstaatlicher Leistungen

fördert, wodurch soziale Ungleichheiten, etwa im Bereich von Geschlecht und Ethnie, verstärkt werden. Sie gehen noch weiter und behaupten, dass die Trennung zwischen ökonomischen und soziokulturellen Ideologien selbst ein Produkt der dominanten neoliberalen Ideologie darstellt, da sie die Zwänge sozialer Ungleichheit, die durch den Neoliberalismus entstehen, verschleiere. Aktuell fällt besonders stark auf, dass viele konservative und rechtsorientierte Parteien eine enge Verbindung mit neoliberalen Akteur:innen eingehen. Dies auch deshalb, weil die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das vor Veränderungen im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation geschützt werden muss, ebenfalls als konservative Strömung gedeutet werden kann.

Klaus Dörre, ein bedeutender kapitalismuskritischer Forscher im deutschsprachigen Raum, bezeichnet die sogenannte Doppelkrise im Kapitalismus, die sich parallel durch eine Zuspitzung ökonomischer *und* ökologischer Konflikte auszeichnet, als Zangenkrise[61]. Diese wechselseitig bedingte Problemlage ergibt sich aus den grundlegenden Dynamiken des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das zum einen nach beständiger Akkumulation und Expansion strebt. Zum anderen werden ökologische und gesellschaftliche Grenzen dieses Wachstumsmodells zunehmend unüberwindbar. Im Sinne „des befremdlichen Überlebens des Neoliberalismus“[62] bleibt die stetige Ausdehnung von Produktion und Märkten, die Klaus Dörre als kapitalistische Landnahme bezeichnet, die oberste Maxime. Dennoch zeigt sich, dass die Fähigkeit kapitalistischer Systeme, stabiles Wachstum zu generieren, insbesondere in den hoch industrialisierten Ländern des globalen Nordens stark nachlässt. Parallel dazu verschärfen ökologische Herausforderungen die Krise – insbesondere die Zerstörung natürlicher Ressourcen und der Klimawandel. Die Umstellung auf neue, nachhaltige Ansätze scheint deshalb unvermeidbar zu sein, wodurch Kämpfe rund um die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vs. einer ökologischen Transformation der Gesellschaft über klimaneutrale Technologien an Schärfe zunehmen. Die Zangenkrise ist somit mehr als ein akuter Krisenzustand des Kapitalismus, denn sie verdeutlicht, dass tiefgreifende Transformationsprozesse mehr denn je notwendig sind. Es wird sich zeigen, ob sich künftig – global betrachtet – der Weg in eine nachhaltige Zukunft durchsetzt, oder ob eine Politik der Nicht-Nachhaltigkeit[63] auf Kosten des Klimaschutzes fortschreitet und Wege hin zu einem autoritären Kapitalismus[64] beschritten werden.

In vielen westlichen Ländern ist eine Marginalisierung von Klassenkonflikten im öffentlichen Diskurs zu beobachten, die in enger Verbindung zur gegen-

wärtigen Krise der Sozialdemokratie[65] steht. Dies insbesondere auch deshalb, weil die radikale Rechte soziales Leid für die eigenen Zwecke missbraucht. Es ist jenen, die in ihrer prekären ökonomischen Lage verstrickt sind, sehr wohl bewusst, dass die privilegierten Kreise der Gesellschaft, die die Freiheiten des Wohlstands nicht missen möchten, überproportional zur Klimakrise beitragen. Die weniger privilegierten Gruppen müssen die Last der Klimaschutzmaßnahmen stärker tragen, obwohl deren Lebenswelt durch massive Preissteigerungen (am Wohnungsmarkt oder bezüglich der täglichen Bedarfsgüter) ins Wanken gerät. Jene Gruppen, die als abstiegsgefährdend eingestuft werden oder generell auf unteren beruflichen Hierarchieebenen tätig sind, fühlen sich in vieler Hinsicht herabgesetzt. Sie sind die Leidtragenden der wirtschaftlichen Umbrüche, sie spüren die Schattenseiten der Globalisierung und sie fühlen sich durch Migrant:innen, Geflüchtete und weitere rivalisierende Gruppen am Rande der Gesellschaft in ihrem Status bedroht. Auf diesem Wege gelingt es rechtsautoritären Akteur:innen, soziale Ungleichheiten in nationale Identitätskonflikte umzudeuten. Und es werden sogar Maßnahmen einer ökologischen Transformation der Wirtschaft als Angriffe auf Betroffene in weniger privilegierten Lagen umgemünzt.[66] Die zunehmende Hinwendung der Arbeiterklasse zu rechten Parteien resultiert somit aus einem komplexen Zusammenspiel von ökonomischen Unsicherheiten, dem Gefühl einer mangelnden politischen Einflussnahme und der Wahrnehmung kultureller Identitätskonflikte. Insofern ist es nicht überraschend, dass sich ökonomische, politische und soziokulturelle Konfliktlinien in der Gesellschaft zunehmend überlagern.

3.2. Zur Analyse gegenwärtiger Polarisierungstendenzen

Potenzielle Konfliktlinien entlang politischer Lagerbildungen werden in der Politikwissenschaft schon seit mehreren Jahrzehnten im Rahmen der Cleavage-Theorie[67] thematisiert. Dabei zeigt sich, wie im vorigen Abschnitt näher beschrieben, dass eine klassische Links-Rechts-Trennung im Sinne einer kritischen vs. befürwortenden Haltung zu sozialer Ungleichheit nicht aufrechtzuerhalten ist und durch neue Konfliktlinien überlagert wird. In den Sozialwissenschaften werden gesellschaftliche Konfliktfelder der Gegenwart primär im Hinblick auf zwei Achsen diskutiert: sozioökonomisch und soziokulturell. Der bedeutendste empirische Nachweis für diese Differenzierung stammt aus einer Studie von Stanley Feldman und Christopher Johnston.[68] Aus sozioökonomischer Perspektive werden einerseits Fragen der Verteilung von Wohlstand und der Bekämpfung von Ungleichheiten thematisiert,

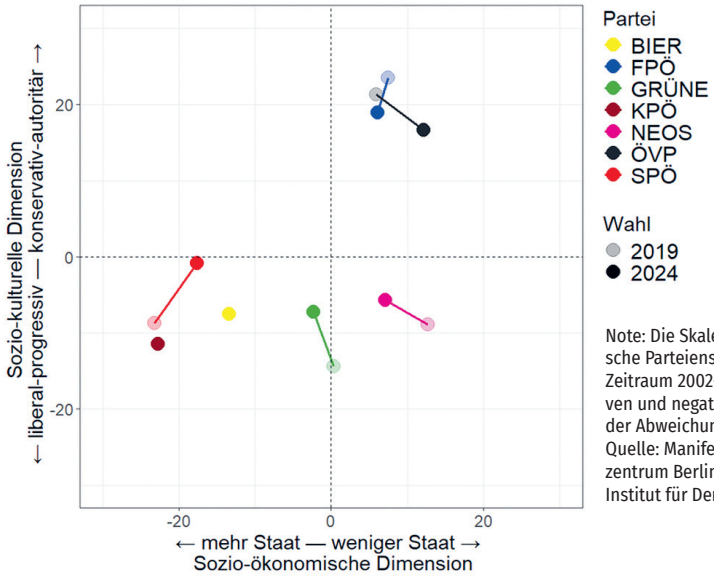
andererseits aber auch Prozesse des sozialen Wandels wie die Digitalisierung und Flexibilisierung der Wirtschaft mit einer zu erwartenden Ungleichverteilung der Risiken nach Berufsklassen. Die soziokulturelle Polarisierung entsteht durch das Resultat von Globalisierungs- und Liberalisierungsprozessen, wobei sich Debatten um Diversität und Minderheitenrechte in identitätspolitischen Konflikten manifestieren. Während sich *teilbare* Konflikte um Umverteilung zentrieren und somit stets Konflikte des „Mehr oder Weniger" verdeutlichen, sind Konflikte ethnischer oder religiöser Zugehörigkeit als *unteilbar* zu sehen.[69] Derzeit ist erkennbar, dass ökonomische Konflikte im Diskurs in den Hintergrund treten, obwohl sie weiterhin virulent sind. Die wesentlichen Konfliktlinien der Gegenwart sind von kulturellen Fragen bestimmt.

Die Meinungspolarisierung in der Bevölkerung wird dabei überwiegend als Wertepolarisierung oder *social polarization* gefasst und beschreibt zunehmende Gräben in der Bevölkerung, die mit einer Ablehnung andersdenkender Menschen einhergehen.[70] Hier ist der Grat zwischen einer konstruktiven Meinungsvielfalt, die in demokratischen Gesellschaften notwendig ist, und auftretenden Wertekonflikten, die mit Entsolidarisierung einhergehen, relativ schmal. Wenn die Regeln des konstruktiven Austauschs eingehalten werden und Respekt zwischen den Konfliktparteien besteht, werden Diskursräume einer politischen Öffentlichkeit und lebendigen Zivilgesellschaft geschaffen. Trotz der manifesten sozialstrukturellen Unterschiede und des damit verbundenen Wertepluralismus birgt gerade die Verschiedenheit der Weltanschauungen die Chance, Konflikte auf einer gemeinsamen öffentlichen Bühne so auszutragen, dass sich tatsächlich ein gemeinsamer Rahmen an Normen und Regeln erkennen lässt.[71] Mit der zunehmenden Bedeutung sozialer Medien und radikalisierter Diskurse im Netz scheint sich dieser geregelte Raum der öffentlichen Kommunikation aber entscheidend zu verringern. Zwar ermöglichen die sozialen Medien durch ihre freie Zugänglichkeit mehr denn je eine breite und umfassende Teilhabe am politischen Geschehen, jedoch sind Fake News, Deep Fakes sowie Hass-Postings und KI-gesteuerte Filterblasen treibende Kräfte für Radikalisierung und ein Abdriften in Verschwörungserzählungen.[72] Durch den Umgang mit Gleichgesinnten verstärken sich die eigenen Positionen und es werden hauptsächlich oder ausschließlich mediale Inhalte geteilt, die die eigenen Ansichten stützen. Wenn Radikalisierungstendenzen zunehmen und die Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen nicht mehr in diesem Rahmen „gehegter Konflikte" stattfinden[73], dann werden produktive Diskurse verhindert und die Polarisierung kann schließlich eine Gefährdung für Rechtsstaat und Demokratie darstellen.[74]

Diese These einer Polarisierung im Sinne der Bildung zweier sich diametral gegenübersteher Lager scheint vor allem im US-amerikanischen Kontext von großer Bedeutung zu sein. Studien zeigen, dass sich die Wählerschaften von Republikanern und Demokraten aus je unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen rekrutieren[75] und das Wahlverhalten beispielsweise auch mit gewissen Lebensstilentscheidungen korreliert.[76] So zeigte sich in einer vergleichenden Analyse, dass zumindest die politische Polarisierung der Parteien in den USA wesentlich stärker ausgeprägt ist als in anderen westlichen Demokratien. Dies gilt sowohl hinsichtlich ökonomischer Verteilungsfragen als auch in Bezug auf Konflikte zwischen konservativen und liberalen Werten.

Österreichs Parteienlandschaft weist bezüglich beider Dimensionen eine mittlere Polarisierung auf.[77] Die Bekämpfung sozialer Ungleichheit wird beispielsweise sowohl von linken Parteien als auch von der FPÖ thematisiert, auch wenn sich im Endeffekt die Ursachenanalysen und die vorgeschlagenen Lösungswege deutlich voneinander unterscheiden. Anders verhält es sich bei den Themen Klima- und Umweltschutz, die besonders stark von den Grünen vertreten werden, die sich im politischen Spektrum links der Mitte positionieren. Ebenso wird eine strengere Regelung der Zuwanderung und eine Abkehr von feministischen Ideologien bis hin zur Anerkennung der Geschlechtervielfalt in Österreich nach wie vor insbesondere im politischen Lager rechts der Mitte propagiert, in Österreich insbesondere von der FPÖ, aber auch von der ÖVP.

Zieht man das Manifesto-Projekt heran, das die Parteien auf einer sozioökonomischen und soziokulturellen Dimension verortet, so lassen sich die Parteien auf Basis der letzten Nationalratswahl relativ eindeutig in dieses Spektrum einordnen. Dabei unterscheiden sich die FPÖ und die ÖVP nur marginal, während die ÖVP in den letzten Jahren noch stärker in der libertären Position positioniert ist. Die NEOS liegen (relativ isoliert) im rechten, unteren Quadranten, indem sie sowohl wirtschaftlich als auch politisch liberal positioniert sind. Die Grünen sind der politisch liberalen und progressiven Sphäre zugeordnet, während sie in Bezug auf Umverteilung eher mittig positioniert sind. Die linken Parteien in Österreich (wie BIER, SPÖ und KPÖ) treten eindeutig für eine stärkere staatliche Zähmung des Kapitalismus ein. Dabei zeigt sich bei der SPÖ, dass die Programme auf der politisch-liberalen Achse etwas konservativer im Vergleich zur KPÖ oder zur Bier-Partei ausgerichtet sind.



Note: Die Skalen wurden auf das österreichische Parteiensystem zentiert. Dafür wurde der Zeitraum 2002–2024 berücksichtigt. Die positiven und negativen Werte zeigen die Stärke der Abweichung vom Zentrum der Skala.
Quelle: Manifesto Projekt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/ Institut für Demokratieforschung (IfDem)

Abb. 6: Einordnung der österreichischen Parteien anhand des Manifesto-Projekts
Quelle: https://www.derstandard.at/story/3000000237450/nationalratswahl-2024-wofuer-stehen-die-parteien-und-was-ist-ihnen-wichtig

Die „pessimistische Nostalgie“[78], dass früher alles besser gewesen sei, sei es im Bereich der Geschlechterverhältnisse, der Wirtschaft, der Bildung, des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Traditionen usw., dient als Erklärung für die allgemeine Entwicklung eines wachsenden Konservatismus in Österreich, der auch als „radikalisierter Konservatismus“[79] bezeichnet wird. Je schlechter die regierenden politischen Parteien mit der Bewältigung der multiplen Krisen zurechtkommen, je öfter sie zudem in Korruptionsskandale und/oder parteiinterne Querelen verwickelt sind und je unglaubwürdiger ihre Gegenerzählungen ausfallen, desto einfacher ist es für rechtsautoritäre Parteien, politisches Kapital daraus zu schlagen.

Bezüglich der Meinungspolarisierung in der österreichischen Gesellschaft gibt es bislang nur wenige Befunde, die ein umfassendes Bild der gesellschaftlichen Polarisierung jenseits der politischen Parteien in Österreich zeichnen.[80] Insbesondere die Corona-Pandemie hat eine Reihe von Forschungsarbeiten angeregt, die jedoch zu unterschiedlichen, teils widersprüchlichen Befunden kommen. So wird im Laufe der Pandemie eine starke Abnahme der Politikzufriedenheit und des Vertrauens in die Regierung be-

schrieben[81], während zugleich die von der Bevölkerung subjektiv wahrgenommene Polarisierung steigt. Ebenso konnte eine ausgeprägte Polarisierung zwischen Impfgegnern und Impfbefürwortern beobachtet werden.[82] Demgegenüber argumentieren Fabian Beckmann und Anna-Lena Schönauer im Hinblick auf die Bewertung von Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung, dass einerseits der Anteil der Befürworter relativ hoch ist und andererseits Einstellungen zur Pandemie bei unterschiedlichen Milieus nicht direkt mit deren Haltung entlang anderer Konfliktlinien wie Zuwanderung, Klimawandel oder der Verringerung sozialer Ungleichheit zusammenhängen.[83] Auch die Tatsache, dass sich Maßnahmengegner:innen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen rekrutieren, widerspricht der Annahme einer sozialstrukturellen Verankerung von Meinungspolarisierung.

In ähnlicher Form argumentieren auch Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser[84] für Deutschland, dass die These einer Spaltung der Gesellschaft in zwei klar abgrenzbare Lager nicht haltbar ist, auch wenn gewisse Spannungsfelder an Bedeutung gewonnen haben. Sie kommen – zumindest auf Basis der Daten für Deutschland – zu dem Schluss, dass sich die meisten Menschen noch in einer gemeinsam geteilten Mitte verorten lassen, während sich die Ränder stärker radikalisieren. Die Forschergruppe präsentiert als Alternative zum Konzept der gesellschaftlichen Polarisierung ein Modell, das bestimmte Konfliktarenen und Triggerpunkte ins Zentrum rückt. Dieses Konzept der verschiedenen Ungleichheitsarenen und der damit verbundenen emotionalisierten Diskurse soll auch in dieser Studie als Grundlage dienen, um die Wertekonflikte im Bundesland Salzburg präziser einordnen zu können.

3.3. Ungleichheitsarenen und Einflussfaktoren auf gegenwärtige Wertekonflikte

In der Annahme, dass die Gesellschaft Konflikte eben nicht in zwei sich gegenüberstehenden Großgruppen aushandelt, sollen durch die vorgestellten Konfliktarenen „Einstellungslagerungen, soziale Verankerungen und zeitliche Bewegungstendenzen“[85] bezüglich gesellschaftlicher Spannungsfelder herausgearbeitet werden können. Das Konzept der Ungleichheitsarenen beschreibt konkret jene Wertekonflikte, die sich in Ungleichheitsdebatten hinsichtlich materieller und immaterieller Güter, Lebenschancen sowie Rechte und gesellschaftliche Anerkennung widerspiegeln. Das Konzept der Ungleichheitsarenen ermöglicht es dabei, „die Vielzahl gesellschaftlicher Einzelkonflikte zu größeren Einheiten [zu] gruppieren“.[86]

Ganz allgemein stellt sich bei den aktuell auftretenden Wertekonflikten die Frage, ob wir mit einer reinen Analyse von Umfragedaten gegenwärtige Polarisierungstendenzen in der Gesellschaft nicht unterschätzen und potenziell auch verharmlosen. Denn vielleicht sind es tatsächlich genau die von Steffen Mau und seinen Kollegen[87] thematisierten Triggerpunkte, die sich über die genannten Echokammern letztlich verstärken, die Wertekonflikte in der Gesellschaft zunehmend eskalieren lassen und schlussendlich auch das Wahlverhalten prägen. Triggerpunkte sind aus Sicht der Autoren auch deshalb besonders wirkungsvoll, weil sie an der Basis moralischer Überzeugungen, Selbstverständnisse und Rechtfertigungsmuster ansetzen. Es lassen sich vier Typen von Triggerpunkten unterscheiden, die jeweils mit unterschiedlichen Erwartungsverletzungen einhergehen: Die Trigger der Ungleichheitsbehandlungen, der Normalitätsverstöße, der Entgrenzungsbefürchtungen sowie der Verhaltenszumutungen. Diese heuristische Typologie ermöglicht es, Triggerpunkte von allgemeinen Diskursen zu unterscheiden, wobei diese eben stärkere emotionale Reaktionen auslösen. In der politikwissenschaftlichen Literatur wird die Facette der Emotionalisierung mit dem Begriff der affektiven Polarisierung gefasst. Dabei wird in einer aktuellen Studie[88] von wechselseitigen Verstärkungseffekten ausgegangen. Sowohl diejenigen, die für rechtsautoritäre Konzepte empfänglich sind, als auch diejenigen, die sich davon distanzieren, neigen zu stärkeren Emotionen, was die affektive Polarisierung begünstigt. Insofern ist diese in jenen Ländern besonders stark ausgeprägt, in denen rechtsautoritäre Politiker:innen den Siegeszug antreten.

Wir werden in weiterer Folge entlang der Triggerpunkte und entlang klassischer Reizthemen zeigen, wie sich Wertekonflikte auf der Ebene dominanter Einstellungen und Argumentationsmuster formieren und ausgetragen werden. Konkret definieren Steffen Mau und seine Kollegen vier Ungleichheitsachsen: Die Oben-Unten-Achse bezieht sich auf die Frage der Ressourcenverteilung, die Innen-Außen-Achse auf den Konfliktherd der Zuwanderung, die Wir-Sie-Achse rankt sich um Fragen der Anerkennung von benachteiligten Gruppen und Minderheiten und die Heute-Morgen-Achse adressiert die ökologische Transformation der Gesellschaft.[89] Die weiteren Ausführungen zeigen, wie sich Teile der Gesellschaft im Hinblick auf diese Konfliktfelder verorten und wo maßgebliche Reibungspunkte zu beobachten sind.

3.3.1. **Oben-Unten** (Konflikte um Umverteilung)

Für ökonomische Verteilungskonflikte zeigt sich in Österreich eine relativ weit verbreitete Kritik an sozialer Ungleichheit und eine mehrheitliche Befürwortung von Umverteilungsmaßnahmen.[90] Zugleich sind aber auch meritokratische Einstellungen und eine Akzeptanz von Einkommensunterschieden nach Leistung und Qualifikation häufig zu beobachten.[91] Internationale Untersuchungen weisen darauf hin, dass eine kritische Einstellung zu Ungleichheiten eher in den unteren Statuslagen vertreten ist. Studien zeigen relativ konsistent, dass sich Personen mit niedrigerem Einkommen und Bildungsgrad eher für geringere Einkommensunterschiede aussprechen. So zeigt die Forschung übereinstimmend, dass mit zunehmender Anzahl an absolvierten Ausbildungsjahren sinkende Zustimmungswerte für Maßnahmen zur Verringerung von Einkommensunterschieden auftreten.[92] Die vertikale Statusposition, also finanzielle Situation, Bildung und Berufsklasse ist hierbei möglicherweise bedeutender als horizontale Unterschiede bezüglich Geschlecht, Alter und Urbanitätsgrad der Wohnumgebung. Frauen befürworten jedoch in der Regel eher Maßnahmen des sozialen Ausgleichs, während Männern generell eine stärkere Wettbewerbsorientierung unterstellt wird.[93] Bezüglich des Alters kommen unterschiedliche Studien zu teilweise widersprüchlichen Ergebnissen. Für Österreich zeigt sich, dass ältere Menschen größere Einkommensunterschiede für akzeptabel halten als jüngere Kohorten.[94] Personen mit einem hohen sozioökonomischen Status und rechtsorientierter politischer Haltung befürworten ein leistungsbasiertes System, während das Prinzip der Gleichberechtigung in eher linksorientierten beruflichen Milieus an Bedeutung gewinnt. Die klassenbasierte Wahlforschung[95] zeigt, dass Personen mit höheren Bildungsabschlüssen und höherem Berufsprestige mittlerweile häufig zu grünen und progressiv-liberalen Parteien (wie in Österreich die NEOS) tendieren, weil diese vor allem in Bezug auf kulturelle Fragen liberale Positionen anbieten.

Es ist naheliegend, dass Menschen, die sich politisch im linken Spektrum verorten, eine stärkere Präferenz für Umverteilung aufweisen.[96] In den Einstellungen verschiedener Wählergruppen zu legitimer Einkommensungleichheit spiegelt sich dies jedoch nur teilweise wider. Anja Eder und Franz Höllinger beobachten, dass im Jahr 2022 SPÖ-Wähler:innen größere Einkommensunterschiede für akzeptabel halten, als dies bei ÖVP-Wähler:innen der Fall ist. Bei den NEOS, welche wirtschaftsliberale und meritokratische Prinzipien vertreten, sieht auch die Wähler:innenschaft größere Einkommensdifferenzen als legitim an. Im Gegensatz dazu vertreten Grün-Wähler:innen eher egalitäre Einstellungen. Auch die FPÖ-Wählerschaft lehnt

große Einkommensunterschiede eher ab, möglicherweise aufgrund rechtsautoritärer Diskurse und der Elitenkritik der Partei.[97]

3.3.2. **Innen-Außen** (Konflikte rund um Migrationsfragen)

Studien zur österreichischen Bevölkerung, welche der Arena Innen-Außen zugeordnet werden können, verweisen auf eine zunehmende und stark ausgeprägte Ablehnung von Migration, aber auch auf eine Polarisierung der Einstellungen.[98] Häufig kommt es zu einer Verknüpfung von Diskursen um Migration und Religion, insbesondere im Hinblick auf den Islam.[99] In Bezug auf die Einstellungen gegenüber Zuwanderer:innen werden keine konsistenten Ergebnisse bezüglich Geschlecht und Religiosität berichtet. Jedoch scheint die Wahrnehmung einer ethnischen Bedrohung mit dem Alter zuzunehmen.[100] Ein äußerst robuster Befund in der Vorurteilsforschung ist der starke Einfluss des Bildungsstandes auf Fremdenfeindlichkeit. Auch höhere Statusgruppen sind tendenziell offener für Zuwanderung.[101] Die Wahrnehmung eines ethnischen Wettbewerbs führt bei den Einheimischen in niedrig privilegierten Berufspositionen stärker zu exkludierenden Haltungen. Hier scheint auch das Stadt/Land-Gefälle in verschiedener Hinsicht zu interagieren, weil in der Stadt kosmopolitische Orientierungen stärker gelebt werden und auch häufiger Kontakte zu Migrant:innen stattfinden, die Vorurteile reduzieren.[102] Autoritarismus geht mit einer stärker wahrgenommenen Bedrohung durch Flüchtlinge und Migrant:innen, sowie mit einer Ablehnung von Zuwanderer:innen und Muslim:innen einher.[103] Die ideologische Orientierung erweist sich ebenfalls als stabiler Einflussfaktor für ethnische Vorurteile, wobei konservative Werte zu einem höheren Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit beitragen. Auch im europäischen Vergleich zeigt sich, dass Personen, die sich politisch eher links verorten, offener für Zuwanderung sind als rechtsorientierte Wähler:innen.[104]

3.3.3. **Wir-Sie** (Konflikte rund um sexuelle Vielfalt)

Bezüglich sexueller Vielfalt und Diversität kann in Österreich allgemein eine hohe Toleranz beobachtet werden und auch die Polarisierung in dieser Sphäre scheint tendenziell zu sinken.[105] Internationale Daten weisen darauf hin, dass sexuelle Diversität von Menschen in oberen Statuslagen eher unterstützt wird als von Personen mit geringerem sozialem Status. Jedoch erweisen sich Generationsunterschiede generell als stärkere Prädiktoren für die Einstellungen in dieser Arena, wobei sich jüngere Personen tendenziell offener positionieren.[106] Hinsichtlich der politischen Ideologie kann an-

genommen werden, dass Homosexualität von Konservativen und Libertären eher abgelehnt wird, während liberale und sozialistische Ideologien mit einer höheren Akzeptanz korrelieren.[107] Auch Autoritarismus sowie soziale Dominanzorientierung und illiberale Einstellungen sind hingegen konsistent starke Prädiktoren für Homophobie[108] und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.[109] In Deutschland zeigt sich analog dazu, dass Personen, die sich politisch weiter links verorten, weniger zur Abwertung von Fremdgruppen neigen als Personen mit einer rechten politischen Ideologie.[110]

3.3.4. Heute-Morgen (Konflikte in Bezug auf Klimaschutzmaßnahmen)

Im Hinblick auf die Arena Heute-Morgen zeigt sich in Österreich ein breites und zunehmendes Bewusstsein für den Klimawandel[111], aber auch eine ausgeprägte Meinungspolarisierung. Eine aktuelle Studie[112] zeigt im Ländervergleich, dass die Links-Rechts-Spaltung der Bevölkerung zunehmend mit einer Polarisierung in Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes einhergeht. Die politisch unterschiedlichen Sichtweisen dürften sich auch bei klassischen soziodemographischen Faktoren entsprechend niederschlagen, wobei insbesondere Frauen[113] und Personen mit höherer Bildung[114] die Vorreiter:innen eines klimabewussten Lebensstils sind. In einer qualitativen Studie[115] wurde ein deutlicher Öko-Habitus bei einem höheren gesellschaftlichen Status festgestellt. Hier scheint ein ökologisch nachhaltiger Lebensstil mit Anerkennung verbunden zu sein, und es herrscht Optimismus, die Gesellschaft von innen heraus verändern zu können. In weniger privilegierten Kreisen sprechen die Autoren[116] von der dominanten Handlungslogik der Öko-Ohnmacht. Den Gefahren des Klimawandels wird überwiegend mit Resignation begegnet, es herrscht wenig Hoffnung, dem Klimawandel selbstwirksam begegnen zu können. Zudem werden politische Akteur:innen eher in abstrakter Hinsicht für die ökologische Misere verantwortlich gemacht.

Rechtsorientierter Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung haben je einen starken und voneinander unabhängigen Einfluss auf Einstellungen bezüglich Umwelt- und Klimathemen. Das Zusammenspiel von autoritärer Aggression und Traditionalismus führt potenziell dazu, dass rechtsorientierter Autoritarismus mit einer Ablehnung von Umweltmaßnahmen einhergeht. Auch die soziale Dominanzorientierung geht mit einer negativen Wahrnehmung von Umweltmaßnahmen einher.[117] Die Parteizugehörigkeit[118] sowie die politische Positionierung am Links-Rechts-Spektrum[119] haben keinen oder nur einen geringen Mehrwert für die Erklärung von Umwelteinstellungen, sofern nach autoritären Tendenzen kontrolliert wird.

Somit wurden nun mittels einer umfangreichen Zusammenschau des Forschungsstandes die wesentlichen Einflussfaktoren auf potenzielle Wertepolarisierungen wiedergegeben und damit die theoretische Rahmung für die diesjährige Autoritarismusstudie gesetzt. Wir wollen in weiterer Folge analysieren, ob sich die Dynamiken der aktuellen Krise und die Transformationsprozesse hin zu einem autoritären Kapitalismus auch im Einstellungsspektrum der Salzburger Bevölkerung niederschlagen. Dabei interessiert uns *erstens* die Verschränkung von ideologischen Grundpositionen mit autoritären Haltungen. *Zweitens* soll – wie in allen Erhebungen – der zeitliche Vergleich im Vordergrund stehen, um einzuschätzen, ob sich autoritäre und antiegalitäre Haltungen über die letzten Jahre verschärft oder entschärft haben. Und *drittens* setzen wir den diesjährigen Schwerpunkt auf gesellschaftliche Wertekonflikte und Spaltungslinien entlang der vier genannten Ungleichheitsarenen und vertiefen diese Analyse, indem wir über qualitative Interviews tiefer in die Meinungsspektren konkurrierender Wähler:innenmilieus eintauchen. Auf diese Weise gewinnen wir tiefgehende Erkenntnisse darüber, wie es um den Zusammenhalt in Salzburg bestellt ist und welche Einflussfaktoren die Meinungspolarisierung erhöhen oder im günstigsten Fall auch abschwächen können.

4. Das Untersuchungsdesign der Salzburger Autoritarismusstudie 2024

Nach den theoretischen Ausführungen zu autoritären Strömungen und Polarisierungstendenzen in der Gesellschaft wird nun der empirische Zugang unserer Forschung näher beschrieben. Die Salzburger Autoritarismusstudie wird von der Robert- Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen in Auftrag gegeben und wurde 2017 als langjährige Initiative ins Leben gerufen. Sie ermöglicht mittels annähernd repräsentativer Umfragen eine Dauerbeobachtung autoritärer und antiegalitärer Einstellungen im Bundesland Salzburg. Der Namensgeber Robert Jungk (1913–1994) war ein bedeutender österreichischer Zukunftsforscher, Publizist und Aktivist, der sich Zeit seines Lebens intensiv gegen autoritäre Strukturen einsetzte. Seine pazifistische Grundhaltung, die sein Leben und Wirken prägte, ist sicherlich auch auf die eigene Fluchterfahrung im Bann des nationalsozialistischen Regimes im Zweiten Weltkrieg zurückzuführen. Robert Jungk trat zu dieser Zeit als junger Student in Deutschland bereits mutig dem Regime entgegen und flüchtete in weiser Voraussicht vor der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten ins Exil in die Schweiz. Er publizierte zu Zeiten des Krieges unter einem Pseudonym und versuchte bereits damals vehement über die Verbrechen der Nationalsozialisten aufzuklären, auch wenn seinen Berichten nur wenig Glauben geschenkt wurde. Auch in der Zeit der Aufarbeitung der Verbrechen des Zweiten Weltkrieges in Deutschland befasste er sich kritisch mit jenen Mechanismen, die totalitäre Regime ermöglichen. In seinen Berichten zu den Nürnberger Prozessen betonte er die Mitverantwortung von Kollaborateuren und die Notwendigkeit, autoritären Systemen stets wehrhaft entgegenzutreten. In der Nachkriegszeit befasste sich Robert Jungk in seinen Büchern schließlich stärker mit technologischen Entwicklungen und insbesondere mit der unkontrollierbaren Macht der Atomtechnologie, die er als Bedrohung für die Demokratie betrachtete. Die Zukunftsforschung wurde schließlich für den Wahlsalzburger zur vorrangigen Disziplin, wobei Robert Jungk stets als Fürsprecher partizipativer Ansätze auftrat. Die Menschen sollen aufgeklärt und ermutigt werden, autoritäre Haltungen zu überwinden, einen progressiven gesellschaftlichen Wandel zu fördern und eine humane, nachhaltige Zukunft zu gestalten.[120]

Im Sinne des Vermächtnisses von Robert Jungk ist es uns in den Salzburger Autoritarismusstudien ein Anliegen, autoritäre Dynamiken der Gegenwart empirisch zu untersuchen und Prozesse sichtbar zu machen, die auf gesellschaftliche Konflikte hinweisen. Da sich immer breitere Bevölkerungsgruppen in einer krisenhaften Zeitspanne wähnen oder sich ökonomisch benachteiligt, politisch ohnmächtig und nicht ausreichend in die Gesellschaft eingebettet fühlen, können sich bestehende Frustrationen leicht in autoritären Aggressionen niederschlagen.[121] Es ist offensichtlich, dass ein Anstieg autoritärer Aggression den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft gefährdet und das solidarische Miteinander untergräbt. Die Salzburger Autoritarismusstudie stellt deshalb für Österreich im Allgemeinen und für Salzburg im Besonderen einen wichtigen Gradmesser dar, wie sich gesellschaftspolitisch hochrelevante Einstellungen verändern und unser Zusammenleben beeinflussen und was das insgesamt für die Zukunft bedeuten könnte.

Um das Ausmaß und die Veränderung in autoritären und antiegalitären Haltungen empirisch nachzeichnen zu können, braucht es eine wissenschaftlich fundierte, methodische Herangehensweise. Deshalb wird die Salzburger Autoritarismusstudie stets in bewährter Zusammenarbeit mit der Abteilung Soziologie der Universität Salzburg durchgeführt, die einen eindeutigen Schwerpunkt in der sozialwissenschaftlichen Methodologie und quantitativen Umfrageforschung aufweist.[122]

Die Studie hat zum Ziel, über eine möglichst repräsentative Umfrage allgemeingültige Aussagen für die Salzburger Bevölkerung zu ermöglichen. Repräsentative Bevölkerungsumfragen, welche zur kontinuierlichen Beobachtung von Dynamiken und Entwicklungen in der Gesellschaft angelegt sind, verwenden in der Regel sehr kosten- und zeitintensive Verfahren zur Rekrutierung und Befragung von Personen, um eine hohe Datenqualität zu gewährleisten. Eine Zufallsstichprobe (z.B. aus dem zentralen Melderegister) stellt dabei den Goldstandard dar, oft verbunden mit klassischen Face-to-Face Interviews, um die Interviewsituation entsprechend kontrollieren zu können.[123] In unserer Erhebung greifen wir jedoch auf die kostengünstigere Variante eines Online-Access-Panels zurück, um zumindest annäherungsweise auf das Stimmungsbild in der Salzburger Bevölkerung schließen zu können. Die Nutzung von Online-Access-Panels hat in der akademischen Umfrageforschung in den letzten Jahren stark zugenommen, insbesondere auch aufgrund der Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie, wo traditionelle Face-to-Face-Interviews mangels Durchführbarkeit in den Hin-

tergrund traten.[124] Auch das Salzburger Institut für Grundlagenforschung[125], das die Erhebung für uns durchführt, greift auf international etablierte Online-Access-Panels zurück, wo schlussendlich auch im regionalen Kontext umfangreiche Stichproben gezogen werden können. Online-Access-Panels rekrutieren Umfrageteilnehmer:innen, die sich freiwillig bei den Anbietern registrieren und für eine geringe Renumeration regelmäßig an Studien teilnehmen. Aus einem großen Pool an potenziellen Teilnehmer:innen wird schlussendlich eine Quotenstichprobe (in unserem Fall mit vorgegebenen Quoten nach Geschlecht, Alter, politischer Bezirk und Bildung) gezogen. Durch diese Art der Stichprobenziehung wird sichergestellt, dass die Stichprobe zumindest nach den genannten Merkmalen weitgehend der Bevölkerung des Bundeslandes entspricht. Mit der Nutzung von Online-Access-Panels sind jedoch auch einige Schwächen verbunden. Da ausschließlich der dort verfügbare Pool an Teilnehmer:innen die Auswahlgesamtheit bilden, sind einzelne Gruppen, die generell nicht an derartigen Panels teilnehmen und digital weniger affin sind, in der Regel systematisch unterrepräsentiert.[126] Ein häufig beobachtetes Problem ist auch das sogenannte Satisficing.[127] Es ist anzunehmen, dass einzelne Teilnehmende bei längeren Online-Befragungen rasch die Aufmerksamkeit verlieren und Fragen (zu) rasch beantworten bzw. einem schematischen Antwortmuster folgen, ohne die Inhalte tatsächlich zu reflektieren.

Der Umgang mit derartigen methodischen Herausforderungen erfordert gezielte Maßnahmen. Wir haben in der Salzburger Autoritarismusstudie 2024 erstmals die Antwortzeit in Bezug auf die Umfrage mitprotokolliert. Der Fragebogen erfordert bei einer seriösen Beantwortungsdauer eine Mindestbearbeitungszeit von rund 15 Minuten, eventuell ist der Fragebogen für jüngere Personen auch etwas schneller durchführbar. Wir haben uns entschieden, schlussendlich alle Fälle mit einer Bearbeitungsdauer von weniger als 10 Minuten von weiteren Analysen auszuschließen. Zusätzlich wurden Abweichungen in der Quotenstichprobe entsprechend gewichtet, um zumindest nach Alter, Geschlecht und Bildung die Verteilung der Umfragedaten an die offiziellen Verteilungsangaben der Landesstatistik anzugleichen. Die Gewichtung wurde über einen Raking-Algorithmus erstellt.[128] Personen mit Merkmalen, die zu häufig in der Stichprobe vertreten sind, erhalten demzufolge ein geringeres Gewicht und unterrepräsentierte Gruppen ein höheres Gewicht, um Verzerrungen in der Stichprobe auszugleichen.

Tabelle 2 gibt näher Auskunft über die Stichprobe.

Erhebungszeitraum 17. bis 30. Mai 2024		ungewichtet		gewichtet		Reduzierte Stichprobe ungewichtet		Reduzierte Stichprobe gewichtet	
Merkmale	*Ausprägungen*	*n*	*%*	*n*	*%*	*n*	*%*	*n*	*%*
Gesamt		431	100			339	100		
Geschlecht	männlich	189	44	209	48,6	151	44,5	181	49,6
	weiblich	241	56	221	51,4	188	55,5	183	50,4
	Fehlend	1							
Alters-gruppen	16–24	70	16,2	52	12,1	40	11,8	32	8,9
	25–34	83	19,3	67	15,6	54	15,9	47	12,9
	35–44	94	21,8	69	15,9	74	21,8	53	14,6
	45–54	66	15,3	67	15,6	59	17,4	61	16,7
	55–64	63	14,6	75	17,4	57	16,8	70	19,2
	65+	55	12,8	101	23,5	55	16,2	101	27,8
Bildung	Pflichtschule	28	6,6	98	23	22	6,6	82	22,7
	Lehre, BMS, Meister	167	39,3	204	47,8	138	41,3	179	49,8
	AHS und BHS	110	25,9	59	13,8	82	24,6	48	13,2
	Universität	120	28,2	65	15,3	92	27,5	51	14,2
	Fehlend	6		5		5		5	
Wohnort	Großstadt (über 100.000 Einwohner und Umgebung)	146	33,9	120	27,8	115	33,9	96	26,3
	Kleine bis größere Stadt (5.000 bis 100.000 Einwohner)	145	33,6	138	31,9	104	30,7	110	30,2
	Dorf oder Haus/Hof alleinstehend	140	32,5	174	40,3	120	35,4	159	43,6
Subjektive Schicht-einstufung	Unten (Stufe 0 bis 3)	58	13,8	58	13,8	49	14,7	57	16,1
	Mitte (Stufe 4 bis 6)	272	64,4	272	64,4	204	61,3	235	66
	Oben (Stufe 7 bis 10)	92	21,7	92	21,7	80	24	64	18
	Fehlend	8	1,9	8		6		8	
Partei-präferenz	ÖVP	53	14,4	58	15,7	40	13,6	51	16,1
	SPÖ	44	12	41	11,2	36	12,2	33	10,4
	FPÖ	79	21,5	86	23,3	64	21,7	74	23,5
	Grüne	25	6,8	18	4,8	20	6,8	13	4,1
	NEOS/Andere	26	7,1	29	7,9	20	6,8	26	8,3
	KPÖ/BIER	42	11,4	37	10,1	32	10,8	28	8,8
	Ungültig/Nicht Wähler:innen	26	7,1	26	7	20	6,8	23	7,1
	Weiß nicht	73	19,8	74	20	63	21,4	69	21,7
	Fehlend (nicht wahlberechtigt/ keine Angabe)	63		62		44		47	

Tabelle 2: Charakteristik der Stichprobe nach soziodemographischen und sozialstrukturellen Merkmalen sowie nach Parteipräferenz

Es konnten über das Online-Access-Panel 431 Personen entlang der vorgegebenen Quoten motiviert werden, an der Studie teilzunehmen. Die reduzierte Stichprobe (abzüglich derer, die den Fragebogen in weniger als

10 Minuten abgeschlossen haben und bei denen deshalb von keiner seriösen Beantwortung der Fragen ausgegangen werden kann) beläuft sich auf 339 Personen. Anhand der prozentualen Verteilung hinsichtlich des Geschlechts sieht man, dass männliche Untersuchungsteilnehmer leicht unterrepräsentiert sind (44,5 % in der ungewichteten Stichprobe) und höher gewichtet werden mussten (auf 49,6 %). Bezüglich des Alters fällt in der Vollstichprobe auf, dass jüngere Personen deutlich überrepräsentiert und ältere Personen unterrepräsentiert sind. Da vermehrt Schnellausfüller:innen unter den jüngeren Befragten vorkamen, reduziert sich diese Verzerrung in der Altersverteilung in der reduzierten Stichprobe. Dennoch sind die älteren Befragten (über 65 Jahre) auch in der reduzierten Stichprobe geringfügiger vertreten, was durch die Gewichtung im Endeffekt überkompensiert wird. Die deutlichste Einschränkung der Stichprobenqualität ist bei der Bildung zu sehen. Hier sind insbesondere jene Befragten, die ausschließlich einen Pflichtschulabschluss aufweisen, unterrepräsentiert, wobei diese starke Verzerrung auch in der reduzierten Stichprobe bestehen bleibt. Was die regionale Verteilung der Daten betrifft, scheint die Stichprobe die Bevölkerungsstruktur in den politischen Bezirken gut widerzuspiegeln.[129]

Da über die Betrachtung der Salzburger Gaue nicht hinreichend auf eine städtische oder ländliche Wohnumgebung geschlossen werden kann, wird ein weiteres Merkmal zur Stadt/Land-Zuordnung herangezogen. Bei dieser Variablen mussten die Befragten jeweils angeben, ob sie in einer Großstadt (bzw. in einem Vorort der Großstadt), in einer mittelgroßen Stadt oder in einem Dorf bzw. am Land wohnen. Die Verteilung in die drei Kategorien scheint die Salzburger Bevölkerung ziemlich genau in drei Drittel zu teilen, wobei der städtische Kontext etwas überrepräsentiert und der ländliche Kontext leicht unterrepräsentiert ist.

Abschließend ist auch noch interessant, wie sich die Erkenntnisse auf die Schichtzugehörigkeit sowie auf die Parteipräferenz der Befragten niederschlagen. Es ist erkennbar, dass sich knapp 15 % der Befragten relativ weit unten auf der gesellschaftlichen Stufenleiter (von 0–10) einordnen, während sich knapp zwei Drittel der Teilnehmenden in der gesellschaftlichen Mitte sehen. Etwas mehr als 20 % der Befragten geben auf der 11-stufigen Skala einen Wert von 7 oder höher an und scheinen sich damit tendenziell in einer höheren sozialen Schicht zu verorten. Auch die Parteipräferenz zeigt (insbesondere im Vergleich zu den Salzburger Wahlergebnissen ein paar Monate später, siehe Kapitel 1) auf, dass die Studie hinsichtlich der Parteipräferenz als einigermaßen repräsentativ zu betrachten ist. Zieht man den Anteil der

Nichtwähler:innen und der Unentschlossenen nicht weiter in Betracht, so scheinen Wähler:innen der FPÖ im Vergleich zum offiziellen Ergebnis der Nationalratswahl 2024 leicht überrepräsentiert zu sein und Wähler:innen der ÖVP und der SPÖ leicht unterrepräsentiert. Demgegenüber sind jedoch auch Sympathisant:innen einzelner Linksparteien (wie der KPÖ und der Bierpartei) in der Stichprobe häufiger vertreten als es sich schlussendlich in den Wahlergebnissen im September 2024 niederschlug.

Insgesamt können wir auf Basis dieser näheren Analyse der Stichprobencharakteristik davon ausgehen, dass das Ausmaß autoritärer und antiegalitärer Haltungen einigermaßen plausibel geschätzt werden könnte. Es gibt leichte Abweichungen in Relation zur Bevölkerungsstatistik, jedoch können diese durch die angewendete Gewichtung kompensiert werden. Bezüglich des Wahlverhaltens dürften die Ränder des politischen Spektrums etwas stärker besetzt sein, wodurch im Endeffekt eine etwas stärkere Polarisierung in den Meinungen aufscheinen könnte, als sie tatsächlich gegeben ist. Über mittlere Zustimmungsraten müsste das Ausmaß autoritärer und antiegalitärer Einstellungen einigermaßen plausibel für die Salzburger Bevölkerung geschätzt werden können. Die Stichprobe von 339 Personen ist auch ausreichend groß, um zeitliche Veränderungen im Vergleich zu früheren Erhebungen angemessen beurteilen zu können. Die hier vorgestellten Stichprobencharakteristika dienen in weiteren Analysen zur aktuellen Dynamik des Autoritarismus auch als wesentliche Hintergrundvariablen, um Einflussfaktoren auf autoritäre Einstellungen und auf verschiedene Wahrnehmungen von Ungleichheiten in der Gesellschaft bestimmen zu können. Hier muss berücksichtigt werden, dass die Untergruppen (z. B. nach Bildung und insbesondere nach Parteipräferenz) teils auf sehr kleinen Fallzahlen beruhen. Es werden deshalb auch nur jene Ergebnisse berichtet, die zumindest einen Trend zur Signifikanz[130] verdeutlichen und somit statistisch bedeutsame Einflussfaktoren darstellen.

In der Salzburger Autoritarismusstudie 2024 beschränkten wir uns (so wie in den Vorerhebungen) nicht nur auf die Online-Umfrage, sondern führten auch (vertiefend) qualitative Interviews durch, um die rein quantitativen Ergebnisse inhaltlich zu bereichern.

Es handelt sich hierbei um ein klassisches Mixed-Methods-Design[131], in dem wir quantitative und qualitative Daten miteinander kombinieren und hinsichtlich der Untersuchungsthemen verschränken. Während wir mit dem quantitativen Zugang wertvolle Einblicke in das Ausmaß autoritärer und

Quantitativer Ansatz – Online-Studie	*Qualitativer Ansatz – problemzentrierte Interviews*
Quantitative Erhebung	**Leitfadengespräche mit Photo-Elicitation**
n = 431 (Online-Sample) Durchführung IGF via Online-Access Panel (gewichtete) Daten annähernd repräsentativ für Salzburg	**14 Interviews** (jeweils sieben Interviews mit Personen, die sich eher dem rechten bzw. eher dem linken politischen Spektrum zuordnen)
Analyse des Ausmaßes sozialer Desintegrationswahrnehmungen sowie autoritäre und antiegalitäre Einstellungen im Zeitverlauf	Transkription der Interviews und interpretative Auswertung anhand der dokumentarischen Methode
Schwerpunktthemen: Ideologische Grundpositionen in Verbindung mit Autoritarismus Wertepolarisierungen entlang von vier Ungleichheitsarenen (Umverteilung, Multikulturalismus, Geschlechtervielfalt und Klimaschutz)	Ableitung von Einflussfaktoren auf ideologische Grundhaltungen, Vertiefende Analyse von sozialen und politischen Einstellungen und Ableitung vorherrschender Argumentationsmuster in Hinblick auf vier Ungleichheitsarenen

Abb. 7: Das Untersuchungsdesign und die Themenschwerpunkte der Salzburger Autoritarismusstudie 2024

antiegalitärer Einstellungen erhalten, eine Analyse über zeitliche Entwicklungen (mittlerweile über vier Erhebungswellen 2017, 2019, 2021 und 2024) vornehmen und wesentliche Einflussfaktoren auf autoritäre Einstellungen und Wertepolarisierungen bestimmen können, bietet die qualitative Studie die Möglichkeit, vertiefende Einsichten in einzelne ideologisch geprägte Milieus zu gewinnen und deren Argumentationsmuster zu aktuell schwelenden Wertekonflikten nachzuzeichnen.

Wir integrieren neben dem Monitoring autoritärer und antiegalitärer Einstellungen nach bewährten Konzepten (siehe das nächste Kapitel) stets Schwerpunktthemen, um vertiefende Analysen der gesellschaftlichen Lage vornehmen zu können. Im Jahr 2021, als das Bundesland Salzburg durch die grassierende Delta-Variante noch stark im Bann der Covid-19-Pandemie stand, befassten wir uns mit Coronaskepsis und Verschwörungsmentalität als einer Facette des Autoritarismus.[132] In den letzten Jahren haben Themen rund um eine potenziell zunehmende gesellschaftliche Polarisierung Hochkonjunktur. Die ideologischen Lager scheinen sich zunehmend unversöhnlich gegenüberzustehen und es zeigen sich wachsende Wertekonflikte um

klassische Verteilungsfragen, um die weitere Ausrichtung der Gesellschaft sowie um Fragen der Anerkennung unterschiedlicher Lebensweisen und kultureller Praktiken.

Die Unterschiede in ideologischen Grundpositionen in Bezug auf die vier Ungleichheitsarenen (Verteilungsfragen, Migrationsfragen, Anerkennungsfragen rund um Diversität und Fragen der ökologischen Transformation der Gesellschaft) werden auch im qualitativen Forschungszugang ins Zentrum der Analyse gestellt, indem jeweils sieben Interviews mit links- und rechtsorientierten Personen geführt wurden. Hierbei wurde auf einen Leitfaden zurückgegriffen, der als Basis für das weitgehend frei geführte Interview diente. Dieser gliederte sich grob in vier Hauptabschnitte.

Die erste Interviewphase war bewusst offen gestaltet, wobei die Interviewenden sich zurückhielten, um den natürlichen Erzählfluss zu fördern. Diese Herangehensweise ermöglichte es den Befragten, sich selbst zu positionieren und die eigene Biografie darzulegen. Dieser Ansatz lieferte bereits wichtige Erkenntnisse, etwa über die Sozialisationshintergründe der Teilnehmenden.

Es folgten im Anschluss gezielte Fragen zur aktuellen, eigenen Lebenssituation, zu Veränderungen in Österreich in den letzten Jahren und zur gesellschaftlichen Lage sowie zu politischen Entwicklungen. Außerdem standen die politischen Ansichten der Befragten im Zentrum des Interviews. Hierbei wurde auch nachgefragt, welche Bereiche des Lebens von höchster Wichtigkeit sind und welche Themen die Untersuchungsteilnehmer:innen aktuell interessieren. Unser Ziel war hierbei, potenzielle Auslöser für autoritäre und antiegalitäre Haltungen zu identifizieren. Dabei untersuchten wir auch das Mediennutzungsverhalten, insbesondere bezüglich sozialer Medien als Informationsquelle für politische Themen.

Der dritte Teil des Interviews beinhaltete die Präsentation von *acht Bildern* gemäß der Photo Elicitation Methode.[133] Das Hinzuziehen von einschlägigen Bildern hat mehrere Vorteile und wurde bereits in mehreren Wellen der Salzburger Autoritarismusstudie eingesetzt. Zum einen erfolgt eine Eingrenzung des Themas, wodurch zentrale Argumentationsmuster bei polarisierenden Themen deutlicher erfasst werden können. Zum anderen kann mittels Bildmaterial die Fassade potenziell sozial erwünschter Antworten eher durchbrochen werden, weil Aussagen zu bestehenden Vorurteilen im Endeffekt eher getätigt werden dürften. Neurophysiologisch betrachtet

aktivieren Bilder andere Hirnareale als gesprochene Sprache, was die Befragten dazu animiert, die Aussagen spontaner und emotionaler zu tätigen.[134] Um vertiefende Aussagen zu den Bildern zu gewährleisten, wurden diese zum Teil mit begleitenden Fragen ergänzt. Dadurch sollte der Gesprächsfluss zum jeweiligen Thema angeregt werden. Die gezeigten Bilder und die zentralen Themen werden nun näher beschrieben:

1. Auf Bild eins ist ein Heizkörper erkennbar, in dem mehrere Euro-Geldscheine stecken, um das Thema „Teuerung" und erhöhte Energiekosten in den Vordergrund zu stellen.
2. Bild zwei zeigt junge Frauen in Tracht mit Blumenkränzen im Haar, die an einer traditionellen Festlichkeit teilnehmen, die jener des Maibaum-Aufstellens ähnelt. Eine Frau mitten in der Gemeinschaft junger Frauen hat eine schwarze Hautfarbe.
3. Bild drei zeigt einen Gehweg, an dessen Rand eine bettelnde Person sitzt. Eine Frau mit teuer aussehender Handtasche geht an ihr vorbei. Zusätzlich ist die Stadt Salzburg und das Festspielgelände auf dem Bild relativ eindeutig identifizierbar.
4. Auf Bild vier sind Bundespräsident Alexander van der Bellen und FPÖ-Parteiobmann Herbert Kickl zu sehen. Sie posieren in der Wiener Hofburg vor der österreichischen Flagge sowie vor jener der europäischen Union.
5. Bild fünf wurde in einem Klassenzimmer aufgenommen. Es sind vier Schüler zu sehen, bei denen ein Migrationshintergrund unterstellt werden könnte. Die Lehrerin in der Klasse tritt mit einem Kopftuch auf.
6. Auf Bild sechs ist ein Protest zu sehen, der mutmaßlich der identitären Bewegung zuzurechnen ist und bei dem Pyrotechnik verwendet wird. Protestierende halten die Österreich-Flagge in die Höhe, im Vordergrund ist ein Transparent mit der Aufschrift „Remigration jetzt" zu sehen.
7. Bild sieben zeigt wiederum einen Protest, diesmal jedoch einen, der der Klimabewegung zugeordnet werden kann. Junge Menschen sitzen auf dem Asphalt – einem Abschnitt der Wiener Ringstraße – und halten verschiedene Transparente in die Höhe. Auch wenn nicht explizit erkennbar, ist anzunehmen, dass die jungen Protestierenden die Straße blockieren.
8. Auf Bild acht ist eine Person zu sehen, die als sogenannte Drag-Queen auftritt, vermutlich in einem Kindergarten. Sie sitzt auf einem Stuhl und liest vor mehreren Kindergartenkindern ein Buch vor.

Die Bildauswahl erfolgte primär entlang der verschiedenen Arenen von Ungleichheiten, wobei die Bilder jene Themen („Triggerpunkte") illustrieren sollen, die aktuell stärker emotionalisierte Diskurse bedingen. So können die

Bilder 1 und 3 grob dem Thema „Umverteilung“ zugeordnet werden, während die Bilder 2, 5 und 6 am ehesten den Diskursen rund um die Themen Renationalisierung vs. Multikulturalismus zuzuordnen sind. Das Bild 7 verdeutlicht das Thema des Klimaschutzes, während das achte Bild in Bezug auf Geschlechtervielfalt zu interpretieren ist. Mit dem Bild 4 werden zwei Politiker Österreichs gegenübergestellt, die prototypisch für zwei verschiedene politische Lager in Österreich stehen und sich entlang dieser Themen teils diametral entgegengesetzt positionieren.

Ideologische Grundpositionen und ihre Verknüpfung zu autoritären Haltungen sowie vorherrschende Sichtweisen zu maßgeblichen Konfliktlinien der Gegenwart (wie Umverteilung, Migration, Geschlechtervielfalt und Klimaschutz) bilden die Schwerpunkte der diesjährigen Autoritarismusstudie. Beide Aspekte finden in neuen Autoritarismusansätzen und in prominenten Arbeiten zu aktuellen Dynamiken gesellschaftlicher Spaltung Betrachtung und bilden die theoretische Basis unserer empirischen Konzeptionen (wie in Kapitel 2 und 3 näher ausgeführt wurde). Nach der nun erfolgten Beschreibung der Konzeption unserer Studie werden in weiterer Folge die Ergebnisse der quantitativen Studie in Bezug auf die Messung der relevanten Konstrukte (Kapitel 5), in Bezug auf zeitliche Verläufe von autoritären und antiegalitären Einstellungen (Kapitel 6) und in Bezug auf Einflussfaktoren auf autoritäre Haltungen und Positionierungen mit Verweis auf die vier Ungleichheitsarenen (Kapitel 7) erläutert. Kapitel 8 berichtet schließlich die Ergebnisse der qualitativen Studie, um eine Vertiefung der quantitativen Befunde zu ermöglichen.

5. Die Messung zentraler Konstrukte verbunden mit einer aktuellen Zustandsbeschreibung

In der Konzeption unserer quantitativen Erhebung verfolgen wir grundsätzlich das Ziel, unsere zentralen Konstrukte, welche die Kerninhalte der Studie abbilden sollen, möglichst differenziert zu erheben. Wir befassen uns, wie in den Kapiteln 2 und 3 ausführlich erläutert, einerseits mit der autoritären Dynamik, also gesellschaftlichen Dynamiken der Destabilisierung in Zeiten der Krise, die autoritäre und antiegalitäre Einstellungen begünstigen können. Des Weiteren interessieren uns auf der individuellen Ebene der Befragten – in Anlehnung an die These des libertären Autoritarismus[135] – deren ideologische Grundpositionen und inwiefern diese mit autoritären Einstellungen verschränkt sind. Die Messung der verschiedenen Facetten des Autoritarismus erfolgt in bewährter Weise, indem wir auf die ursprünglichen neun Charakterdispositionen des Konzepts der Berkeley-Gruppe[136] zurückgreifen, wobei die jeweiligen Items stärker auf die Gegenwart Bezug nehmen. Zur Messung der verschiedenen Facetten von autoritärer Aggression greifen wir zusätzlich auf den Ansatz der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zurück. Hier wird gezeigt, bei welchen sozialen Gruppen die Herstellung einer sozialen Ungleichwertigkeit aktuell eine besonders starke Legitimation erfährt. Zudem haben wir eine neue Skala entwickelt, um die Polarisierung in Bezug auf zentrale gesellschaftspolitische Themen empirisch zu erfassen. Durch das Konzept der sogenannten Ungleichheitsarenen ist es in Anlehnung an Mau, Lux und Westheuser möglich, „die Vielzahl gesellschaftlicher Einzelkonflikte zu größeren Einheiten zu gruppieren“[137] und damit Muster zu entdecken, wie diese Konflikte auf der Ebene von Einstellungen entstehen, ausgetragen und reproduziert werden. Dabei können vier zentrale Achsen gesellschaftlicher Spaltung unterschieden werden, die auf Wertekonflikte in der Salzburger Bevölkerung hinweisen. Wir betrachten zentrale Einstellungen zu den Themen Umverteilung, Migration, Geschlechtervielfalt und Klimaschutz und versuchen mittlere Niveaus der Zustimmung festzulegen und den Grad der Polarisierung zu bestimmen.

Über den Prozess der Operationalisierung werden die genannten Konzepte für die empirische Forschung messbar gemacht und mittels einzelner Indikatoren in die Befragung integriert. Die Einzelstatements (sogenannte Items), über die auf die Konstrukte geschlossen wird, werden den Befragten zur Beurteilung vorgelegt und entlang abgestufter Antwortkategorien

beantwortet. Zumeist erfolgt in der Salzburger Autoritarismusstudie eine Beurteilung anhand von vier Kategorien (von 1 = stimme überhaupt nicht zu bis 4 = stimme voll und ganz zu).[138]

Ob die einzelnen Aussagen zu den jeweils zugeordneten Konstrukten passen, lässt sich statistisch über die Methode der Faktorenanalyse beurteilen. Je stärker die einzelnen manifesten Aussagen (die als Items formuliert sind) mit dem zugrundeliegenden Konstrukt zusammenhängen, desto präziser messen die einzelnen Faktoren die uns interessierende inhaltliche Dimension. Da bei unseren inhaltlichen Schwerpunktsetzungen einzelne Konstrukte miteinander in Verbindung stehen können, verwenden wir zur Ableitung der zugrundeliegenden Dimensionen die Methode der schiefwinkeligen Faktorenanalyse (präziser: die Hauptkomponentenanalyse mit Promax-Rotation).[139]

Die Faktorenanalyse zeigt uns schließlich, welche inhaltlichen Dimensionen empirisch unterschieden werden können. Deckt sich dieser Befund mit unseren inhaltlichen Überlegungen, dann handelt es sich im Endeffekt um eine theoriegeleitete, gelungene Messung. Im Anschluss sollte auch die Reliabilität (Messgenauigkeit) dieses Konstrukts ausgewiesen werden. Der hier häufig verwendete Wert Cronbachs Alpha bildet die sogenannte interne Konsistenz der Skala ab. In der Methodenliteratur zur sozialwissenschaftlichen Statistik wird üblicherweise bei einem Wert über 0,7 von einer guten internen Konsistenz gesprochen.[140] Wenn nur zwei Indikatoren (Items) ein gemeinsames Konstrukt bilden, kann die Messqualität auch über die Korrelation abgebildet werden, die idealerweise über 0,5 ausfallen sollte. Wenn die Messqualität der jeweiligen Konstrukte als ausreichend eingestuft wird, kann anschließend ein Skalenwert berechnet werden. Wir bestimmen hierbei den Durchschnittswert über die jeweiligen Indikatoren, um das Konstrukt in der gleichen Skalierung wie die Items interpretieren zu können (also erneut über den Durchschnitt zwischen 1 = trifft gar nicht zu bis 4 = trifft zu).

Neben der mittleren Zustimmung zu einzelnen Items und zu den Konstrukten interessiert uns in der Autoritarismusstudie 2024 auch besonders das Ausmaß der Polarisierung, das bei einzelnen Aussagen in der Salzburger Bevölkerung sichtbar wird. Hier wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung häufig auf den sogenannten Polarisierungsindex zurückgegriffen, der insbesondere bei Daten mit wenigen Antwortkategorien ein aussagekräftiges Maß der Meinungsdivergenz verdeutlicht.[141] Er ist zwischen 0 (vollständige Übereinstimmung der Beurteilung) über 0,5 (Gleichverteilung)

bis 1 (maximale Polarisierung) standardisiert. Die maximale Polarisierung würde bedeuten, dass exakt 50 % eine Aussage vollständig ablehnen und exakt die andere Hälfte der Proband:innen der Aussage vollständig zustimmt. Derartige Verteilungen sind in der empirischen Sozialforschung sehr selten, weshalb sich die Polarisierungswerte in der Regel zwischen 0,2 und 0,6 bewegen.[142] Ein höherer Polarisierungswert verdeutlicht somit eine größere Heterogenität im Urteil der Befragten, während ein niedriger Wert darauf hindeutet, dass eine relativ einheitliche Beurteilung des Indikators erfolgt.[143]

Nach dieser Einführung in unsere Analysewerkzeuge wird nun näher gezeigt, welche zentralen Themen wir in der Online-Studie umgesetzt haben[144] und wie das gegenwärtige Ausmaß und der gegenwärtige Stand zur Polarisierung in Bezug auf Desintegrationswahrnehmungen, ideologische Grundpositionen, autoritäre sowie antiegalitäre Einstellungen zu interpretieren ist.

5.1. Zum gegenwärtigen Stand von Desintegrationswahrnehmungen

Neben den soziodemographischen und sozialstrukturellen Hintergrundfaktoren, die in unserer Beschreibung der Stichprobe bereits aufgeführt waren (siehe Tabelle 1), stellt für uns die wahrgenommene soziale Lage der Salzburger:innen einen zentralen Wirkfaktor dar und könnte auch einen wesentlichen Einflussfaktor auf die jeweiligen Beurteilungen zu Herausforderungen der Gesellschaft darstellen (z. B. rund um Verteilungsfragen, Migration, Diversität und Klimaschutz). Denn es sind oft weniger die objektiven Bestimmungsgründe der Sozialstruktur, sondern die jeweiligen Erfahrungen von Prekarität,[145] die Verunsicherungen bei den Individuen erzeugen und die Einstellungen prägen. Wir verwenden – in Anlehnung an den sozialen Desintegrationsansatz[146] – das Konstrukt der ökonomischen Deprivation, der Politikverdrossenheit, des Zukunftspessimismus und das Gefühl der individuellen Orientierungslosigkeit, um Einschränkungen der sozialen Integration in der Gesellschaft zu bestimmen. Zur Messung von Ungerechtigkeitsempfindungen hat sich eine Orientierung an der Theorie der relativen Deprivation bewährt.[147] Dieses Konzept verdeutlicht potenzielle Abweichungen zwischen der eigenen sozialen Lage und der, die einem aus eigener Sicht zusteht. Wenn derartige Gefühle des Abgehängtseins[148] an Bedeutung gewinnen, könnte auch die politische Sphäre an Legitimation verlieren, weil nationalen und supranationalen Institutionen eine fehlende Wirkmächtigkeit im Kontext der Krisen unterstellt wird. Des Weiteren kann sich auch eine

individuelle Orientierungslosigkeit und Überforderung einstellen, die als Anomia[149] bezeichnet wird und mit dem Gefühl einer fehlenden Einflussnahme auf gesellschaftliche Prozesse verbunden ist. Das Individuum fühlt sich in die Strukturen der Gesellschaft machtlos eingefügt, es fühlt sich fremdbestimmt und ist der Ansicht, dass Normen, Regeln und ethische Maßstäbe des Handelns keine Geltung mehr haben. Gerade in der gegenwärtigen multiplen Krisensituation sind diese weitreichenden Unsicherheiten verstärkt zu beobachten. Sie speisen sich aus Erwartungen einer mangelnden Aufstiegsperspektive und aus pessimistischen Einschätzungen der (zukünftigen) Verschlechterungen der individuellen oder sozialen Lage.[150] Aus diesem Grund soll auch der Zukunftspessimismus als zusätzliche Variable der sozialen Destabilisierung berücksichtigt werden.

Die konkreten Items, die wir zur Messung dieser Konstrukte verwendet haben, lassen sich mittels der Faktorenanalyse folgendermaßen einordnen. Wir sehen, dass sich ein Faktor zur individuellen Orientierungslosigkeit (Anomia) abbildet, der sich in Gefühlen des Kontrollverlusts manifestiert und mit einer fehlenden Einbettung in die Gesellschaft einhergeht. Weil wir hier fünf Indikatoren zur Verfügung haben, verdeutlicht auch die Messgenauigkeit des Konstrukts einen hohen Wert, der Reliabilitätskoeffizient wird mit $\alpha = 0{,}84$ ausgewiesen.

Zudem zeigt sich, dass auch die ökonomische Deprivation über drei Indikatoren fundiert gemessen werden kann, wobei auch Anerkennungsverletzungen in diesen Faktor einfließen. Weil nur drei Indikatoren zur Verfügung stehen, sinkt die Messgenauigkeit auf $\alpha = 0{,}68$, was jedoch ebenfalls eine mittlere Zuverlässigkeit der Messung verdeutlicht. Die von Abstiegsangst Betroffenen haben auch das Gefühl, keinen Einfluss auf die Politik zu haben, wobei dieses Item nahezu gleichermaßen mit Politikverdrossenheit in Verbindung steht und deshalb aus der weiteren Analyse ausgeschlossen wird. Die politische Entfremdung messen wir mit zwei Indikatoren, die ebenfalls stark miteinander korrelieren und somit eine differenzierte Messung ermöglichen. Auch beim Zukunftspessimismus zeigt sich, dass Personen, die ihre persönliche Zukunft als schwierig einschätzen, auch stark davon ausgehen, dass sich die Lage in Österreich verschlechtern wird. Beide Indikatoren stehen ebenfalls in einem starken Zusammenhang zueinander (Spearmans Rho = 0,57).

Die folgende Grafik illustriert die mittleren Zustimmungsraten zu den einzelnen Items. Da der Skalenmittelwert bei einer fünfstufigen Skala bei 3 liegt,

Faktorenanalyse: Desintegrationswahrnehmungen	*Individuelle Orientierungs-losigkeit (Anomia) α = 0,84*	*Ökonomsche Deprivation α = 0,68*	*Politikver-drossenheit Spearmans Rho = 0,56*	*Zukunfts-pessimismus Spearmans Rho = 0,57*
Oft fühle ich mich meinen Problemen ausgeliefert.	0,863			
Ich habe wenig Kontrolle über die Dinge, die ich erlebe.	0,811			
Ich werde mit einigen meiner Probleme nicht fertig.	0,798			
Ich fühle mich im Leben gelegentlich hin- und hergeworfen.	0,749			
Ich habe das Gefühl, keinen Platz in der Gesellschaft zu finden.	0,659			
Im Vergleich dazu, wie andere hier in Österreich leben: Wie viel, glauben Sie, bekommen Sie persönlich? (viel mehr bisviel weniger als den gerechten Anteil)		0,809		
Gehören Sie selbst zu den Menschen oder zu einer Bevölkerungsgruppe, die in unserer Gesellschaft benachteiligt wird?		0,765		
Ich bekomme nicht die Anerkennung, die mir zusteht.		0,648		
Ich habe das Gefühl, Einfluss auf das politische Geschehen zu haben.		-0,556	-0,452	
Die Politiker:innen haben heutzutage kein Rückgrat mehr.			0,867	
Die Parteien sollten sich nicht wundern, wenn sie bald keiner mehr wählt.			0,856	
Ihre persönlichen Lebensumstände werden sich in den nächsten Jahren ...				0,884
Die Lebensumstände in Österreich werden sich in den nächsten Jahren ...				0,839

Anmerkungen: Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Promax mit Kaiser-Normalisierung. Stichprobe: Ungewichtet unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10 Min. Das Item „Ich habe das Gefühl, Einfluss auf das politische Geschehen zu haben" wird bei der Skalenberechnung nicht berücksichtigt.

Tabelle 3: Faktorenanalyse zur Messung der sozialen Destabilisierung in der Salzburger Bevölkerung

kann das Ausmaß der individuellen Orientierungslosigkeit als unterdurchschnittlich bewertet werden. Während zwar die Salzburger:innen teilweise angeben, sich im Leben hin- und hergeworfen zu fühlen und oft den eigenen Problemen ausgesetzt zu sein, fühlt sich das Gros der Bevölkerung ausreichend in der Gesellschaft eingebettet und äußert meist auch eine hohe Überzeugung, das eigene Leben unter Kontrolle zu haben. Die ökonomische Deprivation ist jedoch bereits überdurchschnittlich ausgeprägt. Die meisten Personen haben das Gefühl, nicht den gerechten Anteil an Einkommen zu erhalten und in der Gesellschaft benachteiligt zu sein. Zudem geben viele Personen an, nicht die Anerkennung zu erhalten, die sie eigentlich verdienen, wobei das Niveau der Zustimmung hier noch unter dem Skalenmittelwert liegt. Auch der Zukunftspessimismus und die Politikverdrossenheit sind generell auf

hohem Niveau. So glaubt die Mehrheit der Befragten nicht nur, dass sich die Lebensumstände in Österreich verschlechtern, sondern sie gehen überwiegend auch von einer Verschlechterung der eigenen Lebenssituation aus.

Abb. 8: Mittlere Zustimmung zu den Facetten sozialer Destabilisierung in der Gesellschaft (Politikverdrossenheit, Zukunftspessimismus, ökonomische Deprivation und Anomia)

Anm.: Skala von 1 „Stimme gar nicht zu" bzw. negative Zustimmung bis 5 „Stimme voll zu" bzw. positive Zustimmung. Gewichtete Stichprobe unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10min. N≥317. Umgepolte Items werden in urpsrünglicher Formulierung dargestellt.

Der höchste Durchschnittswert wird beim Konstrukt der Politikverdrossenheit erreicht. Hier ist die deutliche Mehrheit der Salzburger:innen der Ansicht, dass sich die Parteien nicht wundern sollten, wenn sie bald keiner mehr wählt und dass Politiker:innen generell kein Rückgrat haben. Insofern ist es auch nicht überraschend, dass in der Einschätzung von Politiker:innen kaum Polarisierungstendenzen in der Gesellschaft erkennbar sind (siehe Abbildung 2).

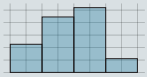
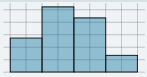
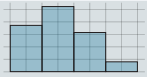
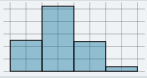
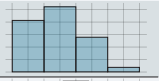
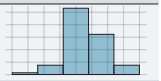
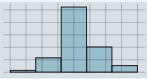
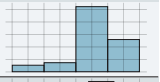
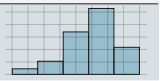
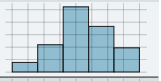
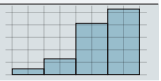
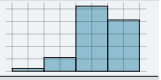
Desintegrations-wahrnehmungen	*Item*	*Polarisierung*	*Verteilung*
Individuelle Orientierungs-losigkeit (Anomia)	Ich fühle mich im Leben gelegentlich hin- und hergeworfen.	0,314	
	Oft fühle ich mich meinen Problemen ausgeliefert.	0,335	
	Ich werde mit einigen meiner Probleme nicht fertig.	0,317	
	Ich habe wenig Kontrolle über die Dinge, die ich erlebe.	0,260	
	Ich habe das Gefühl, keinen Platz in der Gesellschaft zu finden.	0,285	
Ökonomische Deprivations-wahrnehmung	Im Vergleich dazu, wie andere hier in Österreich leben: Wie viel, glauben Sie, bekommen Sie persönlich?	0,175	
	Gehören Sie selbst zu den Menschen oder zu einer Bevölkerungsgruppe, die in unserer Gesellschaft benachteiligt wird?	0,177	
	Ich bekomme die Anerkennung, die mir zusteht. (umgepolt)	0,231	
Zukunfts-pessimismus	Die Lebensumstände in Österreich werden sich in den nächsten Jahren ...	0,249	
	Ihre persönlichen Lebensumstände werden sich in den nächsten Jahren ...	0,308	
Politik-verdrossenheit	Die Parteien sollten sich nicht wundern, wenn sie bald keiner mehr wählt.	0,233	
	Die Politiker:innen haben heutzutage kein Rückgrat mehr.	0,215	

Abb. 9: Polarisierungsindex und Verteilungscharakteristika zu den einzelnen Items bei sozialer Desintegration

Anm.: Die Histogramme zeigen die Verteilung der Antworten je Item – höhere Balken stehen für eine größere Anzahl von Befragten, die eine bestimmte Antwortkategorie gewählt haben. Der erste Balken steht für die Antwortkategorie „Stimme gar nicht zu" bzw. negative Zustimmung, respektive steht der letzte Balken für die Antwortkategorie „Stimme voll zu" bzw. positive Zustimmung. unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10min. N≥317. Umgepolte Items werden in urpsrünglicher Formulierung dargestellt.

Die Bevölkerung scheint einheitlich – wenn auch wohl aus unterschiedlichen Motivlagen – einer deutlichen politischen Entfremdung ausgesetzt zu sein. Auch im Bereich der ökonomischen Deprivation und im Zukunftspessimismus kann nicht von einer Polarisierung des Meinungsbildes ausgegangen werden. Die Mehrheit der Salzburger Bevölkerung ist der Ansicht, dass sie den gerechten Anteil erhält und fühlt sich in der Regel auch wertgeschätzt.

Dennoch dürften sowohl Ungerechtigkeitsempfindungen als auch pessimistische Prognosen bezüglich der eigenen ökonomischen Lage und der Lebensumstände in Österreich an Bedeutung gewinnen, weil der Anteil der kritischen Stimmen im Vergleich zu den positiven Einschätzungen deutlich überwiegt. Am ehesten tritt noch bei den Gefühlslagen der Entwurzelung (Anomia) eine leichte Polarisierung der Urteile auf, wobei sich auch hier die Polarisierungsindizes nur rund um das Niveau von 0,3 bewegen. Während der größere Anteil der Bevölkerung von wenig Einschränkungen berichtet, dürften durchaus bei einer signifikanten Minderheit der Bevölkerung die Wahrnehmungen von Kontrollverlusten (in mehreren Bereichen des Lebens) im Zunehmen begriffen sein.

Nach der Darstellung der Einschätzungen der gesellschaftlichen Lage sowie einzelner Unsicherheits- und Krisenempfindungen in der Salzburger Bevölkerung widmet sich nun der nächste Abschnitt den ideologischen Grundpositionen, die naturgemäß eng mit autoritären Haltungen verschränkt sind.

5.2. Die Messung ideologischer Grundpositionen

Der Ideologieforscher Martin Ulrich hat im Zuge seiner Dissertationsforschungen eine neue Skala entwickelt[151], die jene vier Grundideologien (ökonomischer Libertarismus und politischer Liberalismus sowie Sozialismus und Konservatismus) messen soll, auf die wir in Abschnitt 3.1 näher eingegangen sind. Während der *ökonomische Libertarismus* auf den freien Markt setzt und staatlichen Eingriffen in Wirtschaft und Privatsphäre ablehnend gegenübersteht, tritt der *politische Liberalismus* primär für individuelle Freiheiten in der Gestaltung des Lebens ein. Die Einschränkung dieser ist nur vertretbar, wenn das Allgemeinwohl gefährdet ist. In der Ideologie des Sozialismus sind die wirtschaftliche und soziale (Chancen-)Gleichheit das oberste Ziel, was staatliche Eingriffe in das Wirtschaftssystem notwendig macht. Im Konservatismus geht es primär um den Zusammenhalt der Gesellschaft durch eine gemeinsame Kultur und um eine grundlegende Skepsis gegenüber sozialem Wandel.[152]

In Tabelle 4 wird erkennbar, dass jeweils drei bis vier Items eine Ideologiedimension abbilden. Die Ideologie des Liberalismus setzt sich aus drei Items der POLID-Skala zusammen, wobei das letzte Item, „Die Freiheit der Bürger:innen muss vor Eingriffen des Staates geschützt werden“, von uns ergänzt wurde und ebenfalls eindeutig diesem Faktor zugeordnet wird. Für die Ideo-

logie des Konservatismus wurden nur zwei Items berücksichtigt, die ebenfalls aus der POLID-Skala stammen. Von Interesse ist, dass jenes Item, das wir zur Messung des absoluten Freiheitsverständnisses berücksichtigt haben, auch leicht auf diesen Faktor lädt, aufgrund der geringen Ladung wird es jedoch nicht im Skalenwert des Konservatismus berücksichtigt. Ganz ähnlich wird in der Dimension des Sozialismus vorgegangen, der ebenfalls drei Items eindeutig zugeordnet werden können. Weil sich erneut ein Indikator findet[153],

Faktorenanalyse: Ideologische Grundpositionen	*Liberalismus Cronbachs α = 0,706*	*Konservatismus Spearmans Rho = 0,52*	*Sozialismus Cronbachs α = 0,59*	*Libertarismus Cronbachs α = 0,59*
Es wäre das Beste für alle, wenn jeder Mensch tun und lassen könnte, was er will – solange er sonst niemandem schadet.	0,861			
Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass jeder Mensch seine Freiheit ausleben kann, solange er niemandem schadet.	0,729			
Das Wichtigste für mich ist, dass ich mein Leben so leben kann, wie ich es möchte – solange ich sonst niemandem schade.	0,571			
Die Freiheit der Bürger:innen muss vor Eingriffen des Staates geschützt werden.	0,561			
Der Staat sollte sich vor allem auf die Bewahrung der gemeinsamen Kultur und Traditionen konzentrieren.		0,85		
Vor allem unsere gemeinsame Kultur hält unser Land zusammen.		0,791		
Meine eigene Freiheit steht immer an erster Stelle.		0,386		
Gleichheit bedeutet, dass am Ende des Tages Arme und Reiche, Männer und Frauen usw. gleichgestellt sind.			0,717	
In einer Gesellschaft muss man aufeinander schauen.			0,711	
Es ist gerecht, wenn alle Gruppen in der Gesellschaft gleichgestellt werden.			0,694	
Das Wichtigste, was man seinem Kind beibringen kann, ist Mitgefühl mit denen, die es schwerer haben.		0,365	0,451	-0,327
Wenn der Sozialstaat die Menschen zu gut versorgt, haben sie keinen Grund, sich um eine Arbeit zu bemühen.	-0,319			0,878
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.				0,56
Gerechtigkeit bedeutet, dass ich nicht für Leute aufkommen muss, die nicht so viel leisten wie ich selbst.		0,379		0,469

Anmerkungen: Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Promax mit Kaiser-Normalisierung. Stichprobe: Ungewichtet unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10 Min.

Tabelle 4: Faktorenanalyse zur Messung der ideologischen Grundpositionen in der Salzburger Bevölkerung

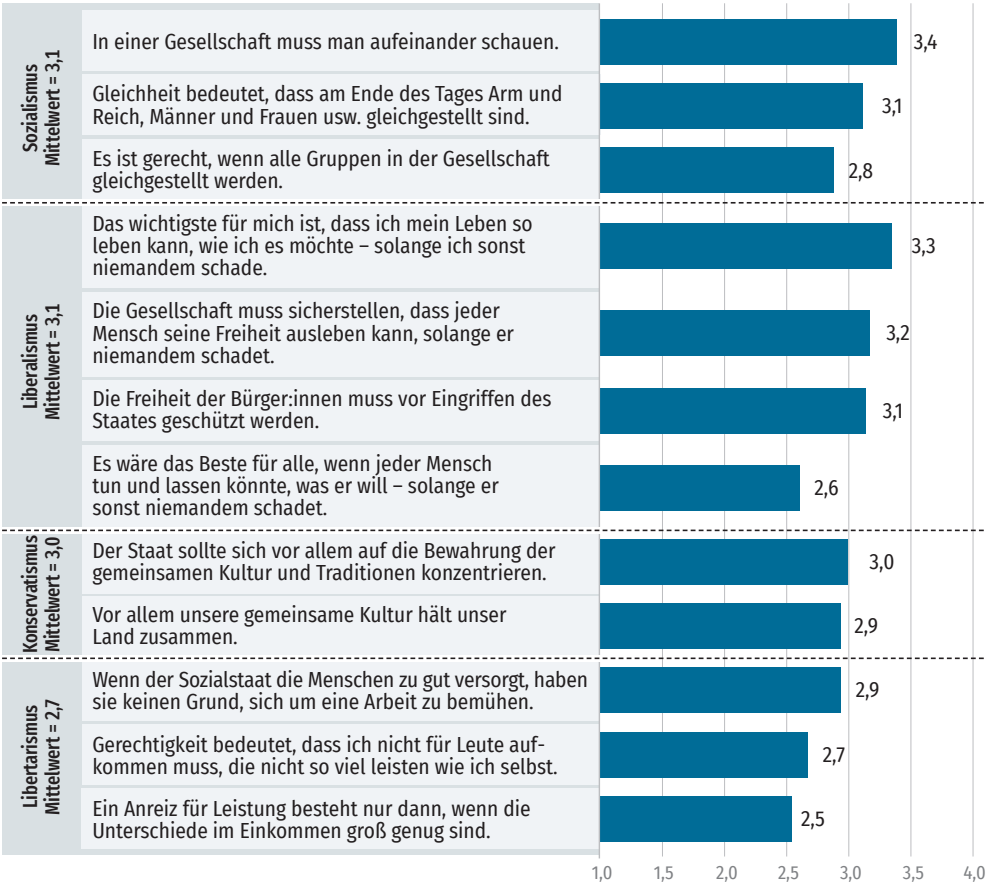


Abb. 10: Mittlere Zustimmung zu den vier ideologischen Grundpositionen in der Gesellschaft (Sozialismus, Liberalismus, Konservatismus, Libertarismus)

Anm.: Skala von 1 „Stimme gar nicht zu“ 4 „Stimme voll zu“. Gewichtete Stichprobe unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10min. N≥314.

der mit mehreren anderen Faktoren in Verbindung steht, wird dieser ebenfalls ausgeschlossen und in den weiteren Analysen nicht berücksichtigt. Bei der Ideologie des Libertarismus ist die Situation ähnlich, weil es ebenfalls einen Indikator[154] gibt, der schwach mit Konservatismus in Verbindung

steht. Da der Indikator inhaltlich eindeutig die libertäre Ideologie widerspiegelt, wird dieser Indikator aufgenommen, um mittels drei Indikatoren die Messqualität des Konstrukts zu erhöhen. Immerhin ergibt sich durch die Verwendung von drei Items eine mittlere Messgenauigkeit der Skala (Cronbach $\alpha = 0{,}5$), die weitgehend identisch zur Messqualität des Sozialismus ausfällt.

Die Mittelwerte in Bezug auf die vier ideologischen Grundpositionen (Abbildung 10) bewegen sich alle in einem Niveau, die eine leichte bis starke Zustimmung verdeutlichen. Es zeigt sich, dass im Durchschnitt die Ideologie des Sozialismus (z. B. „In einer Gesellschaft muss man aufeinander schauen“) knapp vor der Ideologie des Liberalismus rangiert, wobei auch hier einzelne Indikatoren (z. B. „Das Wichtigste für mich ist, dass ich mein Leben so leben kann, wie ich es möchte, solange ich sonst niemandem schade“) hohe Zustimmungswerte erreichen.

Knapp dahinter folgt die Ideologie des Konservatismus, wo bei beiden Indikatoren jeweils ein Mittelwert von knapp 3 (auf der vierstufigen Skala) erreicht wird. Die Mittelwerte in Bezug auf Libertarismus sind etwas geringer ausgeprägt, wobei jedoch ebenfalls bei allen Indikatoren eine mehrheitliche Zustimmung erkennbar ist.

Da den meisten Aussagen zu ideologischen Grundpositionen tendenziell bis überwiegend zugestimmt wird, zeigt sich auch in den Ideologie-Items in der Regel nur eine geringfügige Polarisierung in der Gesellschaft. Insbesondere im Bereich des Sozialismus und des Konservatismus gibt es wenige strittige Aussagen, überwiegend wird den Items leicht zugestimmt. In Bezug auf den Liberalismus gibt es einen Indikator, der zu etwas heterogenen Urteilen führt. Auch wenn der Aussage „Es wäre das Beste für alle, wenn jeder Mensch tun und lassen könnte, was er will – solange er sonst niemandem schadet“ mehrheitlich zugestimmt wird, gibt es durchaus einen größeren Anteil der Befragten, der diese Aussage eher ablehnt. Das Niveau der Polarisierung steigt schließlich bei jenen Items, die libertäre Weltanschauungen messen sollen. Auch wenn die einzelnen Aussagen ebenfalls überwiegend leicht befürwortet werden, vergrößert sich der Anteil der Personen, die jene Items expliziter ablehnen, wodurch ein stärker umkämpftes Diskursfeld angedeutet wird.

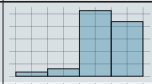
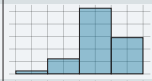
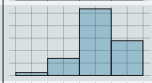
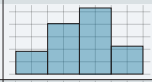
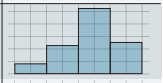
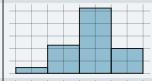
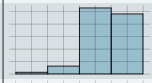
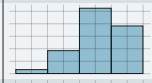
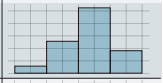
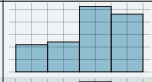
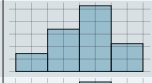
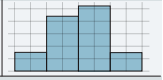
Desintegrations-wahrnehmungen	*Item*	*Polarisierung*	*Verteilung*
Liberalismus	Das wichtigste für mich ist, dass ich mein Leben so leben kann, wie ich es möchte – solange ich sonst niemandem schade.	0,201	
	Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass jeder Mensch seine Freiheit ausleben kann, solange er niemandem schadet.	0,203	
	Die Freiheit der Bürger:innen muss vor Eingriffen des Staates geschützt werden.	0,212	
	Es wäre das Beste für alle, wenn jeder Mensch tun und lassen könnte, was er will – solange er sonst niemandem schadet.	0,347	
Konservatismus	Der Staat sollte sich vor allem auf die Bewahrung der gemeinsamen Kultur und Traditionen konzentrieren.	0,286	
	Vor allem unsere gemeinsame Kultur hält unser Land zusammen.	0,255	
Sozialismus	In einer Gesellschaft muss man aufeinander schauen.	0,195	
	Gleichheit bedeutet, dass am Ende des Tages Arm und Reich, Männer und Frauen usw. gleichgestellt sind.	0,249	
	Es ist gerecht, wenn alle Gruppen in der Gesellschaft gleichgestellt werden.	0,256	
Libertarismus	Wenn der Sozialstaat die Menschen zu gut versorgt, haben sie keinen Grund, sich um eine Arbeit zu bemühen.	0,367	
	Gerechtigkeit bedeutet, dass ich nicht für Leute aufkommen muss, die nicht so viel leisten wie ich selbst.	0,328	
	Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.	0,311	

Abb. 11: Polarisierungsindex und Verteilungscharakteristika zu den einzelnen Ideologie-Items

Anm.: Die Histogramme zeigen die Verteilung der Antworten je Item – höhere Balken stehen für eine größere Anzahl von Befragten, die eine bestimmte Antwortkategorie gewählt haben. Der erste Balken steht für die Antwortkategorie „Stimme gar nicht zu", respektive steht der letzte Balken für die Antwortkategorie „Stimme voll zu".

5.3. Zum gegenwärtigen Stand autoritärer Einstellungen

Wie im zweiten Kapitel beschrieben wurde, ist das Ziel unserer differenzierten Autoritarismus-Erhebung, die neun Charakterdimensionen des Konzepts der Berkeley-Gruppe[155] wiederzubeleben und mit an die Gegenwart angepassten Indikatoren der F-Skala zu operieren. Für jede der neun Dimensionen (siehe Tabelle 1 in Kapitel 2) wurden zwei bis drei Indikatoren entwickelt, wobei 20 der 21 Items deckungsgleich zur Studie 2021 formuliert werden, um größtmögliche Vergleichbarkeit über die Zeit zu ermöglichen. Zur Messung der autoritären Unterordnung wurde ein neues Item verwendet, das auch vielfach in österreichweiten und internationalen Studien eingesetzt wurde. Es handelt sich dabei um den Indikator: „Es sollte in Österreich einen starken Führer geben, der sich nicht mit Parlament und Wahlen herumschlagen muss." Dabei zeigte sich, dass die Zustimmungsraten in Salzburg 2024 (24,7 %) im Vergleich zu Österreich 2022[156] (16 %) höher lagen, was entweder eine reale Veränderung widerspiegeln oder auch auf einen methodischen Effekt zurückzuführen sein könnte.[157] Eine weitere Neuerung in der Salzburger Autoritarismusstudie stellt ein Gender-Experiment dar, weil wir insgesamt jeweils der Hälfte der Befragten eine gegenderte und der anderen Hälfte eine ungegenderte Version der Befragung zur Verfügung stellten. Es ist anzunehmen, dass sowohl bei diesem Item (Führer vs. Führungspersönlichkeit) als auch beim zweiten Item „Unser Land braucht gerade jetzt einen starken Führer (vs. eine starke Führungspersönlichkeit), dem/der die Menschen Vertrauen schenken können, die gegenderte Version zu deutlich höheren Zustimmungsraten führt, weil der Führerbegriff im deutsch-österreichischen Kontext als deutlich problembelasteter[158] als der Begriff der Führungspersönlichkeit gedeutet werden dürfte. Um diese These zu prüfen, vergleichen wir die beiden Häufigkeiten bei den beiden Items, die uns in einer gegenderten und nicht gegenderten Version vorliegen. Dabei zeigt sich, dass immerhin 11 % dem Ruf nach einer starken Führungspersönlichkeit, die sich nicht mit Wahlen und Parlament herumschlagen muss, zustimmen, während 25 % dieser Frage leicht zustimmen. Bei der direkten Frage nach einem starken Führer stimmen zumindest 7 % explizit zu und 18 % eher zu. Es zeigt sich also in der Salzburger Autoritarismusstudie 2024, dass zumindest ein Viertel bis ein Drittel der Bevölkerung die Möglichkeit einer alternativen Staatsform in Betracht ziehen würde.

Geht es um den Wunsch nach einer starken Führungspersönlichkeit, der die Menschen ihr Vertrauen schenken können, erreicht die Zustimmung knapp zwei Drittel der Befragten. Ein Viertel der Salzburger Bevölkerung stimmt

dieser Aussage explizit zu, weitere 40 % stimmen eher zu. Wenn man hier die Formulierung des starken Führers wählt, so bejahen immer noch 50 % der Bevölkerung diese Aussage, 16 % treten explizit für einen starken politischen Anführer ein. Die Entwicklung in der österreichischen Politik verlief die letzten Jahre turbulent, Regierungskrisen erschütterten das Land, die Rücktritte zahlreicher Spitzenpolitiker:innen war die Folge, inklusive eines vorübergehenden Einsatzes einer Expertenregierung und Neuwahlen.[159] Sowohl diese Vorkommnisse als auch die breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen rund um den adäquaten Umgang mit der Covid-19-Pandemie verringerten das Vertrauen in die Politik und förderten Entwicklungen hin zu einer weitreichenden Politikverdrossenheit. Die Sehnsucht nach vertrauensvollen Politiker:innen ist somit in Zeiten einer Legitimationskrise der Demokratie und in der österreichischen Krisenkonstellation verständlich und muss nicht unbedingt eine Abwendung vom demokratischen System ausdrücken. Wenn jedoch Rufe nach starken Anführer:innen, die sich nicht mit dem Parlament und Wahlen herumschlagen müssen, lauter werden und größere Personenkreise erreichen, stellt dies eine klare Indikation einer autoritären Wende und einer Gefährdung für die Demokratie dar. Deshalb wird dieser Indikator nun auch längerfristig in die Salzburger Autoritarismusstudie aufgenommen. Um das Niveau der Zustimmung nach einer starken Führungspersönlichkeit, der Menschen vertrauen können, adäquat einzuschätzen und auch über die Zeit vergleichen zu können, wird in dieser Studie der Durchschnitt beider Fragebogenversionen (gegendert vs. nicht gegendert) als Wert für die Salzburger Bevölkerung verwendet.

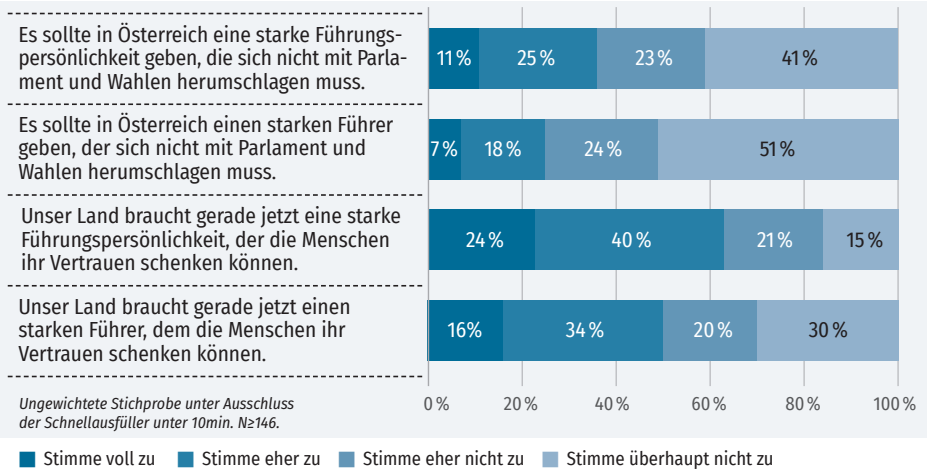


Abb. 12: Abweichungen in den Urteilen je nach Formulierung bei zwei zentralen Indikatoren der autoritären Unterordnung

Befasst man sich nun mit den verschiedenen Dimensionen des Autoritarismus, so lassen sich die neun Dimensionen der ursprünglichen Konzeption in der Regel nicht empirisch replizieren.[160] Auch Oliver Decker und seine Mitarbeiter:innen weisen in der Leipziger Autoritarismusstudie für Deutschland stets nach, wie eng die klassischen Dimensionen des Autoritarismus (Konventionalismus, autoritäre Unterordnung und autoritäre Aggression) empirisch miteinander verschränkt sind. Zusätzlich manifestiert sich ein zweiter Faktor des Verschwörungsglaubens, der durch eine Verbindung zwischen Projektivität und Aberglauben gekennzeichnet ist.[161] Durch unsere differenzierte Messung autoritärer Einstellungen in Salzburg gelingt es uns zusätzlich, die Hinwendung zu sozialdarwinistischen Haltungen ins Blickfeld zu rücken. Dieses Dreigestirn des Autoritarismus haben wir in der Publikation der Autoritarismusstudie 2021 als das autoritäre Syndrom der Gegenwart beschrieben. Innerhalb der Abbildung zu den drei Hauptfaktoren des Autoritarismus wird sichtbar, dass die ursprünglich konzipierten neun Dimensionen des Autoritarismus (wenn auch in unterschiedlicher Stärke) bis heute eine tragende Rolle spielen.[162]

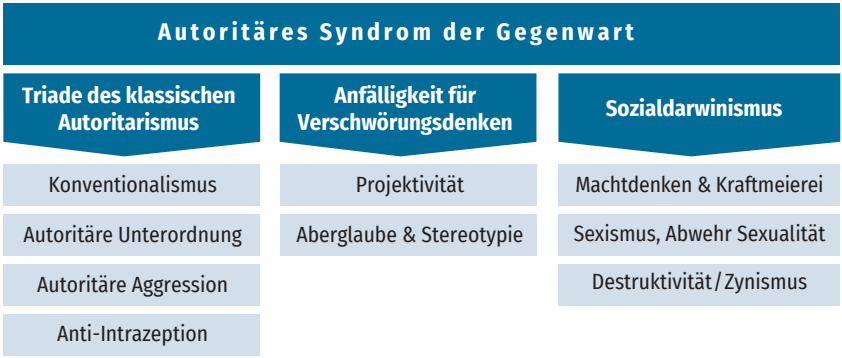


Abb. 13: Das autoritäre Syndrom auf Basis der Salzburger Autoritarismusstudie 2021

Wir prüfen nun mit einer weiteren Faktorenanalyse, ob sich diese drei Faktoren auch in der Salzburger Autoritarismusstudie 2024 zeigen oder ob sich Veränderungen in der multidimensionalen Konzeption des Autoritarismus andeuten. Tatsächlich lassen sich in der aktuellen Erhebung vier Faktoren unterscheiden, weil Indikatoren zur autoritären Unterordnung in einen eigenständigen Faktor einfließen. Die vier Autoritarismusdimensionen der Studie und die Korrelationen der Indikatoren mit den zugrundeliegenden Faktoren (die Faktorladungen) sind in Tabelle 4 abgebildet. Die Tabelle illustriert eine

Faktorenanalyse auf Basis von 17 Indikatoren, wobei ein weiterer Indikator („Homosexualität ist gegen die Natur“) für die Analyse der Sichtweisen zu Geschlechtervielfalt herangezogen und deshalb ebenfalls nicht weiter berücksichtigt wird.[163] Wie in der Tabelle ersichtlich, bezieht sich der erste Faktor überwiegend auf autoritäre Aggression, teils fließen jedoch auch Indikatoren ein, die dem Konventionalismus (Traditionen sollten unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden.“ bzw. der Anti-Intrazeption („Wenn die Leute weniger reden und mehr arbeiten würden, wären alle besser dran.“) zugeordnet werden. Zentral beim zweiten Faktor ist schließlich die autoritäre Unterordnung, die sich aus den beiden bereits näher diskutierten Items und einem Item zur Kindererziehung („Kinder müssen vor allem lernen, zu gehorchen und Autorität zu respektieren.“) zusammensetzt. Auch dieser Faktor beinhaltet eine Aussage, die ursprünglich dem Konzept der Anti-Intrazeption zugeordnet ist („Geistige Tätigkeit wird in unserer Gesellschaft überbewertet“). Der dritte Faktor beinhaltet schließlich schwerpunktmäßig Indikatoren, die auf Konventionalismus bezogen sind und auch antiegalitäre Weltanschauungen beinhalten. Insofern bildet sich die klassische Trias des Autoritarismus, die aus den Faktoren Konventionalismus, autoritäre Unterordnung und autoritäre Aggression besteht, in der diesjährigen Studie über drei Faktoren ab, die naturgemäß stark miteinander verschränkt sind. Der vierte Faktor wird – analog zur Studie 2021 – als Anfälligkeit für Verschwörungsdenken bezeichnet und setzt sich aus jenen Items zusammen, die Aberglaube und Stereotypie sowie Projektivität messen sollten.

Insofern ergeben sich leichte Verschiebungen im autoritären Syndrom der Gegenwart, wobei die Grundstruktur autoritärer Haltungen mit jenen vier Faktoren beschrieben werden kann.

Abb. 14: Darstellung des autoritären Syndroms auf Basis der Studienergebnisse 2024

Faktorenanalyse: Autoritäre Einstellungen	*Autoritäre Aggression Cronbachs α = 0,786*	*Autoritäre Unterordnung Cronbachs α = 0,721*	*Konventionalismus & Antiegalitarismus Cronbachs α = 0,678*	*Anfälligkeit für Verschwörungsdenken Cronbachs α = 0,673*
Unsere Gesellschaft muss härter gegen Kriminelle durchgreifen.	0,859			
Unruhestifter:innen sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	0,814			
Traditionen sollten unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden.	0,681			
Wenn die Leute weniger reden und mehr arbeiten würden, wären alle besser dran.	0,542	0,336		-0,322
Die meisten unserer gesellschaftlichen Probleme wären gelöst, wenn man die Nichtstuer:innen loswerden könnte.	0,518	0,397		
Es sollte in Österreich eine starke Führungspersönlichkeit geben, die sich nicht mit Parlament und Wahlen herumschlagen muss.	0,845			
Unser Land braucht gerade jetzt eine starke Führungspersönlichkeit, der die Menschen ihr Vertrauen schenken können.		0,779	-0,303	
Geistige Tätigkeit wird in unserer Gesellschaft überbewertet.		0,668		
Kinder müssen vor allem lernen, zu gehorchen und Autorität zu respektieren.		0,649		
Homosexualität ist gegen die Natur.			0,914	
Es ist immer das Beste, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen.			0,701	
Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der/die Stärkere durchsetzen.	-0,347	0,419	0,578	
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.			0,395	
Ich halte übersinnliche Phänomene für Unsinn.				-0,749
Im Weltgeschehen haben mächtige Gruppen im Hintergrund den größten Einfluss.				0,591
Die Sünden der Menschheit werden eines Tages durch eine höhere Macht gerächt werden.			0,325	0,555
Die meisten Menschen machen sich keine Vorstellung davon, in welchem Ausmaß unser Leben durch geheime Verschwörungen bestimmt wird.				0 ,543

Anmerkungen: Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Promax mit Kaiser-Normalisierung. Stichprobe: Ungewichtet unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10 Min. Das Item „Homosexualität ist gegen die Natur“ wird bei der Skalenberechnung nicht berücksichtigt.

Tabelle 5: Faktorenanalyse zur Messung der ideologischen Grundpositionen in der Salzburger Bevölkerung

Korrelationsmatrix	*Liberalismus*	*Konservatismus*	*Sozialismus*	*Libertarismus*	*Autoritäre Aggression*	*Autoritäre Unterordnung*	*Konventionalismus und Antiegalitarismus*	*Verschwörungsmentalität*
Liberalismus	1							
Konservatismus	,245**	1						
Sozialismus	,282**	,021	1					
Libertarismus	,079	,325**	-,215**	1				
Autoritäre Aggression	,131*	,462**	-,078	,501**	1			
Autoritäre Unterordnung	,086	,304**	-,137*	,290**	,550**	1		
Konventionalismus und Antiegalitarismus	,142*	,408**	-,124*	,400**	,523**	,585**	1	
Verschwörungsmentalität	,180**	,316**	,080	,191**	,385**	,429**	,353**	1

*Anmerkungen: Korrelationen auf Basis von Pearson's r und Darstellung der Signifikanz + = p < 0,10, * = p < 0,05; ** = p < 0,01 und *** = p < 0,001*
Paarweiser Fallausschluss Ungewichtete Stichprobe unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10 Min.
Verschwörungsmentalität steht für „Anfälligkeit für Verschwörungsdenken"

Tabelle 6: Zusammenhänge zwischen Ideologie- und Autoritarismusdimensionen

Von Interesse sind auch die Verschränkungen zwischen den Ideologiedimensionen und den Autoritarismusdimensionen. Die Korrelationen sind in der nächsten Tabelle näher abgebildet.

In der Tabelle zeigt sich, dass die Ideologiedimensionen nur schwach miteinander in Zusammenhang stehen. Liberal orientierte Personen sind tendenziell sozialistischer eingestellt, interessanterweise aber teils auch konservativer. Insofern misst die Dimension „Liberalismus" tatsächlich – wie auch die Items ausdrücken – ein relativ enges Verständnis von individueller Freiheit, das auch mit einer konservativen Weltsicht einhergehen kann. Der Konservatismus ist stärker mit libertären Haltungen verknüpft, während diese im Vergleich zum Sozialismus tatsächlich einen Gegenpol bilden (Pearsons's r = –0,215).

Im Gegensatz dazu sind die Autoritarismusdimensionen viel stärker miteinander verschränkt, was sich insbesondere in den drei Dimensionen autoritäre Aggression, autoritäre Unterordnung und Konventionalismus widerspiegelt. Hier finden sich durchwegs starke Korrelationen (r > 0,5). Auch die Anfälligkeit für Verschwörungsdenken ist mit der klassischen Trias autoritärer Einstellungen eng verbunden, wobei hier die Korrelationen etwas schwächer ausfallen (r > 0,35). Von Interesse ist zudem, wie stark einzelne Ideologie-Dimensionen mit den autoritären Haltungen verschränkt sind. So zeigt sich beispielsweise, dass die ideologische Grunddisposition des Konservatismus mit allen Autoritarismusdimensionen in ähnlicher Stärke verbunden ist;

etwas geringer fällt der Zusammenhang zu autoritärer Unterordnung und zur Anfälligkeit für Verschwörungsdenken aus. Auch die Ideologie des Libertarismus ist eng mit autoritärer Aggression und Konventionalismus verbunden, wobei die Tendenz zur autoritären Unterordnung und vor allem auch zur Anfälligkeit für Verschwörungsdenken spürbar geringer ausfällt. Während die ideologische Haltung des Sozialismus kaum oder teils sogar leicht negativ mit Autoritarismus verschränkt wird, zeigen sich beim Liberalismus (im engen Verständnis individueller Freiheit) durchaus positive Bezugspunkte zu autoritärer Aggression sowie auch zu Konventionalismus und Antiegalitarismus. Insofern dürften tatsächlich Verschiebungen im autoritären Syndrom stattfinden, die auch Carolin Amlinger und Oliver Nachtwey[164] in ihrer Analyse des neuen libertären Autoritarismus beschreiben. Während der klassische Autoritarismus durch eine starre Unterwerfung unter traditionelle Autoritäten gekennzeichnet war, verbindet der neue libertäre Autoritarismus eine absolute individuelle Freiheitsauffassung mit der aggressiven Abwertung vermeintlich „anderer" Gruppen. Eine Unterordnung unter Autoritären scheint weniger relevant zu sein, während konventionelle Weltanschauungen durchaus mit jenem absoluten Freiheitsverständnis und libertären Sichtweisen verknüpft sein können. Denn es ist die Ideologie des Libertarismus, die noch deutlicher mit den Autoritarismusdimensionen verschränkt ist, einzig zur Anfälligkeit für Verschwörungsdenken ist der Zusammenhang eher geringer ausgeprägt.

Nach dieser eingehenden Analyse des autoritären Syndroms der Gegenwart und der Verschränkungen mit ideologischen Grunddispositionen soll nun das Ausmaß des gegenwärtigen Autoritarismus sowie auch die Polarisierung in einzelnen Ansichten näher beschrieben werden.

In Abbildung 15 wird klar ersichtlich, dass die Aussagen zur autoritären Aggression von zahlreichen Salzburger:innen deutlich befürwortet werden. So ist das Gros der Bevölkerung der Ansicht, dass die Gesellschaft härter gegen Kriminelle vorgehen sollte und dass Unruhestifter:innen klar gezeigt werden sollte, dass diese in der Gesellschaft unerwünscht sind. Auch der Stellenwert österreichischer Traditionen ist sehr hoch ausgeprägt, diese sollen aus Sicht der Bürger:innen unbedingt aufrechterhalten werden. Der Autoritarismus scheint auch mit einer Unterordnung unter die gesellschaftliche Leistungslogik verknüpft zu werden, weil die Mehrheit der Bevölkerung der Ansicht ist, dass „alle besser dran wären, wenn die Leute weniger reden und mehr arbeiten würden". In der Frage, ob die meisten gesellschaftlichen Probleme gelöst wären, wenn man Nichtstuer:innen loswerden könnte, ist die Bevölkerung indifferent, immerhin stimmt aber auch die Mehrheit dieser Aussage zumindest leicht zu.

In Bezug auf die Aussagen, die für autoritäre Unterordnung stehen, fallen die Urteile stärker nach unten ab. Zwar sehnt sich auch die Mehrheit der Salzburger:innen nach einer Führungspersönlichkeit, der die Menschen

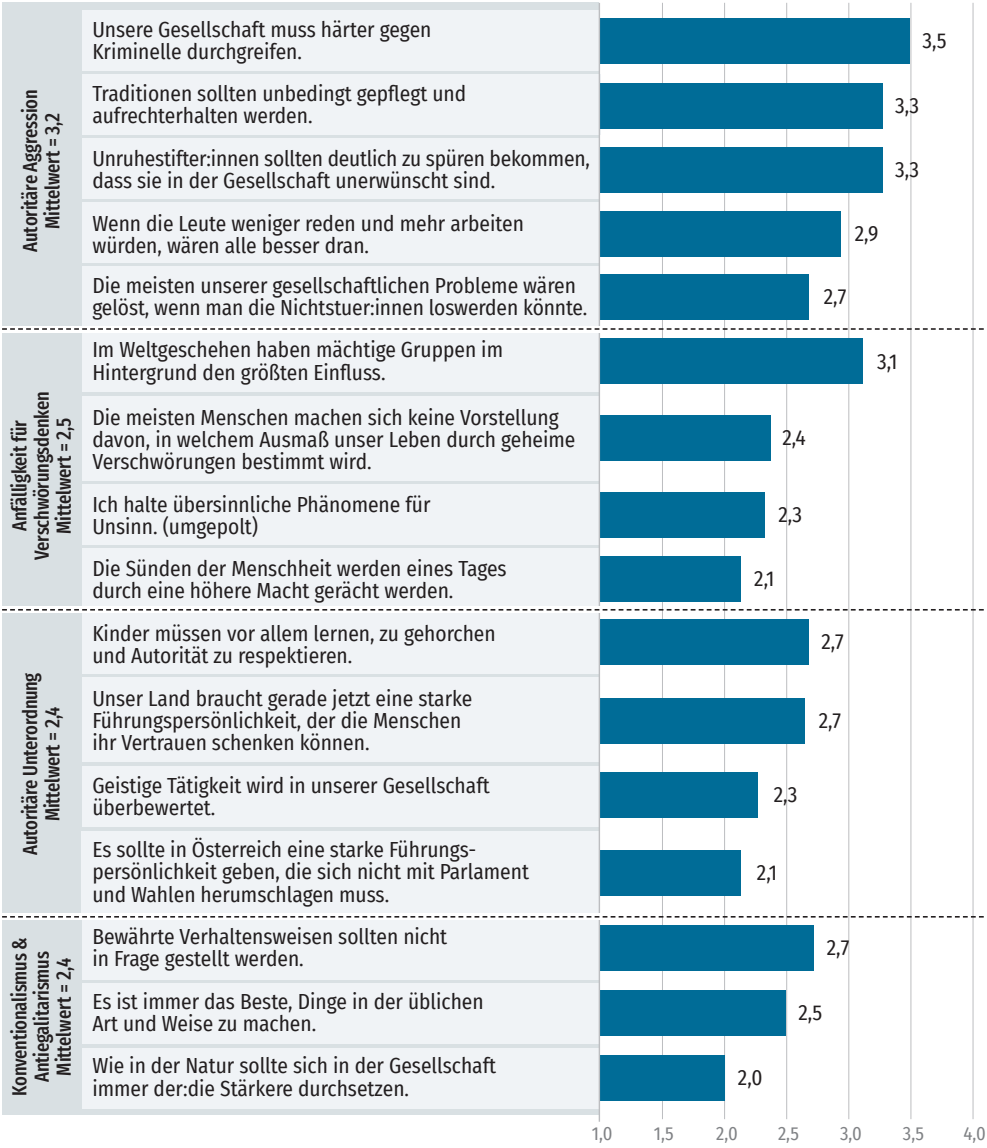


Abb. 15: Mittlere Zustimmung zu den Items der vier Autoritarismusdimensionen

Anm.: Skala von 1 „Stimme gar nicht zu“ 4 „Stimme voll zu“. Gewichtete Stichprobe unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10min. N≥296. Umgepolte Items werden in ursprünglicher Formulierung dargestellt.

Vertrauen schenken können. In Bezug auf die Aussage, dass Kinder vor allem lernen sollten, zu gehorchen, halten sich die Urteile die Waage. Das Gros der Bevölkerung ist jedoch mehrheitlich nicht der Ansicht, dass geistige Tätigkeit in der Gesellschaft überbewertet sei bzw. dass es einen starken Führer braucht, der sich nicht um Wahlen und das Parlament kümmern muss.
In Bezug auf Konventionalismus und Antiegalitarismus zeigt sich die Bevölkerung ebenfalls eher gespalten. Der Mittelwert rund um den Skalenmittelpunkt von 2,5 verdeutlicht, dass ungefähr die Hälfte der Salzburger Bevölkerung der Ansicht ist, dass bewährte Verhaltensweisen nicht in Frage gestellt werden sollten. Eine knappe Minderheit ist der Ansicht, dass es immer das Beste ist, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen und nur ein kleiner Teil der Bevölkerung meint, dass sich in der Regel der/die Stärkere durchsetzen sollte.

Im Bereich der Projektivität findet die Aussage, dass mächtige Gruppen im Hintergrund das Geschehen bestimmen, eine deutliche Zustimmung unter den Befragten. Bei den anderen Indikatoren überwiegt in der Regel stärker die Ablehnung. So meinen noch knapp die Hälfte der Untersuchungsteilnehmer:innen, dass übersinnliche Phänomene existieren, während der Mittelwert bei der Aussage, dass die Sünden der Menschheit durch eine höhere Macht gerächt werden, geringer ausfällt. Auch ist die Mehrheit der Befragten überzeugt, dass unser Leben nicht gravierend von geheimen Verschwörungen bestimmt wird.

Je geringer die Zustimmungsraten ausfallen, desto eher steigt in der Regel auch die Polarisierung unter den Befragten an. So zeigt die nächste Abbildung, dass in Bezug auf einzelne Indikatoren der autoritären Aggression tatsächlich hohe und übereinstimmende Zustimmungsraten erzielt werden und sich die Polarisierung in Bezug auf diese Aussagen in Grenzen hält. In der Betrachtung der autoritären Unterordnung steigt die Polarisierung jedoch bereits teils auf über 0,4; besonders in der Frage, ob es eine Führungspersönlichkeit geben soll, der die Menschen Vertrauen schenken können, zeigt sich die Bevölkerung gespalten. In Bezug auf weitere Aussagen dominiert in weiterer Folge eher die Ablehnung, wodurch die Polarisierung ebenfalls wieder leicht zurückgeht. Während die Indikatoren des Konventionalismus und Anti-Egalitarismus einer geringeren Polarisierung ausgesetzt sind, steigen die Werte in der Dimension „Anfälligkeit für Verschwörungsdenken“ wieder an und liegen fast durchwegs über 0,4. Insbesondere die beiden Items, die auf überirdische und übersinnliche Phänomene abzielen, werden von der Salzburger Bevölkerung sehr kontrovers beurteilt.

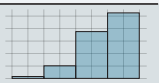
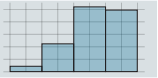
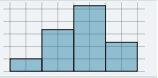
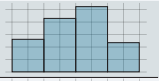
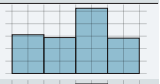
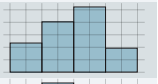
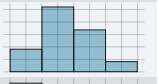
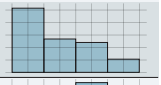
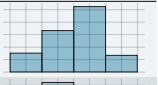
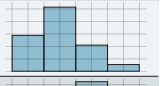
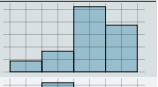
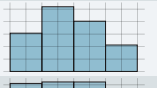
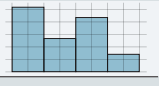
Autoritäre Einstellungen	*Item*	*Polarisierung*	*Verteilung*
Autoritäre Aggression	Unsere Gesellschaft muss härter gegen Kriminelle durchgreifen.	0,200	
	Traditionen sollten unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden.	0,242	
	Unruhestifter:innen sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	0,279	
	Wenn die Leute weniger reden und mehr arbeiten würden, wären alle besser dran.	0,307	
	Die meisten unserer gesellschaftlichen Probleme wären gelöst, wenn man die Nichtstuer:innen loswerden könnte.	0,382	
Autoritäre Unterordnung	Unser Land braucht gerade jetzt eine starke Führungspersönlichkeit, der die Menschen ihr Vertrauen schenken können.	0,426	
	Kinder müssen vor allem lernen, zu gehorchen und Autorität zu respektieren.	0,358	
	Geistige Tätigkeit wird in unserer Gesellschaft überbewertet.	0,358	
	Es sollte in Österreich eine starke Führungspersönlichkeit geben, die sich nicht mit Parlament und Wahlen herumschlagen muss.	0,312	
Konventionalismus und Antiegalitarismus	Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	0,301	
	Es ist immer das Beste, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen.	0,283	
	Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der:die Stärkere durchsetzen.	0,272	
Anfälligkeit für Verschwörungsdenken	Im Weltgeschehen haben mächtige Gruppen im Hintergrund den größten Einfluss.	0,282	
	Ich halte übersinnliche Phänomene für Unsinn. (umgepolt)	0,384	
	Die meisten Menschen machen sich keine Vorstellung davon, in welchem Ausmaß unser Leben durch geheime Verschwörungen bestimmt wird.	0,400	
	Die Sünden der Menschheit werden eines Tages durch eine höhere Macht gerächt werden.	0,443	

Abb. 16: Polarisierungsindex und Verteilungscharakteristika zu den einzelnen Autoritarismus-Aussagen

Anm.: Die Histogramme zeigen die Verteilung der Antworten je Item – höhere Balken stehen für eine größere Anzahl von Befragten, die eine bestimmte Antwortkategorie gewählt haben. Der erste Balken steht für die Antwortkategorie „Stimme gar nicht zu“, respektive steht der letzte Balken für die Antwortkategorie „Stimme voll zu“.

5.4. Zum gegenwärtigen Stand von Vorurteilen (gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit)

Während die Dimension der autoritären Aggression eine latente Feindseligkeit gegenüber jenen Gruppen misst, die konventionelle Werte missachten, liefern die Items noch keine umfassende Erklärung, gegen welche Gruppen in der Gesellschaft sich die Aggressivität konkret entlädt. Mit dem Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, das Abwehrhaltungen gegenüber verschiedenen Gruppierungen ins Zentrum rückt, gelingt es uns seit Beginn der Salzburger Autoritarismusstudie, verschiedene Ausformungen von Vorurteilen zu messen und das Ausmaß von kritischen Haltungen gegenüber Fremdgruppen über die Zeit zu vergleichen. Den Vorurteilen liegt nach diesem Konzept eine übergeordnete Ideologie der Ungleichwertigkeit zugrunde[165], die sich in unterschiedlich ausgeprägten Abwertungstendenzen verdeutlicht. Das Monitoring der menschenfeindlichen Haltungen ist insgesamt entscheidend, um Solidaritätseinschränkungen gegenüber verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft zu messen, die letztlich zu einer Verhärtung der Diskurse führen und die Polarisierung in der Gesellschaft fördern.[166] Die enge Verbindung zum Autoritarismus ist sehr naheliegend, weil beide autoritären Strömungen von Relevanz sind. Wenn die Welt als bedrohlich empfunden wird, gewinnen rückwärtsgewandte Lösungen an Bedeutung. Mittels der Berufung auf die eigene nationale Identität konstruieren sich Personen, die von den gesellschaftlichen Transformationen überfordert sind, überschaubare Sinnzusammenhänge und ziehen klare Grenzen der Zugehörigkeit. Andererseits könnten auch jene Gruppen in der Gesellschaft, die sich im Sog der Leistungsgesellschaft befinden, die Welt zunehmend im Wettbewerbsdruck erleben, woraus eine Neigung zur Identifikation mit Majoritäten und eine Abwertung Andersdenkender resultiert. Für diesen Tritt nach unten hat sich in der Soziologie das Bild eines Fahrradfahrers etabliert, der im Zuge einer zunehmenden Destabilisierung der Wirtschaft und der Integration in der Gesellschaft, seine Position im gesellschaftlichen Gefüge abzusichern versucht, indem er sich nach unten abgrenzt.[167] Ein Ausdruck dieser sozialdarwinistischen Einstellung wäre beispielsweise die Betonung von Etabliertenvorrechten, die jenen Gruppen, die als Neuankömmlinge oder gar als Leistungsverweiger:innen abgestempelt werden, verwehrt bleiben sollen.

In der vorliegenden Untersuchung wurde die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in den folgenden Ausprägungen untersucht: Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Abwertung von Asylwerber:innen, Obdachlosen und Langzeitarbeitslosen sowie Sexismus und Antisemitismus. Die folgende

Abbildung stellt eine Auswahl von Indikatoren bereit und misst erneut die mittlere Zustimmung und die Polarisierung der Salzburger Bevölkerung.[168] Generell zeigt sich, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Salzburg in nahezu allen Dimensionen ein hohes Niveau erreicht.

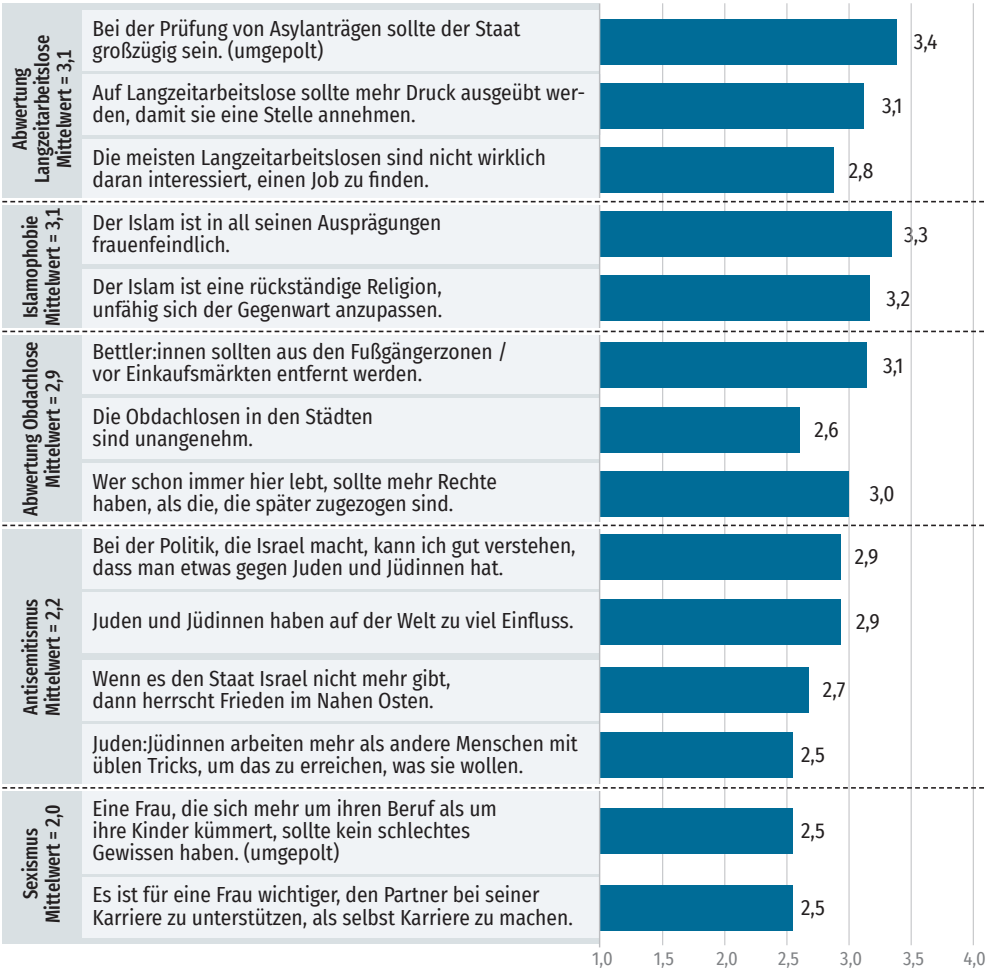


Abb. 17: Mittlere Zustimmung zu den Aussagen in Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Anm.: Skala von 1 „Stimme gar nicht zu“ 4 „Stimme voll zu“. Gewichtete Stichprobe unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10min. N≥277. Umgepolte Items werden in urpsrünglicher Formulierung dargestellt.

An der Spitze stehen kritische Einstellungen gegen Asylwerber:innen, da nur eine kleine Minderheit der Befragten angibt, dass der Staat bei der Prüfung

von Asylbescheiden großzügig agieren sollte. Auch gegenüber Langzeitarbeitslosen zeigen sich überwiegend kritische Haltungen. Die Salzburger Bevölkerung ist mehrheitlich der Ansicht, dass auf diese mehr Druck ausgeübt werden sollte, damit sie eine Stelle finden. Viele meinen außerdem, dass sie nicht daran interessiert sind, einen Job zu finden. Unter den Untersuchungsteilnehmer:innen dominieren auch kritische Haltungen gegenüber Muslim:innen wobei viele der Ansicht sind, dass der Islam in all seinen Ausprägungen frauenfeindlich sei und eine rückständige Religion darstelle, die sich nicht an die Gegenwart anpassen wolle. Die Urteile gegenüber Obdachlosen sind ebenfalls überwiegend negativ, wobei hier die Mehrheit der Ansicht ist, dass diese aus den Fußgängerzonen bzw. vor den Einkaufszentren entfernt werden sollen und dass sie generell das Erscheinungsbild der Städte stören.

Im Gegensatz dazu werden antisemitische Haltungen sowie sexistische Einstellungen nur von einer Minderheit der Salzburger:innen vertreten. Dennoch stimmen bedeutsame Anteile der Bevölkerung der Aussage zu, dass man bei der Politik Israels gut verstehen könne, dass man etwas gegen Juden und Jüdinnen hat und dass Juden und Jüdinnen auf der Welt zu viel Einfluss haben. Israel wird jedoch von einer deutlichen Mehrheit nicht das Existenzrecht abgesprochen und auch nur wenige Untersuchungsteilnehmer:innen unterstellen Juden und Jüdinnen pauschal, dass diese mit üblen Tricks arbeiten, um ihre Ziele zu erreichen. Frauenfeindliche Einstellungen, die auf konservative Geschlechterrollenkonzepte hindeuten, werden ebenfalls nur von einer Minderheit geteilt. Die meisten Salzburger:innen sind nicht der Ansicht, dass eine Frau, die sich mehr um ihren Beruf kümmert, ein schlechtes Gewissen haben sollte und die meisten Salzburger:innen verneinen, dass es für eine Frau wichtiger sein sollte, ihren Partner bei seiner Karriere zu unterstützen als selbst Karriere zu machen.

Zumindest die letzte Aussage, die sexistische Einstellungen messen soll, verdeutlicht ein tendenziell leicht erhöhtes Niveau an Polarisierung, auch wenn diese Aussage mehrheitlich abgelehnt wird. Zudem zeigt Abbildung 12, dass auch die Polarisierung rund um die Themen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nicht allzu hoch ausfällt, weil kritische Haltungen bereits deutlich überwiegen. Einzig die Aussage, dass man bei der Politik Israels gut verstehen könne, dass man etwas gegen Juden und Jüdinnen hat, wird kontroverser beurteilt, es wird bei dieser Aussage ein Polarisierungswert von 0,40 ausgewiesen. Die Heterogenität der Urteile könnte auf die gegenwärtige Brisanz des Nahostkonflikts zurückgeführt werden. Ganz generell lässt sich anhand der Polarisierungswerte schlussfolgern, dass Aussagen mehr polarisierende Urteile auslösen, wenn sie mit Emotionen verknüpft sind.

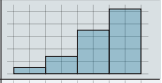
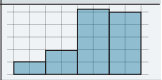
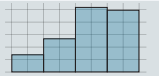
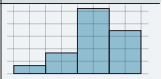
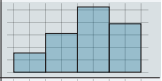
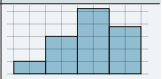
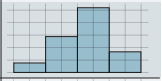
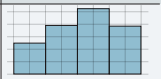
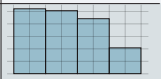
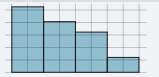
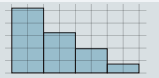
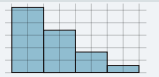
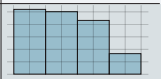
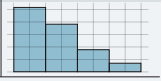
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	*Item*	*Polarisierung*	*Verteilung*
Fremden-feindlichkeit	Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein. (umgepolt)	0,246	
Abwertung Lang-zeitarbeitslose	Auf Langzeitarbeitslose sollte mehr Druck ausgeübt werden, damit sie eine Stelle annehmen.	0,304	
	Die meisten Langzeitarbeitslosen sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	0,339	
Islamophobie	Der Islam ist in all seinen Ausprägungen frauenfeindlich.	0,266	
	Der Islam ist eine rückständige Religion, unfähig sich der Gegenwart anzupassen.	0,359	
Abwertung Obdachlose	Bettler:innen sollten aus den Fußgängerzonen / vor Einkaufsmärkten entfernt werden.	0,331	
	Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	0,273	
Etablierten-vorrechte	Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	0,413	
Antisemitismus	Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden:Jüdinnen hat.	0,401	
	Juden und Jüdinnen haben auf der Welt zu viel Einfluss.	0,343	
	Wenn es den Staat Israel nicht mehr gibt, dann herrscht Frieden im Nahen Osten.	0,279	
	Juden und Jüdinnen arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	0,261	
Sexismus	Eine Frau, die sich mehr um ihren Beruf als um ihre Kinder kümmert, sollte kein schlechtes Gewissen haben. (umgepolt)	0,383	
	Es ist für eine Frau wichtiger, den Partner bei seiner Karriere zu unterstützen, als selbst Karriere zu machen.	0,275	

Abb. 18: Polarisierungsindex und Verteilungscharakteristika zu den einzelnen Aussagen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit

Anm.: Die Histogramme zeigen die Verteilung der Antworten je Item – höhere Balken stehen für eine größere Anzahl von Befragten, die eine bestimmte Antwortkategorie gewählt haben. Der erste Balken steht für die Antwortkategorie „Stimme gar nicht zu", respektive steht der letzte Balken für die Antwortkategorie „Stimme voll zu".

Aussagen, dass Bettler:innen *entfernt* werden sollten oder dass der Islam als *unfähig* eingestuft wird, erreichen ein höheres Niveau an Polarisierung.

Die Befunde stützen in gewisser Weise die Grundthese des bekannten Buches von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser[169], dass auch bei zentralen Herausforderungen der Gegenwart keine unmittelbare Polarisierung sichtbar wird, jedoch einzelne Konflikte und Spaltungsdynamiken in einzelnen Ungleichheitsarenen an Bedeutung gewinnen können. Die Autoren verwenden den ursprünglich aus der Physiologie stammenden Begriff der Triggerpunkte, um jene „verhärteten Stellen oder verkrampften Zonen" in gesellschaftlichen Diskursen zu beschreiben. Triggerpunkte sind aus ihrer Sicht „jene Orte innerhalb der Tiefenstruktur von moralischen Erwartungen und sozialen Dispositionen, auf deren Berührung Menschen besonders heftig und emotional reagieren."[170] Wir werden im folgenden Abschnitt über die gesellschaftlichen Spaltungslinien der Gegenwart nochmals darauf zurückkommen.

5.5. Zur Messung und zum gegenwärtigen Ausmaß zentraler Wertekonflikte

Die Sichtweise der Salzburger:innen zu zentralen gesellschaftlichen Konfliktachsen zu erheben, stellt ein Novum in der Salzburger Autoritarismusstudie dar. In der aktuellen Erhebung setzen wir nicht nur – in Anlehnung an das bekannte Werk zum libertären Autoritarismus[171] – einen Schwerpunkt auf die Verschränkung von ideologischen Grundpositionen und autoritären Haltungen, sondern wir ermöglichen auch vertiefende Aussagen zum Ausmaß von Wertekonflikten und gesellschaftlicher Spaltung im Bundesland Salzburg. Um potenzielle Spaltungslinien in der Bevölkerung zu eruieren, orientieren wir uns am Konzept der vier Konfliktachsen, die ebenfalls im Buch von Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser eingehend für Deutschland analysiert wurden. Konkret definieren die Autoren vier Konfliktlinien in der Gegenwartsgesellschaft, nämlich Oben-Unten, Innen-Außen, Wir-Sie und Heute-Morgen.[172] Während die Oben-Unten-Arena verteilungs- und sozialpolitische Konflikte bündelt, finden sich in der Innen-Außen-Arena Konflikte, die mit Zuwanderung und migrantischer Integration verknüpft sind. In der Wir-Sie-Arena werden Konflikte zusammengefasst, die sich mit identitätspolitischen Zielsetzungen rund um gesellschaftliche Anerkennung und Antidiskriminierung auseinandersetzen. Hier fokussieren die Autoren überwiegend auf Indikatoren, die sich mit Geschlechtervielfalt auseinandersetzen, weshalb dieser Strategie auch hier gefolgt wird. In der vierten Arena, der Heute-Morgen-Arena, finden sich Konflikte rund um die weitere Ausrichtung der Gesellschaft, hin zu einer Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Wachstums oder hin zu einer stärkeren Betrachtung

Faktorenanalyse: Ungleichheitsarenen	*Multikulturalismus Innen-Außen Cronbachs α = 0,836*	*Umverteilung Heute-Morgen Cronbachs α = 0,785*	*Geschlechtervielfalt Wir-Sie Cronbachs α = 0,755*	*Verteilungskonflikte Oben-Unten Cronbachs α = 0,602*
Durch die vielen Zugewanderten fühle ich mich manchmal wie eine fremde Person im eigenen Land.	0,839			
Flüchtlinge sollten selbst bei kleinen Vergehen sofort abgeschoben werden.	0,782			
Einheimische sollen am Arbeitsmarkt bevorzugt werden.	0,744			
Muslim:innen sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden.	0,723			
Das kulturelle Leben in Salzburg wird durch Zugewanderte bereichert.	-0,71			
Ich unterstütze die Einführung strenger Verhaltensvorschriften, um den Menschen klimagerechtes Verhalten zu verordnen.		0,902		
Die Regierungen müssen deutlich mehr tun, um die Folgen des Klimawandels einzudämmen.		0,808		
Viele Behauptungen von Wissenschaftler:innen über den Klimawandel sind aus meiner Sicht übertrieben.		-0,748		
Schwule und Lesben sollten ihr Leben so führen dürfen, wie sie es wollen.			-0,879	
Homosexualität ist gegen die Natur.			0,878	
Der Staat sollte die Ausgaben zur Mindestsicherung erhöhen.				0,832
Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu reduzieren.				0,794

Anmerkungen: Extraktionsmethode: Hauptkomponentenanalyse. Rotationsmethode: Promax mit Kaiser-Normalisierung. Stichprobe: Ungewichtet unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10 Min.

Tabelle 7: Faktorenanalyse zur Messung der Sichtweisen zu gesellschaftlichen Spaltungslinien in der Salzburger Bevölkerung

der ökologischen Nachhaltigkeit. In einer teils neu konstruierten Skala kombinieren wir Indikatoren, die auf diesen Arenen eine grundsätzliche Positionierung ermöglichen mit Aussagen, die verstärkt auf Triggerpunkte verweisen und umkämpfte Diskursarenen markieren. Die Faktorenanalyse (Tabelle 7) zeigt, dass es mit einer gezielten Auswahl an Indikatoren vorzüglich gelingt, die Sichtweisen zu den vier Ungleichheitsarenen klar voneinander zu unterscheiden und differenziert zu messen.[173]

Die erste Ebene rund um Migration setzt sich aus fünf Items zusammen, die Sichtweisen zu Zuwanderer:innen im Allgemeinen und Muslim:innen und Asylwerber:innen im Besonderen erheben. Drei weitere Aussagen verdeutlichen zentrale Ansichten zum Klimawandel, ob dieser in der Wissenschaft korrekt dargestellt ist und was zur Bekämpfung der Klimakrise getan werden

sollte. Die Wir-Sie-Arena der Ungleichheiten ist durch zwei Items zur Geschlechtervielfalt abgedeckt. Zudem wurden zwei weitere Items zur Messung der Sichtweisen zur Umverteilung in der Gesellschaft ergänzt, die ebenfalls einen eigenständigen Faktor bilden. Die klare Zuordnung der Indikatoren zu den vier Faktoren stärkt die These von Mau, Lux und Westheuser, dass es sich auch empirisch um vier eigenständige Arenen von Ungleichheiten handelt. Dabei ist jedoch zu betonen, dass die Arenen zumindest moderat miteinander in Beziehung stehen. Wenn man sich für Multikulturalismus und für Geschlechtervielfalt positioniert, tritt man in der Regel auch stärker für Klimaschutzmaßnahmen ein. Auch die Präferenz für Umverteilung steigt leicht an, wobei Verteilungskonflikte am wenigsten mit den anderen Arenen verschränkt sind.

Abb. 19: Mittlere Zustimmung zu den Aussagen zu Spaltungslinien in der Gesellschaft

Anm.: Skala von 1 „Stimme gar nicht zu" 4 „Stimme voll zu". Gewichtete Stichprobe unter Ausschluss der Schnellausfüller unter 10min. N≥287. Umgepolte Items werden in urpsrünglicher Formulierung dargestellt.

Von Interesse ist nun, wie sich die Bevölkerung in Bezug auf diese vier zentralen Ungleichheits- und Transformationsfragen positioniert. Hierbei zeigt sich, dass die Salzburger:innen (mittlerweile) durchaus für Geschlechtervielfalt aufgeschlossen sind. Die Mehrheit ist eindeutig der Ansicht, dass Schwule und Lesben so leben sollten, wie sie möchten und dass Homosexualität nicht gegen die Natur des Menschen anzusehen ist.

Auch die Aussagen zur Umverteilung werden von der Bevölkerung breit befürwortet. So ist die deutliche Mehrheit der Ansicht, dass der Staat Maßnahmen ergreifen sollte, um Einkommensunterschiede in der Bevölkerung zu reduzieren. Bei in der Öffentlichkeit kontrovers diskutierten Themen zeigt sich jedoch sofort eine verschärfte Polarisierung, wie auch Abbildung 20 genauer zeigt. So findet sich nur eine geringfügige Mehrheit unter den Befragten, die sich für eine Erhöhung der Ausgaben zur Mindestsicherung ausspricht.

In Bezug auf Klimaschutz überwiegt ebenfalls insgesamt eine positive Sichtweise der Befragten, wobei einzelne Aussagen erneut kontroverer beurteilt werden. Während das Gros der Bevölkerung der Ansicht ist, dass die Politik mehr dafür tun müsste, die Folgen des Klimawandels einzudämmen, herrscht bereits Uneinigkeit über die Sichtweise der Wissenschaft zum Klimawandel. Sobald Klimaschutzmaßnahmen in die eigene Lebensrealität eingreifen sollen, zeigt sich die Bevölkerung deutlich skeptischer. Nur eine Minderheit würde Maßnahmen begrüßen, um den Individuen klimagerechtes Verhalten zu verordnen.

Bezüglich der Frage der Zuwanderung kippt das Bild in der Salzburger Bevölkerung schließlich ins Negative. Die radikale Aussage, dass Muslim:innen die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden sollte, unterstützt nur eine Minderheit, jedoch liegt auch bei dieser Aussage der Mittelwert nur knapp unter dem Skalenmittelpunkt von 2,5. Die Mehrheit der Salzburger:innen betont eindeutig, dass Geflüchtete bei kleineren Vergehen sofort abgeschoben werden sollten, dass Einheimische am Arbeitsmarkt zu bevorzugen sind und dass sich manche bereits wie Fremde im eigenen Land fühlen und die Gesellschaft durch Zugewanderte nicht bereichert wird.

Die jeweiligen Polarisierungswerte sind in Bezug auf die jeweiligen Ungleichheitsarenen von besonderem Interesse. Hier zeigt sich eindeutig, dass die Polarisierung im Hinblick auf Geschlechtervielfalt sehr gering ausgeprägt ist, weil die deutliche Mehrheit der Bevölkerung mittlerweile offen gegenüber Lebensweisen der LGBTQI+ Community auftritt. Bei allen anderen

Ungleichheitsarenen kann zwischen einer allgemeinen Befürwortung progressiver Aussagen und einzelner umkämpfter Diskursfelder (Triggerpunkte) unterschieden werden. Dies zeigt sich im Kontext von Verteilungskonflikten, wo die Mehrheit der Bevölkerung pro Umverteilung eintritt, jedoch einer Erhöhung der Mindestsicherung skeptisch gegenübersteht.

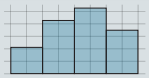
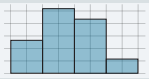
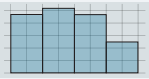
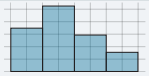
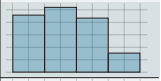
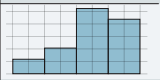
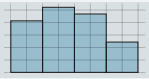
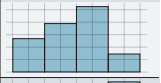
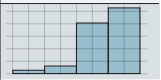
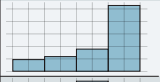
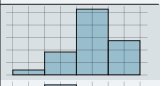
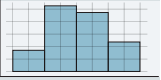
Ungleichheitsarenen	*Item*	*Polarisierung*	*Verteilung*
Präferenz für Multikulturalismus (Innen-Außen)	Muslime:Muslimas sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden. (umgepolt)	0,389	
	Das kulturelle Leben in Salzburg wird durch Zuwanderer:innen bereichert.	0,329	
	Durch die vielen Zuwanderer:innen fühle ich mich manchmal wie ein:e Fremde:r im eigenen Land. (umgepolt)	0,419	
	Einheimische sollen am Arbeitsmarkt bevorzugt werden. (umgepolt)	0,355	
	Flüchtlinge sollten selbst bei kleinen Vergehen sofort abgeschoben werden. (umgepolt)	0,381	
Präferenz für Klimaschutz (Heute-Morgen)	Die Regierungen müssen deutlich mehr tun, um die Folgen des Klimawandels einzudämmen.	0,311	
	Viele Behauptungen von Wissenschaftler:innen über den Klimawandel sind aus meiner Sicht übertrieben. (umgepolt)	0,408	
	Ich unterstütze die Einführung strenger Verhaltensvorschriften, um den Menschen klimagerechtes Verhalten zu verordnen.	0,342	
Präferenz für Geschlechtervielfalt (Wir-Sie)	Schwule und Lesben sollten ihr Leben so führen dürfen, wie sie es wollen. (Transformierte Skala von 1 bis 4)	0,202	
	Homosexualität ist gegen die Natur. (umgepolt)	0,251	
Präferenz für Umverteilung (Oben-Unten)	Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu reduzieren. (Transformierte Skala von 1 bis 4)	0,325	
	Der Staat sollte die Ausgaben zur Mindestsicherung erhöhen. (Transformierte Skala von 1 bis 4)	0,432	

Abb. 20: Polarisierungsindex und Verteilungscharakteristika zu den einzelnen Aussagen zu Wertekonflikten

Anm.: Die Histogramme zeigen die Verteilung der Antworten je Item – höhere Balken stehen für eine größere Anzahl von Befragten, die eine bestimmte Antwortkategorie gewählt haben. Der erste Balken steht für die Antwortkategorie „Stimme gar nicht zu", respektive steht der letzte Balken für die Antwortkategorie „Stimme voll zu".

Auch beim Klimawandel haben breite Teile der Bevölkerung den Ernst der Lage erkannt und nehmen die Politik in die Pflicht, sie reagieren aber bei Maßnahmen, die unmittelbar in ihre Lebensrealität eingreifen, deutlich skeptischer. Einzig beim Thema Migration zeigt sich, dass eine progressive Haltung zum Multikulturalismus gegenwärtig nicht mehrheitsfähig ist. Insofern nehmen auch die Polarisierungswerte tendenziell zu, weil radikalere Aussagen teils schon knapp befürwortet (sich wie ein(e) Fremde(r) im eigenen Land fühlen) bzw. teils noch knapp abgelehnt werden (Muslimen*Muslimas die Zuwanderung zu untersagen). Bei weiteren Aussagen (z. B. gegen Geflüchtete) nimmt die Polarisierung bereits wieder ab, hier sind kritische Haltungen über die letzten Jahre bereits salonfähig geworden.

Die in diesem Kapitel berichteten Erkenntnisse gaben über die Schwerpunkte der Autoritarismusstudie näher Aufschluss und sie verdeutlichten unsere Strategien der Messung zentraler Konstrukte. Über deskriptive Analysen zu Mittelwerten und zur Polarisierung der Meinung erhielten wir Aufschluss über das gegenwärtige Ausmaß sozialer Desintegration, über die vorherrschenden Sichtweisen zu ideologischen Grundpositionen, über autoritäre und antiegalitäre Haltungen sowie über den Stand gegenwärtiger, zentraler Wertekonflikte in der Gesellschaft. Die Ergebnisse sind Momentaufnahmen aus dem Frühjahr 2024, jedoch sind (noch) keine Aussagen zum sozialen Wandel in der Salzburger Gesellschaft erfolgt. Dies steht nun im nächsten Kapitel im Vordergrund.

6. Desintegrationswahrnehmungen sowie autoritäre und antiegalitäre Haltungen im Zeitverlauf

In diesem Kapitel werden nun die zeitlichen Veränderungen in sozialen Desintegrationswahrnehmungen sowie bei autoritären und antiegalitären Einstellungen in den Blick genommen. Weil wir zu all diesen Aspekten seit 2017 überwiegend gleichlautende Items verwenden, lassen sich in empirisch fundierter Weise auch relevante Aussagen über Phänomene des sozialen Wandels in der Salzburger Bevölkerung treffen. Wir illustrieren, um eine bessere Lesbarkeit der Ergebnisse zu ermöglichen, ausschließlich die Zustimmungsraten zu den einzelnen Aussagen und verwenden stets jene Indikatoren, die zu mehreren Messzeitpunkten vorliegen. Für die zeitliche Analyse der Mittelwertsveränderungen greifen wir ausschließlich auf die (gewichtete) Online-Stichprobe zurück, um die Erhebungswellen über die vier Messzeitpunkte (2017, 2019, 2021 und 2024) optimal vergleichen zu können. Da bei allen Erhebungen auf ein ähnliches Online-Access-Panel zurückgegriffen wurde, sind die Ergebnisse im zeitlichen Wandel gut ableitbar. Alle Stichproben wurden mit einer Anpassungsgewichtung versehen, um annähernd repräsentative Aussagen für die Salzburger Bevölkerung zu ermöglichen.[174] Die statistische Analyse der Ergebnisse ist in diesem Kapitel sehr einfach gehalten. Es werden stets die Zustimmungsraten zu einzelnen Aussagen über die jeweiligen Erhebungswellen betrachtet, wobei die Aussagen den jeweiligen Konstrukten zugeordnet und thematisch gruppiert werden. Signifikante Unterschiede (im Vergleich zur letzten Erhebungsvariante 2021) werden ebenfalls ausgewiesen, wobei hier Mittelwertsvergleiche mittels T-Tests[175] auf Signifikanz geprüft wurden. Signifikante Ergebnisse werden nach der klassischen Einteilung der Signifikanzgröße berichtet.[176]

6.1. Soziale Desintegration, Politikverdrossenheit und Zukunftspessimismus im Zeitverlauf

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass das Gefühl einer mangelnden Integration in die österreichische Gesellschaft, gemessen an der subjektiv empfundenen sozialen Anerkennung und der gesellschaftlichen Einbettung im Durchschnitt – zumindest im Vergleich zu 2021 – leicht rückläufig ist, wenngleich die Ergebnisse statistisch nicht signifikant sind (siehe Abbildung 15). Es liegt die Vermutung nahe, dass die Zeitspanne der Pandemie im Jahr 2021

die Bevölkerung stark in den Bann gezogen hatte und viele Salzburger:innen Gefühle der Anerkennungsverletzung und einer mangelnden Sozialintegration erlebt haben. Auch wenn in dieser Frage ein leichter Erholungseffekt auftritt, sind Gefühlslagen einer fehlenden Anerkennung bei rund 40 % der Befragten und Gefühle einer fehlenden Integration bei rund 25 % aktuell. Die Mehrheit der Bevölkerung berichtet aber von einer vergleichsweise hohen sozialen Einbettung in die Gesellschaft.

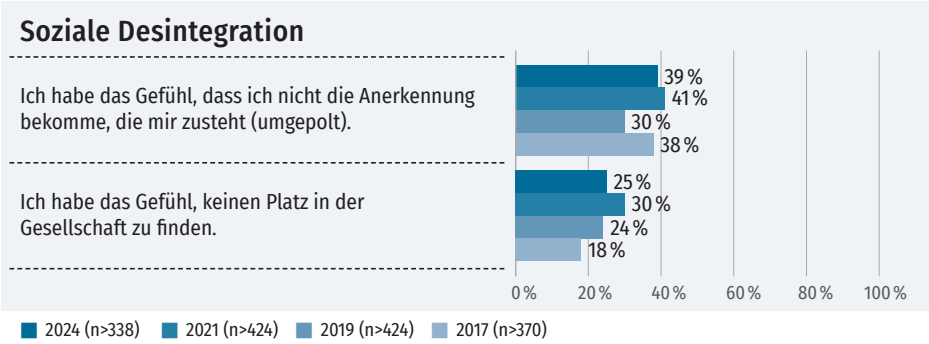


Abb. 21: fehlende Einbettung in die Gesellschaft im Zeitverlauf

Im Unterschied dazu dürfte sich die Politikverdrossenheit im Vergleich zur damaligen Hochphase der Pandemie zum Erhebungszeitpunkt Herbst 2021 noch weiter verschlechtert haben. Circa 90 % der Befragten stimmen mittlerweile den Aussagen zu, dass Politiker:innen heutzutage kein Rückgrat mehr haben und Parteien sich nicht wundern sollten, wenn sie bald keiner mehr wählt. Auch das Gefühl eines fehlenden politischen Einflusses hat weiter zugenommen, was insgesamt auf eine tiefergehende Legitimationskrise der Demokratie hindeutet.[177] Sichtbar ist auch, dass die Politikverdrossenheit über die letzten acht Jahre kontinuierlich ansteigt und mittlerweile bereits ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen hat, obwohl auch hier der Anstieg zwischen 2021 und 2024 nicht als statistisch signifikant eingestuft werden kann.

Auch der Blick in die Zukunft fällt im Jahr 2024 deutlich düsterer aus als in den früheren Erhebungen. Hier dürften die Energie- und Inflationskrise der letzten Jahre und die pessimistischen Wirtschaftsprognosen der Gegenwart eine entscheidende Rolle gespielt haben, dass sich auch die Salzburger:innen nun in ihrer Lebensrealität beeinträchtigt fühlen. Während im Jahr 2021 nur 29 % eine Verschlechterung der persönlichen Lebensumstände erwarte-

ten, liegt der Anteil pessimistisch orientierter Personen nun schon bei 44 %. Die schwierige Einschätzung der eigenen Lage geht auch mit einem pessimistischen Blick über die Lebensumstände in Österreich einher. Eine allgemeine Verschlechterung der Lebensumstände in Österreich erwarteten im Mittel bereits zuvor wesentlich mehr Personen. Dennoch waren es 2017 nur knapp die Hälfte der Bevölkerung, die eine Verschlechterung der gesellschaftlichen Lage vermuteten, während es mittlerweile schon knapp zwei Drittel der Salzburger:innen sind.

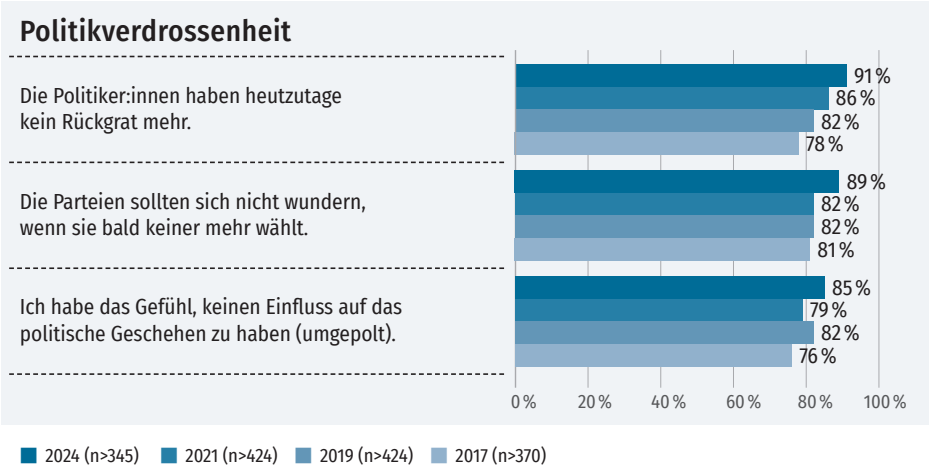


Abb. 22: Indikatoren zur Messung der Politikverdrossenheit im Zeitverlauf

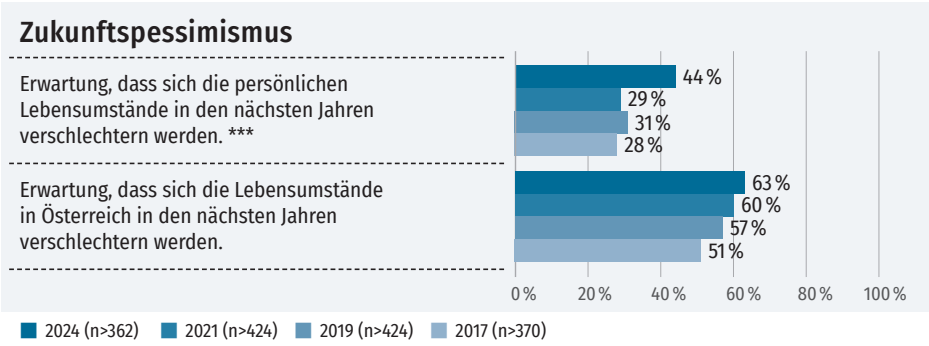


Abb. 23: Zukunftspessimismus bezüglich der eigenen und gesellschaftlichen Lage im Zeitverlauf

Die ersten drei Abbildungen zeigen somit deutlich, dass sich die Salzburger:innen in einer krisenbehafteten Zeitspanne wiederfinden. Während die politische Entfremdung nahezu die gesamte Bevölkerung erfasst und immer weiter fortschreitet, ist auch der Blick auf die weitere Entwicklung Österreichs sehr pessimistisch eingefärbt. Die schwierige gesellschaftliche Entwicklung schlägt sich aber nur bedingt auf die eigene Lebenssituation nieder. Die deutliche Mehrheit der Bevölkerung fühlt sich – in sozialer Hinsicht – durchaus in die Gesellschaft eingebettet.

6.2. Autoritäre Haltungen im Zeitverlauf

Die vorherige Betrachtung zu Desintegrationswahrnehmungen ist insbesondere von Relevanz, weil sichtlich immer breitere Teile der Bevölkerung mit Ungerechtigkeitsempfindungen und Zukunftspessimismus hadern. Daraus können „Anerkennungsverluste bzw. -bedrohungen entstehen, was wiederum dazu führen kann, dass die Folgebereitschaft für autoritäre Angebote zunimmt".[178]

Gemäß dieser Erwartung zeigt sich tatsächlich, dass die gegenwärtigen Frustrationen mit einem erhöhten Maß an autoritärer Aggression einhergehen. Im Jahr 2024 stimmen 93 % der Befragten der Aussage zu, dass unsere Gesellschaft härter gegen Kriminelle durchgreifen sollte. Auch dies verdeutlicht einen leichten Anstieg im Vergleich zu 2021 (85 %) und 2019 (87 %). Zusätzlich zeigt sich jedoch vor allem bei den beiden anderen Items eine stark steigende Zustimmung, was auf eine zunehmende Verrohung im gesellschaftlichen Diskurs[179] hinweist. Es ist bemerkenswert, dass die Steigerungsraten hinsichtlich der Aussagen, dass Unruhestifter:innen es deutlich zu spüren bekommen sollten, wenn sie unerwünscht sind und dass die meisten gesellschaftlichen Probleme gelöst wären, wenn man die Nichtstuer:innen loswerden könnte, jeweils 15 Prozentpunkte betragen.

Im Bezug auf autoritäre Unterordnung lässt sich, wie Abbildung 19 aufzeigt, jedoch eine gegenläufige Entwicklung feststellen. Das Bedürfnis nach einer Führungspersönlichkeit hat statistisch signifikant und das dritte Jahr in Folge abgenommen.[180] Dies könnte auch darin begründet sein, dass die Salzburger:innen aufgrund der hohen politischen Entfremdung sukzessive die Hoffnung verlieren, dass Politiker:innen überhaupt in der Lage sind, Vertrauen in der Bevölkerung zu gewinnen. Die Ansicht, dass Kinder vor allem lernen müssten, zu gehorchen und Autorität zu respektieren, hat hingegen

wieder an Zustimmung gewonnen, obwohl diese Werte relativ stabil im Zeitverlauf bleiben und keine signifikanten Änderungen zu beobachten sind.

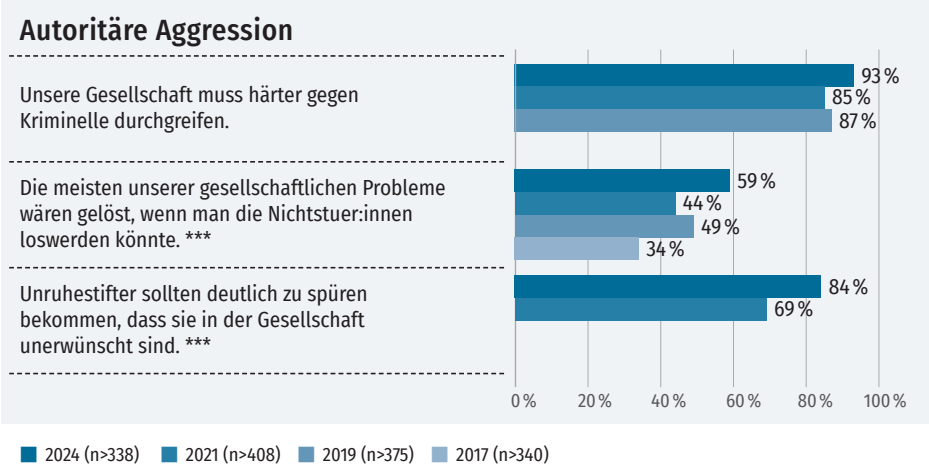


Abb. 24: Indikatoren zur autoritären Aggression im Zeitverlauf

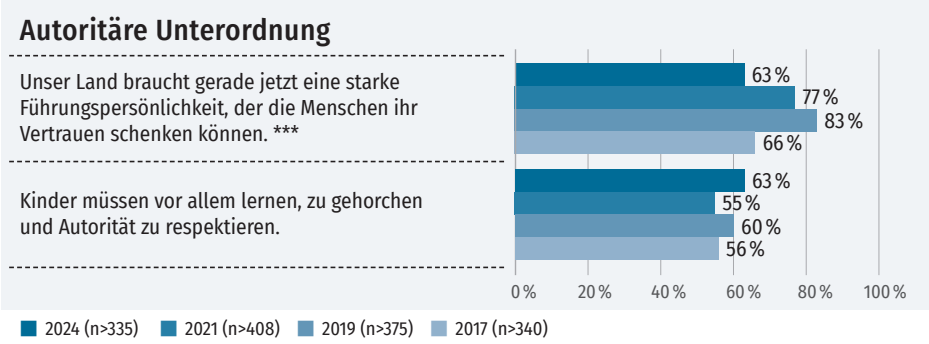


Abb. 25: Indikatoren zur autoritären Unterordnung im Zeitverlauf

Hinsichtlich konventioneller Einstellungen zeigt sich lediglich ein statistisch positiver Trend bei der Aussage, dass bewährte Verhaltensweisen nicht in Frage gestellt werden sollten. Darüber hinaus lassen sich keine signifikanten Veränderungen gegenüber der vorangegangenen Erhebung feststellen. Dennoch ist beispielsweise die Zustimmung zur Aussage, dass Traditionen

in Österreich unbedingt gepflegt und aufrechterhalten werden sollen, ungebrochen hoch; diese Sichtweise wird mittlerweile wieder von knapp 90 % der Befragten geteilt. Dass es immer das Beste sei, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen, wird von etwa der Hälfte der Salzburger:innen so gesehen, wobei die Werte in dieser Frage sehr stabil sein dürften.

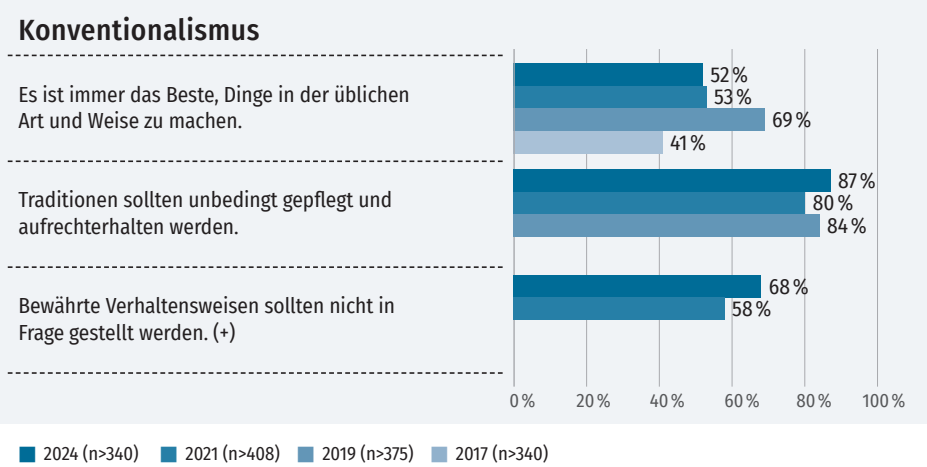


Abb. 26: Indikatoren zum Konventionalismus im Zeitverlauf

Neben diesen drei Kerndimensionen des Autoritarismus, die die klassische Trias autoritärer Einstellungen verdeutlichen, fließt, wie in Kapitel 5 berichtet, auch die sogenannte Anti-Intrazeption, die eine Abkehr vom Kreativen und Phantasievollen verdeutlicht, in dieses Spektrum autoritärer Grundhaltungen mit ein. Auch hier sind die Ergebnisse zu den beiden Indikatoren unterschiedlich (Abbildung 27). Zum einen stimmen mittlerweile 72 % der Aussage zu, dass alle besser dran wären, wenn die Leute weniger reden und mehr arbeiten würden. Zum anderen halten auch 36 % der Salzburger:innen geistige Tätigkeiten in der Gesellschaft für überbewertet. Während beim ersten Indikator ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 2021 sichtbar wird, kehrt beim zweiten Indikator die Sichtweise wieder zum ursprünglichen Niveau aus den Jahren 2019 und 2017 zurück. In der Pandemie könnte aufgrund des Aufklärungsbedarfs durch Expert:innen die geistige Tätigkeit vorübergehend mehr geschätzt worden sein. Mittlerweile zeichnet sich Österreich, auch nach Befunden weiterer Erhebungen im europäischen Vergleich, durch eine erhöhte Wissenschaftsskepsis[181] aus, was die verhältnismäßig hohe Zustimmung zu diesem Indikator erklärt.

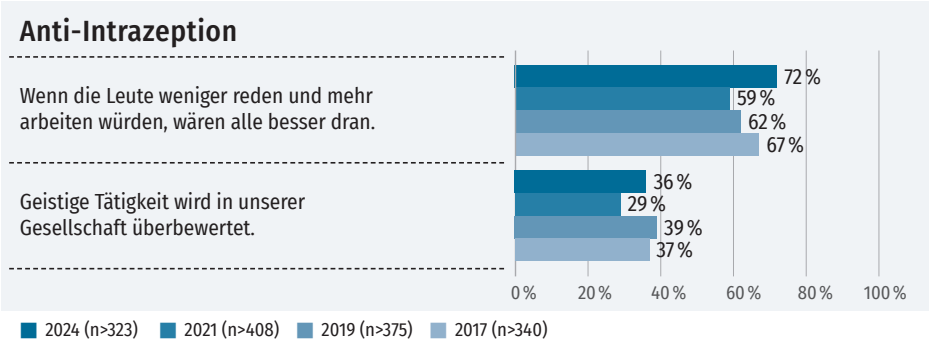


Abb. 27: Indikatoren zur Anti-Intrazeption im Zeitverlauf

Auch die Indikatoren für Machtdenken und Kraftmeierei, die in Abbildung 28 thematisiert werden, könnten über Tendenzen eines steigenden Sozialdarwinismus Auskunft geben. Dies ist jedoch eher nicht der Fall, weil beiden Aussagen „Es ist nicht in Ordnung, auch einmal Schwäche zu zeigen (umgepolt)“ und „Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“ nahezu unverändert wenig zugestimmt wird.

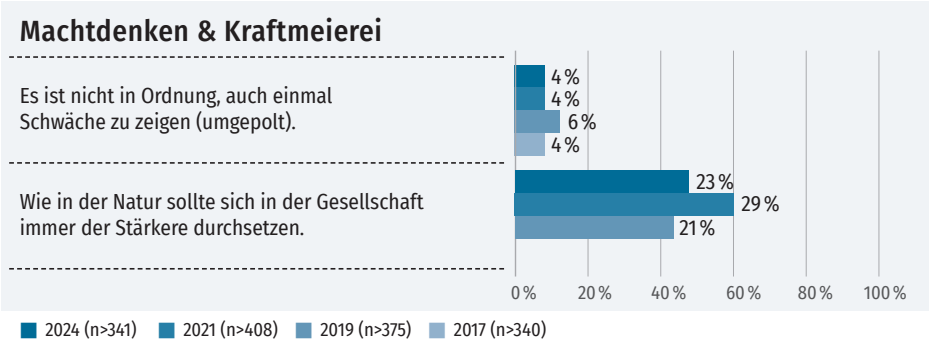


Abb. 28: Indikatoren für Machtdenken und Kraftmeierei im Zeitverlauf

In weiterer Folge gehen wir näher auf jene Indikatoren ein, die eine Anfälligkeit für Verschwörungsdenken messen sollen. Bei Betrachtung des Vorhandenseins von Aberglauben in der Salzburger Bevölkerung ist im Mittel eine leichte Zunahme zu verzeichnen, die jedoch nicht als signifikant eingestuft werden kann (Abbildung 29). Nachdem es bei der Erhebung während der Corona-Pandemie 2021 zu einem leichten Rückgang im Glauben an übersinnliche Phänomene kam und auch die Zustimmung zum Indikator „Die

Sünden der Menschheit werden eines Tages durch eine höhere Macht gerächt werden“ gesunken ist, nähert sich die Zustimmung nun wieder den früheren Erhebungen an. Es scheint plausibel, dass die mediale Berichterstattung bezüglich Verschwörungsdenken während der Pandemie einen negativen Effekt auf das Antwortverhalten hatte.

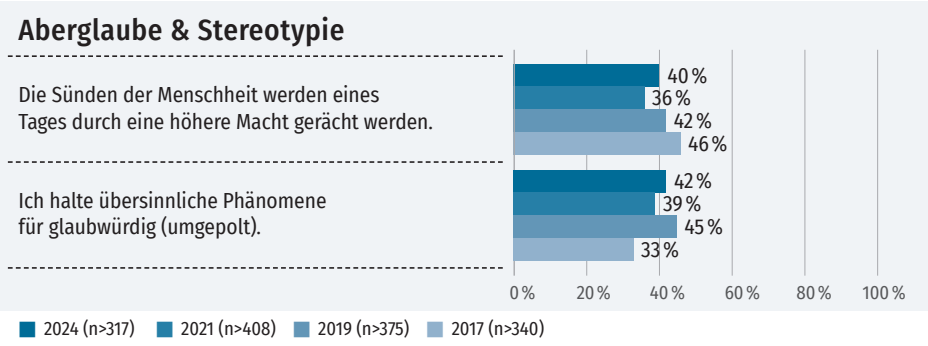


Abb. 29: Indikatoren zu Aberglaube und Stereotypie im Zeitverlauf

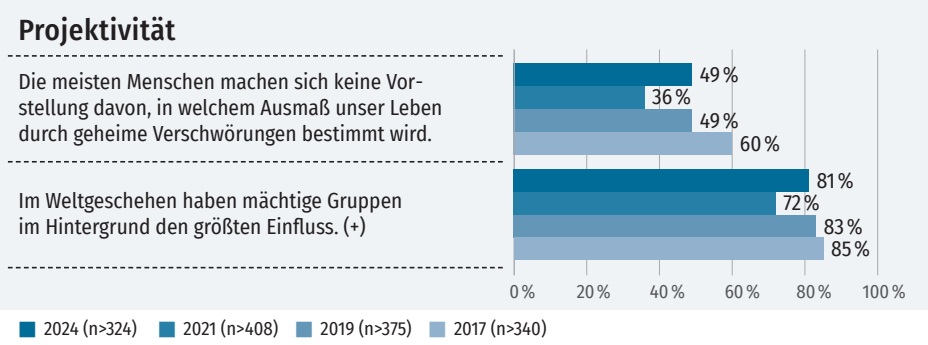


Abb. 30: Indikatoren zur Projektivität im Zeitverlauf

Eine Bestätigung dieser These findet sich auch bei jenen beiden Indikatoren, die „Projektivität“ messen sollten (Abbildung 30). Im Jahr 2021 fand die Aussage „Die meisten Menschen machen sich keine Vorstellung davon, in welchen Ausmaß unser Leben von einer geheimen Verschwörung bestimmt wird“ mit 36 % deutlich weniger Zuspruch als in den Erhebungswellen davor.

Bei der aktuellen Erhebung wird dieser Indikator jedoch wieder von 49 % der Salzburger:innen bejaht. Analog verhält sich die Entwicklung im zeitlichen Verlauf bezüglich der Ansicht, dass im Weltgeschehen mächtige Gruppen im Hintergrund den größten Einfluss haben, allerdings auf weit höherem Niveau. Diese Auffassung vertreten mittlerweile wieder 81 % der Salzburger Bevölkerung, nachdem der Anteil 2021 von 85 % (2017) bzw. 83 % (2019) auf 72 % abgesunken ist.

Die weiteren Indikatoren, die auf den ursprünglichen Adorno-Dimensionen beruhen, sind für das gegenwärtige autoritäre Syndrom von geringerer Relevanz (siehe Kapitel 4). Dennoch sollen die zeitlichen Veränderungen ebenfalls berichtet werden. Es zeigt sich, dass destruktive und zynische Ansichten im Durchschnitt leicht zugenommen haben (Abbildung 31). Dass mittlerweile knapp 60 % angeben, dass man es unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum mehr verantworten kann, eine Familie mit Kindern zu gründen, kann teilweise durch den gestiegenen Zukunftspessimismus begründet werden. Zudem könnte das soziale Misstrauen geringfügig angestiegen sein, weil mittlerweile 16 % verneinen, dass in jedem Menschen etwas Gutes stecken dürfte.

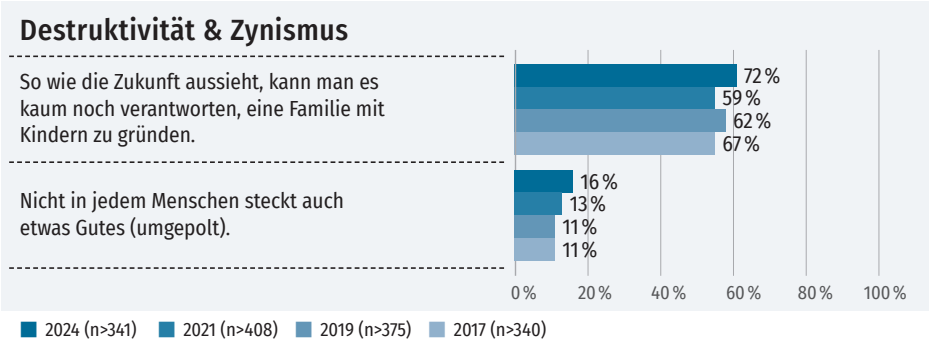


Abb. 31: Indikatoren zu Destruktivität und Zynismus im Zeitverlauf

Ein statistischer Trend lässt sich auch in Bezug auf die Zunahme der Sichtweise feststellen, dass es zu einem erschreckenden Absinken der sexuellen Moral komme (Abbildung 32). Dieser Aussage stimmen mittlerweile 64 % der Salzburger:innen zu, was eine deutliche Steigerung gegenüber der Zustimmungsrate von 2021 (51 %) bedeutet. Die Ablehnung von Homosexualität bleibt auf konstantem Niveau über alle Erhebungen und betrifft in etwa 25 % der Bevölkerung.

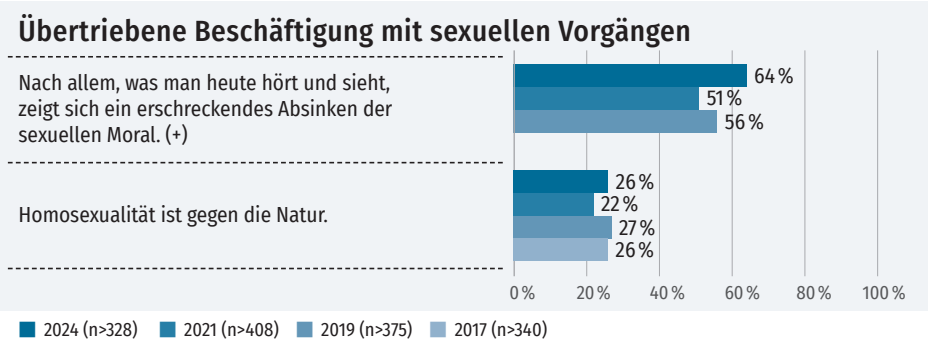


Abb. 32: Indikatoren zur Dimension „übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen“ im Zeitverlauf

Mittels dieser Analyse sind die wichtigsten Tendenzen in Bezug auf autoritäre Haltungen beschrieben. Zum einen konnten wir eindeutig nachweisen, dass autoritäre Aggressionen gestiegen sind und auch ein leichter Trend im Hinblick auf die Abkehr kreativer Lösungen (Anti-Intrazeption) zu beobachten ist. Zum anderen dürften die Indikatoren für autoritäre Unterordnung und Konventionalismus auf hohem Niveau stagnieren und keine Attraktivität für offen geäußerte sozialdarwinistische Haltungen bestehen. Die Anfälligkeit für Verschwörungsglauben gewinnt nach einem Abfall in Zeiten der Pandemie wieder an Bedeutung und nähert sich den ursprünglichen Werten an. Über einen längeren Zeitverlauf betrachtet, scheinen diese Urteile aber ebenfalls einigermaßen konstant zu sein. Zudem steigen pessimistische und leicht zynische Haltungen leicht an, was mit dem erhöhten Zukunftspessimismus in der aktuellen Polykrise[182] in Verbindung stehen könnte.

6.3. Antiegalitäre Haltungen im Zeitverlauf

Die antiegalitären Haltungen, die wir seit 2017 in der Salzburger Autoritarismusstudie mit dem Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erheben, verdeutlichen die Ideologie der Ungleichwertigkeit.[183] Nachdem bereits im vorangegangenen Abschnitt ein Anstieg der autoritären Aggression beobachtet wurde, müsste sich diese Tendenz auch in der Haltung gegenüber Fremdgruppen manifestieren.

Um das Ausmaß und die Entwicklung der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit näher analysieren zu können, können wir 14 Indikatoren heranziehen, die wir in den meisten Erhebungen gleichlautend verwendet haben. Den Teilnehmer:innen der Umfrage wurden hierfür Aussagen präsentiert, welche einen Bezug zu Zugewanderten, Asylbewerber:innen, Obdach- bzw. Wohnungslosen und (Langzeit-)Arbeitslosen haben. Zusätzlich kann auch das Niveau der Etabliertenvorrechte, des Sexismus und der antisemitischen Einstellungen im Zeitverlauf abgeleitet werden.

Wir beginnen mit Einblicken zu fremdenfeindlichen Einstellungen im Zeitverlauf, verbunden mit Etabliertenvorrechten. Tatsächlich dürften kritische Haltungen gegenüber Zugewanderten an Bedeutung gewinnen, weil mittlerweile 69 % der Salzburger:innen der Ansicht sind, dass diese die Gesellschaft nicht bereichern. Ausgehend von einem Ausgangsniveau von rund 50 % im Jahr 2017 hat sich die Sichtweise gegenüber Zuwanderung sichtlich gewandelt. Dies geht auch damit einher, dass Einheimische ganz klare Privilegien einfordern. Etwa 67 % der Salzburger:innen vertreten den Standpunkt, dass Personen, die schon immer hier leben, mehr Rechte haben sollten als die, die später zugezogen sind, was eine Steigerung von 6 bzw. 7 Prozentpunkten im Vergleich zu den vorherigen Erhebungen bedeutet (Abbildung 33). Dass Einheimische am Arbeitsmarkt bevorzugt werden sollten, erfährt ebenfalls einen hohen Zuspruch von rund 73 % der Befragten, wobei sich dieser auf einem konstant hohen Niveau befindet.

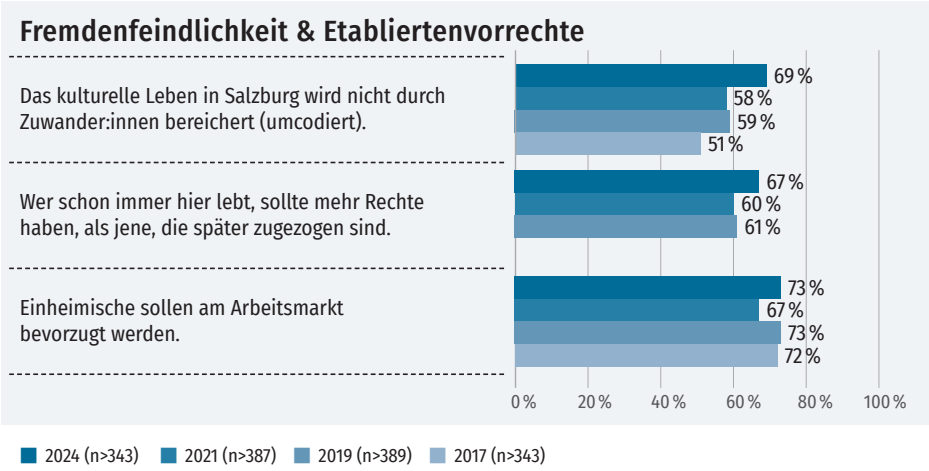


Abb. 33: Indikatoren zu Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechte im Zeitverlauf

Wie aus der nächsten Abbildung hervorgeht, zeigt sich eine stetige Zunahme bei der Abwertung von Asylwerber:innen insbesondere bei der Aussage „Flüchtlinge sollten selbst bei kleinen Vergehen sofort abgeschoben werden". Der prozentuale Anteil der Zustimmung stieg von 56 % im Jahr 2017 kontinuierlich über die Erhebungen hinweg bis auf aktuell 71 % an. Die Ablehnung eines großzügigen Staats bei der Überprüfung von Asylanträgen liegt nach einem zwischenzeitlichen Rückgang in den Jahren 2019 und 2021 wieder auf dem Niveau von 2017 (84 %). Während das Thema der Fluchtbewegungen in der Pandemie stärker in den Hintergrund getreten ist, erhält dieses seit einigen Jahren wieder verstärkte Aufmerksamkeit, wodurch die Rückkehr zum Niveau 2017 erklärbar wird. Ganz generell ist das Ausmaß der Ablehnung von Asylwerber:innen sehr hoch, weil rund drei Viertel der Salzburger:innen kritische Haltungen äußern.

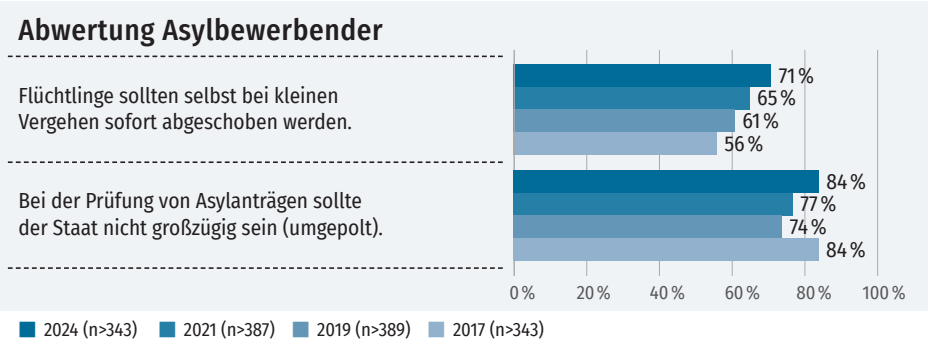


Abb. 34: Indikatoren zur Abwertung von Asylwerber:innen im Zeitverlauf

Etwas anders gelagert sind Ergebnisse zum Antisemitismus, wo die Zustimmungsraten zu den Indikatoren im Vergleich zur Islamfeindlichkeit (siehe Kapitel 5) auf deutlich niedrigerem Niveau sind. Dennoch fällt bei Betrachtung der Entwicklung antisemitischer Ansichten auf, dass der Aussage „Juden/Jüdinnen haben auf der Welt zu viel Einfluss" bei der neusten Erhebung mit 40 % wesentlich mehr Personen zugestimmt haben als zuvor mit Anteilen nahe 30 % (Abbildung 35). Juden und Jüdinnen wird zugleich auch häufiger ein zweckrationales „Arbeiten mit üblen Tricks" unterstellt. Zu dem Anstieg des Antisemitismus dürften wesentlich die diesjährigen Ereignisse im Nahostkonflikt beigetragen haben, bei welchen die israelische Politik zum Teil öffentlich kritisiert wurde. In mancher Hinsicht könnten die Entwicklungen auch antisemitische Vorurteile wieder neu reaktiviert und verstärkt haben.[184]

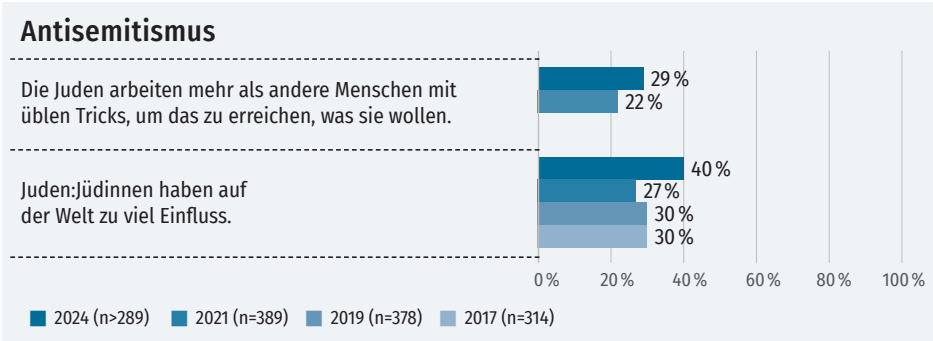


Abb. 35: Indikatoren zu Antisemitismus im Zeitverlauf

Nach der Darstellung der Vorurteile gegenüber ethnischen und religiösen Gruppen sollen nun Urteile gegenüber benachteiligten Gruppen in der Gesellschaft näher analysiert werden. So ist bei der Abwertung obdachloser Menschen in Salzburg ein ähnlich kontinuierlicher Anstieg der kritischen Haltungen wie bei Asylwerber:innen zu verzeichnen (Abbildung 36). Das wird zum einen durch den Wunsch zum Ausdruck gebracht, Bettler:innen aus den Fußgängerzonen bzw. Einkaufmärkten entfernen zu wollen und zum anderen durch das Empfinden, dass Obdachlose in den Städten unangenehm sind. Die letztgenannte Einschätzung ist im Vergleich zur Vorerhebung auch statistisch signifikant angestiegen.

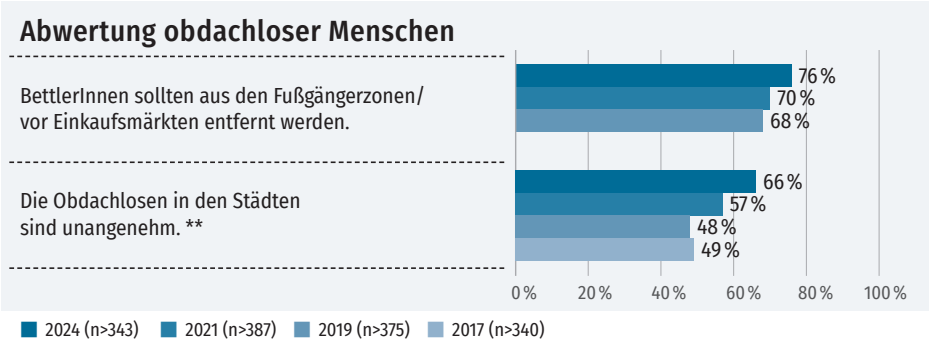


Abb. 36: Indikatoren zur Abwertung obdachloser Menschen im Zeitverlauf

Analog zu den vorangegangenen antiegalitären Einstellungen schreitet auch die ablehnende Haltung gegenüber Langzeitarbeitslosen weiter fort, wie Abbildung 31 aufzeigt. Die Aussage, dass mehr Druck auf die Betroffenen ausgeübt werden sollte, findet bei 82 % der Salzburger:innen Anklang. Zugleich

verbreitet sich auch die Meinung weiter, dass die meisten Langzeitarbeitslosen nicht wirklich daran interessiert seien, einen Job zu finden. Diese Auffassung teilen 2024 bereits rund drei Viertel der Bevölkerung in Salzburg.

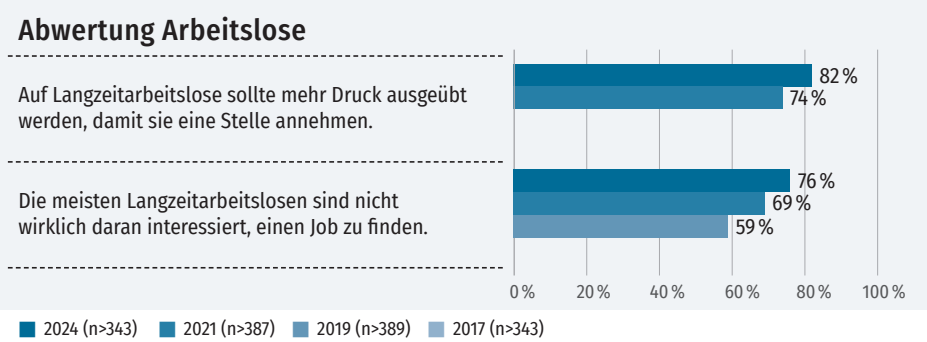


Abb. 37: Indikatoren zur Abwertung von Arbeitslosen im Zeitverlauf

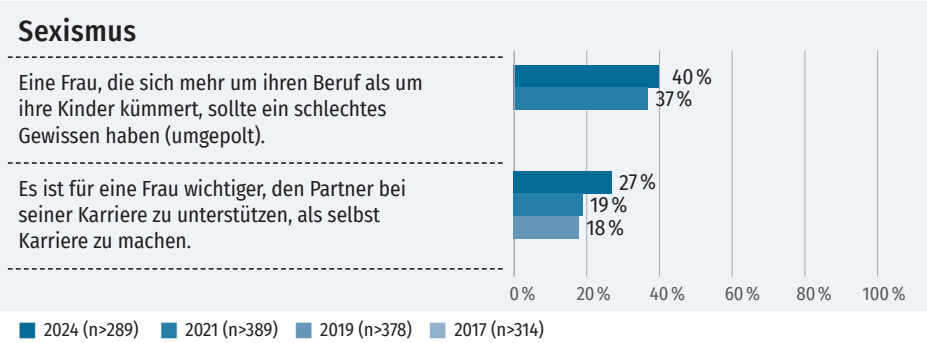


Abb. 38: Indikatoren zu Sexismus im Zeitverlauf

Von Interesse ist, dass auch in Bezug auf Sexismus Anstiege zu verzeichnen sind und anti-emanzipatorische Einstellungen gegenüber Frauen eine leichte Zustimmung erfahren. Wie Abbildung 32 zeigt, lehnen rund 40 % und damit 3 % mehr als im Jahr 2021 die Aussage „Eine Frau, die sich mehr um ihren Beruf als um ihre Kinder kümmert, sollte kein schlechtes Gewissen haben“ ab. Etwa drei von zehn Personen sind mittlerweile der Auffassung, dass es für Frauen wichtiger sei, den Partner bei seiner Karriere zu unterstützen, als selbst Karriere zu machen. Somit ist bei dieser Aussage ein

deutlicher Anstieg von acht Prozentpunkten im Vergleich zur Erhebung 2021 zu verzeichnen. In ähnlicher Weise argumentieren auch Pippa Norris und Ronald Inglehart[185] in ihrem bekannten Werk zum „Cultural backlash", der als wesentliche Antriebskraft für den Erfolg rechtsautoritärer Parteien zu betrachten ist. Sie betonen, dass unter dem Eindruck der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten 2016 traditionelle Werte und die Hinwendung zur Autorität eine Renaissance erleben. In diesem Sinne zeigt sich auch in Österreich bei den Geschlechterrollenvorstellungen eine leichte Rückbesinnung zu traditionellen Werten.

Zusammenfassend lässt sich hinsichtlich der Entwicklung antiegalitärer Einstellungen und in Bezug auf die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit festhalten, dass über die meisten Indikatoren hinweg im Vergleich zu der Erhebung im Jahr 2021 ein Anstieg der Zustimmung zu verzeichnen ist. Statistisch signifikant ist allerdings lediglich die Zunahme bei der Meinung, dass Obdachlose in den Städten unangenehm sind. Nichtdestotrotz weist das Gesamtbild eindeutig auf einen leichten Anstieg gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (von einem hohen Niveau ausgehend) hin.

Wir haben nun die Zustimmungsraten sowie auch die mittleren Urteile in der Salzburger Bevölkerung sowohl über die Zeit als auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt der letzten Umfrage ausführlich analysiert und auch auf das jeweilige Ausmaß der Polarisierung hingewiesen. Wir wissen jedoch noch nicht, welche Gruppen in der Gesellschaft für autoritäre Haltungen empfänglich sind und welche Einstellungsmuster auf autoritäre und antiegalitäre Einstellungen wirken. Des Weiteren soll auch – gerade in Zeiten des „Cultural backlash" – analysiert werden, welche Einflussfaktoren progressive Einstellungen zu Umverteilung, Migration, Geschlechtervielfalt und Klimaschutz begünstigen und bei welchen Hebeln im Sinne einer solidarischen und offenen Gesellschaft angesetzt werden könnte.

7. Einflussfaktoren in Bezug auf Autoritarismus und Wertepolarisierungen

Nachdem wir den Ist-Stand der verschiedenen Einstellungskomplexe sowie auch den Wandel über die letzten sieben Jahre näher analysiert haben, befasst sich das letzte Kapitel der Auswertung der quantitativen Studie nun mit den relevanten Einflussfaktoren (in Bezug auf Autoritarismus) und mit unseren vier Spaltungslinien in der Gesellschaft. Wir greifen hierbei auf das folgende Untersuchungsdesign zurück, um eine differenzierte Analyse zu relevanten Einflussfaktoren zu ermöglichen.

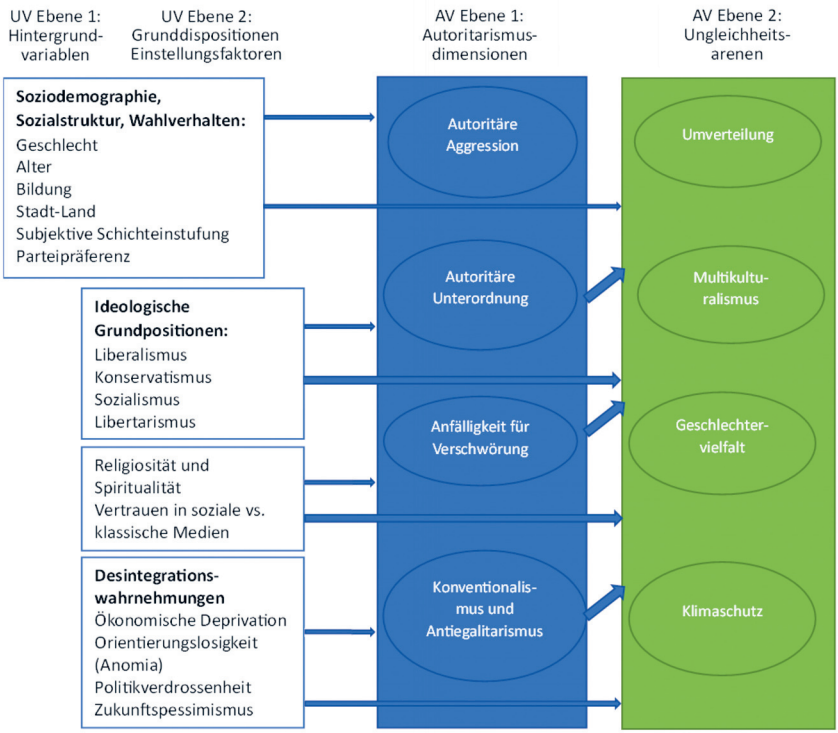


Abb. 39: Theoriegeleitetes Modell zur Ableitung zentraler Einflussfaktoren auf Autoritarismus und Polarisierung

Wir haben in der Studie begonnen, die Stichprobe entlang verschiedener soziodemographischer und struktureller Charakteristika näher zu beschreiben. Jene Indikatoren sind die wesentlichen (objektiven) Hintergrundfaktoren,

die wir als Ausgangsbasis der Analyse der Einflussfaktoren betrachten. Ergänzend integrieren wir eine Reihe von subjektiven Einstellungsfaktoren, die sowohl Autoritarismus begünstigen als auch die Haltung zu zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen prägen können. Hierbei handelt es sich um die ideologischen Grundpositionen, die naturgemäß eng mit der Parteipräferenz und – wie bereits gezeigt wurde – auch mit den autoritären Haltungen verschränkt sind. Zudem wurden – auf Basis der gegenwärtigen Krisenwahrnehmungen – auch die Wahrnehmungen sozialer Desintegration (wie ökonomische Deprivation, Politikverdrossenheit sowie Zukunftspessimismus und Kontrollverlust) als Quelle autoritärer Strömungen ausgemacht. Wir haben uns entschieden, im Kontext des Erklärungsmodells auch noch Religiosität und Spiritualität sowie die Glaubwürdigkeit verschiedener Medienquellen zu ergänzen. Die genannten Faktoren fließen in ein erstes Erklärungsmodell ein, um die Einflüsse auf die vier miteinander verschränkten autoritären Haltungen (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwürfigkeit, Anfälligkeit für Verschwörungsdenken und Konventionalismus/Antiegalitarismus) abzuleiten (AV Ebene 1: Autoritarismusdimensionen). In weiterer Folge gehen wir davon aus, dass alle genannten Einflussfaktoren sowie drei Facetten des autoritären Syndroms[186] in der Lage sind, die vorherrschenden Meinungen zu den vier zentralen Ungleichheitsarenen der Gegenwart (AV Ebene 2) maßgeblich zu erklären.

Zur Ableitung zentraler Determinanten auf autoritäre Haltungen sowie auf Präferenzen für Umverteilung, für Multikulturalismus, für Geschlechtervielfalt und Klimaschutz greifen wir auf die Methode der Regressionsanalyse zurück. Dieses komplexe Verfahren der multivariaten Statistik ermöglicht es, simultan mehrere Erklärungsfaktoren in ein Berechnungsmodell aufzunehmen, um die zu erklärenden (bzw. abhängigen Variablen) zu schätzen. In unserem Untersuchungsdesign stellen in einem ersten Schritt die vier Autoritarismusfaktoren und in einem zweiten Schritt die vier Ungleichheitsachsen die zentralen abhängigen Variablen dar, die wir erklären möchten. Mit der Regressionsanalyse lässt sich die Einflussstärke jedes einzelnen Prädiktors (also Einflussfaktors) prüfen. Ein weiterer unschätzbarer Vorteil liegt darin, dass der Einfluss jeder unabhängigen Variable unverzerrt ausgewiesen wird (weil dieser nach den anderen verwendeten Merkmalen kontrolliert ist).[187] Der jeweilige Wert des Einflusses (der standardisierte Koeffizient) ist zwischen 0 und 1 standardisiert, wobei bereits Werte über 0,1 als schwach wirkungsvoll beschrieben werden können. Erreichen die einzelnen Koeffizienten Signifikanz, handelt es sich um einen statistisch bedeutsamen Prädiktor. In den Regressionstabellen sind nur die signifikanten

Einflussgrößen ausgewiesen, um die für Salzburg relevanten Einflussfaktoren hervorzuheben und die Lesbarkeit zu erleichtern. Zusätzlich ist das sogenannte r^2 (das Bestimmtheitsmaß) angegeben. Dieses gibt insgesamt Aufschluss darüber, wie viel Prozent der Streuung der jeweiligen abhängigen Variable durch alle Einflussfaktoren erklärt werden kann.[188]

7.1. Einflussfaktoren auf autoritäre Haltungen

Wir beginnen nun mit dem ersten Modell zur autoritären Aggression. Hier zeigt sich – überraschenderweise – dass soziodemographische und sozialstrukturelle Merkmale keine Relevanz haben und autoritäre Aggression ausschließlich durch die Parteipräferenz beeinflusst und durch spezifische Grunddispositionen und Einstellungsmuster bestimmt wird. Diese Facette des Autoritarismus tritt am deutlichsten innerhalb der FPÖ-Wählerschaft zu Tage (Referenzkategorie); bei anderen Wähler:innenmilieus werden deutlich niedrigere Werte verzeichnet. So ist die autoritäre Aggression insbesondere bei SPÖ-Wähler:innen, aber auch bei Grün-Wähler:innen, signifikant geringer ausgeprägt, wobei auch bei NEOS-Wähler:innen und Sympathisant:innen der Bier-Partei geringere Werte auftreten. Zieht man (Modell 2) weitere subjektive Einstellungsfaktoren in Betracht, so verlieren die Unterschiede nach Parteipräferenz an Relevanz, einzig bei den NEOS-Wähler:innen bleibt der signifikante Effekt bestehen, der auf eine geringere Anfälligkeit für autoritäre Aggression hindeutet. Wir sehen, dass autoritäre Aggression primär auf die ideologische Grundposition des Konservatismus und des Libertarismus zurückzuführen ist. Auch die Politikverdrossenheit stellt einen wesentlichen Einflussfaktor dar, der autoritäre Aggression begünstigt. Immerhin sind die drei Prädiktoren (mit Hinzunahme der schwachen Effekte nach Parteipräferenz) in der Lage, mehr als 40 % der Varianz in der autoritären Aggression aufzuklären.

In Bezug auf autoritäre Unterordnung zeigt sich, dass auch die Bildung und die ländlichere Wohnumgebung Einfluss nehmen. In Bezug auf Bildung zeigt sich die eindeutige Tendenz, dass die autoritäre Unterordnung an Bedeutung verliert, je höher die Bildung ist. Von Interesse ist, dass gerade in kleinstädtischen Regionen die Facette der autoritären Unterordnung stärker ausgeprägt ist. Die Effekte nach Parteipräferenz sind nun nochmals deutlicher, alle Wähler:innenmilieus unterscheiden sich deutlich von der FPÖ-Wählerschaft. Auch bei Nichtwähler:innen, Unentschlossenen und nicht deklarierten Wähler:innen scheint die Anfälligkeit für autoritäre Unterordnung geringer

Tabelle 8: Einflussfaktoren auf die vier Dimensionen autoritärer Haltungen

			Autoritäre Aggression		*Autoritäre Unterordnung*		*Anfälligkeit für Verschwörungsdenken*		*Konventionalismus & Antiegalitarismus*	
Modelle			Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2
Modell 1: Soziodemographie / Sozialstruktur / Parteipräferenz	Konstante		3,178	,871	2,670	1,746	2,713	1,086	2,721	1,480
	Geschlecht (Ref. weiblich)	Männlich								
	Alter (Ref. 16 bis 24 Jahre)	25 bis 34 Jahre					-,028	,009	-,201*	-,148
		35 bis 44 Jahre					-,094	-,043	-,017	-,002
		45 bis 54 Jahre					-,224*	-,135	-,112	-,002
		55 bis 64 Jahre					-,151+	-,089	-,108	-,025
		65+ Jahre					-,065	-,032	,037	,070
	Bildung (Ref. Universität)	Pflichtschule			,272**	,225**	,109	,150*		
		Lehre, BMS, Meister			,226*	,181*	,329***	,324***		
		AHS und BHS			,032	,042	,205*	,239**		
	Wohnumgebung (Ref. Dorf od. Haus/Hof alleinstehend)	Großstadt und Umgebung			,103	,080	-,152*	-,118+		
		Kleine bis größere Stadt			,168*	,134+	-,066	-,029		
	Subjektive Schichteinstufung (Ref. Unten (Stufe 0 bis 3))	Mitte (Stufe 4 bis 6)					,163*	,125	,008	,055
		Oben (Stufe 7 bis 10)					,011	,027	,048	,134+
	Parteipräferenz (Ref. FPÖ)	ÖVP	-,100	-,062	-,169*	-,127	-,122	-,154*	-,099	-,115
		SPÖ	-,241**	-,087	-,300***	-,160*	-,124	-,022	-,294***	-,182*
		GRÜNE	-,327***	-,094	-,239**	-,090	-,101	-,035	-,265**	-,132+
		NEOS	-,182*	-,125*	-,258***	-,201**	-,160*	-,119+	-,263***	-,216**
		BIERPARTEI	-,116+	-,014	-,140*	-,066	-,155*	-,115+	-,122+	-,070
		KPÖ	-,107	-,086	-,179*	-,118+	,054	,098	-,211**	-,157*
		Ungültig/Nichtwähler:innen	-,142*	-,100+	-,140*	-,087	-,024	-,003	-,159*	-,124+
		Unentschlossene	-,141+	-,151*	-,263**	-,232**	-,225**	-,243**	-,275**	-,274***
		Nicht Deklarierte	-,054	-,028	-,195**	-,134*	-,009	-,035	-,157*	-,134*
Modell 2: Grunddispositionen und Einstellungsfaktoren	Ideologiedimensionen	Liberalismus								
		Konservatismus		,310***		,151*		,162*		,210**
		Sozialismus						,133*		
		Libertarismus		,280***		,175*		,173*		,269***
	Religiosität	Religiosität und Spiritualität						,316***		,127+
	Medienvertrauen	Soziale vs. traditionelle Medien glaubwürdig						-,123+		-,139*
	Wahrnehmungen sozialer Desintegration	Orientierungslosigkeit (Anomia)				,143*				,118+
		ökonomische Deprivationswahrnehmung								
		Zukunftspessimismus				-,181**				-,154*
		Politikverdrossenheit		,315***						
Modelfit		Korrigiertes R^2	12,6%	43,2%	17,2%	31,7%	21,2%	42,1%	11,1%	32,5%
		N	223		215		210		220	

Anmerkung: Standardisierte Koeffizienten (Beta). + = p < 0,10, * = p < 0,05; ** = p < 0,01 und *** = p < 0,001

ausgeprägt zu sein. Auch hier verlieren die Effekte an Stärke, wenn man weitere subjektive Erklärungsfaktoren heranzieht, jedoch bleiben mehrere signifikante Unterschiede nach Parteipräferenz (z. B. bei SPÖ-Wähler:innen und bei NEOS- Wähler:innen) bestehen. Erneut zeigt sich in der Betrachtung der ideologischen Grundpositionen, dass sowohl Konservatismus als auch Libertarismus zu autoritärer Unterordnung führt, auch wenn der Zusammenhang im Vergleich zur autoritären Aggression etwas schwächer ausgeprägt ist. Während die autoritäre Unterordnung bei einem wahrgenommenen Kontrollverlust steigt, sinkt sie in Bezug auf Zukunftspessimismus und verliert auch bei einer stärkeren Nutzung von Mainstream-Medien an Bedeutung.

In Bezug auf die Facette der *Verschwörungsmentalität* sind die Effekte etwas anders gelagert. Wir sehen, dass jüngere Befragte etwas anfälliger sind, wobei die Verschwörungsmentalität im mittleren Alter leicht zurückgeht. In Bezug auf Bildung sind es nun vor allem jene mit mittlerer Bildung (Lehreabsolvent:innen und Maturant:innen), die empfänglicher für Verschwörungserzählungen sind. Dies deckt sich auch mit dem Effekt nach subjektiver Schichteinstufung, wo Verschwörungserzählungen in der gesellschaftlichen Mitte etwas stärker zugestimmt wird. Von Interesse ist hier auch, dass nach Parteipräferenz deutlich weniger Unterschiede resultieren.

Es dürften insbesondere ÖVP- und NEOS-Wähler:innen weniger anfällig für Verschwörungsmentalität sein bzw. am ehesten den Mainstream-Diskursen folgen. In Bezug auf die ideologischen Grundpositionen ist interessant, dass nicht nur bei einer stärkeren Orientierung am Konservatismus und Libertarismus, sondern auch bei einer Befürwortung des Sozialismus Verschwörungsmentalität an Bedeutung gewinnt. Religiöse und spirituelle Weltanschauungen scheinen ebenfalls eine Hinwendung zu Verschwörungsmythen zu begünstigen. Wenn soziale Medien als glaubwürdig eingestuft werden, ist ebenfalls eine stärkere Abkehr von Mainstream-Diskursen gegeben.

Konventionalismus und Antiegalitarismus als letzte Facette autoritären Denkens sindschließlich bei den 25- bis 34-Jährigen geringer ausgeprägt, scheinen aber tendenziell in der jüngsten Altersgruppe wieder an Bedeutung zu gewinnen, weil jene gemeinsam mit den ältesten Personen in dieser Dimension den höchsten Wert erreichen. Während sich nach Bildung und nach Stadt/Land kein Effekt abzeichnet, sind bei einer *hohen* subjektiven Schichteinstufung antiegalitäre und konventionelle Haltungen etwas höher ausgeprägt. Die stärksten Effekte zeigen sich erneut nach Parteipräferenz.

Es dürften überwiegend Wähler:innen der FPÖ und der ÖVP sein, die anfällig für diese Facette des Autoritarismus sind. Nahezu bei allen anderen Parteien sowie auch bei Unentschlossenen und nicht deklarierten Wähler:innen ist diese Dimension geringer ausgeprägt. Zieht man im zweiten Modell subjektive Erklärungsfaktoren mit heran, so zeigt sich, dass es wiederum die ideologischen Grundpositionen des Konservatismus und des Libertarismus sind, die antiegalitäre und konventionelle Haltungen begünstigen. Interessant ist, dass jene Facette autoritären Denkens in der Regel nicht mit Zukunftspessimismus verknüpft ist. Hingegen gehen eine erhöhte Religiosität und Spiritualität sowie die Wahrnehmung eines individuellen Kontrollverlusts (Anomia) mit einer leicht erhöhten Anfälligkeit für Konventionalismus und Anti-Egalitarismus konform.

7.2. Einflussfaktoren auf die Einstellungen zu zentralen gesellschaftspolitischen Themen

In den abschließenden Modellen wollen wir nun prüfen, welche soziodemographischen und sozialstrukturellen Faktoren sowie welche subjektiven Merkmale am ehesten die Einstellungen in Bezug auf Umverteilung, Migration, Diversität und Klimaschutz prägen. Insofern kann aus den Analysen abgeleitet werden, wo die Spaltungslinien in der Salzburger Bevölkerung verlaufen. Erneut werden in den Tabellen nur die signifikanten Ergebnisse ausgewiesen und jeweils dunkler schattiert, je bedeutsamer die Effekte sind. In Bezug auf Verteilungsfragen in der Gesellschaft wird erkennbar, dass Frauen tatsächlich stärker pro Umverteilung eintreten, was auch dem Kenntnisstand verschiedener Studien[189] entspricht. Interessanterweise zeigen sich jedoch nach Bildung und nach sozialer Schicht nicht der erwartete Effekt, dass Personen mit geringer Bildung und Personen, die sich auf der sozialen Leiter weiter unten verorten, vehementer für Umverteilung eintreten. Erneut ist es primär die Parteipräferenz, die die Bevölkerung in zwei Lager spaltet. Weniger überraschend sind es überwiegend die Linksparteien wie Anhänger:innen der SPÖ, der Grünen und der KPÖ sowie auch die Unentschlossenen, die für Umverteilung eintreten, während FPÖ, ÖVP und auch NEOS-Wähler:innen sich stärker gegen einen sozialen Ausgleich zwischen gesellschaftlichen Schichten aussprechen. In Bezug auf die Ideologiedimensionen sind es exakt die ökonomisch basierten Ideologien des Sozialismus und Libertarismus, die Umverteilungspräferenzen entweder erhöhen oder abschwächen.

Tabelle 9: Einflussfaktoren auf die vier Ungleichheitsarenen

			Präferenz für Umverteilung		*Präferenz für Multikulturalismus*		*Präferenz für Geschlechtervielfalt*		*Präferenz für Klimaschutz*	
Modelle			Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2	Modell 1	Modell 2
Modell 1: Soziodemographie / Sozialstruktur / Parteipräferenz	Konstante		2,929	1,506	2,580	5,143	3,531	5,205	2,372	2,393
	Geschlecht (Ref. weiblich)	Männlich	-,170**	-,136+			-,189*	-,188**		
	Alter (Ref. 16 bis 24 Jahre)	25 bis 34 Jahre			-,149	-,173*	,153 35			
		bis 44 Jahre			-,373***	-,260**	-,008			
		45 bis 54 Jahre			-,173*	-,162*	,175+			
		55 bis 64 Jahre			-,185*	-,183*	,057			
		65+ Jahre			-,186*	-,197*	,0180			
	Bildung (Ref. Universität)	Pflichtschule			-,190*	-,161*			,039	,088
		Lehre, BMS, Meister			-,188*	-,076			-,201*	-,181+
		AHS und BHS			-,013	-,001			-,018	-,007
	Subjektive Schichteinstufung (Ref. Unten (Stufe 0 bis 3))	Mitte (Stufe 4 bis 6)						-,194*	-,148+	-,219*
		Oben (Stufe 7 bis 10)						-,067	-0,049	-,070
	Parteipräferenz	ÖVP	,052	,026	,123	,126+	-,164+	-,206*	,150+	,001
		SPÖ	,234**	,190*	,338***	,208**	,110	-,062	,282**	,139
		GRÜNE	,207*	,156+	,380***	,191*	,040	-,149+	,210*	-,029
		NEOS	,096	,132+	,272***	,225**	,100	-,036	,175*	,058
		BIERPARTEI	-,006	,024	,148*	,131*	,064	-,038	,247**	,124
		KPÖ	,205*	,125	,153*	,081	,112	,001	,173*	,066
		Ungültig/Nichtwähler:innen	,056	,022	,172*	,137*	,179*	,071	,174*	,108
		Unentschlossene	,181*	,132	,183*	,153*	,141	-,013	,275**	,173+
		Nicht Deklarierte	,129	,111	,172*	,129*	,130	,025	,164*	,066
Modell 2: Grunddispositionen und Einstellungsfaktoren	Ideologiedimensionen	Konservatismus				-,156*				
		Sozialismus		,292***				,178*		
		Libertarismus		-,159+		-,265***				
	Medienvertrauen	Soziale vs. traditionelle Medien glaubwürdig								,286***
	Wahrnehmungen sozialer Desintegration	Orientierungslosigkeit (Anomia)		,197*						
		Politikverdrossenheit								-,163+
	Autoritarismusdimensionen	Autoritäre Unterordnung								
		Verschwörungsmentalität		,159+						
		Konventionalismus und Antiegalitarismus				-,195*		-,346***		
Modelfit		Korrigiertes R^2	6,4%	22,1%	35,4%	54,7%	8,1%	32,2%	15,4%	23,8%
		N	196		178		194		192	

Anmerkung: Standardisierte Koeffizienten (Beta). + = p < 0,10, * = p < 0,05; ** = p < 0,01 und *** = p < 0,001

Von Interesse ist, dass auch Aspekte des individuellen Kontrollverlusts sowie eine Anfälligkeit für Verschwörungsmentalität mit einer höheren Umverteilungsbereitschaft einhergehen. Insgesamt können zumindest 20 % der unterschiedlichen Haltungen in Bezug auf Verteilungskonflikte in der Bevölkerung auf diese Faktoren zurückgeführt werden.

Im Vergleich dazu spielen bei der Innen-Außen-Dimension der gesellschaftlichen Spaltung soziodemographische und sozialstrukturelle Dynamiken eine wichtigere Rolle. Eine höhere Akzeptanz von Zugewanderten zeigt sich vor allem in der jüngsten Altersgruppe, während vor allem Erwachsene im mittleren Alter deutlich skeptischer eingestellt sind. Es sind auch Personen mit niedriger Bildung, die sich kritischer gegenüber Migrant:innen äußern, während die soziale Schicht sowie die Stadt/Land-Zugehörigkeit (unter Kontrolle der anderen Faktoren) keine tragendende Rolle spielen. Erneut zeigt sich, dass sich Parteien im linken Spektrum sowie auch die Anhänger:innen der NEOS deutlicher für eine multikulturelle Gesellschaft aussprechen. Dieser Befund wird auch durch die Messung der ideologischen Präferenzen bestätigt, weil es erneut die ideologischen Grunddimensionen des Konservatismus und Libertarismus sind, die mit einer kritischen Haltung gegenüber Zuwanderung einhergehen. Auch die Autoritarismusdimension des Konventionalismus und Anti-Egalitarismus steht mit einer Ablehnung von Migration in Verbindung. Ganz generell scheinen die Haltungen gegenüber Zugewanderten am ehesten mit autoritären Strömungen verknüpft zu sein, weil insbesondere Parteipräferenz, Ideologie und Autoritarismus die jeweiligen Haltungen prägen. Gemeinsam mit dem Alter und der Bildung sind wir in der Lage, mehr als 50 % der Varianz von zuwanderungskritischen Einstellungen durch die verwendeten Prädiktoren aufzuklären.

In Bezug auf Geschlechtervielfalt spielen teils ähnliche Faktoren eine Rolle, wobei die Varianzaufklärung (32,2 %) insgesamt etwas geringer ausfällt. Hier sind es vorrangig Frauen, die progressivere Einstellungen zur sexuellen Diversität in der Gesellschaft aufweisen. Jene, die sich in der Mittelschicht verorten, scheinen etwas kritischer eingestellt als Personen, die sich weiter unten oder auch weiter oben in der Gesellschaft verorten. Von Interesse ist, dass das Urteil von ÖVP-Wähler:innen in dieser Frage noch kritischer als jenes der FPÖ-Wähler:innen ausfällt. Ansonsten gibt es erstaunlich wenig ideologische Unterschiede in dieser Dimension. Es sind ausschließlich konventionell und antiegalitär eingestellte Personen, die der Geschlechtervielfalt kritisch gegenüberstehen. Die Ideologie des Sozialismus scheint mit geringfügig progressiveren Einstellungen einherzugehen.

Auch in der Frage des Klimaschutzes fällt die Polarisierung nicht allzu stark aus, nur rund 20 % der Varianz der Einstellungen lässt sich auf die dem Modell zugrundeliegenden Faktoren zurückführen. Hier zeigt sich, dass insbesondere bei Lehre-Absolvent:innen die Bereitschaft, sich für Klimaschutzmaßnahmen einzusetzen, geringer ausfällt. Erneut sind es eher diejenigen, die sich selbst in der Mitte der Gesellschaft sehen, die tendenziell weniger bereit sind, sich für Klimaschutz zu engagieren. Die Ergebnisse nach Parteipräferenz zeigen, dass auch in dieser Frage ideologische Gräben zwischen links und rechts orientierten Wähler:innen auftreten. Diese Einflussgrößen verlieren aber an Gewicht, wenn man weitere subjektive Erklärungsfaktoren integriert. Hier ist interessant zu sehen, dass vor allem jene für Klimaschutz eintreten, die klassische Mainstream-Medien als glaubwürdig einstufen. Zudem sind Personen mit einer hohen Politikverdrossenheit skeptischer gegenüber dem Klimaschutz, möglicherweise auch deshalb, weil sie der Politik wenig Lösungskompetenz in diesen Fragen zusprechen. Autoritäre Haltungen und ideologische Grundpositionen dürften bei dieser Frage eine geringere Rolle spielen.

8. Eine vertiefende Analyse von Einstellungs- und Argumentationsmustern in rechts- und linksorientierten Wähler:innenmilieus Salzburgs

Um einen tieferen Einblick in die Argumentationsmuster zu autoritären Einstellungen und zu den Ungleichheitsarenen zu erhalten, wurden – wie in den Erhebungen zuvor – auch in dieser Autoritarismusstudie qualitative Interviews durchgeführt. Insgesamt wurden 14 Interviews im Mai und Juni 2014 absolviert, jeweils sieben Interviews mit linksorientierten und sieben mit rechtsorientierten Personen. Der Aufbau des Leitfadens und die Struktur der Interviews wurden bereits in Kapitel 4 beschrieben. In weiterer Folge wird nun auf die Auswertungsstrategie Bezug genommen, bevor näher auf die Interviewpartner:innen eingegangen wird.

8.1. Auswertungsstrategie

Zur Auswertung des Interviewmaterials wurde die dokumentarische Methode angewendet, die ihren Ursprung in den Arbeiten des Soziologen Karl Mannheim hat. Im Rahmen seiner wissenssoziologischen Forschung verfolgte Mannheim das Ziel, einen kollektiven Habitus zu rekonstruieren und nachvollziehbar zu machen. Ziel ist es, aus den Interviews nicht nur Einstellungen, sondern auch die Erfahrungen, aus denen diese Einstellungen hervorgegangen sind, herauszuarbeiten. Ein fundamentales theoretisches Element der dokumentarischen Methode ist die von Mannheim eingeführte Unterscheidung verschiedener Wissensformen. Das kommunikative Wissen umfasst direkt abfragbare sowie nachvollziehbare Wissensbestände, während das konjunktive Wissen auf gemeinsamen Erfahrungen beruht und einen kollektiven Habitus begründet. Hinzu kommt das atheoretische Wissen, das nach Ralf Bohnsack[190] als implizites, vorreflexives Wissen in der Handlungspraxis verankert ist und sich in sprachlichen Äußerungen, Redewendungen und der Semantik äußert. Kommunikative Wissensbestände können in der Auswertung direkt nachvollzogen werden, da sie in Interviews gezielt abgefragt werden können. Die dokumentarische Methode hingegen strebt an, konjunktives Wissen zu verstehen und milieuspezifische Orientierungsrahmen zu rekonstruieren.

Aus diesen beiden Ebenen ergeben sich drei klare Interpretationsschritte, die in der Auswertung voneinander abgegrenzt werden: die formulierende und die reflektierende Interpretation sowie die Typenbildung. Dabei geht es in der formulierenden Interpretation zunächst darum, das Gesagte thematisch in Stichpunkten zusammenzufassen und es in eigenen Worten zu formulieren – hier wird der immanente Sinngehalt rekonstruiert, indem die Themen der Interviews in eigenen Worten zusammengefasst werden. Wie Aladin El-Mafaalani betont, bewegt sich dieser Analyseschritt bewusst *innerhalb* des Orientierungsrahmens der Interviewten.[191] Der zweite Schritt, die reflektierende Interpretation, verfolgt das Ziel, auf Grundlage der formulierenden Interpretation zu beantworten, was sich über den Fall zeigt und welches Prinzip oder welcher Sinngehalt der konkreten Äußerung zugrunde liegt[192]. Dabei ist zentral, auch die „Art und Weise"[193], mit der die jeweiligen Themen zur Sprache kommen, zu rekonstruieren. In diesem Schritt wird der bereits erwähnte Orientierungsrahmen rekonstruiert, um zu verstehen, wie soziale Realität hergestellt wird. Es geht also darum, „das, *was* (wörtlich) gesagt wird, also das, was *thematisch* wird, von dem zu unterscheiden, *wie* ein Thema, d. h. in welchem *Rahmen* es behandelt wird. Dieser Orientierungsrahmen (den wir auch Habitus nennen) ist der zentrale Gegenstand dokumentarischer Interpretation."[194] Die Herausforderung besteht in diesem Schritt darin, zum einen dem bereits erwähnten atheoretischen[195] Wissen Rechnung zu tragen und zum anderen den Sinnkonstruktionen nachzuspüren.

Daraus ergibt sich der dritte Schritt in der Interpretation, die Typenbildung, welche die Analyse um eine fallübergreifende Perspektive ergänzt. Hier werden Regelmäßigkeiten analysiert, verschiedene Orientierungsrahmen verglichen und in kollektive Deutungsmuster eingebettet. Es ist der dokumentarischen Methode inhärent, „der Frage nachzugehen, in welchem Verhältnis Individualität und Kollektivität zueinander stehen."[196] Darin liegt auch der Vorteil der Methode. Fallbeispiele und Beschreibungen von Fällen gehen darüber hinaus, was in jenem Fall Gegenstand der Analyse ist und repräsentieren den gemeinsamen Orientierungsrahmen der Fälle. Diese Einbettung in Orientierungsrahmen kann analog zu dem gesehen werden, was Arlie Russell Hochschild[197] als Tiefengeschichte bezeichnet. Dementsprechend wurde bei der Auswertung der 14 vorliegenden Interviews versucht, diesen Tiefengeschichten nachzuspüren, weshalb auch meist von Deutungsmustern die Rede ist.

8.2. Feldzugang und Kurzcharakteristik der Interviewpartner:innen

Die Interviews wurden sowohl online als auch face-to-face durchgeführt und dauerten zwischen 19 und 98 Minuten. Der Zugang zu den Interviewten erfolgte über Studierende der Abteilung Soziologie an der Paris-Lodron-Universität Salzburg. Die Studierenden haben im Rahmen des Seminars Autoritarismus an der Konzeption der Studie mitgewirkt, die Interviews durchgeführt, transkribiert und für Seminararbeiten ausgewertet[198]. Für die vorliegende Analyse wurden die Interviews erneut ausgewertet. Unter den 14 Interviewten befanden sich sechs Männer und acht Frauen, zudem ist ein deutlicher Überhang von hohen Bildungsabschlüssen erkennbar – elf der 14 Interviewten können zumindest die Matura vorweisen, acht davon weisen ein abgeschlossenes Studium auf bzw. befinden sich gerade auf ihrem Weg zum Hochschulabschluss. Ebenso ist eine Tendenz zu jüngeren Altersgruppen erkennbar: insgesamt fünf der Interviewten befinden sich in ihren Zwanzigern, weitere fünf sind zwischen 30 und 40 Jahre alt. Vier sind zwischen 40 und 50 Jahre alt. Da der Feldzugang der Studierenden mit dem sogenannten „Schneeballverfahren“[199] – einer willkürlichen Auswahl aus dem eigenen sozialen Umfeld – erfolgte, ist die Zusammensetzung der Interviews auf das Alter und den Bildungsgrad der Studierenden selbst zurückzuführen.

8.3. Ergebnisse

8.3.1. Überblick und Biografie

Zwei der rechtsorientierten Interviewten haben ein FPÖ-Mandat auf lokaler Ebene inne, ansonsten ist niemand parteipolitisch aktiv, wenngleich im linksorientierten Milieu zwei Befragte angeben, an den Klimaprotesten von „Fridays for Future“ teilgenommen zu haben. Die Einordnung in rechts- und linksorientierte Befragte erfolgte durch die Selbstzuschreibung der Interviewten.

Die biografischen Schilderungen in den Interviews offenbaren trotz der homogenen Zusammensetzung unterschiedliche Biografien, die auch Gemeinsamkeiten aufweisen. Ein zentraler Aspekt ist dabei die überwiegende Selbstwahrnehmung als privilegiert – die Mehrheit der Befragten beschreibt eine gesicherte sozioökonomische Position und Zufriedenheit mit dem eigenen Lebensweg. Diese positive Grundhaltung in Bezug auf die

eigene Biografie ist unabhängig vom Bildungsniveau: Sowohl Akademiker:innen als auch Personen mit Lehrabschluss äußern überwiegend Zufriedenheit mit ihrer Bildungs- und Berufslaufbahn. Besonders bei Befragten mit Lehrabschluss wird dabei häufig der eigene soziale Aufstieg im Vergleich zur Elterngeneration betont, was auf eine als gelungen wahrgenommene soziale Mobilität hindeutet. Dennoch deuten sich vor allem in den rechtsorientierten Interviews Brüche an: hier beschreiben mehrere Befragte Schwierigkeiten in ihrer Biografie – von einer fehlenden Vaterfigur bis hin zu berufsbedingten Erkrankungen.

Die Art und Tiefe der biografischen Schilderungen variiert dabei deutlich: Während viele weibliche Befragte ausführlich über ihre Herkunft, familiäre Prägungen und wichtige Lebensereignisse berichten, bleiben die männlichen Interviewpartner in ihren Schilderungen häufig auf einer oberflächlicheren Ebene und konzentrieren sich vor allem auf berufliche Aspekte. Eine besondere Dimension bilden die Migrationserfahrungen von vier Befragten im linksorientierten Spektrum, die erkennbar ihre Perspektiven auf gesellschaftliche Themen und insbesondere ihre Sicht auf Integration und kulturelle Vielfalt prägen.

Die linksorientierten Interviews weisen mehrheitlich progressive Positionen auf, die von Toleranz und Diversität geprägt sind. Das rechtsorientierte Spektrum hingegen reicht von gemäßigt konservativen bis hin zu deutlich rechtsautoritären Positionen. Während der Wunsch nach mehr gegenseitigem Respekt eine Gemeinsamkeit zwischen den rechts- und linksorientierten Interviews darstellt, unterscheiden sie sich darin, dass Lösungsansätze im rechtsorientierten Spektrum stärker auf individueller Ebene verortet werden. Die meisten Interviewten beider Orientierungen unterstützen die westlich-liberale Demokratie, sie empfinden diese als Garant für zentrale Errungenschaften und fundamentale Rechte wie Religionsfreiheit. Die Mehrheit der Interviewten ist davon überzeugt, dass Politik die Lebensumstände zum Besseren verändern kann. Dennoch ist unter den rechtsorientierten Befragten Frustration mit der Politik feststellbar. Diese äußert sich vor allem in Bezug darauf, dass der Bundespräsident Alexander Van der Bellen im Vorfeld der Nationalratswahl offenließ, ob er eine allfällige Angelobung eines Bundeskanzlers Herbert Kickl nach der Wahl vornehmen würde, was als undemokratisch wahrgenommen wird.

8.3.2. Wichtige Themen, Gesellschaftsbild

Die Analyse offenbart ein breites Spektrum an Themen: Von Wohnkosten über eine wahrgenommene „Überregulierung“ des Alltags durch die EU, die Angst vor dem Aussterben der Mittelschicht, Gendern, Migration und Teuerung bis hin zu mangelndem gesellschaftlichem Zusammenhalt, dem Nahost-Konflikt, dem Krieg in der Ukraine, steigender Armut und einem als nicht treffsicher wahrgenommenen österreichischen Sozialstaat. In den Interviews mit linksorientierten Personen werden die Themen Krieg und Klimawandel deutlich stärker eigeninitiativ eingebracht. Auch der Rechtsruck und eine wahrgenommene Spaltung der Gesellschaft werden thematisiert, letzteres sowohl von rechts- als auch linksorientierten Interviewpartner:innen.

Die Corona-Pandemie wird gruppenübergreifend als gesellschaftliche Zäsur und Treiber zunehmender Polarisierung wahrgenommen. Während linksorientierte Befragte verstärkt die sozialen Auswirkungen thematisieren, wird in rechtsorientierten Interviews die Pandemie häufiger mit einem Verlust von Freiheitsrechten in Verbindung gebracht.

Angelehnt an das meritokratische Verständnis, dass man sich durch Leistung etwas aufbauen kann, zeigt sich bei den rechtsorientierten Befragten eine charakteristische Verknüpfung von Leistungsdenken mit der Wahrnehmung einer hierarchischen Gesellschaft. Besonders deutlich wird dies in der Biografie von einem Befragten – im weiteren Verlauf als IR7m[200] bezeichnet – der als Selbstständiger seinen Werdegang stark über individuelle Leistung definiert und sich von „Lemmingen“ abgrenzt, die seiner Ansicht nach der Führung durch „Leistungsträger“ bedürfen. Auch in den Interviews, in denen Befragte gemäßigt konservativ auftreten, offenbart sich in dieser Erhöhung des Leistungsgedankens eine deutliche Tendenz zur Naturalisierung sozialer Unterschiede. Gesellschaftliche Probleme werden nicht als Ergebnis struktureller Ungleichheit interpretiert, sondern als Resultat individueller Leistungsbereitschaft oder deren Mangel gedeutet.

In allen Interviews – selbst in denen, die eindeutig rechtsautoritäre Haltungen aufweisen – steht der Wunsch nach mehr Zusammenhalt in der Gesellschaft im Mittelpunkt eines guten Miteinanders, das derzeit durch verschiedene Aspekte bedroht wird. Hier unterscheiden sich die Haltungen je nach politischer Ausrichtung: In linksorientierten Interviews werden vor allem zunehmender Druck, die beobachtete Zunahme von Rassismus und Spaltung

als Gründe genannt, welche aus der zunehmenden wirtschaftlichen Durchdringung aller Lebensbereiche in Form von „*Wirtschaft, Wachstum und Wohlstand*“ (IL6, Z. 484), die Teuerung oder Kriege zurückgeführt werden. Eine Spaltung wird zwar auch in den rechtsorientierten Interviews als Problem diagnostiziert, jedoch auf der individuellen Ebene verortet: oftmals wird genannt, dass Menschen den Umgang miteinander verlernt hätten. Zusätzlich werden die als Problem wahrgenommene Migration oder ein als übermächtig empfundener Staat als Bedrohung genannt.

8.3.3. Ungleichheitsarenen und Deutungsmuster je nach politischer Orientierung

Wie bereits im vorherigen Kapitel deutlich wurde, unterscheiden sich die Deutungsmuster der Befragten entlang ihrer politischen Orientierung. Diese Unterschiede setzen sich in der Wahrnehmung und Interpretation verschiedener Ungleichheitsdimensionen fort, die im Folgenden anhand der von Steffen Mau und Kollegen im Buch Triggerpunkte konzipierten Ungleichheitsarenen analysiert werden. Die Einstellungen in der Bevölkerung und die jeweiligen Einflussfaktoren auf bestehende Wertekonflikte wurden auf Basis der quantitativen Studie in Kapitel 7 ausführlich berichtet. Wir werden nun die Argumentationsmuster zu den insgesamt vier Themenbereichen näher analysieren, in denen sich „Konfliktfelder der sozialen Ungleichheit“[201] manifestieren:

1. Haltungen zu Umverteilung, in denen Verteilungskonflikte deutlich werden.
2. Haltungen zu Migration, worin sich Zugehörigkeits- und Grenzkonflikte widerspiegeln.
3. Haltungen zu Geschlechtervielfalt, bei denen es um Anerkennungskonflikte geht sowie
4. Haltungen zum Klimaschutz, bei denen es um ökologische und Zeitkonflikte geht.

Diese Arenen werden in den Interviews mit links- und rechtsorientierten Personen unterschiedlich gedeutet, es gibt jedoch auch Anknüpfungspunkte für Gemeinsamkeiten.

8.3.3.1. Oben-Unten-Ungleichheiten: Verteilungskonflikte

Wie bereits im Kapitel zuvor dargelegt, werden die Themen Inflation, gestiegene Wohnpreise und leistbares Leben in allen Interviews initiativ themati-

siert, auch wenn sich die Deutungsmuster voneinander unterscheiden. Diese Themen, sowie Armut in Salzburg – das im Interviewverlauf gezielt anhand eines Bildes initiiert wird, das einen bettelnden Mann zeigt, an dem eine scheinbar wohlhabende Frau vorbeigeht – stellen die Politikfelder dar, anhand derer Verteilungskonflikte diskutiert werden. Vereinzelt werden von manchen rechtsorientierten Befragten noch Steuern genannt, diese werden jedoch vor allem als Repressalie gegenüber Bürger:innen wahrgenommen, nicht als Instrument der Verteilungspolitik. Im Folgenden werden die Deutungsmuster sowie Gemeinsamkeiten und Unterschiede genauer dargelegt.

Deutungsmuster in linksorientierten Interviews

„Jammern auf hohem Niveau“

Fragen der Verteilung werden vor allem entlang von Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt und im Zusammenhang mit Obdachlosigkeit in Salzburg diskutiert. Im Hinblick auf die persönliche Betroffenheit von der Teuerung zeigen sich zwei Deutungsmuster, die auch in der umfassenden Studie von Mau, Lux und Westheuser beobachtet wurden: Es erfolgen Beschwichtigungen des eigenen Problems oder die Einschränkungen werden zwar auch als solche empfunden, jedoch nicht als Ungleichheit interpretiert, weil zwar Unzufriedenheit mit der Ungleichheit vorliegt, die eigene Lage aber als zufriedenstellend bewertet wird.[202] So beschreibt eine Befragte, dass für sie der Lebenstraum eines Eigenheims unerfüllt bleibt und führt dies darauf zurück, dass sie keine Österreicherin sei – allerdings bleibt offen, ob sie dies auf strukturellen Rassismus zurückführt.

> IL7w, Z. 208 ff.: *„Das war bis vor kurzem […] ein Grundrecht, dass man es warm hat. Also normal, man muss ja nicht übertreiben, aber dass man es normal warm hat, wenn man in einer Wohnung sitzt und dann vergleiche ich es wieder mit anderen Ländern und denk mir, die haben gar keine Heizungen, [die] sitzen da auf, also wirklich kalt, kalt, dann ist das wieder Jammern auf hohem Niveau.“*

Zwar beschreibt die Befragte kurz die Ungerechtigkeit, die sie durch die Auswirkungen der Teuerung wahrnimmt. In dieser Beschreibung wird Heizen als Grundrecht bezeichnet, das durch die Preissteigerung eingeschränkt werde. Sie nimmt diese Tatsache mittlerweile als gegeben hin und hat sich damit abgefunden – nicht zuletzt, weil sie ihre Situation mit jener in ihrem Herkunftsland vergleicht und zu dem Schluss kommt, dass es sich bei ihren Problemen um „Jammern auf hohem Niveau“ handelt.

Darin zeigt sich ein Mechanismus der persönlichen Verarbeitung von finanziellen Einschnitten, der sich in mehreren Interviews mit Linksorientierten wiederholt: Finanzielle Herausforderungen, wie hohe Wohnpreise, werden zwar in einen gesellschaftlichen Kontext eingebettet – wie etwa ein Recht auf ein würdevolles Leben –, aber nicht als Verteilungsfrage gestellt, anhand derer etwa die steigende Vermögenskonzentration thematisiert werden könnte. Entweder werden diese Einschnitte in der persönlichen Betrachtung als vorübergehend wahrgenommen oder sie werden als Tatsache gesehen, die hinzunehmen ist und im Gegensatz zu anderen, drängenderen gesellschaftlichen Problemen wie Armut verkraftbar ist. Die Gründe für diese verhaltene Reaktion sind vielschichtig: Zum einen deutet sich in den Interviews ein grundsätzliches Vertrauen in politische Gestaltungsprozesse an. Zum anderen verfügen viele Befragte über familiäre Unterstützungsnetzwerke, die finanzielle Engpässe abfedern können. Die plausibelste Erklärung liefern jedoch Mau et al.: Obwohl die Teuerung als drängendes gesellschaftliches Problem wahrgenommen wird, führt die relative Zufriedenheit mit der eigenen Lage dazu, dass von den Befragten keine stärkere politische Bearbeitung des Problems eingefordert wird[203], wie sich an folgendem Ausschnitt zeigt:

> IL1w, Z. 65 ff.: *„Eigentlich bin ich zufrieden, im großen Ganzen. […] Inflation spielt eine Rolle, die man einfach sehr stark merkt. Im Privatleben auch auf alle Fälle mit der Mieterhöhung, im Allgemeinen, mit hohen Preisen, aber persönlich bin ich sehr zufrieden.“*

In diesem Textausschnitt beschreibt die Befragte, zwar von Preissteigerungen betroffen zu sein, bettet diese im weiteren Interviewverlauf aber weder in ein politisches Handlungsfeld ein, noch geht sie auf die Ursachen und mögliche Maßnahmen gegen die Teuerung ein. Stattdessen wird zur Aufwertung der eigenen Situation die Notlage anderer herangezogen:

> IL1w, Z. 177f.: „*Da gibt es immer wieder alleinerziehende Eltern, wo ich mir auch oft denke: ‚Puh, wie schaffen die das eigentlich?‘ Also, da mache ich mir schon oft auch Gedanken, ja.“*

Darin wird zum einen Empathie gegenüber weniger privilegierten Gruppen deutlich, zum anderen könnte dies auch als fehlende Perspektivenübernahme abstiegsgefährdeter Personen gedeutet werden. Fest steht, dass – möglicherweise aufgrund der Diskrepanz zwischen der überwiegend positiven Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation und dem eher pessimistischen Blick auf die gesellschaftliche Gesamtentwicklung – kein Ruf nach politischem Handeln erfolgt. Eine explizite Verteilungskritik im Sinne eines gerechten Ausgleichs zwischen oben und unten findet sich in den Interviews kaum – weder mit rechts- noch linksorientierten Personen. Auffällig ist der

Kontrast zur Klimadebatte: Während dort von linksorientierten Befragten vehement politische Maßnahmen eingefordert werden, bleiben die Stimmen zu sozialen Veränderungen und Reformen verhalten – obwohl Ungleichheit als sozialer Sprengstoff[204] erachtet wird. Die Interviewten sehen Armut nicht als Ergebnis mangelnder Leistungsfähigkeit, sondern äußern Besorgnis über die Auswirkungen wachsender sozialer Ungleichheit auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, potenzielle Kriminalität sowie mögliche Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen, etwa zwischen Migrant:innen und Rechtsextremen. In diesem Zusammenhang kommt Kritik an Mächtigen und Reichen so gut wie gar nicht vor – jedoch wurde die Frage danach in den Interviews auch nicht gestellt.

Wohlfahrtsstaatliche Ansätze und soziale Distanz

Lösungsansätze werden insbesondere in Zusammenhang mit dem Bild der scheinbar obdachlosen, bettelnden Person verbalisiert. Die Deutungsmuster variieren zwischen wohlfahrtsstaatlichen Programmen und wohltätigen individuellen Handlungen. Spannend ist in diesem Zusammenhang, dass – im Gegensatz zu den Interpretationen der rechtsorientierten Interviewten – keine Unterscheidung zwischen verschuldeten und unverschuldeten Notlagen getroffen wird. Für alle Interviewten stellt Armut in dieser Form eine Situation dar, die bekämpft werden muss. In diesem Zusammenhang wird der Glaube an die Gestaltungskraft von Politik deutlich, von der gefordert wird, diese Probleme zu bekämpfen. Die Befragte schildert, davon gelesen zu haben, dass in Wien Plätze im öffentlichen Raum bewusst so gestaltet werden, dass obdachlose Personen sich dort nicht aufhalten (können). Dieses Phänomen, auch defensive Architektur oder feindliches Design genannt, löst bei der Befragten Unverständnis aus:

> IL3w, Z. 179: *„Also diese Menschen haben sowieso nichts, warum sollte man es ihnen dann noch schwerer machen? Also sollte man [Unterstützungsangebote, Anm.] auf jeden Fall noch ausbauen und unterstützen, auch was Essen angeht.“*

Die Verantwortung für einen gerechten sozialen Ausgleich wird dabei klar bei der Politik gesehen. Dem Wohlfahrtsstaat kommt die Rolle einer Absicherung gegen soziale Risiken zu, die weit über individuelle Sicherheit hinausgeht. In den linksorientierten Interviews wird der Sozialstaat als fundamentaler Garant für sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt verstanden. Diese Perspektive entspricht dem von Mau et al. beschriebenen „Wohlfahrtskonsens“, der auf der Abfederung ungerechter Härten und sozialer Risiken basiert.

Auffällig ist die in den Interviews artikulierte Sorge über die wachsende soziale Distanz zwischen den gesellschaftlichen Schichten. Die Befragten problematisieren den Befund der schwindenden Mittelschicht anhand des Beispiels, dass höhere gesellschaftliche Klassen zunehmend den Bezug zur Lebensrealität der unteren Klassen verlieren. Diese Entwicklung wird nicht nur als soziales, sondern auch als räumliches Phänomen wahrgenommen:

> IL3w, Z. 653 ff.: *„[Ich] finde auch, dass in Salzburg ein großer Unterschied zwischen Arm und Reich ist. Also, ja, wie gesagt, es gibt leider auch wirklich ein paar Viertel in Salzburg, die vielleicht dafür bekannt sind, dass es eher ärmere Gegenden sind, oder ja, Gegenden, wo man sich nicht so gerne aufhält. Aber zum Beispiel, ja, ich finde das ist einfach wirklich eine Sache der Politik, da sollte man wirklich mehr fördern und mehr Hilfe anbieten. […] Vielleicht auch ein Programm, wo alle Menschen zusammenkommen, weil ich glaube, dass es auch vielen Menschen helfen würde, diese armen Menschen zu sehen, zu sehen, dass die armen Menschen auch nur normale Menschen sind und ja, nicht irgendwie etwas schlechter dargestellt werden und doch irgendwie… Also, dass man wirklich alle zusammenbringen sollte, das wäre mir sehr wichtig.“*

Diese Passage verdeutlicht mehrere charakteristische Elemente des linksorientierten Deutungsmusters: soziale Ungleichheit wird nicht als abstraktes Phänomen, sondern in ihrer konkreten räumlichen Manifestation wahrgenommen. Zudem wird die politische Verantwortung für Gegenmaßnahmen betont. Es ist auffällig, dass die Lösung nicht nur in materieller Förderung gesehen wird, sondern auch in der aktiven Überwindung sozialer Distanz durch Begegnungsprogramme. Diese Perspektive entspricht dem von Mau et al. beschriebenen Muster der „Ungleichheitskritik“[205], die soziale Spaltung als fundamentales gesellschaftliches Problem wahrnimmt.

Manifestation von Verteilungskämpfen im urbanen Raum

Die Thematisierung von Verteilungskonflikten erfolgt in den Interviews auf zwei unterschiedliche Wege: Zum einen als fundamentaler gesellschaftlicher Gegensatz, zum anderen in ihrer konkreten Manifestation im urbanen Raum. Die Kritik an übermäßigem Reichtum wird dabei fast ausschließlich im Kontext multidimensionaler Armut formuliert und von der eigenen sozioökonomischen Situation weitgehend entkoppelt. Besonders prägnant wird die räumliche Dimension der Verteilungskonflikte am Beispiel der Salzburger Immobiliensituation thematisiert. Der spekulative Leerstand von Wohnungen in der Altstadt wird dabei als besonders drastischer Ausdruck sozialer Ungleichheit wahrgenommen:

> IL7w, Z. 260 ff.: „*Ich sehe Menschen, die auf der Straße sitzen und nichts zum Essen haben oder zum Trinken. Und dann sehe ich Menschen, die sich vor lauter Reichtum, die sich in einem Auto fahren lassen, weil sie nicht selber fahren wollen. Ich sehe in Salzburg mehr Wohnungen leer stehen, als ich weiß nicht wo. Weil man sich es leisten kann, dass man sich Wohnungen kauft und sie leer stehen lässt und wartet, dass [der Wert, Anm.] einfach steigt und steigt und steigt und dann wird verkauft, für einen enormen Preis, wenn es sich überhaupt wer leisten kann momentan.*“

Diese Passage verdeutlicht eine Kritik an „unverdientem Reichtum“ und „entgrenzten Profitansprüchen“[206]. Die Befragte stellt dabei einen direkten Zusammenhang zwischen extremer Armut und spekulativem Reichtum her. Als Lösungsansatz für diese Problematik wird die Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus und eine stärkere Regulierung von Leerstand vorgeschlagen:

> IL2m, Z. 840 ff.: „*Ich würde auf jeden Fall schauen, dass man mehr Sozial- bzw. Förderwohnungen baut, beziehungsweise bei den Wohnungen die leer stehen mehr [...] die Besitzer, dazu bewegt, die Wohnungen, die Häuser zu vermieten und nicht einfach leer stehen zu lassen.*“

Diese Forderung nach einem gerechten Ausgleich[207], die eine staatliche Intervention zur Korrektur ungerechter Marktergebnisse verlangt, zeigt den Wunsch nach regulierender Einflussnahme auf den Immobilienmarkt.

In der Zusammenschau zeigt sich in den linksorientierten Interviews ein Verständnis sozialer Ungleichheit, das strukturelle Kritik mit konkreten Reformvorschlägen verbindet. Die Befragten nehmen Ungleichheit primär als Gefährdung des sozialen Zusammenhalts wahr und fordern politische Intervention zur Gewährleistung sozialer Teilhabe. Dabei fällt auf, dass umfassende Umverteilungsforderungen weitgehend fehlen; stattdessen dominiert die Perspektive eines sozialstaatlich moderierten Ausgleichs.

Deutungsmuster in rechtsorientierten Interviews

Bürokratie und Abgaben als Belastung

Auch in den rechtsorientierten Interviews bleiben Lebensträume unerfüllt – sie werden, wie in den linksorientierten Interviews, mit gesellschaftlichen Fragen verknüpft, wie dem Aufstiegsversprechen, das wie ein unausgesprochener Gesellschaftsvertrag im Sinne von „Wer sich anstrengt, kann sich auch etwas aufbauen“ wahrgenommen wird und sich in Zukunft aufgrund

der eigenen Leistungsfähigkeit wieder erfüllen wird. Diese Berufung auf das Leistungsethos trägt dazu bei, dass „die eigene Hilfsbedürftigkeit [...] unter dem Deckmantel der persönlichen Leistung unausgesprochen [bleibt].“[208] Als Ursache für das Ausbleiben des sozialen Aufstiegs werden jedoch nicht marktökonomische Fragen, sondern hohe Abgaben und ein übermächtiger Staat genannt. Dieser Aspekt wird in Kapitel 8.3.3.2 im Abschnitt zum Thema Integration und Migration noch eine wichtige Rolle spielen. Die unterschiedliche Verarbeitung persönlicher finanzieller Einschränkungen spiegelt sich auch in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung der Teuerungsproblematik wider.

Zudem wird in den rechtsorientierten Interviews deutlich, dass die Befragten auf unerfüllte Lebensträume und finanzielle Einschränkungen deutlich stärker mit Frustration reagieren, wie die folgende Reaktion auf das Bild eines Heizkörpers zeigt, der die Teuerungen im Energiebereich repräsentieren soll. Dass der Wunsch nach einem Eigenheim unerfüllt bleibt, sei eine Folge steigender Preise, die der Befragte im weiteren Verlauf des Interviews auf zu hohe Abgaben zurückführt:

> IR1m, Z. 552 f.: *„Mein erster Gedanke ist wieder das Wohnen, Verheizen von Geld. Vielleicht für das sinnloseste an Steuern, was wir haben. Wenn man sich jetzt etwas kauft, was man da Abgaben zahlen muss, das ist ein Wahnsinn“.*

Der Befragte assoziiert hohe Wohnpreise mit – aus seiner Sicht – zu hohen Abgaben auf den Eigentumserwerb. Dass die Problemdiagnose auf Abgaben fokussiert ist, belegt wiederum, dass die eigentliche Preisgestaltung der Wohnkosten nicht als problematisch wahrgenommen wird oder außerhalb der Wahrnehmung des Befragten liegt. Abgaben werden demnach nicht als finanzieller Beitrag zum öffentlichen Haushalt betrachtet, sondern als mutwillige Belastung der Bürger:innen und als Einschränkung eines als übermächtig empfundenen Staates interpretiert. Darin offenbart sich, dass eine solidarische Finanzierung der öffentlichen Hand nicht als solche wahrgenommen wird, gegenseitige Abhängigkeiten werden zugunsten des Aufstiegsversprechens ausgeblendet. Eingriffe in den Markt, beispielsweise im Energiebereich, scheinen außerhalb der Wahrnehmung aller rechtsorientierten Befragten zu liegen. Zur Bekämpfung der Teuerung und dem befürchteten Aussterben der Mittelschicht werden, wenn diese thematisiert werden, vage „*wirtschaftliche Programme*“ (IR3w) vorgeschlagen.

Tritt nach unten: Der Sozialstaat als Förderer der sozialen Hängematte

Soziale Ungleichheit wird zwar als gesellschaftliches Problem wahrgenommen und als solches benannt – vor allem im Kontext des Verschwindens der Mittelschicht und dem Bild der bettelnden Person. Interessant ist dabei, dass der Sozialstaat eine hohe Achtung genießt und als Garant dafür gesehen wird, dass niemand in Armut leben muss. Jedoch überlagern in den Deutungsmustern Leistungsimperative solidarische oder emanzipatorische Haltungen gegenüber sozialer Ungleichheit. So erkennen die meisten Interviewten soziale Ungleichheit als Problem an, unterscheiden jedoch allesamt zwischen „echten" und „unverschuldeten" Bettelnden und organisierten Bettelbanden.

Formen organisierten Bettelns sind in Salzburg seit 2012 immer wieder Thema politischer Debatten. Die Stadt erließ mehrere Bettelverbote, die vom Verfassungsgerichtshof teilweise aufgehoben wurden. Boulevard-Medien prägten das Narrativ „organisierter Bettelbanden", aus Osteuropa, die „aggressiv" auftreten würden und angeblich von „Hintermännern" gesteuert würden. Politiker, besonders von FPÖ und ÖVP, griffen diese Rhetorik auf. 2015 wurde ein sektorales Bettelverbot in der Salzburger Altstadt eingeführt. Die Bettelnden sind meist Roma aus großer Armut, die ihre Familien unterstützen[209].

Dies wird besonders deutlich in der ambivalenten Aussage *„Österreich ist schon so reich, dass da keiner auf der Straße schlafen muss."* (Ir1m, Z. 604). Diese Formulierung enthält eine doppelte Bedeutungsebene: Einerseits wird der gesellschaftliche Reichtum als ausreichende Präventionsmaßnahme für die Vermeidung von Obdachlosigkeit gesehen, andererseits verschiebt die Verwendung des Modalverbs „müssen" die Verantwortung subtil auf das Individuum– wer auf der Straße schläft, so die implizite Logik, tut dies aus eigenem Verschulden. Diese Individualisierung sozialer Probleme verbindet sich mit dem Narrativ der „sozialen Hängematte", zu welcher der Sozialstaat verführe. Dies spiegelt eine Problematisierung zu hoher Sozialleistungen wider, welche die Arbeitsbereitschaft hemmen würden:

> IR1m, Z. 600 ff: *„Die soziale Schere, dass es immer mehr Leute gibt, die immer mehr Geld haben. Und leider immer mehr Leute gibt, die immer weniger oder gar nichts haben. Auf der einen Seite würde ich sagen, Österreich ist schon so reich, dass da keiner auf der Straße schlafen muss. […] – Auf der anderen Seite habe ich immer das Gefühl, wir können arbeiten, aber wollen es nicht. Aber diese sozialen Gelder, die mittlerweile so hoch sind, dass manche sagen, wir haben den Mindestlohn, dass das Hübsch das Gleiche ist. Der eine ist daheim, der andere nicht. Da muss sich was ändern."*

Die Aussage beginnt mit einer klaren Diagnose wachsender Ungleichheit, die zunächst einem ähnlichen Muster wie in den linksorientierten Interviews folgt. Der Befragte erkennt die problematische Entwicklung zunehmender Vermögenskonzentration bei gleichzeitiger Verarmung anderer Bevölkerungsgruppen an. Allerdings wechselt die Argumentation dann den Kurs in die Andeutung einer „sozialen Hängematte“[210]. Der Befragte problematisiert, dass das Verhältnis zwischen Arbeitsleistung und Entlohnung durch zu hohe Sozialleistungen untergraben wird. Zu hohe sozialstaatliche Anreize würden demnach die Leistungsbereitschaft senken, was Obdachlosigkeit begünstigen würde. Hier zeigt sich eine interessante Ambivalenz: Einerseits wird das Klischee der „sozialen Hängematte“ bedient, in dem Obdachlosen und Menschen in Armut unterstellt wird, nicht arbeiten zu wollen, was Sozialleistungsempfänger:innen als unverdient charakterisiert. Andererseits wird ein grundlegender Wohlfahrtskonsens deutlich.

Jeder ist seines Glückes Schmied: Meritokratie als Motor für exkludierende Solidarität

In dem zuletzt gezeigten Absatz zeichnet sich auch der Gedanke einer meritokratischen Leistungsgesellschaft ab. Das meritokratische Prinzip verknüpft die Legitimität sozialer Unterschiede mit kontinuierlichen persönlichen Leistungen, erreichten Qualifikationen und einer als gegeben angenommenen Begabungsverteilung. Die gesellschaftliche Verteilung von Ressourcen und Stellungen erscheint dadurch als direktes Ergebnis individueller Anstrengung. Diese meritokratische Perspektive ermöglicht es, eine direkte Verbindung zwischen persönlichem Einsatz und Erfolg herzustellen und dadurch bestehende soziale Ungleichheiten zu rechtfertigen. Die Erwartung von Leistung wird dabei eng mit der Idee verknüpft, dass Anreize notwendig sind. Ungleichheit wird in diesem Kontext positiv als Motivator interpretiert, der Menschen zu gesellschaftlich wertvoller Anstrengung antreibt und damit als funktional für die Gesellschaft erscheint.[211]

Ungleichheiten werden demzufolge nicht als Ergebnis der Umstände betrachtet, sondern als Resultat individueller Anstrengung. Dies befördert eine Moralisierung sozialer Lagen und erschwert Solidarisierungstendenzen, in dem sich eine moralisierte Konkurrenz von Ansprüchen, wie es Mau et. al. nennen, zeigt. Der Befragte bezieht sich auf die gestiegenen Heizkosten und den Umgang damit:

> IR7m, Z. 909 ff.: *„Wenn ich es nicht ändern kann, muss ich es akzeptieren. […] Wenn ich mir nicht helfen kann, weil dieser Markt so ist, dann wird die Heizung weiter runter gedreht oder ich ziehe mir halt Socken und eine*

Jacke an. Wenn du das einer Nachkriegsgeneration zeigst, dann sagen die, wir wollen vor allem ein trockenes Dach über den Kopf haben. Mir ist schon bewusst, dass das natürlich die Grundbedürfnisse sind, die für sozialen Frieden und Glück notwendig sind. Man muss anpassungsfähig sein. Da müssen leider Gottes sehr viele in Österreich anpassungsfähig sein. Aber manche sind dann sehr passiv in ihrer Anpassung."

Der Interviewte konstruiert dabei eine hierarchische Unterscheidung zwischen „anpassungsfähigen" und „passiven" Menschen, wobei Anpassungsfähigkeit als moralisch überlegene Eigenschaft dargestellt wird und die Preisgestaltung wie eine Naturgewalt, an der man nichts ändern könne. Der Verweis auf die Nachkriegsgeneration erfüllt hier eine doppelte Funktion: Zum einen wird die gegenwärtige Situation relativiert, zum anderen werden deren Überlebensstrategien als vorbildhaft dargestellt. Diese Argumentation naturalisiert soziale Ungleichheit und verschleiert deren strukturelle Ursachen, indem sie Armut und materielle Not als persönliches Anpassungsproblem umdeutet.

Die Formulierung, dass nun viele Menschen in Österreich anpassungsfähig sein müssten, offenbart ein paradoxes Verständnis von sozialem Zusammenhalt: Einerseits werden Grundbedürfnisse als notwendig für „sozialen Frieden und Glück" benannt, andererseits wird die Verantwortung für deren Erfüllung vollständig individualisiert. Sozialer Zusammenhalt wird nicht über gesellschaftliche Solidarität oder kollektive Lösungen konstruiert, sondern über die individuelle Fähigkeit zur Anpassung an widrige Umstände. Die Verwendung der sprachlichen Kontrastierung der Gegenmeinung, dass die Erfüllung von Grundbedürfnissen relevant für sozialen Zusammenhalt sei, offenbart, dass dem Befragten diese Einschätzung bewusst ist – er kann oder will sie nicht mit seinen Weltanschauungen verbinden. Diese Interpretation der Teuerungskrise folgt damit klassischen sozialdarwinistischen Mustern, die soziale Selektion als natürlichen und notwendigen Prozess darstellen – nur die Anpassungsfähigsten kommen mit den Heizkosten zurecht. Mit dieser Argumentation werden strukturelle Ungleichheiten legitimiert und kollektive Lösungsansätze delegitimiert.

Diese Haltung ist zwar in dieser expliziten Formulierung einmalig unter den rechtsorientierten Interviews. Eine ähnliche Haltung im Sinne des sogenannten Deservingness-Ansatzes deutet sich jedoch in allen Interviews an. Dieser untersucht anhand empirischer Studien, auf Basis welcher Kriterien hilfsbedürftigen Gruppen Unterstützung zugesprochen wird. Mau et. al.

haben dieses Kriterium ebenfalls in ihrer Untersuchung herangezogen und kommen zu dem Schluss, dass es eine deutliche Unterscheidung zwischen verdienten und unverdienten Ansprüchen auf Sozialleistungen gibt. Die Argumentation erfolgt entlang des Leistungsnarrativs und kann anhand von fünf Analysekriterien untersucht werden, die unter dem Begriff CARIN (Control, Attitude, Reciprocity, Identity and Need) zusammengefasst werden. Ansprüche werden dann eher als legitim angesehen, wenn „die Notlage aus Faktoren resultiert, die außerhalb der Kontrolle der Einzelnen liegen, zweitens, ob man von den Empfängern Dankbarkeit und Fügsamkeit erwarten kann, drittens, ob sie selbst in der Vergangenheit zur Produktion von kollektiven Gütern beigetragen haben […], viertens, ob es soziale Ähnlichkeiten gibt und fünftens, ob die Notlage als plausibel bewertet wird."[212]

Alle fünf Faktoren lassen sich in den Interviews beobachten: Der erste Aspekt wurde im Abschnitt zuvor aufgezeigt, in dem Befragte stets zwischen „echter", also unverschuldeter Obdachlosigkeit und organisiertem Betteln unterscheiden. Er zeigt sich zudem in den von den Befragten angestellten Überlegungen, wie diese Notlage entstanden sei, wie der folgende Abschnitt zeigt:

> IR7m, Z. 979: *„Der muss selber entscheiden, wann er aus dem Loch raus will. […] Naja, es werden verschiedene Umstände dazu beigetragen haben, dass er in dieses Loch gefallen ist. Dass er gesagt hat, mir ist der Suff und die Obdachlosigkeit wichtiger, also die Obdachlosigkeit ist das Resultat. Aber dieses, ‚ich will nicht mehr einen Schritt vorwärts gehen', aus welchem Grund auch immer, deshalb ist er dann dort gelandet."*

Der Ausschnitt zeigt anschaulich, dass der Befragte potenziell unverschuldete Problemlagen negiert. Trotz der im Passiv gehaltenen Formulierung „es werden verschiedene Umstände dazu beigetragen haben", stellt Obdachlosigkeit für ihn eine aktive Entscheidung dar. Suchterkrankungen werden nicht als solche betrachtet, sondern als Frage des Lebensstils. Der zweite Punkt des CARIN-Schemas, „Attitude", also die Haltung, spiegelt sich ebenfalls in diesem Interview wider. So beschreibt der Interviewte an späterer Stelle, dass es alle in eine Notlage geratenen Menschen auch wieder herausschaffen können – solange sie es nur wollen. Der fünfte Punkt, die Bedürftigkeit („Need"), wird durch die moralisierte Leistungshaltung verneint. Dadurch werden universelle Ansprüche an den Sozialstaat untergraben. Punkt drei und vier, „Reciprocity" und „Identity", werden vor allem im Zusammenhang mit ethnisierenden Deutungsmustern von Verteilungskonflikten deutlich.

Ethnisierende Umdeutungen und exkludierende Solidarität als Folge des Konkurrenzkampfs

Die vorliegenden Interviewausschnitte zeigen eine typische Verschränkung von Leistungsideologie und exkludierender Solidarität, die sich in ethnisierenden Deutungen des Oben-Unten-Konflikts äußern. In einem Interview – der Befragte verortet seine politischen Wurzeln in der deutschnationalen NPD, weist einen stark hedonistischen Lebensstil auf und beruft sich dennoch häufig auf Werte wie Toleranz und Zusammenhalt – wird dies besonders deutlich in Zusammenhang mit dem Bild des Obdachlosen:

> IR6m, Z. 347: *„Wir leben in so einem Luxus. Wir leben in so einem Überfluss, dass kein Mensch das verdient hat, dass er auf der Straße leben muss. […] vor allem kein Österreicher oder zumindest kein Europäer.“*

Die Kritik an sozialer Ungleichheit erfolgt in diesem Ausschnitt selektiv und wird durch exkludierende Solidaritätsvorstellungen überlagert. Der Interviewte kritisiert Obdachlosigkeit in einer Überflussgesellschaft zwar grundsätzlich, schränkt diese Kritik aber sofort durch eine hierarchisierende Unterscheidung ein. Diese Unterscheidung offenbart eine klar chauvinistische Haltung: unverschuldete Notlagen würden nur jenen geschehen, die als Teil der eigenen kulturellen Identität betrachtet werden. Diese Form des sogenannten Wohlfahrtschauvinismus geht mit der Vorstellung einer hierarchischen Gesellschaft einher, in der sich Migrant:innen ganz unten einzureihen haben[213]. Wie in Kapitel 2 erwähnt, entspricht diese Beobachtung dem, was Arlie Russell Hochschild in ihrer Untersuchung als „Vordrängeln in der Warteschlange zum Wohlstand“ bezeichnet, im Kontext der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird das als Einforderung von Etabliertenvorrechten bezeichnet[214].

Die Ethnisierung sozialer Konflikte erfolgt dabei zum einen entlang von Gruppenzugehörigkeit, zum anderen wird dieses Deutungsmuster um wahrgenommenen Konkurrenzdruck ergänzt. Besonders aufschlussreich ist dabei die Art und Weise, wie ökonomische Ungleichheiten interpretiert und legitimiert werden: So zeigt sich vor allem unter jenen Interviewten, die selbst auf eine Geschichte des sozialen Aufstiegs oder temporäre Notlagen zurückblicken, eine starke Orientierung an Konkurrenz- und Leistungsprinzipien, sie greifen besonders oft auf meritokratische Deutungsmuster zurück. Der eigene soziale Aufstieg oder die eigene vergangene Notlage werden als Beleg für die Funktionsfähigkeit des Leistungsprinzips interpretiert, was teilweise zu einer Form sozialer Dominanz gegenüber weniger „erfolgreichen“ Gesellschaftsmitgliedern führt.

> IR5m, Z. 153 ff.: *„Die Ausländerpolitik, […] ich bin echt nicht pro rechts, aber da denke ich mir, da versteht man manche Leute, dass ein bisschen ein Rechtsruck kommt, weil die Leute jetzt in gewisser Weise Geld geschenkt kriegen, dann noch Wohnungen, Handys, Handyverträge, whatever. Und so wie es bei mir damals gewesen ist, ich war arbeitslos, [habe] 800 Euro gekriegt. Nein, nicht einmal 800 Euro. Habe ich über die Runden kommen müssen und mich haben sie [das Arbeitsmarktservice, Anm.] […] dazu gedrängt, dass ich wieder arbeiten gehe."*

In diesem Ausschnitt zeigen sich sechs charakteristische Argumentationsmuster einer ethnisierenden Umdeutung von Oben-Unten-Konflikten. **Zum ersten** ist die Distanzierung von rechten Positionen auffällig, während im nächsten Satz Mythen aus rechten Diskursen reproduziert werden. Diese rhetorische Strategie ermöglicht es, problematische Positionen zu äußern und sich gleichzeitig moralisch zu entlasten.

Zum zweiten werden vermeintlich unverdiente Privilegien erwähnt – Migrant:innen werden dabei in einer fordernden Position betrachtet und als übervorteilt wahrgenommen[215], dabei werden Verschwörungstheorien reproduziert. Die Annahme, Migrant:innen würden Güter „geschenkt" bekommen, impliziert eine fehlende Gegenleistung und delegitimiert Unterstützungsansprüche. Im Zusammenhang mit dem zuvor im Interview erwähnten Mangel an leistbarem Wohnraum offenbart sich **drittens** ein wahrgenommener Konkurrenzdruck, bei dem Österreicher:innen benachteiligt werden. Ein Ausbleiben des meritokratischen Versprechens wird angedeutet – obwohl Österreicher:innen viel leisten, würden ihnen, im Gegensatz zu Migrant:innen, keine Wohnungen geschenkt, was Frustration auslöst.

Die Schlussfolgerung, dass ein Rechtsruck aufgrund aktueller Entwicklungen gerechtfertigt sei, bildet das **vierte** Merkmal rechtsorientierter Deutungsmuster. Im zuletzt zitierten Ausschnitt zeigt sich eine interessante Distanzierung: Der Interviewte benennt einen Rechtsruck, indem er diesen als abstrakte gesellschaftliche Entwicklung beschreibt, die mit seinen eigenen Haltungen nichts zu tun habe. Dennoch bringe er Verständnis dafür auf. Die Verschiebung nach rechts wird somit als unaufhaltsame, logische Reaktion auf zu Unrecht erfahrene Benachteiligungen dargestellt. **Fünftens** offenbart der Ausschnitt, dass die Erfahrung sozialer Notlagen nicht zu Solidarisierungen führt, sondern das Gegenteil bewirkt. Der Interviewte kontrastiert die vermeintliche Übervorteilung der Migrant:innen mit der eigenen, vergange-

nen Notlage, in der er aufgrund einer Erkrankung arbeitslos wurde. Zwar geht der Befragte zu Beginn kurz auf die Situation ein, seine Emotionen dazu werden jedoch nur in diesem Ausschnitt deutlich. Die eigene prekäre Situation beschreibt er als schwierig und formuliert erstmals, dass er sich vom Arbeitsmarktservice unter Druck gesetzt fühlte – obwohl sein Gesundheitszustand die Wiederaufnahme von Arbeit noch nicht zuließ. Das Versagen meritokratischer Prinzipien, wie er es erfahren hat, dient als weiterer Beleg dafür, dass der Wohlfahrtsstaat ungerecht sei. Statt einer Kritik am niedrigen Arbeitslosengeld wird die vermeintliche Bevorzugung der Migrant:innen problematisiert. Dies führt zu einer Ethnisierung sozialer Konflikte bei einer gleichzeitigen Depolitisierung struktureller Ungleichheitsverhältnisse.

In beiden Interviews zeigt sich **sechstens** eine Konstruktion hierarchischer Differenzierung der Anspruchsberechtigung. Dieses Deutungsmuster etabliert eine abgestufte Hierarchie legitimer Unterstützungsansprüche entlang nationaler bzw. ethnischer Kategorien. Soziale Ungleichheit wird in der Folge nicht mehr primär als Klassenphänomen wahrgenommen, sondern entlang ethnischer Kategorien neu interpretiert. Dies ermöglicht es, Kritik an sozialer Ungleichheit zu äußern und gleichzeitig bestimmte Gruppen von legitimen Unterstützungsansprüchen auszuschließen. Die Verschränkung von Leistungsideologie und ethnisierender Differenzierung fungiert dabei als Legitimationsmechanismus für bestehende soziale Ungleichheiten[216].

Der Mechanismus der vermeintlichen Überprivilegierung von Migrant:innen scheint durch einen wahrgenommenen Konkurrenzdruck verstärkt zu werden. Das persönliche Problem, mit dem die Befragten im Alltag konfrontiert sind, erfüllt die Funktion eines pars pro toto, also einem Fallbeispiel für gesellschaftliche Missstände, die gesellschaftlich bearbeitet werden müssen. So erwähnt einer der Befragten das Thema Wohnen als eines der drängendsten Probleme. Auch für ihn bleibt der Traum von einem Eigenheim unerfüllt. Er setzt dies in den Kontext des Versprechens von Aufstieg, das sich nicht erfüllt. Zwar nimmt der Befragte dies als Einschränkung wahr, in der Bearbeitung hofft er aber darauf, dass dieses Versprechen aufgrund seiner eigenen Leistung für seine Kinder wieder erreichbar sein wird. Zudem wird Wohnen als umkämpfte Ressource wahrgenommen, in der nicht näher definierte Einheimische in Konkurrenz zu Migrant:innen stehen:

> IR1m, Z. 377 ff.*: „Das Thema Wohnen […] die Leute, die zu uns kommen, die ihre Hand aufhalten und sagen, ‚jetzt will ich das und das‘, das muss angegangen werden.“*

Die Formulierung „Hand aufhalten“ verdeutlicht, dass Migrant:innen – bezeichnet als „Leute, die zu uns kommen“ – ohne Leistung eine Anspruchshaltung verkörpern, die ihnen nicht zustünde. Darin äußert sich in der Wahrnehmung des Befragten ein Missstand, da im umkämpften Markt des Wohnens Einheimischen ein Vorrecht zugesprochen wird – dies deutet auf ein vermeintliches Vorrecht im Sinne der von Heitmeyer formulierten „Etabliertenvorrechte“[217] als Teil der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit hin.

8.3.3.2. Innen-Außen-Ungleichheiten: Migration

Ungleichheiten, die einen Konflikt zwischen einer Bezugsgruppe und außenstehenden „Fremden“ andeuten, dominieren die Interviews vor allem im rechtsorientierten Milieu. Migration wird in dieser Gruppe, wie bereits aufgezeigt, vor allem als Bedrohung gesehen, im Konkurrenzkampf um Ressourcen ungerechtfertigte Vorteile zu genießen. Jedoch wird auch in den rechtsorientierten Interviews Migration als notwendig erachtet – sei es für den Arbeitsmarkt oder um Bevölkerungswachstum zu sichern. Hier herrscht Konsens mit den linksorientierten Befragten, diese sehen Migration jedoch überwiegend als Chance, während manche der Interviewten versuchen, auch die gegensätzliche Meinung zu antizipieren. In beiden Gruppen ist wiederum interessant, dass die Akzeptanz von Migration an die Marktlogik gekoppelt zu sein scheint: So wird argumentiert, dass Migration notwendig sei, damit Tätigkeiten erledigt werden, die niemand machen will. Hier treten Menschenrechte hinter den ökonomischen Verwertungszusammenhang. Jedoch zeigt sich ein weiterer Unterschied darin, dass linksorientierte Befragte versuchen, auf individuelle Lebenssituationen und Herausforderungen im Zusammenhang mit Migration einzugehen.

Die Herausforderungen der Migration werden über alle Interviews hinweg vor allem im Zusammenhang mit dem Spracherwerb und der Integration im Bildungsbereich diskutiert. Hier sind sich alle Befragten einig: Spracherwerb ist der Schlüssel zur Integration. Die Vorstellungen der Mittel und wer dafür Verantwortung trägt unterscheiden sich jedoch. So sehen linksorientierte Befragte die Aufnahmegesellschaft in der Pflicht, Integration voranzutreiben, wohingegen rechtsorientierte Befragte stärker von Migrant:innen einfordern, sich an österreichische Werte anzupassen – wenngleich offen bleibt, wie sich diese manifestieren. So offenbart sich in rechtsorientierten Interviews, dass Migration vor allem anhand von Beschreibungen der Differenz thematisiert wird, wohingegen in linksorientierten Interviews Nähe und Mitgefühl unterstrichen werden. Konsens herrscht darüber, dass Integration grund-

sätzlich gelingen kann, auch wenn unter den Befragten mit rechter politischer Einstellung häufiger zwischen „integrationswilligen" und „integrationsunwilligen" Migrant:innen unterschieden wird. Dass sich die österreichische Kultur deutlich von jener der Zugewanderten unterscheidet, ist auch über die politischen Ansichten hinweg Konsens. Stellenweise sind paternalistische Haltungen deutlich, bei denen Migrant:innen etwa unterstellt wird, sie müssten beispielsweise erst an Werte einer gleichgestellten Gesellschaft gewöhnt werden. Diese Werte umfassen etwa Anstand, Gleichstellung der Geschlechter oder Höflichkeit und werden dabei als typisch österreichisch codiert. Migrant:innen wird aufgrund ihrer Herkunft unterstellt, dass sie diese Werte nicht kennen würden und sie diese erst lernen müssten.

Auffällig ist zudem der unterschiedliche Umgang mit dem von allen wahrgenommenen gesellschaftlichen Rechtsruck: Während einige linksorientierte Befragte versuchen, die Gegenseite zu verstehen und deren Ängste nachzuvollziehen, zeigt sich besonders bei jüngeren Befragten eine Position des Unverständnisses. Diese sind weniger bereit, rechte Positionen auf einer übergeordneten gesellschaftlichen Ebene zu analysieren. In den rechtsorientierten Interviews hingegen wird der Rechtsruck als logische Konsequenz auf wahrgenommene Bedrohungen gedeutet.

Auf die bereits im Kapitel zuvor erwähnten Deutungsmuster der Ethnisierung gesellschaftlicher Probleme und des Wohlfahrtschauvinismus wird im Folgenden nicht mehr eingegangen, sie werden als Umdeutungen von Oben-Unten-Ungleichheiten betrachtet.

Deutungsmuster in rechtsorientierten Interviews

Gute Migrant:innen, schlechte Migrant:innen

Ähnlich wie in Bezug auf Obdachlose ist die Unterscheidung zwischen „guten" und „schlechten" Migrant:innen auffällig, diese tritt vor allem in den rechtsorientierten Interviews auf. Bemerkenswert ist, dass sich Schilderungen zu Positiv-Beispielen oft auf das direkte soziale Umfeld wie etwa Kolleg:innen beziehen, wohingegen Erzählungen von Negativ-Beispielen abstrakt bleiben und kaum im sozialen Nahfeld der Befragten stattfinden – höchstens, wenn es sich um Begegnungen im öffentlichen Raum handelt, wie etwa in sogenannten „Problemvierteln", für das beispielsweise der Bahnhof Salzburg herangezogen wird.

Als Positiv-Beispiel werden oft Migrant:innen aus dem direkten Umfeld genannt, die sich durch Fleiß, gute Deutschkenntnisse und die Übernahme kultureller Gepflogenheiten wie beispielsweise der Teilnahme am Maibaum-Aufstellen auszeichnen, wie der folgende Interviewausschnitt verdeutlicht:

> IR2m, Z. 407 ff.: *„Die aktuelle Lage mit unserer Flüchtlingskrise ist so, dass sich viele nicht integrieren wollen, das gehört auch dazu [zu den wichtigen Themen, Anm.]. Aber es gibt natürlich auch sehr viele, die sich einleben, die unsere Kultur, unser Brauchtum gern annehmen und ich glaube, die auch Freude damit haben und gern bei uns sind.“*

Der Interviewausschnitt zeigt eine für die rechtsorientierten Interviews typische Form der Differenzierung zwischen „guten“ und „schlechten“ Migrant:innen anhand von Leistungs- und Integrationskriterien. Positive Integration wird durch Attribute wie Integrationsbereitschaft, kulturelle Anpassung und die Übernahme lokaler Bräuche definiert. Die Formulierung „die unsere Kultur, unser Brauchtum gern annehmen“ konstruiert dabei Integration als einseitigen Anpassungsprozess, zudem markiert das possessive „unsere“ eine klare Unterscheidung zwischen der Mehrheitsgesellschaft als Normgeberin und Migrant:innen als Normannehmer:innen. Als Negativ-Beispiel werden hingegen jene betrachtet, die sich „nicht integrieren wollen“. Die Zuschreibung mangelnder Willensbereitschaft verkürzt Integration zu einem moralischen Akt der Entscheidung für oder gegen Integration. Strukturelle Barrieren oder gesellschaftliche Ausschlussmechanismen werden dabei ausgeblendet. Diese moralisierende Komponente in der Integrationserwartung wird auch anhand der Formulierung „die auch Freude damit haben und gern bei uns sind“ suggeriert. So zeigt sich gelungene Integration nicht nur an äußerlicher Anpassung, sondern auch an der „richtigen“ inneren Haltung. Dies verstärkt den individualisierenden Charakter der Integrationsforderung.

Integration wird dementsprechend verstärkt als Integrations**leistung** betrachtet, was grundsätzliche Vorbehalte gegenüber Migration und klare Hierarchien zwischen Mehrheitsgesellschaft und Zugewanderten offenbart: Migrant:innen stünden aufgrund der Aufnahmebereitschaft des Aufnahmelands – in diesem Fall Österreich – in der Schuld, sich durch Leistung zu revanchieren. Es zeigt sich, dass Flucht nicht als universelles Recht, sondern als Tauschgeschäft wahrgenommen wird, in dem eine Aufenthaltsbewilligung gegen Leistung getauscht wird. Gleichzeitig werden strukturelle Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Migrationsbedingungen ausgeblendet.

Eine Fortführung der Unterteilung zwischen „guten“ und „schlechten“ Migrant:innen liegt in der paternalistischen Äußerung von Anpassungsformen. Dabei werden vermeintliche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen der Aufnahmegesellschaft und Migrant:innen konstruiert, welche in weiterer Folge als Grundlage für die An- bzw. Aberkennung von Sozialleistungen gelten. Der folgende Interviewausschnitt verdeutlicht dies, der Befragte beantwortet die Frage nach seiner politischen Einstellung folgendermaßen:

> IR5m, Z. 179 ff.: *„Aber solange sich die Leute anständig aufführen, ihre Frauen auch anständig behandeln– wie soll ich sagen– einfach nicht schlagen, das ganze Zeug, wo ich mir denke, wir sind in Österreich, behandle deine Frau vernünftig. Du bist nicht mehr da unten, wo jeder auf dich schaut. Einfach, wenn sie sich vernünftig benehmen, habe ich kein Problem damit. Oder hat auch kein Mensch was dagegen. Da kann jeder, das sagt glaube ich jeder in der Hinsicht, wenn sie sich vernünftig benehmen, habe ich kein Problem damit. Aber ich bin eigentlich nur menschlich. Also darf ich mich da nicht unbedingt als rechts bezeichnen.“*

Die Formulierung „anständig aufführen“ konstruiert eine Verhaltensnorm, die besonders auf geschlechtsspezifische Wertevorstellungen abzielt. Interessant ist dabei, dass in den rechtsorientierten Interviews Frauenrechte ausschließlich in diesem Kontext erwähnt werden. Die Unterstellung, Frauen würden insbesondere von Männern mit islamischem Glaubensbekenntnis nicht „anständig“ behandelt werden, zeugt von Paternalismus. Die rhetorische Strategie der Verallgemeinerung und der moralischen Selbstpositionierung schafft zum einen vermeintlich Distanz zum Gesagten und dient zum anderen der Legitimation der eigenen Position. Die präventive Distanzierung von rechten Positionen erfolgt dabei parallel zur Reproduktion kulturalistischer Stereotype.

Eine kulturelle Differenz wird nicht nur moralisch konstruiert, sondern auch geografisch („da unten“ vs. „in Österreich“), was eine zivilisatorische Hierarchie impliziert und die Herkunftsländer von Migrant:innen als rückständig markiert. Zudem wird im Sinne der Autoritarismustheorie deutlich, dass bei den rechtsorientierten Befragten die Vorstellung einer hierarchischen Gesellschaft vorhanden ist, in der sich diese über den Migrant:innen verorten. Dies ist zwar per se nicht als autoritär einzuordnen – in Anbetracht der ökonomischen Situation und des sozialen Status der Befragten im Vergleich zu Geflüchteten ist dieser Befund korrekt – aber die abgeleitete Anspruchshaltung, aufgrund derer Migrant:innen weniger Rechte

zugesprochen werden, kann im Sinne der Einforderung von Etabliertenvorrechten im Sinne Heitmeyers als autoritäre Aggression verstanden werden. Zudem wird eine ethnozentrische Deutung offenkundig: Die eigene österreichische Kultur wird als Maßstab gesetzt, an dem andere Kulturen gemessen und als minderwertig eingestuft werden. Dies entspricht dem von Herrmann218 beschriebenen Mechanismus des Ethnozentrismus, bei dem die Überhöhung der eigenen Kultur bei gleichzeitiger Abwertung anderer aggressive Haltungen gegenüber jenen Gruppen legitimiert, die als Bedrohung der eigenen kulturellen Werte wahrgenommen werden.

Integration wird in erster Linie als einseitige Anpassungsleistung an vermeintlich „typisch österreichische" bzw. „westliche" Normen definiert. In diesem Fall werden Geschlechternormen instrumentalisiert, um diesen Anpassungsdruck und die kulturelle Differenz zu unterstreichen. In den meisten Interviews erfolgt dieser Hinweis auf kulturelle Differenz jedoch nicht auf Basis von Geschlechternormen, sondern entlang der Argumentation unterschiedlicher Leistungsbereitschaft.

Diese Annahme einer kulturellen Differenz weist in einigen Interviews – wie bereits beschrieben – Züge der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auf und kippt insbesondere in einem Interview in Rassismus. Die Schilderungen des Befragten sind deutlich geprägt von Vorstellungen der Selbstdurchsetzung und der Leistungsbereitschaft. Er beschreibt zuvor ausführlich seinen beruflichen Werdegang, auf dem er aufgrund seiner hohen Leistungsbereitschaft immer wieder diskriminiert worden sei. Seine Vorstellungen von Gemeinschaft sind dabei stark libertär geprägt und orientieren sich an der Leistungsfähigkeit von Individuen. Er unterscheidet – nicht nur in Bezug auf Migration, sondern generell – stark zwischen wertvollen und nicht wertvollen Mitgliedern der Gesellschaft. Der erste Ausschnitt etabliert eine grundsätzliche Bedingung für gesellschaftliche Anerkennung. Darin wird eine Hierarchie zwischen der Mehrheitsgesellschaft als Bewertungsinstanz und den Migrant:innen als zu Bewertenden impliziert:

> IR7m, Z. 1169 f.: *„Wenn er eine positive Einstellung zur Immigration hat, dann kann der für die Gemeinschaft sehr wohl ein interessantes und gutes Beispiel werden."*

Dass diese Hierarchie auf einer grundlegenden Annahme von kultureller Differenz fußt, zeigt der zweite Abschnitt:

> IR7m, Z. 486 ff.: *„Unkontrollierter Zuzug, das geht nicht. Dass man jemanden mit Samthandschuhen anfasst, der das nicht gewöhnt ist, bzw.*

falsch versteht, das geht nicht. Also ich vergleiche das oft damit, wie in Australien durch die [...] [Siedler, Anm.] Katzen auf den Kontinent gekommen sind. Und innerhalb von 20, 30, 50, 100 Jahren, die einheimische Fauna und Flora dezimiert und ausgerottet haben, das passiert momentan. [...] Also ich habe da keinen Bock drauf, jemanden in seinen radikalen Ansichten [finanziell zu unterstützen, Anm.], der aus unserem gemeinschaftlichen Topf lebt. Der sich so sein Schlaraffenland oder seine Wohlfühloase bauen konnte und dann irgendwo radikal wird. [...] Und leider Gottes, wie gesagt, die Kunden, die ich habe, aus Ländern aus denen die Flüchtlinge kommen, die sagen selber, dass das in ihrem Land nicht geachtete Mitbürger sind bzw. Mitbürger, die sie auch als problematisch sehen."

Die dehumanisierende Naturmetapher offenbart den zugrundeliegenden Rassismus. So konstruiert der Vergleich mit invasiven Katzenarten in Australien Migration als existenzielle Bedrohung einer vermeintlich natürlichen Ordnung. Diese biologistische Metaphorik ist ein klassisches Element rassistischer Ideologie. Die Beschreibung, dass Migrant:innen in Österreich in einem „Schlaraffenland" leben würden, reproduziert das Narrativ ungerechtfertigter Privilegierung. Die Verknüpfung von Sozialleistungen mit Radikalisierung konstruiert dabei einen kausalen Zusammenhang zwischen Wohlfahrtsstaat und vermeintlicher Bedrohung. Die durchgängige Orientierung an individueller Leistung und in Bezug auf einen Verwertungszweck für die Gesellschaft zeigt, wie libertäre Leistungsideologie in explizit rassistische Ausschlussmechanismen übergehen kann. Dies verdeutlicht die Gefahr einer Radikalisierung meritokratischer Narrative im Kontext von Migration.

Kontrollverlust und die Angst vor der „Islamisierung"

Narrative des Kontrollverlusts zeigen sich in den Interviews hauptsächlich in Zusammenhang mit der Religion von Migrant:innen. Sie werden automatisch als Menschen muslimischen Glaubens interpretiert. Der muslimische Glaube wird als Bedrohung für die österreichische Kultur betrachtet, weil dieser durch die Anspruchshaltung der Migrant:innen Traditionen verdränge, wie es die Aussage der einzigen weiblichen Befragten aus dem rechtsorientierten Milieu zeigt:

IR3w: Z. 361 ff.: *„Es war ein Riesenaufstand bei uns in Salzburg, da hat eine Schule verboten, dass [...] die Mädels total vermummt [in die Schule kommen]. Also Kopftuch ja, aber alles andere nein. Und sie müssen, wenn sie in der Schule sind, Deutsch reden. Sie dürfen nicht in einer Muttersprache reden. Da gab es einen Riesenaufstand und ich habe mir*

gedacht, ‚ich verstehe es nicht', weil wenn ich in der Türkei wäre oder in Israel oder wo auch immer, dann wäre ich auch nicht so [...] wir ändern es [unsere Traditionen, Anm.] einfach und für uns geht da auch Kultur verloren. Also gerade jetzt das Klassenkreuz oder die Nikolausfeier oder das Laternenfest oder solche Geschichten. Für uns geht da Kultur verloren, weil wir uns da fügen für etwas, was uns aber ausmacht als Land, als gesamtes Land."

Die Schilderung der Aufregung um Kleidungsvorschriften und Sprachregelungen in der Schule wird als Beispiel für einen vermeintlichen kulturellen Kontrollverlust instrumentalisiert. Die Beschreibung, dass junge Schüler:innen „total vermummt" in der Schule auftreten würden, reproduziert dabei islamfeindliche Stereotype, während die grundsätzlich akzeptierende Haltung zum Kopftuch eine scheinbar moderate Position suggeriert. Besonders aufschlussreich ist die hypothetische Gegenüberstellung mit anderen Ländern. Diese rhetorische Strategie konstruiert ein Bild strengerer kultureller Regelungen in – vermeintlich – muslimisch geprägten Ländern, um restriktive Maßnahmen im eigenen Kontext zu legitimieren. Im gesamten Verlauf erfolgt eine deutliche Grenzziehung zwischen Innen und Außen bzw. „uns" und „ihnen", Migrant:innen wird eine grundsätzliche Andersartigkeit unterstellt und Gemeinsamkeiten werden negiert. Die Aufzählung christlich konnotierter Traditionen zeichnet dabei ein homogenes Bild österreichischer Kultur, das durch muslimische Präsenz als bedroht erscheint. Der Abschnitt verdeutlicht die Wahrnehmung eines Kontrollverlusts über kulturelle Deutungshoheit. Religion wird dabei als Marker kultureller Differenz instrumentalisiert, um Ausschlussnarrative zu legitimieren. Die automatische Gleichsetzung von Migration mit muslimischem Glauben zeigt die Verschränkung von kulturellen und religiösen Zuschreibungen in der Konstruktion des „Anderen".

Die Angst vor dem Kontrollverlust ist stark ausgeprägt, auch in anderen Interviews:

IR6m, Z. 424: *„Ich finde das total daneben, dass es kein Morgengebet mehr gibt oder dass es kein Kruzifix mehr in der Klasse hängen gibt. Es wird ja eindeutig der christliche Glaube aus den Schulen oder aus dem öffentlichen Leben verdrängt, aber man muss so viel Nachsicht mit dem muslimischen Glauben haben, weil man ja sonst andere Leute unterdrückt oder in ihrer Freiheit irgendwie einschränkt. Finde ich dämlich, finde ich komplett blöd. [...] Ich finde, entweder man bleibt bei unserer Kultur, aber man sollte unsere Kultur nicht rausnehmen aus dem öffentlichen Leben und*

eine andere Kultur so mit Samthandschuhen anfassen, dass sie einfach überhandnimmt. Da habe ich Angst davor. Das glaube ich würde auch früher oder später passieren, diese Islamisierung in Europa, von denen die Leute reden oder von denen gewisse Leute reden.“

Der Interviewausschnitt offenbart ein Deutungsmuster, das sich um die vermeintliche Verdrängung christlicher Traditionen aus dem öffentlichen Raum durch zunehmende Migration von Menschen muslimischen Glaubens strukturiert. Exemplarisch für dieses Deutungsmuster ist, dass im Zentrum des Narrativs ein drohender Verlust steht, welcher den Ausgangspunkt der Deutung bildet: Die Beispiele des verschwundenen Morgengebets und des Kreuzes aus den Klassenzimmern werden als Symbole eines kulturellen Verlustes instrumentalisiert. Der Befragte vermutet eine Doppelmoral: Während christliche Symbole verdrängt würden, erfahre der muslimische Glaube eine privilegierte Behandlung. Die emotionale Sprache unterstreicht dabei die affektive Dimension dieser Wahrnehmung. Das zentrale rhetorische Muster bildet die Konstruktion einer asymmetrischen Behandlung religiöser Ausdrucksformen. Die Formulierung „Nachsicht mit dem muslimischen Glauben“ suggeriert eine vermeintliche Privilegierung, die durch die Metapher der „Samthandschuhe“ verstärkt wird. Auffällig ist die ironische Verwendung liberaler Argumente, die als vorgeschobene Begründungen für diese Ungleichbehandlung dargestellt werden und als Schuldzuweisung betrachtet werden können – dass ein Verlust eingetreten ist und weitere Verluste drohen, sei auf den Liberalismus zurückzuführen. Den Höhepunkt des Bedrohungsnarrativs bildet die Beschwörung einer „Islamisierung Europas“, einer Verschwörungstheorie, die vor allem von der rechtsextremen Identitären Bewegung verbreitet wird. Bemerkenswert ist hier die rhetorische Distanzierung von dieser Aussage bei gleichzeitiger inhaltlicher Übernahme dieser Vorstellung. Diese Argumentationsstrategie ermöglicht es, rechtsextreme Narrative zu reproduzieren, ohne diese als eigene Einstellung darzustellen.

Dieses Verlustnarrativ beschreibt Andreas Reckwitz in seinem aktuellen Werk als „strukturelle Disposition für den Populismus“[219]. Ziel des Populismus, wie es Reckwitz nennt, sei es, die heterogenen Verlusterfahrungen und -ängste dauerhaft zu befeuern, um daraus politisches Capital zu schlagen[220]. Passend zu Reckwitz Ausführungen präsentiert sich auch in dem letzten Abschnitt eindeutig ein Verantwortlicher für diesen drohenden Verlust – in diesem Fall ein abstrakter Liberalismus. Reckwitz beschreibt in diesem Zusammenhang einen Mechanismus negativer Affektivität, der ebenfalls deutlich wird.

Forderung nach Remigration zwischen legitimer Meinungsäußerung und Deportationsfantasien

Ein weiteres Bild im Interviewleitfaden zeigte eine Gruppe Demonstrierender, die ein Banner mit der Aufschrift „Remigration jetzt!“ tragen. Der Begriff „Remigration“ wurde maßgeblich von der rechtsextremen Identitären Bewegung geprägt, welche damit bereits seit längerer Zeit ihre Forderung nach massenhafter Abschiebung von Geflüchteten ausdrückt. Der Ausdruck ist Teil der sogenannten „Reconquista“ – also Rückeroberungsstrategie, die im rechtsextremistischen Kontext durch die Verschwörungstheorie des „großen Austauschs“ gerechtfertigt wird, laut derer die deutschnationale Bevölkerung gezielt durch gelenkte Migration ausgelöscht werden solle[221]. Die identitäre Bewegung präsentierte im November 2023 einen Deportationsplan unter diesem Begriff, der sich nicht nur gegen Migrant:innen richtete, sondern auch gegen deutsche Staatsbürger:innen mit Migrationshintergrund. Diese offene Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien wurde bereits 2019 von Björn Höcke vorweggenommen, als er ein „groß angelegtes Remigrationsprogramm“[222] ankündigte. Der Begriff wurde sowohl von der AfD als auch der FPÖ verwendet[223]. Forscher:innen gehen davon aus, dass der Begriff bewusst in einer zweideutigen Form, in der auch das Argument, es handele sich lediglich um die Forderung nach Ausweisung straftätiger Migrant:innen verwendet wird, damit er Anknüpfungspunkte für die „Mitte“ der Gesellschaft bietet. Die Analyse zeigt, dass diese Strategie teilweise gelingt.

Die Reaktionen in den rechtsorientierten Interviews auf das Thema Remigration zeigen ein breites Spektrum an Positionen unter den Befragten. Die gemäßigteren Stimmen differenzieren zwischen verschiedenen Gruppen von Migrant:innen, wobei sie Integrationswilligkeit und Rechtstreue als zentrale Kriterien anführen. Sie lehnen pauschale Ausweisungen ab, befürworten aber Abschiebungen bei Straffälligkeit oder mangelnder Anpassung – darin spiegelt sich auch die Diskursverschiebung von rechts wider.

Einige Befragte sehen Remigration als legitimen Ausdruck politischer Unzufriedenheit und Teil der Meinungsfreiheit. Sie kritisieren die vermeintliche Kriminalisierung entsprechender Positionen. Dabei wird Remigration oft mit Integrationsanforderungen verknüpft – wer sich anpasst, darf bleiben. Am äußeren Rand des rechten Spektrums finden sich auch radikalere Positionen, die offen rassistische Begründungen für Remigration anführen und teilweise NS-Vokabular verwenden. Diese Haltungen stehen in auffälligem Kontrast zu deren persönlichen Beziehungen mit Migrant:innen: die jeweiligen Befragten bezeichnen Migrant:innen als Teil ihres sozialen

Umfelds. Selbst innerhalb der rechtsorientierten Interviews ist somit ein Spektrum beobachtbar, das in sich oftmals widersprüchlich erscheint, wie folgende Deutung einer Befragten veranschaulicht. An einer früheren Stelle im Interview thematisiert die Befragte strukturelle Probleme der Integrationspolitik. Sie kritisiert die Unterbringung in Asylunterkünften bei gleichzeitigem Arbeitsverbot und sieht Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe:

> IR3w, Z. 346 ff.: *„Also ich kann jetzt nicht sagen, auf der einen Seite stecken wir sie in Asylantenheime, auf der anderen Seite lassen wir sie aber nicht arbeiten, gar nichts machen nämlich, gar nichts. Also sowas wie, weiß ich nicht, Park säubern oder so. Dann haben wir keine Lösung für diejenigen, die sich nicht an die Spielregeln halten. Und gleichzeitig lassen wir sie aber in diesen Asylantenheimen total verdummen und blöd werden, weil sie eben nichts tun dürfen. Und wir stecken die gemeinsam mit denen in die Heime, mit denen sie sich in ihrem eigenen Land bekriegen und wundern uns dann, dass auf zusammengepferchtem Raum, inklusive Langeweile, die Wogen hochgehen.“*

Statt individuelle Defizite zu betonen, benennt die Befragte institutionelle Widersprüche. Für die Interviewte ist nicht klar, weshalb Asylwerber:innen nicht arbeiten dürfen. Auch wenn ihre Formulierung paternalistische Züge enthält und Geflüchteten, die auf eine Aufenthaltsbewilligung warten, nur basale Tätigkeiten zugesteht, ist dies das einzige Interview im rechten Spektrum, das strukturelle Probleme adressiert. Insbesondere die Zusammenlegung potenziell verfeindeter Gruppen wird als Problem erkannt. Die Metapher des „Zusammenpferchens“ verdeutlicht dabei die räumliche Dimension des Problems. Darin steckt auch eine fundamentale Kritik an der Gleichgültigkeit und mangelnden Treffsicherheit administrativer Vorgänge. Die Befragte deutet in diesem Abschnitt Konflikte nicht als importiertes Kulturproblem, sondern als Resultat struktureller Bedingungen.

Jedoch nimmt die gleiche Befragte, die zuvor noch strukturelle Bedingungen kritisiert hat, den Begriff „Remigration“ nicht als etwas Negatives wahr, sondern empfindet ihn als legitimen Ausdruck der Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen und Forderung nach Ausweisung straffällig gewordener Migrant:innen:

> IR3w, Z. 395: *„Jeder kann kommen, der sich fügt, der sich integriert, aber der darf sich nichts zu Schulden kommen lassen.“*

An dieser Stelle wird ein Bruch deutlich sowie die Wirkungsform der beabsichtigten Diskursverschiebung nach rechts. Ihre Aussage etabliert ein

klassisches Konditionalprinzip der Integration, das Aufenthaltsrecht an Anpassung knüpft und im Kontrast zur zuvor geäußerten Position steht. Diese scheinbar moderate Position öffnet Anschlussstellen für rechtsextreme Deutungsmuster, indem sie die Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Migrant:innen reproduziert und Begriffe wie Remigration nicht zurückweist, sondern die damit verbundenen Proteste zumindest zum Teil legitimiert. Dass diese Verschiebung gelingt, indem sich die breite Masse mit dem Konzept der Remigration auseinandersetzt, zeigt das folgende Zitat – wenngleich der Befragte auch Grenzen aufzeigt:

> IR1m, Z. 746 ff.: *„Es ist halt so, dass da teilweise Sachen genannt werden, […] die ich nicht unterstütze. Wenn es da irgendwie Themen gibt, wo es antisemitisch oder beleidigend […] wird, das braucht man sicher nicht. Wichtig ist der öffentliche Diskurs. Trotzdem sage ich, das hat seine Berechtigung. Die Leute wird es nach wie vor geben. Sie sollen es auch vortragen dürfen. Soll nicht verboten werden. […] Ich sage: wer die Staatsbürgerschaft besitzt, der hat ja ein Recht, hier zu bleiben. Aber es sind halt wieder die gleichen Themen. Man muss sich einfach dem sozialen System irgendwo unterordnen.“*

Wenngleich der Befragte seine Ablehnung extremistischer Forderungen äußert und antisemitische Äußerungen als Grenze der Meinungsfreiheit definiert, wird die grundsätzliche Legitimität von Remigrationsforderungen nicht infrage gestellt. Im Gegenteil: Sie werden als Teil eines Spektrums im gesellschaftlichen Diskurs betrachtet. Dies ist besonders bemerkenswert, da das darauffolgende Bild Klimaproteste zeigt und diese im Gegensatz zu Remigrationsforderungen sowohl in diesem als auch in anderen Interviews außerhalb dieses Spektrums verortet werden. Dass sich der Befragte selbstinitiativ von der Ausweisung von Bürger:innen mit Staatsbürgerschaft abgrenzt, deutet darauf hin, dass er sich der Mehrdeutigkeit des Begriffs und damit auch der Kritik daran bewusst ist. Zudem verdeutlicht der zweite Satz, wie die gewollte Diskursverschiebung funktioniert. So wird aus der Ablehnung des Remigrationskonzepts – also einem „Nein“ ein „Nicht ganz, aber“.

Betrachtet man die Deutungsmuster in den rechtsorientierten Interviews, lässt sich eine Eskalation menschenfeindlicher Positionen beobachten, die Heitmeyers konzentrischem Eskalationsmodell entspricht. Dieses Modell beschreibt, wie Ideologien der Ungleichwertigkeit den Legitimationsfundus für eine zunehmende Radikalisierung bilden. Die äußerste Schicht des Modells, die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, zeigt sich in der grundlegenden Grenzziehung zwischen „Innen“ und „Außen“, die in allen

rechtsorientierten Interviews beobachtbar ist. Das Leistungsnarrativ dient dabei als legitimatorischer Rahmen: IR5 artikuliert dies in einer charakteristisch paradoxen Struktur, wenn er Migrant:innen einerseits mangelnde Leistungsbereitschaft vorwirft, andererseits ihre potenzielle Konkurrenzfähigkeit als Bedrohung wahrnimmt. Diese Konstruktion von Ungleichwertigkeit bildet die Basis für weitere Radikalisierungsschritte.

Die nächste Schicht des Modells, das autoritär-nationalradikale Milieu, wird von IR7 eingeleitet. Die zunächst scheinbar sachliche Kritik am Steuersystem offenbart autoritäre Kontrollansprüche und aggressive Ausgrenzungsforderungen entlang von libertären Deutungen:

> IR7m, Z. 1203 ff.: *„Es ist de facto so, dass wir extrem viel Abgaben von unserem Bruttolohn zahlen. […] Und wenn er dann dieses Brutto am Lohnzettel auf dem Konto drauf hat, und das heißt, der verdient Hausnummer 2200, 2300 Euro und hat 4000 Brutto, die kriegt er überwiesen. 4000 hat er auf seinem Konto und dann kommen die diversen Institutionen daher. Die Lohnsteuer, die Sozialversicherung, spätestens nach 5 Jahren, wo er noch nie nicht krank war, wo er kaum was gebraucht hat, wo er kaum ein Arztrezept gehabt hat, wird er sagen ‚Leute seid ihr deppert?' Mir reißt ihr da jetzt die Hälfte von meinen 4000 Euro weg, nur damit der Hansi-Bub, der faule Sack, die nächsten Urlaubszuschüsse oder Einrichtungszuschüsse und sonstiges kriegt. Und der faule Hund, das weiß ich ganz genau, der könnt hackeln gehen, der will nur nicht. Oder der Fredi, […] der eh ein Tachinierer ist, das gesamte Gesundheitssystem ausnimmt und die Kosten verursacht, ich soll für den mitzahlen? Nein, sicher nicht. Da würden dann die Leute untereinander mehr anecken. Weil wenn dir mit 4000 Euro einer mit 2000 in die Geldtasche greift, dann akzeptierst du das vielleicht ein, zwei Mal, aber spätestens beim dritten Mal platzt dir der Kragen und du sagst ‚Wenn du mir da nochmal reingreifst, dann dusch ich dir eine auf die Finger.' […] Früher hat es die gesunde Watschn gegeben, bzw. da haben die Leute sozial einen Druck aufbauen können."*

Der Befragte konstruiert auf rhetorischer Ebene zunächst eine scheinbar sachliche Kritik am Steuersystem, die dann in eine aggressive Ablehnung des Solidarprinzips übergeht. Die Verwendung von Alltagssprache und fiktiven Charakteren trägt zur Emotionalisierung und Personalisierung abstrakter Verteilungskonflikte bei. Auf der ideologischen Ebene zeigt sich eine charakteristische Verbindung von Leistungsideologie und autoritärer Aggression: Das Solidarsystem wird als illegitimer Eingriff in persönliches Eigentum umgedeutet, Erwerbslose bzw. kranke Personen werden durch

Begriffe wie „Tachinierer“ moralisch delegitimiert. Konkurrenzdenken und eine Haltung des „survival of the fittest“ bestimmen das Denken dieses Befragten, nicht Zusammenhalt oder Gemeinschaft. Besonders aufschlussreich ist der letzte Satz, in dem der Befragte gewaltvolle Handlungen und sozialen Ausschluss als Mechanismen sozialer Kontrolle positiv hervorhebt.

In seiner Interpretation des Remigrationskonzepts wird die autoritäre Kontrollorientierung noch deutlicher:

> IR7m, Z. 1126 ff.: *„Remigration, du meinst jetzt das Rücksenden? Von den richtigen Ja, die gehören weg. Also jene, die es nicht verstanden haben, was für Vorzüge, dieses Land unser Land bietet und das mit Füßen treten, unsere Werte, die können weg. Da können selbst unsere weg. Das ist zwar schwieriger, weil sie ja die Staatsbürgerschaft schon haben, aber denen gehört es dann über den Rechtsweg entsprechend schwer gemacht.“*

Die Grenzziehung zwischen „richtigen“ und „falschen“ Menschen ist in der Logik des Interviewten nicht auf Migrant:innen beschränkt, sondern gilt generell für alle Menschen, auch jene mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Diese Unterscheidung etabliert eine vermeintlich legitime Selektionslogik, die jene ausschließt, die sich nicht an österreichische Werte gebunden sehen. Österreichische Werte zeichnen sich aus Sicht des Befragten nicht etwa durch Hilfsbereitschaft oder Respekt der Demokratie aus, sondern durch Leistung, wie das restliche Interview zeigt. Die Konstruktion einer Wertegemeinschaft basiert dementsprechend vor allem auf der Leistungsfähigkeit und dem Leistungswillen. Dieser Vorstellung liegt eine hierarchische Gesellschaftsvorstellung zugrunde, an deren Spitze jene stehen, die mehr leisten als andere, was im Sinne des Autoritarismus als sozial dominant gewertet werden kann. Die vermeintlich aktive Missachtung der Werte Leistung und Fleiß rechtfertigt eine Ausweisung, ohne dabei Rücksicht auf das geltende Recht zu nehmen. Darin offenbart sich ein instrumentelles Rechtsverständnis: Recht wird nicht als Schutz, sondern als belieb einsetzbares Mittel zur Durchsetzung von Ausgrenzung begriffen. Diese Verknüpfung von Wertediskurs und Ausgrenzungslogik verdeutlicht die potenzielle Radikalisierung des Remigrationskonzepts über den Migrationsdiskurs hinaus.

Die dritte Schicht des Modells, das systemfeindliche Milieu, manifestiert sich bei IR6. Dieser Befragte stellt einen Sonderfall in den vorliegenden Interviews dar. In seiner Biografie deuten sich Brüche an, er beschreibt sich selbst rückblickend als „schwieriges Kind“. In seiner Jugendzeit war er in

rechtsextremen Kreisen aktiv, was im Kontrast zu seinem familiären Hintergrund steht: Seine Eltern beschreibt er als linksorientiert. Den Einstieg in die rechte Szene führt er zum einen auf jugendliche Rebellion gegen das Elternhaus, zum anderen auf den Einfluss eines älteren Familienmitglieds zurück. Seine Haltungen sind von Widersprüchen geprägt: Er betont einerseits seinen diversen Freundeskreis und lobt gelungene Integration, betont aber als wichtigste Elemente in seinem Leben *„Familie, Volk, Vaterland“* (Z. 167). Er befürwortet Klimaschutz und zeigt Verständnis für radikale Protestformen, vertritt aber gleichzeitig autoritäre und völkische Positionen. Er erkennt die wirtschaftliche Notwendigkeit von Migration an und lobt die Arbeitsbereitschaft vieler Migrant:innen, befürchtet aber eine „Islamisierung“ Europas. Diese paradoxen Positionen kulminieren in seiner Vision eines politischen Systems: Er befürwortet zunächst eine temporäre Diktatur zur „Säuberung“, die dann in eine direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild übergehen soll. Dabei ist er sich der Widersprüche in seinen Positionen durchaus bewusst – etwa, wenn er den Verlust seiner engsten Freunde als Preis für die „Rettung der weißen Rasse“ in Kauf nehmen würde – hält aber dennoch an seiner völkisch-rassistischen Ideologie fest, die er über persönliche Beziehungen stellt. Hier zeigt sich nicht nur eine klare Systemfeindlichkeit, sondern auch eine explizite Gewaltbereitschaft. Darin offenbart sich eine tiefgreifende rechtsextreme Radikalisierung mit systemfeindlicher Orientierung. Der Befragte stilisiert den Nationalsozialismus als mythischen „Punkt Null“ und legitimiert potenzielle Gewaltverbrechen als notwendiges Übel für eine bessere Zukunft.

Diese Radikalisierung wird durch spezifische rhetorische Strategien legitimiert, wie sich in IR6s Deutung des Remigrationsprotests zeigt:

> IR6m, Z. 451 ff.: *„Sympathische junge Leute. Ja, wenn es überhandnimmt einfach. Man muss halt schauen, keine Ahnung. Nicht alles absegnen. Man darf auch gerne mal auf die Straße gehen und seiner Meinung einfach freien Lauf lassen und mal einfach alles raushauen was man will. […] Das sind die Menschen, die dann in Polizeikontrollen kommen, die von dem Staatsschutz überwacht werden oder sonst irgendwelchen Blödsinn. Das sind halt einfach Leute, die auf solche Demonstrationen gehen. Die sind einfach rechtsradikal. Aber es ist halt einfach nicht so. Eine alte Dame wie hier im Bild ist doch keine Verbrecherin.“*

Der Interviewausschnitt zeigt eine Verharmlosung rechtsextremer Positionen durch ihre Einbettung in einen Opferdiskurs und ihre Rahmung als legitime Meinungsäußerung. Die Aussage „wenn es überhandnimmt“ konstruiert

einen vermeintlichen Kipppunkt, ab dem Migration als existenzielle Bedrohung wahrgenommen wird und Gegenwehr legitim erscheint. Als Reaktion darauf müsste man sich gegen den als übermächtig empfundenen Staat wehren. Die Darstellung der Protestierenden als „sympathische junge Leute“ und der Verweis auf „die alte Dame“ dienen der Normalisierung rechtsextremer Akteur:innen als Teil einer bürgerlichen Protestbewegung. Durch die Gegenüberstellung eines legitimen Protests mit Polizeikontrollen und Staatsschutzüberwachung wird eine Viktimisierung konstruiert, wodurch die politische Forderung nach Remigration in den Hintergrund rückt. Die explizite Benennung als „rechtsradikal“ bei gleichzeitiger Ablehnung dieser Kategorisierung ist aufschlussreich: Sie zeigt das Bewusstsein für die politische Einordnung bei gleichzeitigem Versuch, diese durch einen Freiheitsdiskurs zu legitimieren. Die Protestierenden werden so zu vermeintlichen Opfern staatlicher Repression stilisiert, die sich gegen erfahrenes Unrecht zur Wehr setzen müssen.

Diese Verschränkung von Viktimisierung, Normalisierung und Freiheitsdiskurs verdeutlicht die rhetorischen Strategien, mit denen rechtsextreme Positionen in einen legitimen öffentlichen Diskurs überführt werden sollen. Wenngleich nicht alle rechtsorientierten Befragten auch rechtsextreme und menschenfeindliche Positionen im Hinblick auf Migration vertreten, ist bei allen eine Grenzziehung zwischen Innen und Außen feststellbar, welche Anknüpfungspunkte und Legitimationspotenzial für rechtsextreme Positionen bieten. Diese Form der diskursiven Grenzverschiebung entspricht dem, was Heitmeyer (2018) als „Eskalationskontinuum“[224] und Zick et. al. (2023) als „Eskalationsspirale“[225] bezeichnen, bei der extremistische Positionen durch ihre scheinbare Diskursfähigkeit sukzessive an Legitimität gewinnen.

Diese rhetorischen Methoden sind Teil einer bewussten Diskursstrategie der Neuen Rechten. Wie Frank Gradinger und Elena Simon in ihrer Analyse zu rechten Kommunikationsstrategien aufzeigt, nutzen rechtsautoritäre und rechtsextreme Akteure gezielt die Strategie der kalkulierten Ambivalenz: Dabei werden radikale Positionen so formuliert, dass sie einerseits von der eigenen Anhänger:innenschaft als klare ideologische Aussage verstanden werden, während gleichzeitig eine moderatere Lesart für die breite Öffentlichkeit angeboten wird. Diese „Sowohl-als-auch“-Strategie ermöglicht es, extremistische Inhalte in den Mainstream-Diskurs einzuspeisen und dabei den Vorwurf des Extremismus durch vermeintlich harmlosere Interpretationsangebote abzuwehren[226]. Dabei kommt der gesellschaftlichen „Mitte“ eine besondere Bedeutung zu, denn sie trägt wesentlich zur Normalisierung

und Umsetzung rechtsextremer Ideen bei – selbst dann, wenn rechtsextreme Positionen vermeintlich entschärft aufgegriffen werden: „Das kann zur Folge haben, dass antidemokratische Wert- und Normorientierungen befördert und in der politischen Kultur etabliert werden.“[227]

Deutungsmuster in linksorientierten Interviews

Erwartungsgemäß finden sich in den linksorientierten Interviews zum Teil gegensätzliche Argumentationen zu jenen im rechtsorientierten Milieu, es gibt jedoch auch Überschneidungen in den Deutungsmustern. So sehen die Interviewten in diesem Bereich Migration überwiegend als Chance und stehen Einwanderung positiv gegenüber. Diese Bejahung fußt jedoch in einigen Interviews auf einer Verwertungslogik, in der Migrant:innen als Bereicherung gesehen werden, weil sie Arbeit verrichten, der sonst niemand nachgehen möchte. Wie auch in den rechtsorientierten Interviews wird Migration auf einer Meta-Ebene mit Sorge betrachtet und als Auslöser für einen zunehmenden Rechtsruck interpretiert. Diesen lehnen die Befragten eindeutig ab.

Migration als Menschenrecht und Chance

Migration wird in den linksorientierten Interviews nicht nur als Chance wahrgenommen, sondern auch als Gradmesser für die Inklusionsfähigkeit einer Gesellschaft herangezogen. Dies zeigt sich besonders in den Reaktionen auf das Bild einer traditionellen Maifeier mit Frauen in Tracht, unter ihnen eine Schwarze Frau. Während dieses Bild durchgängig positiv bewertet wird, unterscheiden sich die Interpretationsmuster: Zwar sehen beide politischen Lager die Akzeptanz von Traditionen als Zeichen gelungener Integration, doch knüpfen linksorientierte Befragte die Traditionen an Bedingungen. Für sie stellen Traditionen und Bräuche nur dann wertvolle gesellschaftliche Grundpfeiler dar, wenn sie ohne Zwang ausgeübt werden und Minderheiten einbeziehen. Sie verstehen Traditionen als Beitrag zum sozialen Zusammenhalt und als Ort der Begegnung.:

> IL3w, Z. 615 ff.: *„Also generell Traditionen, ich denke, dass irgendwie alle zusammenkommen. Wie gesagt, Traditionen sind aber auch nur dann schön, wenn wirklich alle daran beteiligt werden und wenn man da nicht wieder andere Menschen ausschließt.“*

Die Aussage der Befragten dokumentiert einen reflektierten Umgang mit Traditionen. Obwohl sie selbst keinen persönlichen Bezug zum Maibaum-Aufstellen hat, erkennt sie dessen gesellschaftliche Integrationsfunktion.

In ihrer Betonung der inklusiven Teilhabe zeigt sich ein demokratisches Verständnis von Tradition – nicht als ausschließendes Merkmal kultureller Zugehörigkeit, sondern als Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. Die Formulierung „nicht wieder andere Menschen ausschließt“ deutet auf ein historisches Bewusstsein für den exklusiven Charakter von Traditionen hin und markiert gleichzeitig eine klare Abgrenzung von diesem Verständnis.

Integration wird von den Befragten als Prozess gesehen, bei dem beidseitig kulturelle Identität bewahrt werden kann und der bereichernd wirkt. Grundlegend dafür ist die Auffassung von Migration als gesellschaftliche Normalität und humanitäre Notwendigkeit, wie der folgende Ausschnitt unterstreicht:

> IL4w, Z. 97ff.: *„Ich stehe [dem] positiv gegenüber, dass sich die meisten Menschen mittlerweile daran gewöhnen, dass viele Menschen mit unterschiedlicher Herkunft hier sind. Also ich finde, es ist wichtig, dass jeder das akzeptiert. Denn wir sind in einem Zeitalter, wo einfach eben sehr viele Menschen aus unterschiedlichen Ländern aus unterschiedlichen Gründen an einem Ort zusammenleben. Und ich bin sowieso der Meinung, Mensch ist Mensch. Also da spielt Herkunft keine Rolle. Und bezüglich der Flüchtlinge finde ich, dass es besonders wichtig ist, weil man weiß nie, was passiert und irgendwann könnte jeder in dieser Situation sein. Und da finde ich es wichtig, dass sie auch ein Zuhause haben.“*

Das Zitat zeigt einen humanistisch-universalistischen Orientierungsrahmen, der sich sprachlich in der Verwendung inklusiver Formulierungen und der Betonung der gemeinsamen Menschlichkeit äußert. Die Befragte konstruiert Migration als historische Normalität, sie deutet zudem einen gesellschaftlichen Lernprozess an, was darauf hinweist, dass Toleranz erlernt werden muss und ein gemeinsamer gesellschaftlicher Akt ist. Die mehrfache Verwendung des Modalverbs „müssen“ zeigt eine normative Position zur Akzeptanz von Diversität. Besonders aufschlussreich ist der Perspektivenwechsel bei der Thematisierung von Flucht. Die darin geäußerte hypothetische Selbstbetroffenheit wird als Legitimation für Aufnahme und Integration verwendet. Die Befragte betont dabei die Vielfalt der Migrationsgründe und -hintergründe. Die Formulierung „ein Zuhause haben“ deutet auf ein Integrationsverständnis hin, das über die bloße Daseinsversorgung hinausgeht und emotionale sowie soziale Dimensionen einschließt.

Zuwanderung und ein friedliches Zusammenleben werden darüber hinaus nicht nur als Merkmal einer fortschrittlichen und gleichberechtigten Gesellschaft betrachtet, sondern auch als Chance für den Arbeitsmarkt. Zudem treten auch in den linksorientierten Interviews Sorgen in Bezug auf die Integrationsfähigkeit auf:

> IL2m, Z. 685 ff.: *„Man kann nicht generell sagen, dass Zuwanderung gut oder schlecht ist. Aber natürlich, wenn wir keine Arbeitskräfte derzeit in Österreich haben, dann brauchen wir die. Und oft einmal ist es so, dass viele Österreicher oder viele Leute, die generell jetzt derzeit in Österreich leben und in Österreich leben dürfen, manche Jobs gar nicht machen wollen. Ich glaube nicht, dass jeder irgendwelche Klos oder Toiletten putzen will, glaube ich nicht. […] Aber auf der anderen Seite kann man auch sagen, dass auch Menschen aus irgendwelchen Ländern kommen, die komplett unterentwickelt sind, […] gar nicht kultiviert sind. Ja, das kann natürlich noch schwieriger sein. Da braucht man natürlich Integrationspläne, [das wird] natürlich noch stärker und noch intensiver sein, dass mit diesen Menschen an den Einstellungen gearbeitet wird, dass sie lernen […] wie das Leben in Europa funktioniert.“*

Der Ausschnitt zeigt die Bemühung um eine differenzierte Interpretation von Migration, aber auch Parallelen zu den rechtsorientierten Interviews. So erfolgt die Legitimation von Migration primär über ökonomische Nützlichkeit für den Arbeitsmarkt. Dem liegt eine doppelte hierarchische Differenzierung zugrunde: Zum einen zwischen Zugewanderten und Österreicher:innen generell, die entlang von Arbeitsmarktfragen konstruiert wird. So werden Migrant:innen am unteren Ende der Hierarchie des Arbeitsmarkts wahrgenommen. Zum anderen differenziert der Befragte zwischen Migrant:innen, die bereits in Österreich integriert sind und solchen aus, wie er es nennt, „unterentwickelten“ Ländern. Diese Hierarchisierung erfolgt anhand von kulturellen Merkmalen. Dabei reproduziert der Befragte Stereotype von vermeintlich „unkultivierten“ Ländern, denen aus einer mitteleuropäischen Perspektive erst einmal eben jene Kultur nähergebracht werden müsse. Wenngleich dieser Ausschnitt als Forderung nach einem einseitigen Assimilationsprozess gedeutet werden könnte, zeigt das gesamte Interview sowie die Forderung nach „Integrationsplänen“, dass Integration als beidseitiger Prozess verstanden wird, in dem sowohl Zugewanderte als auch die Aufnahmegesellschaft vor Herausforderungen stehen.

Dass Integration nicht nur Chancen, sondern auch Herausforderungen birgt, wird in so gut wie allen linksorientierten Interviews thematisiert, meist im Kontext mit der Forderung nach Steuerung – auch hierin liegt eine Gemeinsamkeit mit den rechtsorientierten Interviews.

Migrant:innen als Beitragende und Bereicherung: Pflichten für die Aufnahmegesellschaft

Im Vergleich zu den rechtsorientierten Befragten weisen die linksorientierten Interviewten stärker darauf hin, dass sie Integration als wechselseitigen Prozess sehen. So finden strukturelle Integrationshindernisse, insbesondere Rassismus, häufiger Erwähnung als in den zuvor analysierten Interviews. Die Deutungsmuster sind geprägt von einem Verständnis von Integration als beidseitigem Prozess mit Rechten und Pflichten. Auch in diesen Interviews wird die Schule als Ort der Integration hervorgehoben. Im Vergleich zu den rechtsorientierten Interviews werden Integrationsleistungen zwar auch als Bringschuld definiert, jedoch auf die systemischen Rahmenbedingungen eingegangen, wie der folgende Ausschnitt zeigt:

> IL7w, Z.119 ff.: *„Bei meiner Tochter in der Klasse sitzen 23 Schüler auf eine Lehrerin und wenn da jetzt vier Flüchtlingskinder drinnen sitzen, die gestern, vorgestern oder vor zwei Jahren gekommen sind […] und wenig Deutsch können, wird verlangt mehr oder weniger vom System, dass die genauso schnell mit dem Schulstoff mitkommen wie ein Kind, das hier geboren ist, natürlich ist das unmöglich. Eine Lehrerin kann aber nicht drüberfahren, das heißt sie muss automatisch den Stoff nach hinten setzen, man muss langsamer werden, man muss das verständlicher erklären, verständlicher erklären für die Kinder, die da sitzen und somit kommen die Kinder, die eigentlich verdient, was heißt verdient, das klingt jetzt wieder so böse, die Kinder, die es schneller kapieren würden, die müssen auf die Bremse drücken, weil ja noch welche in der Klasse sitzen, denen man unterstützen muss und denen man helfen muss. Und ich bin dafür zu helfen, ich bin die Letzte, die sagt, da gehört irgendwer was her, also eine Lösung her, vor allem bei den Kleinen, vor allem bei denen, die sich morgen anpassen sollten.“*

Die Befragte verdeutlicht den Konflikt zwischen Integrationsanspruch und schulischer Realität, indem sie aufzeigt, wie der Ressourcenmangel sowohl die individuelle Förderung geflüchteter Kinder als auch den Klassenfortschritt beeinträchtigt. Ihre Darstellung verschiedener Perspektiven – die der Lehrkraft, die der deutschsprachigen und die der neu zugewanderten Schüler:innen – illustriert die Komplexität der Situation, wenn Sprach-

erwerb im Rahmen des regulären Unterrichts stattfinden muss. Die Interviewte erkennt strukturelle Probleme des Bildungssystems, das weder den Bedürfnissen geflüchteter noch einheimischer Kinder gerecht wird. Sie führt Lernprobleme der geflüchteten Kinder dabei weder auf kulturelle noch ethnische Unterschiede, sondern lediglich auf das Sprachverständnis zurück. Sprachlich auffällig ist ihre Selbstkorrektur beim Wort „verdient" – sie erkennt die problematische Implikation einer Hierarchisierung zwischen Kindern und relativiert diese sofort, was auf eine Reflexion eigener Vorurteile hindeutet. Die Forderung nach Integrationsleistung wird mit der Forderung nach praktikablen Lösungen im Schulsystem verknüpft, um langfristig Integration zu gewährleisten, ohne dass andere Kinder in der Klasse langsamer lernen müssen. Die Schule als Ort und die Sprache als Mittel werden somit unabhängig von der politischen Einstellung als zentrale Errungenschaften in der Integrationsleistung betrachtet – auch im Sinne einer Bringschuld:

> IL8w, Z. 389 ff.: *„Eine Herausforderung ist vor allem die Sprache, weil wenn man sich nicht verständigen kann, dann findet man halt echt sehr schwer Anschluss. […] Ja, vor allem, dass es mal als erste Pflicht ist, dass man in die Schule geht in Österreich. Das finde ich gut."*

Obwohl in den Interviews nicht explizit danach gefragt wurde, haben die meisten Befragten selbstinitiativ sogenannte „rote Linien" definiert und Grenzen der Inklusion aufgezeigt. Auch diese ähneln jenen der rechtsorientierten Interviews, vor allem der religiöse Fundamentalismus wird genannt:

> IL2m, Z. 832 f.: *„Religion ist etwas nur für dich. Du kannst es machen, du kannst es ausüben, alles okay, aber du darfst nicht andere zwingen, dass du etwas Besseres bist, weil du etwas angehörst"*

Die dreifache Betonung individueller religiöser Freiheit wird kontrastiert mit einer klaren Grenzziehung bei religiösem Überlegenheitsdenken. Darin zeigt sich auch eine grundsätzliche Ablehnung religiös begründeter Hierarchien. Diese Position entspricht einem säkularen Gesellschaftsverständnis, das religiöse Vielfalt akzeptiert, solange sie nicht mit demokratischen Grundwerten kollidiert. Die Grenzziehung erfolgt demnach in linksorientierten Interviews nicht anhand von ethnischen, sozialen oder kulturellen Argumenten, sondern entlang demokratischer Grundwerte – diese sehen Befragte verletzt, wenn Geflüchtete Andere in ihrer Religionsfreiheit einschränken wollen oder schwere Straftaten begehen. Letzteres wird vor allem im Zusammenhang mit dem Diskurs um Remigration diskutiert.

Illegitime Reaktionen: Sorgen um einem Rechtsruck

In den meisten Interviews wird Migration selbstinitiativ mit einem wahrgenommenen Rechtsruck genannt, der den Befragten große Sorge bereitet. Auch das rhetorische Mittel des Perspektivenwechsels wird häufiger verwendet und dient als argumentative Strategie zur Legitimation von Fluchtmigration. Die jüngeren Befragten tendieren zu einer kategorischen Ablehnung rechter Positionen, während ältere Befragte eher versuchen, die Hinter- und Beweggründe nachzuvollziehen:

> IL6w, Z. 141 ff.: *„diese Flüchtlingswellen, leider Gottes so wie sie gekommen sind, die haben ziemlich oft zu Missverständnissen und ziemlich viel Negativem geführt. Es war nicht alles negativ, es ist auch nicht alles negativ. [...] Die Leute haben Angst, dass ihnen eben was weggenommen wird, die Leute haben Angst. [...] Bei den meisten, wenn man sich so unterhält, ist wirklich die Angst das größte Problem, dass sie zu kurz kommen.“*

Darin wird der Versuch eines differenzierten Blicks auf gesellschaftliche Reaktionen zur Fluchtmigration deutlich. Die Befragte verwendet den negativ besetzten Begriff „Flüchtlingswellen“, distanziert sich aber von negativen Konnotationen. Sie identifiziert Angst vor Ressourcenkonkurrenz, wie sie auch in den rechtsorientierten Interviews auftrat, als Kernproblem. Dabei versucht sie, pauschale Negativurteile zu relativieren. Die Sprecherin positioniert sich als Vermittlerin, die sowohl Integrationsherausforderungen als auch zugrundeliegende Ängste in Teilen der Gesellschaft ernst nimmt, ohne diese zu legitimieren. Konfliktpotenzial zeigt sich anhand des Bildes der rechtsextremen Demonstration sowie der Forderung nach Remigration. Deren rechtsextreme Implikation nach Deportation von deutschen bzw. österreichischen Staatsbürger:innen mit Migrationsgeschichte ist allen Befragten im linksorientierten Bereich bewusst.

Während in den rechtsorientierten Interviews deutlich wurde, dass die Forderung nach Remigration auch eine Diskursverschiebung nach rechts um die Debatte straffällig gewordener Geflüchteter und Migrant:innen anregt, ist dies zum Teil auch in den linksorientierten Interviews beobachtbar:

> IL2m, Z. 722 ff.: *„Also Remigration, ist einfach eine der dümmsten Sachen, was ich gehört habe [...] Es ist zu extrem. Ja, Remigration kann ich vielleicht maximal dann verstehen, wenn jemand vor zwei Jahren hergekommen ist, vielleicht nicht arbeiten geht. Er geht nicht arbeiten, er bezieht Sozialhilfe von Staat. Er lernt nicht Deutsch. Und dazu begeht er noch Straftaten. Also große Straftaten, nicht nur einmal vielleicht eine Packung Chips*

mitnehmen vom Supermarkt. Da kann ich vielleicht ein Auge zudrücken, aber dass du jemandem vergewaltigst, oder jemandem tötest, oder sonst noch was. […] Bei sowas kann vielleicht Remigration helfen. Also aber nur bei solchen Sachen, wo eigentlich eine schwere Straftat vorliegt.“

Der Befragte beschreibt zuvor, dass Menschen ihre etablierte Existenz nicht freiwillig aufgeben würden. Dies unterstreicht sein Verständnis von Flucht als erzwungener Migration – Menschen verlassen ihre Heimat nicht aus freien Stücken, sondern weil sie dazu gezwungen sind. Daher legitimieren Schutzbedürftigkeit sowie ein universelles Sicherheitsbedürfnis Flucht. Die anfänglich starke emotionale Ablehnung wird jedoch durch ein „aber“ relativiert, das Ausnahmen für bestimmte Fälle einräumt. Der Befragte entwickelt dabei eine Art Kriterienkatalog für akzeptable Abschiebungen: kurze Aufenthaltsdauer, fehlende Integrationsbereitschaft, Sozialhilfebezug und schwere Straftaten. Die Abstufung bei der Nennung der Straftaten zeigt, dass die Begehung von schweren Straftaten auch als ein Verstoß gegen demokratische Grundrechte betrachtet wird. Sprachlich auffällig ist der häufige Gebrauch von relativierenden Formulierungen, welche die Ambivalenz seiner Position unterstreichen. Er versucht dabei, seine Haltung jener der „Gegenseite“ anzunähern, ohne die für ihn als rechtsextremistische Forderung nach Deportationen zu übernehmen. Die Argumentation orientiert sich dabei an individuellem Verhalten statt an pauschalen ethnischen Abwertungen, was einem rechtsextremen Remigrationsdiskurs widerspricht.

Eine andere Position vertreten hingegen einige der anderen linksorientierten Befragten. Sie lehnen die Verknüpfung von Straffälligkeit mit aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen grundsätzlich ab und argumentieren stattdessen für ein universalistisches Rechtsverständnis. Dies wird besonders deutlich in folgendem Zitat:

IL7w, Z. 386: *„Es halten sich aber bestimmt sehr viele an die Regeln, es gibt natürlich welche, die sich nicht dran halten, aber wenn da jetzt jemand kommt, der einbricht und der stiehlt und der vergewaltigt und der sonst irgendwas, ich glaube nicht, dass da dann jemand sagt, ‚ja macht nichts, also das ist ja wurscht‘, ob der dann von hier ist oder nicht, den will man nicht in seinem Umfeld haben, das ist jemand, das ist egal, was für eine Herkunft, was für eine Rasse, was für einen, das ist vollkommen egal, ein Mensch ist ein Mensch […], genauso wie es gestörte Österreicher gibt, gibt es gestörte Kroaten und gestörte Türken und gestörte Moslems und Araber und es ist egal, jede Nation […] hat gute und schlechte Menschen.“*

Das Zitat zeigt eine Argumentation, die kriminelles Verhalten von ethnischer Zugehörigkeit entkoppelt. Die Befragte weist ethnisierende Zuschreibungen entschieden zurück und führt die Begehung von Straftaten auf „schlechte“ Menschen zurück. Die Metapher der Nachbarschaft dient als Brücke zwischen persönlicher Erfahrung und gesellschaftlichen Normen. Durch die Perspektive der unmittelbaren sozialen Umgebung wird Ablehnung von Kriminalität als universelles menschliches Bedürfnis, nicht als migrationspolitische Frage gerahmt. Die Interviewte entkoppelt damit die Frage des Umgangs mit Kriminalität von der Migrationsdebatte. Anders als bei Deutungsmustern, die Straffälligkeit als Legitimation für Abschiebung nutzen, argumentiert sie für eine herkunftsunabhängige Beurteilung von Verhalten. Dies entspricht einer universalistischen Rechtsperspektive statt einer migrationspolitischen Instrumentalisierung von Kriminalität.

Die Ablehnung wird in allen Interviews auch an emotionalisierten Aussagen deutlich – eine Befragte beschreibt Migration als das *„Recht auf ein schönes Leben“* (IL1w, Z. 249 ff.), in dem man sich nicht aussuchen kann, *„wo man geboren ist“*. Andere Befragte führen rechtsextremes Gedankengut aber nicht nur auf Angst und Verteilungskämpfe, sondern auch auf mangelnde Bildung und Unwissen zurück. In der Forderung nach Remigration sehen die meisten linksorientierten Befragten auch Parallelen zum Zweiten Weltkrieg und der NS-Ideologie. Das Bild wird von den Befragten als Symbol für den wahrgenommenen Rechtsruck betrachtet, der eindeutig als gewaltvolle Bedrohung wahrgenommen wird:

> IL5w, Z. 212: *„Und das hat für mich keine friedlichen Absichten dieses Bild.“*

Die linksorientierten Befragten sehen in der Förderung des Dialogs einen zentralen Ansatz zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen. Als Antwort auf die Frage nach Verbesserungswünschen für die Zukunft betonen sie die Bedeutung von Begegnungsräumen, in denen auch kontroverse politische Positionen in einen konstruktiven Austausch miteinander treten können. Der Wunsch nach einem gestärkten sozialen Zusammenhalt steht dabei im Zentrum ihrer Zukunftsvision.

8.3.3.3. Heute-Morgen-Ungleichheiten: Klimaschutz

Im Kontext von Fragen um die Bearbeitung der Klimakrise sprechen Mau et. al. von Heute-Morgen-Ungleichheiten[228]. Während das Thema in den linksorientierten Interviews meist eigeninitiativ erwähnt wird, kommt es in den

rechtsorientierten Interviews meist erst auf Nachfrage zur Sprache. Wie auch in den Interviews, die Steffen Mau und seine Kollegen beschreiben, herrscht auch in der vorliegenden Untersuchung unter allen Befragten Einigkeit darüber, dass es den Klimawandel gibt und dieser gestoppt werden muss. Über die Dringlichkeit des Problems und die Maßnahmen zur Bearbeitung gibt es jedoch unterschiedliche Ansichten, ebenso über die Legitimität von Klimaprotesten.

Deutungsmuster in linksorientierten Interviews:
Wir haben nur einen Planeten

Ein dominantes Narrativ in linksorientierten Interviews ist die Sorge um die Zukunft, besonders in Bezug auf kommende Generationen:

> IL8w, Z. 176*: „Ich will ja auch, wenn ich mal Kinder habe, dass die in einer guten Umwelt aufwachsen, so wie ich halt. Und deswegen achte ich schon sehr darauf, dass ich halt mit dem Zug fahre. Aber manchmal geht es leider nicht und dann muss ich das Auto nehmen.“*

Die individuelle Handlungsebene wird in vielen Interviews mit der Zukunftssorge verknüpft, so konstruiert diese Interviewte eine direkte Kausalität zwischen ihrem eigenen Mobilitätsverhalten und der Zukunft hypothetischer eigener Kinder. Die eigene Kindheit wird als ökologischer Idealzustand konstruiert, der für zukünftige Generationen bewahrt werden soll. Diese Verlusterzählung motiviert individuelles Handeln. Die Interviewte bedauert, nicht vollständig auf ihr Auto verzichten zu können, auf das sie manchmal noch zurückgreifen müsse. Darin deutet sich der empfundene moralische Druck an, der aus einer individualisierten Bearbeitung der Folgen der Klimakrise resultiert. Die Verknüpfung von Klimaschutz mit persönlichem Mobilitätsverhalten bei gleichzeitiger Ausblendung struktureller Faktoren entspricht einem individualisierten Umweltdiskurs, der gesellschaftliche Verantwortung auf persönliche Entscheidungen reduziert.

Während strukturelle Kritik am Wirtschaftssystem vereinzelt auftaucht, dominieren Verweise auf persönliches Umweltverhalten. Nur wenige Befragte stellen explizite Verbindungen zwischen Kapitalismus und Umweltzerstörung her, auch konkrete politische Instrumente werden kaum erwähnt. Die Notwendigkeit der Klimaproteste ergibt sich für die meisten Befragten aus der Untätigkeit von Politiker:innen und einer zu geringen öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema:

IL2m, Z. 768 ff.: *„Weil man braucht [die Klimaproteste, Anm.] auch. Wir wissen, dass es unserem Planeten nicht gut geht. Wir wissen, dass unser Ökosystem generell nicht mehr ausbalanciert ist. Und wir müssen was dafür tun. Wir müssen gewisse Produktionen generell beschränken, beziehungsweise auf alternative Weisen umstellen. Wir müssen Erdölförderung natürlich auf das niedrigste [reduzieren, Anm.]. Weil Erdöl erstens ist nicht unendlich da und zweitens hat Erdöl ja viele schädliche Folgen. Und [...] wenn ich mal auf der Straße bin und ein paar von denen haben sich auf die Straße geklebt, kann ich vielleicht eine halbe Stunde später in die Arbeit kommen. Aber anderseits denke ich mir, die haben keine anderen Mittel, womit sie überhaupt diese große Reichweite von Aufmerksamkeit auf sich ziehen können. Deswegen müssen sie es so machen. Und ich hab's leider auch mitbekommen, dass sie nicht gehört werden, wenn die normal auf der Straße protestieren gehen. Also ich habe das schon mitbekommen, [...] die ÖVP sagt trotzdem immer noch ‚der Klimawandel ist nicht so extrem'."*

Der Befragte beginnt mit einer kollektiven Problemdiagnose in Bezug auf den Planeten und das Ökosystem, in dem etwas aus dem Gleichgewicht geraten ist. Diese geteilte Wissensbasis wird als Ausgangspunkt für Handlungsnotwendigkeit genutzt. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen dabei auf strukturelle Veränderungen wie Produktionsbeschränkungen und Reduktion der Erdölförderung, nicht auf individuelles Verhalten. Die Legitimation radikaler Protestformen erfolgt über eine Abwägung: Persönliche Unannehmlichkeiten werden gegen die Notwendigkeit politischer Aufmerksamkeit abgewogen. Die Formulierung, es gäbe keine anderen Mittel, verweist zum einen auf die wahrgenommene Unausweichlichkeit und den dringenden Handlungsbedarf, zum anderen auf die Wahrnehmung von radikalen Klimaprotesten als ultima ratio angesichts fehlenden politischen Gehörs. Dies wird durch den Verweis auf die ÖVP konkretisiert, die trotz „normaler" Proteste den Klimawandel weiterhin verharmlose. Der Befragte entwickelt so eine Argumentationskette, die von wissenschaftlichem Konsens über die Notwendigkeit struktureller Veränderungen bis zur Legitimation zivilen Ungehorsams reicht. Dies zeigt ein Verständnis von Klimaschutz als politischem Konflikt, der nicht durch individuelle Verhaltensänderungen allein gelöst werden kann.

In der Deutung um die Klimaproteste werden zudem klare Spaltungslinien zwischen rechts- und linksorientierten Befragten sichtbar – insbesondere, wenn man die Deutungsmuster mit dem vorherigen Kapitel zu Innen-Außen-

Ungleichheiten vergleicht. Diese Kontrastierung geht nicht zuletzt auch aus dem Aufbau des Interviewleitfadens hervor. So wurde den Interviewten nach dem Bild des rechtsextremen Protests ein Bild vorgelegt, das einen Protest für mehr Klimaschutz zeigt – abgebildet ist eine Gruppe von Menschen, die eine Straße blockiert, wodurch Assoziationen mit den sogenannten „Klimakleber:innen" geweckt werden. Unter den linksorientierten Interviewten herrscht zwar Einigkeit darüber, dass dringender Handlungsbedarf bei der Bekämpfung der Klimakrise besteht und auch mit Protesten darauf aufmerksam gemacht werden sollte. Jedoch stehen einige Befragte den Protesten ambivalent gegenüber, weil sie befürchten, dass diese nicht positiv zum gesellschaftlichen Klima beitragen würden – auch wenn sie diesen Protest im Gegensatz zu jenem der Identitären Bewegung als friedlich wahrnehmen. Letztendlich werden die Proteste unter den linksorientierten Befragten jedoch nicht verurteilt, da zum einen Einigkeit über das Ziel herrscht und zum anderen – wie im letzten Zitat aufgezeigt – der Kampf um die Aufmerksamkeit als so stark betrachtet wird, dass man manchmal mit extremeren Mitteln hervortreten müsse.

Deutungsmuster in rechtsorientierten Interviews: Klimaschutz – ja, aber

Demgegenüber reagieren rechtsorientierte Befragte stark ablehnend auf diese Proteste. Sie empfinden sie als überbordend und extrem, was sich besonders in der antagonistischen Gegenüberstellung zum Remigrationsbild zeigt: Während der rechtsextreme Protest als ‚ganz rechts' eingeordnet wird, wird der Klimaprotest als dessen extremer Gegenpol gedeutet:

> IR1m, Z. 786 ff.: *„Dieses Thema Klima, das ist, glaube ich, allen allgegenwärtig. Mittlerweile ist es wie so ein Damoklesschwert über uns allen. Aber dass ich mich auf die Straßen hin klebe und eigentlich die Bevölkerung, die Arbeit der Bevölkerung darunter leidet, dass ich nicht in die Arbeit komme oder dass meine Kinder nicht in den Kindergarten kommen, dafür habe ich kein Verständnis. […] Das eine [Bild zu Remigration, Anm,] ist ganz rechts, das ist hier ganz links. Sie sind halt der Meinung, wir sollen uns alle da denen unterwerfen und sagen wir fahren nicht mehr mit dem Auto."*

Die Metapher des Damoklesschwerts erkennt zwar die Bedrohung durch den Klimawandel an, konstruiert aber gleichzeitig einen Gegensatz zwischen der „normalen" Bevölkerung und den Protestierenden. Auffällig ist die rhetorische Strategie: Der Befragte beginnt mit einer Anerkennung des Problems

um dann über ein „aber“ zur Delegitimierung der Proteste überzugehen. Die Betonung der Alltagsbeeinträchtigungen stellt Klimaaktivismus als Angriff auf arbeitende Menschen dar. Die abschließende Links-Rechts-Polarisierung und die Wahrnehmung, dass Protestierende das Ziel hätten, andere zu unterwerfen, konstruiert Klimaproteste als autoritären Zwang. Darin deutet sich ein Verteilungskampf um die Kosten der Bekämpfung der Klimakrise an, den der Befragte durch die Verwendung des Personalpronomens „wir“ in Gegenüberstellung zu den Protestierenden unterstreicht und damit den Gegensatz zwischen vermeintlich normaler Bevölkerung und radikaler Aktivist:innen stärker hervorhebt.

Darin äußert sich ein in den rechtsorientierten Interviews wiederkehrendes Argumentationsmuster: Zunächst wird die Relevanz des Klimaschutzes grundsätzlich anerkannt, um dann durch ein „aber“ eine fundamentale Kritik an konkreten Maßnahmen anzuschließen. Diese rhetorische Strategie ermöglicht es, Klimaschutz abstrakt zu befürworten und gleichzeitig jede praktische Umsetzung als zu weitgehend abzulehnen. Die Klimakrise an sich wird zwar als Problem erkannt, die Dringlichkeit wird jedoch weitaus niedriger eingeschätzt als in den linksorientierten Interviews – nicht zuletzt deshalb, weil der Klimawandel als Teil einer unaufhaltsamen Bewegung gesehen wird, der die Trägheit der Menschheit gegenübersteht:

> IR1m, Z. 383: *„Der Mensch ist so, er reagiert erst, wenn es zu spät ist.“*

Die Ablehnung des Klimaaktivismus äußert sich in vier charakteristischen Argumentationsmustern: Einer technologiekritischen Haltung, der Externalisierung von Verantwortung auf die „big player“, anti-regulatorischen Positionen sowie der These einer drohenden sozialen Spaltung. Diese Muster sollen im Folgenden genauer analysiert werden.

Wer trägt die Kosten? Angst vor sozialer Spaltung

Die Befürchtung einer drohenden Spaltung wird meist anhand von konkreten Maßnahmen geäußert:

> IR2m, Z. 650 ff.: *„Ich würde dann mal Sachen thematisieren, die die Leute entzweien. Ich mein, es sind Sachen wie die CO2-Besteuerung und das Verbrenner-Aus, das in Zukunft kommen soll. Das sind Sachen, die die Leute aufregen.“*

Klimaschutzmaßnahmen werden von dem Befragten als gesellschaftlicher Brennpunkt wahrgenommen. Wiederum wird in dieser Deutung eine Dichotomie konstruiert, diesmal zwischen nicht näher genannten Entscheidungs-

träger:innen und „den Leuten“, welche mit den Maßnahmen leben müssen. Der Befragte erwähnt konkrete Regulierungen, die als Eingriff in alltägliche Lebensweisen wahrgenommen werden. Der Bezug auf die Zukunft konstruiert diese Maßnahmen als drohenden Verlust gegenwärtiger Freiheiten und thematisiert, wer die Kosten des Klimaschutzes trägt, ohne dies konkret zu erörtern. Die Verwendung einer unpersönlichen Formulierung vermeidet dabei eine direkte eigene Positionierung, während gleichzeitig eine vermeintlich einhellige Meinung der Bevölkerung konstruiert wird. Diese rhetorische Strategie ermöglicht es, Kritik an Klimaschutzmaßnahmen als Verteidigung des sozialen Zusammenhalts zu präsentieren. Die Angst um soziale Spaltung wird auch im Zusammenhang mit den Klimaprotesten mehrmals erwähnt.

Klimaschutz als Zwang

Das zweite Argumentationsmuster setzt Klimaschutzmaßnahmen in einen Gegensatz zwischen Zwang und Freiwilligkeit:

> IR1m, Z. 430 ff.: *„Sicher, es kann jeder irgendwo sein Beitrag leisten. […] Ich finde es wichtig, dass man versucht, die Leute freiwillig aufzugleisen und nicht mit Zwängen. Vielleicht auch mit steuerlichen Vorteilen. […] Wie gesagt, Österreich ist da ein ganz kleiner Baustein in der ganzen Welt. Ich glaube, wir sind da eh gut unterwegs.“*

Darin zeigt sich eine charakteristische Argumentationsstrategie gegen verbindliche Klimaschutzmaßnahmen. Der Befragte beginnt mit einer Individualisierung der Verantwortung, wodurch verbindliche Rahmenbedingungen in Form von Gesetzen bereits im Ansatz delegitimiert werden. Die Gegenüberstellung von Freiwilligkeit und Zwängen konstruiert wiederum einen Gegensatz zwischen Anreizen und Regulierung. Die Relativierung der österreichischen Verantwortung dient als weiteres Argument gegen umfassende Maßnahmen. Die abschließende Formulierung, dass Österreich „eh gut unterwegs“ sei, legitimiert dabei den Status quo und suggeriert, dass weitreichendere Maßnahmen unnötig seien.

Diese Gegenüberstellung von individueller Verantwortung und staatlichen Vorgaben als Zwängen zeigt sich auch in einem anderen Interview, in dem die im Jahr 2024 diskutierte EU-Verordnung zur Renaturierung als illegitimer Eingriff in die österreichische Souveränität gewertet wird. Dabei wird darauf zurückgegriffen, worauf viele der anderen Interviews ebenfalls Bezug nehmen: Österreich tue ohnehin bereits genug für den Klimaschutz und stünde im Vergleich zu anderen Ländern noch sehr gut da.

Technologiekritik & Externalisierung

Im folgenden Zitat zeigen sich die beiden Argumentationsmuster, dass Österreich zum einen zu wenig ausrichten könne und zum anderen kritische Aspekte der Elektromobilität unterbelichtet seien.

> IR3w, Z. 407 ff.: *„Ich finde Klimaschutz wichtig, ja. Aber solange die Big Player nicht mitspielen, bringt das nichts, meiner Meinung nach. Und solange wir E-Autos fördern, also das weiß ich auch von meiner Selbstständigkeit, also wenn ich jetzt einen VW-Bus kaufe bzw. lease, dann kostet mich der ungefähr im Monat 800 Euro. Wenn ich das gleiche Modell aber mit E-VW-Bus mache, wird das so viel gefördert, dass mich der ganze VW-Bus inklusive Versicherung im Monat 150 Euro kostet als Firma. Und wir wissen weder, was wir mit der Endlagerung der Batterien zum Beispiel machen, noch wissen wir, wo die Batterien herkommen, wo das Lithium herkommt. Das stört niemanden offensichtlich.“*

Wie auch in den anderen Zitaten erfolgt zu Beginn die verbale Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen, welche im weiteren Verlauf relativiert wird. Die Externalisierung von notwendigen Klimaschutzmaßnahmen wird insofern deutlich, als dass Österreich alleine gegen die „big player“ nichts ausrichten könne – die Verantwortung wird somit auf die globale Ebene verschoben. Auf Basis von wirtschaftlichen Argumenten geht die Interviewte dann dazu über, Elektromobilität zu kritisieren, in dem ein konkretes Beispiel genutzt wird, um die wahrgenommene Absurdität staatlicher Klimaschutzmaßnahmen zu illustrieren. Die finanzielle Förderung wird nicht als Anreiz, sondern als Dysfunktionalität betrachtet. Hierin deutet sich zudem eine Kritik an Eingriffen des Staates an, welche die Befragte im weiteren Interviewverlauf mehrmals hervorhebt. Die technologische Skepsis zeigt sich anhand der Problematisierung von Elektromobilität, insbesondere durch die Infragestellung der Entsorgung. Die Befragte impliziert zudem eine systemische Gleichgültigkeit gegenüber technologischen Folgeproblemen.

Allen Argumentationsmustern zugrunde liegt die rhetorische Strategie des scheinbaren Mittelwegs: Klimaschutz wird nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern durch Verweis auf globale Komplexität und technologische Herausforderungen auf bundesstaatlicher Ebene aus der eigenen und nationalen Verantwortung herausgelöst.

8.3.3.4. Wir-Sie-Ungleichheiten: Geschlechtervielfalt

Wir-Sie-Ungleichheiten beschreiben Konfliktlinien rund um Tendenzen der Liberalisierung – seien es gestärkte Rechte von Frauen oder von LGBTIQ+-Personen. Das Thema wurde im Interviewleitfaden mithilfe eines Bildes berücksichtigt, auf dem eine Drag-Queen, also eine Person in weiblich konnotierter Kleidung und Auftreten sichtbar ist. Sie sitzt auf einem Stuhl, am Boden vor ihr sind Kinder abgebildet, denen die Drag-Queen vorliest. Sichtbar ist die Aufschrift „Drag Queen Story Hour" – ein Konzept, das von einer US-Aktivistin ins Leben gerufen wurde, um Lesen und Vielfalt zu fördern. Das Konzept ist in den Vereinigten Staaten zum Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen geworden und damit zu einem Symbol des Kulturkampfes, an dem sich progressive und konservative Debatten entzünden.

In den vorliegenden Interviews können die Argumente, welche auch die Debatte in den USA bestimmen, je nach politischer Orientierung nachvollzogen werden. Grundsätzlich herrscht Einigkeit über die Ablehnung von Diskriminierung, wie auch die quantitative Erhebung seit Jahren zeigt. Diese drückt sich, wie es Mau et. al. interpretieren, in einer Erlaubnistoleranz[229] aus, die mit dem Ausdruck *„Es soll jeder so sein, wie es ihm gefällt."* (IR2m, Z. 615) zur Geltung kommt.

Unterschiede gibt es zwischen links- und rechtsorientierten Befragten jedoch in der Problemwahrnehmung: Während in linksorientierten Interviews auch selbstinitiativ Themen wie Minderheitenrechte und Toleranz als Gradmesser für den Fortschritt einer Gesellschaft angeführt werden, verweisen die Deutungsmuster in den rechtsorientierten Interviews auf Grenzen des Liberalismus.

Deutungsmuster in linksorientierten Interviews:
Toleranz als Merkmal für gesellschaftlichen Fortschritt

Unter den linksorientierten Befragten herrscht Einigkeit darüber, dass Diskriminierung und Benachteiligung im Alltag immer noch allgegenwärtig sind und ein strukturelles Problem darstellen. In den Interviews zeigen sich Wir-Sie-Ungleichheiten besonders bei gesellschaftlichen Themen wie der öffentlichen Präsenz gleichgeschlechtlicher Partnerschaften sowie der anhaltenden Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern. Der Abbau von Diskriminierung ist für sie im Sinne der Menschenrechte nicht nur selbstverständlich, sondern wird auch als Merkmal einer gelungenen,

fortschrittsorientierten Gesellschaft betrachtet. Das unterstreicht das folgende Beispiel, bei dem der Interviewte auf die Frage eingeht, wie er das Zusammenleben in Salzburg bewertet:

> IL2m; Z. 284 ff.: *„Wir haben immer noch Rassismus, wir haben immer noch Homophobie, wir haben immer noch Faschismus, […]. Was mich sehr glücklich macht, ist, wenn ich auch die homosexuellen Paare hier in Salzburg sehe, wie die Hand in Hand spazieren gehen."*

In dieser Passage wird eine Ambivalenz in der Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungsprozesse deutlich. Der Sprecher konstatiert einerseits das Fortbestehen verschiedener Diskriminierungsformen, die er in einer Aufzählung gleichrangig nebeneinanderstellt. Dabei verbindet er strukturell unterschiedliche Phänomene wie Rassismus, Homophobie und Faschismus. Die anschließende positive Hervorhebung sichtbarer homosexueller Paare im öffentlichen Raum Salzburgs konstruiert einen Gegensatz zwischen anhaltender Diskriminierung und fortschreitender gesellschaftlicher Liberalisierung. Diese Sichtbarkeit wird dabei zum Symbol für gesellschaftlichen Fortschritt stilisiert, wobei die reine Präsenz im öffentlichen Raum mit tatsächlicher Akzeptanz gleichgesetzt wird.

Diese Grundhaltung äußert sich auch in Reaktionen auf das Bild zur Lesung der Drag Queen. Die meisten Befragten äußern grundsätzliche Offenheit gegenüber geschlechtlicher Vielfalt, wobei sich unterschiedliche Argumentationsmuster zeigen. Ein wiederkehrendes Motiv ist die Vorurteilsfreiheit von Kindern, die als Begründung für frühe Diversitätserfahrungen angeführt wird. Mehrere Interviewte betonen den Bildungsaspekt und die Chance zur Entwicklung von Toleranz:

> IL5w, Z. 232: *„Kinder haben überhaupt keine Vorurteile, bis es ihnen beigebracht wird. Ja, deswegen finde ich es eigentlich nett, wenn man sowas macht."*

Die Aussage offenbart eine dezidiert positive Haltung gegenüber früher Diversitätserfahrung. Die Interviewte betrachtet Kinder als von Natur aus vorurteilsfrei und offen, weshalb Drag Queen-Lesungen als präventive Maßnahme gegen später entstehende Vorurteile betrachtet werden. Darin kommt auch der Ausdruck einer selbstverständlichen Befürwortung solcher Bildungsangebote zum Ausdruck. Bemerkenswert ist, dass auch manche linksorientierte Befragte zunächst mit Irritation auf das Bild reagieren. In ihren Antworten entwickelt sich – ohne Impuls der Interviewenden –

eine spontane Reflexion verschiedener Perspektiven, die auch kritische Überlegungen zur Altersangemessenheit einschließt.

> IL6w, Z. 363 ff.: *„Also, da muss ich jetzt wirklich aufs Wissenschaftliche zurückgreifen. Ich weiß nicht, wie die aktuelle entwicklungspsychologische Vorgehensweise bei Kindern ist […]. Ich kann das jetzt nicht beurteilen, ausschauen tut das schrecklich, weil was denkt sich da so ein Kind? Das Kind ist in der Identitätsfindung, denk mir ich. Man hat solche Anlagen auch früh und spürt es früh. […] Ja, vielleicht ist dann für die Kinder eine große Hilfe. Es löst keine Angst in mir aus und ich hätte jetzt auch kein Problem oder Angst davor, dass, wenn mein Kind da sitzen würde, es jetzt zur Drag Queen wird oder so, das überhaupt nicht, aber ich kann es nicht beantworten, weil ich da die entwicklungspsychologische wissenschaftliche Basis nicht kenne.“*

Die Interviewte betont darin die Bedeutung entwicklungspsychologischer Erkenntnisse für die Bewertung pädagogischer Konzepte, welche sie als Grundlage für ihre Bewertung heranzieht. Da ihr diese Fakten nicht bekannt sind, traut sie sich jedoch keine abschließende Beurteilung zu. Ihre anfängliche emotionale Irritation wird durch den Versuch, sich reflektierend mit der Gegenposition auseinanderzusetzen, relativiert. Die Befürchtung wird vor allem darin geäußert, dass sich Kinder in der Identitätsfindung befinden würden und diese möglicherweise dadurch negativ beeinflusst werde – ein Argument, das auch in den rechtsorientierten Interviews hauptsächlich angeführt wird. Diese mögliche Problematik wird jedoch durch das Argument aufgewogen, dass Kinder bereits früh „solche Anlagen“ hätten und durch solche Angebote potenziell unterstützt würden. Ihre grundsätzlich offene Haltung manifestiert sich in der Befürwortung altersgerechter Sexualaufklärung, die sie im Zuge dessen ebenfalls erwähnt. Bemerkenswert ist die implizite Vermischung von Drag (als Performance) mit geschlechtlicher Identität, die sich in der gedanklichen Verknüpfung mit Trans-Personen zeigt.

Insgesamt zeigt sich in den linksorientierten Interviews eine differenzierte Auseinandersetzung mit geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Während die grundsätzliche Befürwortung von Diversität und Antidiskriminierung als gesellschaftliche Norm erkennbar ist, werden besonders bei konkreten pädagogischen Umsetzungen auch Ambivalenzen und Unsicherheiten artikuliert. Diese werden jedoch meist durch wissenschaftliche Reflexion oder den Verweis auf kindliche Vorurteilsfreiheit aufgelöst.

Deutungsmuster in rechtsorientierten Interviews: Toleranz – ja, aber
Ähnlich wie bei Migrationsthemen spielt auch in einem der Interviews mit einer rechtsorientierten Person der soziale Nahraum eine entscheidende Rolle für die Einstellung. Der Interviewte erzählt von seiner transidenten Kollegin und plädiert dafür, ihr mit Toleranz und Akzeptanz zu begegnen. Beim Bild zur Drag-Queen zieht er jedoch, wie die anderen rechtsorientierten Befragten, Grenzen der Toleranz auf.

Unter rechtsorientierten Befragten dominiert Unsicherheit in der altersgerechten Darstellung geschlechtlicher Aufklärung. Kindheit wird dabei als schutzbedürftiger Raum konstruiert, in dem geschlechtliche und sexuelle Vielfalt als Gefährdung wahrgenommen werden:

> IR3w, Z. 430 ff.: *„Die wissen noch nicht einmal, was ganz prinzipiell Mann oder Frau ist. Die wissen nicht, was ein Geschlechtsakt ist. Und da jetzt die Drag Queen vorne hinzusetzen und zu sagen, ja, ich habe zwei Busen und ich bin geschwind wie die Mama, aber ich bin in Wirklichkeit wie der Papa. Ich glaube, das kann so ein kleines Hirn gar nicht verarbeiten oder es hat auch keine nachhaltige Wirkung, dass ich damit irgendwas bewirken kann."*

In dem Ausschnitt wird deutlich, dass viele Befragte das Thema Drag mit einer problematischen Sexualisierung in Verbindung bringen. Die Interviewte thematisiert eine Verbindung zu Geschlechtsakten und körperlichen Merkmalen – Aspekte, die in der Drag-Queen-Lesung selbst nicht thematisiert werden. Die Befragte konstruiert dabei eine vermeintliche kognitive Überforderung der Kinder durch geschlechtliche Ambiguität. Die Zuschreibung sozialer Eigenschaften zu den Geschlechtern impliziert eine essentialistische Geschlechtervorstellung, in der die äußere Erscheinung als potenziell täuschend gegenüber einer „wahren" Geschlechtsidentität positioniert wird. Dies gefährde eine vermeintlich „natürliche" Entwicklung von Vorstellungen über Geschlechtsidentitäten. Die Ablehnung wird dabei nicht primär moralisch, sondern über eine angebliche entwicklungspsychologische Überforderung begründet – ein Argument, das die Kritik an geschlechtlicher Vielfalt in kindeswohlorientierte Bedenken übersetzt.

Dass die Infragestellung von herkömmlichen Geschlechterrollen und -identitäten als Gefahr wahrgenommen wird, zeigt sich in folgendem Zitat:

> IR6m, Z. 528 ff.: *„Bei anderen Themen schaut man ja auch darauf. Man hält Drogen, Alkohol und solche Sachen von Kindern fern [...] Eltern sollten vor Kindern nicht rauchen, weil wenn die Kinder sehen, dass die*

Eltern rauchen, dann sehen sie wieder, ‚das ist okay, wenn Eltern rauchen' das ist nicht schön, weißt wie ich mein? Ich weiß nicht, gewisse Themen gibt es einfach, die sollten von Kindern wegbleiben."

Darin wird eine Gleichsetzung geschlechtlicher Vielfalt mit gesundheitsschädlichen Substanzen vorgenommen. Der Befragte sieht eine Analogie zwischen der Gefährdung von Kindern durch Suchtmittel und der vermeintlichen Bedrohung durch Diversität. Das Argument der Vorbildwirkung impliziert dabei, dass die Sichtbarkeit geschlechtlicher Vielfalt zu einer unerwünschten „Nachahmung" führen könnte. Die Vagheit in der Formulierung unterstreicht die Tabuisierung, während gleichzeitig eine scheinbar fürsorgliche Position des Kinderschutzes eingenommen wird. Auffällig ist zudem die Unterscheidung zwischen einer vermeintlich natürlichen Toleranzentwicklung im Alltag und einer als aufgezwungen empfundenen „Konfrontation" durch pädagogische Angebote. Die Sichtbarkeit von Minderheiten wird dabei als Bedrohung der Mehrheitsgesellschaft interpretiert, wobei ein Konkurrenzverhältnis zwischen Minderheitenrechten und Mehrheitsinteressen konstruiert wird:

IR7m, Z. 1239: *„Ja, wenn man es Not hat, dass man Toleranz derartig übertrieben eine Bühne gibt, sogenannten Minderheit eine Bühne gibt, dann finde ich das erbärmlich. Wenn Kinder Toleranz nicht anders lernen würden als aus Sicht des Bildungsministeriums, als so, dann haben sie versagt. Das ist eher Provokation da gebe ich einer Minderheit eine Bühne, wo sie provokant agieren kann für ihre Richtung. Das ist nicht okay. Toleranz ja, aber Minderheiten nicht. Man hat jetzt mittlerweile das Gefühl, dass Minderheiten schon mehr gelten als die breite Masse. Dass die breite Masse sich sozusagen, dass die breite Masse eigentlich jetzt unterdrückt wird von sogenannten Minderheiten, die uns ihren Stempel aufdrücken. Wenn ich aber ein Toleranzempfinden habe, […] [das auf] gegenseitigem Respekt und moralethischen Punkten [aufbaut], das ist entscheidend, dann brauche ich das gar nicht im Kindergarten. Dann gebe ich das meinen Kindern schon mit, weil die das leben, […] über das tägliche Miteinander, sehen die das ja. Und es ist ja nicht so, dass sich die jetzt daheim verstecken würden und nur zu Anlässen oder einer Show oder einer Kindergarten-Einladung, sich so drapieren, sondern die rennen so rum."*

In dieser Passage – die nicht beispielhaft für die rechtsorientierten Interviews ist, sondern ein besonders ausgeprägtes Beispiel autoritärer Einstellungen darstellt – zeigt sich die Konstruktion einer vermeintlichen gesellschaftlichen

Hierarchie zwischen Mehrheit und Minderheit. Diese Hierarchie werde durch Veranstaltungen wie Drag-Lesungen nicht nur in Frage gestellt, sondern auch bedroht. Der Interviewte nimmt dabei die Etabliertenperspektive ein und verweist Minderheiten an ihren vermeintlichen rechtschaffenen Platz, den er nicht nur metaphorisch nicht auf der Bühne sieht. Minderheiten würden dementsprechend dann toleriert, wenn diese unauffällig im Hintergrund agieren, oder wie es Mau et. al. formulieren: „Im Lichte eines restriktiv-universalistischen Verständnisses von Gleichstellung werden Vorbehalte gegenüber ‚überzogenen Ansprüchen', partikularistischen Forderungen oder Sonderrechten geäußert und aktivistische Positionen als laut, aufdringlich und überzogen zurückgewiesen, wenn sie zu stark dem Alltagsverstand widersprechen."[230]

Der Interviewte sieht einen Gegensatz zwischen „natürlicher" Toleranz im Alltag, welche ihre Grenzen aufweist, und institutionalisierter Antidiskriminierungsarbeit, wobei letztere als aufgezwungen und unnötig dargestellt wird. Dabei scheint eine Kritik an einer wahrgenommenen „liberalen Agenda" durch, was sich auch in anderen Interviews andeutet. Diese Liberalisierung stehe dem meritokratischen Anspruch entgegen und offenbart, wie sich autoritäre Einstellungen in den Ungleichheitsarenen widerspiegeln. So offenbart sich in der aggressiven Abwertung der Sichtbarkeit von Minderheiten in der Formulierung als „erbärmlich" und der Konstruktion einer bedrohten Mehrheitsposition eine Haltung sozialer Dominanz. Die Verwendung des Begriffs „sogenannte" impliziert dabei eine grundsätzliche Infragestellung des Minderheitenstatus.

8.4. Fazit: Wie spiegeln sich autoritäre Einstellungen in den Ungleichheitsarenen wider?

Wie die Analyse zeigt, gibt es Anknüpfungspunkte für gesellschaftlichen Konsens und Überschneidungen in den unterschiedlichen Deutungsmustern, jedoch auch deutliche Unterschiede. Über politische Orientierungen hinweg besteht Einigkeit darüber, dass Inflation und steigende Lebenshaltungskosten ein zentrales gesellschaftliches Problem darstellen. Auch beim Thema Integration herrscht grundsätzlicher Konsens über die Bedeutung des Spracherwerbs, wobei sich die Verantwortungszuschreibung unterscheidet. Beide Seiten befürworten prinzipiell den Sozialstaat und lehnen offene Diskriminierung ab.

Die größten Unterschiede manifestieren sich in der Interpretation gesellschaftlicher Probleme: Während linksorientierte Befragte strukturelle Ursachen betonen, dominieren rechts individuelle Erklärungsmuster. Dies zeigt sich besonders in der Deutung sozialer Ungleichheit und in der Rolle des Staates. Wenngleich linksorientierte Argumente vor allem auf Basis von strukturellen Ungleichheiten und Toleranz vorgebracht werden, zeigen sich darin Überschneidungen zu rechten Deutungsmustern: Migration wird zum Teil primär unter arbeitsmarktpolitischen statt humanitären Gesichtspunkten akzeptiert und im Arbeitsmarkt am unteren Ende der Hierarchie lokalisiert. Zudem zeigen sich paternalistische Tendenzen, wenn Migrant:innen als zu erziehende Gruppe dargestellt werden. Auch die teilweise Akzeptanz leistungsbezogener Integrationskriterien entspricht einem meritokratischen Verständnis. Die stärksten Triggerpunkte, die emotionale Reaktionen hervorrufen und autoritäre Einstellungen aktivieren, liegen im Bereich Migration und Integration. Dies zeigt sich exemplarisch in der Debatte um Forderungen nach „Remigration". Bei diesem Thema werden fließende Übergänge zwischen konservativen, rechten und rechtsextremen Positionen sichtbar. Anhand des Eskalationsmodells von Heitmeyer zeigt sich, wie sich fremdenfeindliche Einstellungen zu autoritären und antidemokratischen Haltungen verfestigen können und in der Mitte durch die Berufung auf das Leistungsnarrativ Anknüpfungspunkte bieten. Auch Klimaproteste und geschlechterpolitische Themen, besonders, wenn sie Kinder betreffen, rufen polarisierte Reaktionen hervor. Die Intensität der Triggerwirkung verstärkt sich, wenn verschiedene Konfliktlinien zusammentreffen – etwa bei der Frage der Sozialleistungen für Migrant:innen, wo sich Verteilungs- und Identitätskonflikte überlagern. Einen Überblick über die Deutungsmuster liefert Tabelle 10.

In der Analyse der Ungleichheitsarenen werden verschiedene Verfestigungen autoritärer Einstellungen deutlich, die sich vor allem in den Oben-Unten-, sowie in den Innen-Außen-Arenen zeigen – weniger im Verteilungskampf um die Klimathematik, zum Teil auch in den Auseinandersetzungen um Wir-Sie-Ungleichheiten.

Die Dimension des **Konventionalismus** kann in der Bearbeitung von Traditionen und Bräuchen beobachtet werden sowie auch in der Abwehr einer übertriebenen Zurschaustellung von Andersartigkeit. In beiden politischen Orientierungen zeigt sich die Bedeutung von Traditionen als kultureller Referenzrahmen und Integrationskriterium, wobei sich die Interpretationsmuster deutlich unterscheiden. Der Konventionalismus manifestiert sich

dabei in der Bewertung von Traditionen als kulturellem Ankerpunkt und Maßstab für gelungene Integration. In den rechtsorientierten Interviews dienen traditionalistische Haltungen primär der Grenzziehung zwischen Zugehörigkeit und Fremdheit; Integration wird dann als erfolgreich bewertet, wenn Migrant:innen diese kulturellen Praktiken nicht nur respektieren, sondern aktiv übernehmen. Dieses normierende Deutungsmuster ist in den rechtsorientierten Interviews deutlich stärker ausgeprägt. Die linksorientierten Befragten hingegen betrachten Traditionen zwar ebenfalls als identitäts-

	Oben-Unten	**Innen-Außen**	**Heute-Morgen**	**Wir-Sie**
Konsens	Aufstiegsversprechen gefährdet	Spracherwerb als Schlüssel zur Integration	Klimawandel als Realität	Ablehnung von Diskriminierung
	Bedeutung des Sozialstaats	Integration grundsätzlich möglich	Grundsätzlicher Handlungsbedarf	„Erlaubnistoleranz“
	Bekämpfung von Armut	Migration für Arbeitsmarkt notwendig	Notwendigkeit technischer Lösungen	Privatsphäre der Identität
Dissens	Ursachen der Probleme	Definition gelungener Integration	Dringlichkeit	Grenzen der Toleranz
	Lösungsansätze	Grad kultureller Anpassung	Art und Umfang der Maßnahmen	Öffentliche Sichtbarkeit und Repräsentation
	Rolle des Staates	Rolle der Aufnahmegesellschaft	Legitimität von Klimaprotesten	Pädagogische Bearbeitung
	Verteilungsfragen	Legitimität von rechtsextremen Protesten		
Deutung links	Strukturelle Ursachen	Migration als Menschenrecht	Klimaschutz als dringende Aufgabe	Vielfalt als gesellschaftlicher Fortschritt
	Sozialer Zusammenhalt durch Ungleichheit bedroht	Integration als wechselseitiger Prozess	Strukturelle Lösungen und individuelle Verhaltensänderungen nötig	Aktive Antidiskriminierung
	Politische Lösungen gefordert	Fokus auf strukturelle Probleme	Proteste teils zu radikal, teils legitim	Inklusiver Ansatz
	zum Teil: Kritik an Vermögenskonzentration	Rechtsextremismus als Bedrohung	Globale Verantwortung	
Deutung rechts	Individuelle Verantwortung	Migration als Bedrohung	„Klimaschutz? Ja, aber“-Haltung	Geschlecht als binäre Kategorie
	Aufstieg durch Leistung uneingeschränkt möglich	Leistungsprinzip zentral	Externalisierung der Verantwortung	Betonung der Grenzen des Akzeptablen
	Ethnisierung sozialer Konflikte	Kulturelle Hierarchisierung	Klimaproteste als Bedrohung	Sorge vor „Auswüchsen“
	Sozialstaat begünstigt „soziale Hängematte“	z. T. Zustimmung zu Remigration		

Tabelle 10: Typologie der Deutungsmuster in den Ungleichheitsarenen

stiftend, interpretieren sie jedoch vorrangig als Instrument des sozialen Zusammenhalts. Hier steht weniger die kulturelle Anpassung im Vordergrund, sondern das integrative Potenzial gemeinsam gelebter Traditionen. Bräuche und Rituale werden als Möglichkeitsraum für interkulturelle Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt verstanden.

Gemeinsam ist, über die unterschiedlichen politischen Einstellungen hinweg, der Bezug auf eine Retropie[231], die es so nie gab. Die Vergangenheit wird dabei, je nach Kontext, nostalgisch verklärt und zur Bewältigung eines empfundenen Verlustes herangezogen. Die Verluste können in allen Arenen festgestellt werden und reichen von der Berufung auf eine Vergangenheit, in der Migrant:innen noch leistungswillig, Wohnungen leistbar oder der Umgang mit der Natur nachhaltiger gestaltet waren.

Die Ausprägung **autoritärer Unterwerfung** in den Interviews weicht von Adornos klassischer Konzeption ab. Statt einer direkten Unterwerfung unter personale Autoritäten zeigt sich primär eine Unterwerfung unter das Prinzip der Leistung als abstrakte Autorität, welche in allen rechtsorientierten Interviews auftritt. Bei den moderat rechtsorientierten Befragten (IR1 und IR2) äußert sich autoritäre Unterwerfung zudem in einer selektiven Anerkennung politischer Autoritäten, was sich beispielsweise in der gegensätzlichen Bewertung von Herbert Kickl und Alexander Van der Bellen zeigt. Beide werden in ihren jeweiligen Rollen akzeptiert und respektiert, auch wenn die Befragten politisch nicht mit ihnen übereinstimmen. Die stärker rechtsorientierten Befragten (IR6 und IR7) offenbaren hingegen eine paradoxe Struktur: Sie fordern einerseits eine starke Führung, lehnen aber bestehende politische Autoritäten fundamental ab – auch Herbert Kickl. Besonders aufschlussreich ist die durchgängige Verknüpfung von Autorität mit Leistung. Dies zeigt sich exemplarisch bei IR7, der zwischen „Führungspersönlichkeiten“ und „Lemmingen“ unterscheidet und autoritäre Strukturen durch vermeintliche Leistungsfähigkeit legitimiert. Diese Verschränkung von Leistungsideologie und Autoritarismus stellt eine moderne Transformation klassischer autoritärer Unterwerfung dar. Insbesondere in den ersten beiden Arenen, in denen ökonomische Verteilungskämpfe häufig in ethnisierte Innen-Außen-Konflikte umgedeutet werden, äußert sich **autoritäre Aggression** in den rechtsorientierten Interviews zum Teil sehr stark. Darin verschränkt sich eine hierarchisierte Leistungsideologie mit exkludierender Solidarität. Soziale Ungleichheit entsteht somit rein durch unterschiedliche Niveaus individueller Anstrengungen. Ein zentrales Muster ist der Wohlfahrtschauvinismus, bei dem soziale Unterstützung entlang ethnischer

Kategorien hierarchisiert wird. Die Ethnisierung sozialer Konflikte erfolgt dabei auf zwei Ebenen: durch Gruppenzugehörigkeit und wahrgenommenen Konkurrenzdruck. Besonders bei Befragten mit eigener Aufstiegsgeschichte zeigt sich eine starke Orientierung an Konkurrenz- und Leistungsprinzipien. Der eigene soziale Aufstieg wird als Beleg für die Funktionsfähigkeit des Leistungsprinzips interpretiert. Ein weiteres wiederkehrendes Argumentationsmuster ist die Konstruktion vermeintlich unverdienter Privilegien von Migrant:innen. Die eigene erlebte Notlage wird dabei mit einer angeblichen Bevorzugung von Migrant:innen kontrastiert. Dies führt nicht zu einer Solidarisierung, sondern zu einer Ethnisierung sozialer Konflikte bei gleichzeitiger Ausblendung struktureller Ungleichheiten. Ökonomische Probleme etwa werden nicht als strukturelle Herausforderungen wahrgenommen, sondern mit der Präsenz von Migrant:innen verknüpft. Die eigene prekäre Situation wird dabei nicht als Resultat verfehlter Politik gedeutet, sondern implizit der ethnischen Zusammensetzung bestimmter Stadtviertel zugeschrieben. Ähnlich wie bei Mau et. al. ist der festgestellte Wohlstandschauvinismus „auch, jedoch nicht ausschließlich auf xenophobe Orientierungen zurückzuführen. Er kann sich zudem aus den Gefühlen der ethnisch ausgedeuteten ökonomischen Konkurrenz oder materiellen Verlustängsten ergeben.“[232]

Das Leistungsnarrativ wird zudem zur kulturellen Grenzziehung verwendet. Österreichische Arbeitsethik wird als positiver Referenzpunkt konstruiert, von dem sich eine vermeintlich andere Arbeitskultur der Migrant:innen negativ abheben würde. Die starke Fokussierung auf individuelle Leistung führt dabei zu einer systematischen Ausblendung struktureller Benachteiligungen. Institutionelle Hindernisse für Integration, wie etwa die von IR2 erwähnten Probleme im Bildungssystem, werden zwar teilweise erkannt, aber nicht als systemisches Problem interpretiert, sondern in das Leistungsnarrativ eingeordnet.

Eine Gemeinsamkeit in den rechtsorientierten Interviews ist, dass staatliche Eingriffe meist als Zwang und Eingriff in die Freiheit empfunden werden – das zeigt sich besonders deutlich am Klima oder in der Regulierung von Wohnpreisen. Der Glaube an den Markt ist hier größer. Die Lösung wird in wirtschaftlichen Programmen gesehen, die für Aufschwung sorgen sollen, nicht in sozialstaatlichen Eingriffen. Während der gruppenübergreifende Konsens über soziale Probleme zunächst als Ansatzpunkt für Dialog erscheint, erschweren die fundamental unterschiedlichen Deutungsmuster die Entwicklung gemeinsamer Lösungsstrategien.

Insgesamt zeigt die Analyse, dass die Art und Weise, wie soziale Ungleichheiten wahrgenommen und gedeutet werden, eng mit politischen Grundorientierungen und latenten autoritären Einstellungen zusammenhängt. Trotz der aufgezeigten Polarisierungstendenzen werden in der vorliegenden Studie auch Potenziale für gesellschaftlichen Zusammenhalt sichtbar. So gibt es über die politischen Lager hinweg einen Konsens über die Bedeutung des Sozialstaats, die Notwendigkeit von Integration und Zusammenhalt und die Sorge in Bezug auf den Klimawandel, die in allen Gruppen vorhanden ist. Bei diesen Schnittstellen bräuchte es Überzeugungsarbeit, Perspektivenübernahme und Sensibilität in der Begegnung, um Potenziale zum Ausbau eines gesellschaftlichen Grundkonsenses neu auszuloten.

Endnoten

1 Siehe https://www.igf.at/

2 Die Autoritarismusstudie wurde – so wie auch die früheren Erhebungswellen – mit Unterstützung zahlreicher Studierender durchgeführt. Wir bedanken uns bei Miriam Engel, Marianne Schinnerl-Reiss, Carolin Maltan und Carina Weiser sowie auch bei Martina Pucher, Sarah Vetmic, Sarah Rehrl und Seline Diana Brandl für die Durchführung und Transkription der Interviews. Zudem bedanken wir uns bei Alois Mair, Niklas Stork, Lucia Woess und Thomas Nachtigal für die Unterstützung in der Analyse der Polarisierungstendenzen und Wertekonflikte in der Salzburger Bevölkerung.
Der Dank gilt auch Samuel Lamprecht, Vincenz Ostertag, Michelle Penno und Mohamad Mobin Akbari für die Analysen autoritärer und antiegalitärer Einstellungen im Zeitverlauf. Ein großer Dank gebührt auch Markus Kreuzberger, der uns in der Auswertung und im Feinschliff verschiedener Visualisierungen von Ergebnissen tatkräftig unterstützt hat.

3 Vgl. hierzu z. B. Deppisch, L. (2020). Gefühle des Abgehängtseins – ein Angstdiskurs. In: Martin, S. & Linpinsel, T. (Hrsg.). Angst in Kultur und Politik der Gegenwart. Wiesbaden. S. 179-203.

4 Über die Zeit der Pandemie ist dieser Vertrauensverlust durch die engmaschige Erhebung des Austrian Corona Panel Projekts auch gut dokumentiert, siehe z. B. den Blogbeitrag von Kalleitner & Partheymüller (2020): Corona-Dynamiken 7 - Die wahrgenommene Effektivität der Maßnahmen sinkt, die Polarisierung nimmt weiter zu (univie.ac.at)

5 Siehe hierzu Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

6 z. B. Castel, R. (2000). *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.

7 z. B. Nachtwey, O. (2016). *Die Abstiegsgesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne.* Suhrkamp.

8 Bude, H. (2014). *Gesellschaft der Angst*. Hamburg: Hamburger Edition.

9 Reckwitz, A. (2024). *Verlust: Ein Grundproblem der Moderne.* Berlin: Suhrkamp.

10 Inglehart, R. (1977). *The silent revolution: changing values and politic styles among western publics*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

11 Siehe z. B. Kaina, V. & & Deutsch, F. (2006). Verliert die „Stille Revolution“ ihren Nachwuchs? Wertorientierungen in Deutschland im Kohorten- und Zeitvergleich. In Roller, E., Bettschneider, F. & van Deth, J. W. (Hrsg.). Jugend und Politik: „Voll normal!“: Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung (S. 157-181). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

12 Norris, P. & & Inglehart, R. (2019). *Cultural backlash: Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge: Cambridge University Press.

13 Siehe dazu Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

14 FPÖ (2024). Wahlprogramm Nationalratswahl 2024. https://www.fpoe.at/wahlprogramm-nrw-2024/ (zuletzt aufgerufen am 16.12.2024)

15 Die FPÖ hat sich 2024 in ihren wirtschaftspolitischen Positionen verändert und sich stark an die wirtschaftsliberalen Forderungen der ÖVP angepasst, die weniger Regulierung für Wirtschaft und Industrie fordern.

16 Aschauer, W. & Heinz, J. (2023). Autoritäre Dynamiken in der Corona-Krise. Einblicke in das Ausmaß von Autoritarismus und Coronaskepsis in der Salzburger Bevölkerung 2021, JBZ Arbeitspapiere 64. https://jungk-bibliothek.org/wp-content/uploads/2023/04/AP-64-Autoritarismusstudie-nach-Corona.pdf

17 Fromm, E. (1941). Escape from Freedom, Finhart: New York.

18 Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik E., Levinson D. J. & Sanford, R. N. (1950). *The authoritarian personality*. New York: Harper & Brothers.

19 Schroer, M. (2000). *Das Individuum in der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, hier: S. 415.

20 Norris, P. & Inglehart, R. (2019). *Cultural backlash: Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge University Press.

21 Heumann, M. & Nachtwey, O. (2020). Regressive Rebellen. Konturen eines Sozialtyps des neuen Autoritarismus. In: Henkelmann, K. et al. (Hrsg.). Konformistische Rebellen. Zur Aktualität des autoritären Charakters. Berlin. Verbrecher-Verlag, S. 385-402.

22 Vgl. Heitmeyer W. (2008). Ideologie der Ungleichwertigkeit. In: *Deutsche Zustände. Folge 6*. Edition Suhrkamp, 2525. Frankfurt am Main. S. 36-44

23 Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik E., Levinson D. J. & Sanford, R. N. (1950). *The authoritarian personality*. New York: Harper & Brothers.

24 Für eine detaillierte Kritik beispielsweise: Rippl, S., Kindervater, A. & Seipel, C. (2000). Die autoritäre Persönlichkeit. Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze. In: dies. (Hrsg.). Autoritarismus. Kontroversen und aktuelle Forschungsansätze. Opladen: Leske & Budrich, S. 13-32.

25 Oesterreich, D. (1996). Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion, Opladen.

26 Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D. & Nevitt R. S. (1950). *The authoritarian personality*. New York: Harper & Brothers, hier S. 228.

27 Altemeyer, B. (1998). The other “authoritarian personality”. In Zanna, M. P. (Hrsg.). Advances in Experimental Social Psychology (S. 47-92). Academic Press. bzw. Oesterreich, D. (1993). Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung: Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen – eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West. Juventa.

28 Feldman, S. (2003). Enforcing social conformity: A theory of authoritarianism. Political Psychology, 24 (1), S. 41-74.
29 Altemeyer, B. (1998). The other "authoritarian personality". In Zanna, M. P. (Hrsg.). Advances in Experimental Social Psychology. S. 47-92. Academic Press.
30 Altemeyer, B. (2008). The authoritarians. University of Manitoba.
31 McFarland, S. (2000). Autoritarismus und die Entwicklung eines demokratischen Bewusstseins in Russland. In Rippl, S., Seipel, C. & Kindervater, A. (Hrsg.). Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung (S. 173-198). VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 191.
32 Duckitt, J. (2001). A dual-process cognitive-motivational theory of ideology and prejudice. Advances in experimental social psychology, 33, S. 41-113.
33 Sidanius, J. & Pratto, F. (1999). Social dominance: An intergroup theory of social hierarchy and oppression. Cambridge University Press.
34 Zick, A., Küpper, B. & Hövermann, A. (2011). Die Abwertung der Anderen: Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 86.
35 Heitmeyer, W. (2010). Deutsche Zustände (Folge 9). Edition Suhrkamp.
36 Heitmeyer, W. (2018). Autoritäre Versuchungen. Suhrkamp. Hier S. 356.
37 Decker, O., Kiess, J., Heller A. & Brähler, E. (2024) (Hrsg.). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Psychosozial Verlag.
38 Aschauer, W. & Heinz, J. (2023). Autoritäre Dynamiken in der Corona-Krise. Einblicke in das Ausmaß von Autoritarismus und Coronaskepsis in der Salzburger Bevölkerung 2021 (JBZ Arbeitspapiere 64). https://jungk-bibliothek.org/wp-content/uploads/2023/04/AP-64-Autoritarismusstudie-nach-Corona.pdf
39 Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2022). Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus. Suhrkamp.
40 Nullmeier, F. (2020). Covid-19-Pandemie und soziale Freiheit. Zeitschrift für Politische Theorie, 11 (1), S. 127-154. https://doi.org/10.3224/zpth.v11i1.13 S. 129.
41 Reckwitz, A. (2017). Die Gesellschaft der Singularitäten. Suhrkamp Verlag.
42 Erstmals bereits Srole, L. (1956). Social integration and certain corollaries: An exploratory study. *American sociological review*, 21 (6), S. 709-716.
43 Vgl. dazu Piketty, T. (2014). Capital in the Twenty-First Century. Cambridge: Harvard University Press. Bzw. Stiglitz, J. E. (2014). Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. Pantheon Verlag.
44 Vgl. Nachtwey, O. (2016). Die Abstiegsgesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne.
45 Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2022). Gekränkte Freiheit: Aspekte des libertären Autoritarismus. Suhrkamp, hier S. 148.
46 Hochschild, A. R. (2018). *Strangers in their own land: Anger and mourning on the American right*. New York: The New Press.
47 Vgl. Dörre, K. (Hrsg.). (2020). Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft und neuer Rechtspopulismus. Verlag Westfälisches Dampfboot. Bzw Schubert, L. (2020). Arbeiterschaft und Rechtspopulismus in Österreich – eine etwas andere deep story. In K. Dörre (Hrsg.). In der Warteschlange. Arbeiter:innen und die radikale Rechte (S. 224-238). Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 232.
48 Pörksen, B. (2018). Die große Gereiztheit: Wege aus der kollektiven Erregung. Stuttgart: Carl Hanser Verlag.
49 Heinz, J. (2024). Libertärer Autoritarismus in Österreich – eine empirische Annäherung. In Aschauer, W., Eder, A. & Prandner, D. (Hrsg.). Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft: Ergebnisse der Längsschnittstudie „Werte in der Krise 2020–2022" (S. 347-387). https://doi.org/10.5771/9783748942696-353
50 Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
51 Davon hat ein Klassiker der Soziologie, der französische Soziologe Emile Durkheim, schon 1893 gesprochen, siehe Durkheim, E. (1977) [orig. 1893]. *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
52 Siehe Münch, R. (2010). *Das Regime des Pluralismus. Zivilgesellschaft im Kontext der Globalisierung*. Frankfurt am Main: Campus.
53 Vgl. hier die zusammenfassenden Ausführungen von Freeden, M. (2008). Ideologies and political theory. A conceptual approach. Oxford: Clarendon Press.
54 Vgl. hierzu ausführlich Bauman, Z. (1995). *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.
55 Dies hat Jürgen Habermas in den 1970er Jahren in seinen Analysen zur damaligen Krise des Kapitalismus eingehend analysiert. Habermas, J. (1973). *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
56 Streeck, W. (2013). *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp.
57 Vgl. hierzu das Buch von Stedman Jones, D. (2012). *Masters of the universe: Hayek, Friedman, and the birth of neoliberal politics*. Princeton: Princeton University Press.
58 Vgl. dazu auch ausführlich Ulrich, M. (2023). Die Gedanken sind frei? Eine soziologische Analyse des Zusammenhangs zwischen sozialer Lage und politischer Ideologien. Dissertation, Universität Salzburg, hier S. 164-167.
59 Bluhm, K. & Varga, M. (Eds.). (2018). *New Conservatives in Russia and East Central Europe*. London/New York: Routledge.
60 Azevedo, F., Jost, J. T., Rothmund, T. & Sterling, J. (2019). Neoliberal ideology and the justification of inequality in capitalist societies: Why social and economic dimensions of ideology are intertwined. *Journal of Social Issues*, 75 (1), S. 49-88, hier S. 58-60.

61 Dörre, K. (2019). Risiko Kapitalismus: Landnahme, Zangenkrise, Nachhaltigkeitsrevolution. In: Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften: Sonderband des Berliner Journals für Soziologie, S. 3-33.
62 Siehe hierzu Crouch, C. (2011). Über das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Frankfurt: Suhrkamp Verlag.
63 Siehe hierzu: Blühdorn, I., Butzlaff, F., Deflorian, M., Hausknost, D. & Mock, M. (2020). *Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit: warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet*. Bielefeld: Transcript Verlag.
64 Vgl. dazu Deppe, F. (2013). *Autoritärer Kapitalismus: Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg: VSA Verlag oder auch jüngst van Dyk, S. (2019). *Über den Wandel des Politischen: Die Demokratie im Zangengriff von autoritärem Populismus und autoritärem Kapitalismus*. Komplexe Dynamiken globaler und lokaler Entwicklungen. Verhandlungen des 39. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Göttingen 2018, https://publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2018/article/download/1155/1276.
65 Hier am Beispiel Deutschlands. Ehling, J. (2019). Die deutsche Sozialdemokratie vor dem Untergang – zerrieben zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus?. *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, *49* (196), S. 455-462.
66 Siehe hierzu vertiefend Dörre, K. (2022). Kontrollverluste, Autoritarismus und Exterminismus in der großen Transformation. In Frankenberg, G. & Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Treiber des Autoritären: Pfade von Entwicklungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt: Campus Verlag, hier S. 226-236.
67 Ursprünglich Lipset, S. M. & Rokkan, S. (1967). Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. In S. M. Lipset & S. Rokkan (Eds.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: Free Press, S. 1-64.
68 Mithilfe konfirmatorischer Faktorenanalysen auf Basis spezifischer Einstellungsfragen zeigen die Autoren, dass ökonomische Ideologien konzeptionell von soziokulturellen zu trennen sind, siehe hierzu Feldman, S. & Johnston, C. (2014). Understanding the determinants of political ideology: Implications of structural complexity. *Political Psychology*, *35* (3), S. 337-358, hier S. 342-344.
69 Vgl. dazu Hirschman, A.O. (1994). Social conflicts as pillars of democratic market society. *Political Theory*, *22* (2), S. 203-218.
70 Als Überblick siehe z. B. Somer, M. & McCoy, J. (2018). Déjà vu? Polarization and endangered democracies in the 21st century. *American Behavioral Scientist*, *62* (1), S. 3-15.
71 Imbusch, P. & Rucht, D. (2005). Integration und Desintegration in modernen Gesellschaften. In Heitmeyer, W. & Imbusch, P., *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft* (S. 13-71). Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, hier S. 54 ff.
72 Vgl. dazu z. B. Holzinger, R., Steinmaurer, T. & Wasner, C. (2024). Demokratiegefährdung im Netz. In: Dirninger, C. et al. (Hrsg.). Salzburger Jahrbuch für Politik. Wien: Böhlau, abrufbar unter https://www.vr-elibrary.de/doi/pdf/10.7767/9783205221722
73 Dahrendorf, R. (1972). *Konflikt und Freiheit*. München: Piper, hier S. 43.
74 Beckmann, F. & Schönauer, A.-L. (2021). Spaltet Corona die Gesellschaft? Eine empirische Milieuanalyse pandemiebezogener Einstellungen. In Blättel-Mink, B. (Hrsg.), *Gesellschaft unter Spannung: Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020* (Bd. 40). Deutsche Gesellschaft für Soziologie. https://publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1302
75 Mason, L. (2018). Losing Common Ground: Social Sorting and Polarization. *The Forum*, *16* (1), S. 47-66. https://doi.org/10.1515/for-2018-0004
76 DellaPosta, D., Shi, Y. & Macy, M. (2015). Why Do Liberals Drink Lattes? *AJS; American journal of sociology*, *120* (5), S. 1473-1511. https://doi.org/10.1086/681254
77 Norris, P. (2024). "Things fall apart, the center cannot hold": fractionalized and polarized party systems in Western democracies. *European Political Science*, S. 1-21. https://doi.org/10.1057/s41304-023-00467-0
78 Siehe hierzu Crouch, C. (2021). Postdemokratie revisited. Berlin: Suhrkamp, hier S. 144 f., zu Österreich S. 159.
79 Strobl, N. (2021). *Radikalisierter Konservatismus. Eine Analyse*. Berlin: Suhrkamp.
80 Siehe eine aktuelle Studienpräsentation von Foresight, in der österreichische Trends der Meinungspolarisierung im Vergleich zu Deutschland analysiert wurden, Zandonella, M. (2024). Polarisierung in Österreich. https://www.foresight.at/fileadmin/user_upload/pdf/2024_FORESIGHT_Praesentation_Hintergrundgespraech_Polarisierung.pdf
81 siehe z. B. den Blogbeitrag von Kalleitner & Partheymüller (2020): Corona-Dynamiken 7 - Die wahrgenommene Effektivität der Maßnahmen sinkt, die Polarisierung nimmt weiter zu (univie.ac.at)
82 Siehe hierzu z. B. Dirnberger, P., Schimek, D. & Zartler, U. (2024). Geimpft, Genesen, Exkludiert?. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, *49* (3), S. 481-500.
83 Beckmann, F. & Schönauer, A.-L. (2021). Spaltet Corona die Gesellschaft? Eine empirische Milieuanalyse pandemiebezogener Einstellungen. In Blättel-Mink, B. (Hrsg.), *Gesellschaft unter Spannung: Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020* (Bd. 40). Deutsche Gesellschaft für Soziologie. https://publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1302
84 Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
85 Ebd., S. 21.
86 Ebd., S. 38.
87 Ebd., S. 244-279.

88 Davis, B., Goodliffe, J. & Hawkins, K. (2025). The two-way effects of populism on affective polarization. *Comparative Political Studies*, *58* (1), S. 122-154.
89 Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp, hier S. 49.
90 Wiesböck, L. & Verwiebe, R. (2023). Sind Einkommensunterschiede zu groß? Eine Analyse von Einstellungen in der österreichischen Bevölkerung. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, *48* (1), S. 53-66.
91 Haller, M., Eder, A. & Hadler, M. (2023). Changes in attitudes toward inequality and social justice in Austria, the Czech Republic, Hungary, and Slovakia: Historical legacies, social pasts and recent developments. *International Journal of Sociology, 53* (6), S. 397-420.
92 Jæger, M. M. (2006). Welfare regimes and attitudes towards redistribution: The regime hypothesis revisited. *European Sociological Review*, 22 (2), S. 157-170.
93 d'Anjou, L., Steijn, A. & Van Aarsen, D. (1995). Social position, ideology, and distributive justice. *Social Justice Research*, *8* (4), S. 351-384.
94 Eder, A. & Höllinger, F. (2023). Notions of fair earnings for high-status and low-status professions: A cross-national and time-comparative analysis of 14 European countries. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 48* (1), S. 37-51. https://doi.org/10.1007/s11614-023-00511-9
95 Oesch, D. & Rennwald, L. (2018). Electoral competition in Europe's new tripolar political space: Class voting for the left, centre-right and radical right. *European journal of political research*, *57* (4), S. 783-807.
96 Aschauer, W. (2023). Perceptions of social challenges in Europe. Disentangling the effects of context, social structure, religion, values and political attitudes to identify potential drivers of societal change, In: Polak, R. & Rohs, P. (Hrsg.). Values – Politics - Religion: The European Values Study. In-depth Analysis – Interdisciplinary Perspectives – Future Prospects. Berlin: Springer, S. 393-448.
97 Eder, A. & Höllinger, F. (2022). Die Frage der Einkommensgerechtigkeit in Zeiten der Corona-Krise. In Aschauer, W., Glatz, C. & Prandner, D. (Hrsg.), *Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie: Ergebnisse aus sozialwissenschaftlichen Umfragen.* S. 157-182. Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-34491-7_6
98 Hofmann, J. (2019). Einstellungen und Vorurteile in Bezug auf Migration sowie Migrantinnen und Migranten in Österreich. In Aschauer, W., Beham-Rabanser, M., Bodi-Fernandez, O., Haller, M. & Muckenhuber, J. (Hrsg.), *Die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich.* S. 271-293. Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-25592-3_10
99 Aschauer, W. (2020). The drivers of prejudice with a special focus on religion–insights into anti-Muslim sentiment in Austrian society. Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 45 (2), S. 183-212.
100 Chandler, C. R. & Tsai, Y. M. (2001). Social factors influencing immigration attitudes: An analysis of data from the General Social Survey. *The Social Science Journal*, *38* (2), S. 177-188.
101 Lux, T., Mau, S. & Jacobi, A. (2022). Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern. *Berliner Journal für Soziologie*, 32 (2), S. 173-212. https://doi.org/10.1007/s11609-021-00456-4
102 Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2006). A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. *Journal of Personality and Social Psychology*, 90 (5), S. 751-783.
103 Baier, D. (2021). Flüchtlingsbezogene Sorgen, Strafbedürfnisse und extremistische Einstellungen : Analysen auf Basis einer Schweizer Bevölkerungsbefragung. *Neue Zeitschrift für Kriminologie und Kriminalpolitik*, 2 (1), 57-67. https://digitalcollection.zhaw.ch/handle/11475/22683
104 Aschauer, W. (2023). Perceptions of social challenges in Europe. Disentangling the effects of context, social structure, religion, values and political attitudes to identify potential drivers of societal change, In: Polak, R. & Rohs, P. (Hrsg.). Values – Politics – Religion: The European Values Study. In-depth Analysis – Interdisciplinary Perspectives – Future Prospects. Berlin: Springer, S. 393-448.
105 Zandonella, M. (2024). Polarisierung in Österreich. https://www.foresight.at/fileadmin/user_upload/pdf/2024_FORESIGHT_Praesentation_Hintergrundgespraech_Polarisierung.pdf
106 Lux, T., Mau, S. & Jacobi, A. (2022). Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern. *Berliner Journal für Soziologie*, *32*(2), S. 173-212.
107 Ulrich, M. (2021). *Politische Ideologien (POLID)* (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). GESIS. https://doi.org/10.6102/zis313
108 Andrejewski, S., Frindte, W. & Geschke, D. (2016). Der Einfluss von rechtsgerichtetem Autoritarismus und sozialer Dominanzorientierung auf homophobe Einstellungen. *Journal for Deradicalization*, 7. https://journals.sfu.ca/jd/index.php/jd/article/download/57/48/0
109 Mokros, N. & Zick, A. (2023). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zwischen Krisen- und Konfliktbewältigung. In *Die distanzierte Mitte: rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.* https://pub.uni-bielefeld.de/record/2984555
110 Ebd.
111 Wardana, R., Klösch, B. & Hadler, M. (2022). Umwelt in der Krise. Einstellungen zu Klimawandel und Umweltbesorgnis sowie Bereitschaft zu umweltbewusstem Verhalten in Krisenzeiten. In Aschauer, W., Glatz, C. & Prandner, D. (Hrsg.), *Die österreichische Gesellschaft während der Corona-Pandemie: Ergebnisse aus sozialwissenschaftlichen Umfragen* (S. 241-267). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-34491-7_9
112 Birch, S. (2020). Political polarization and environmental attitudes: A cross-national analysis. *Environmental Politics*, *29* (4), S. 697-718.

113 Dietz, T., Kalof, L. & Stern, P. C. (2002). Gender, values, and environmentalism. *Social Science Quarterly*, *83* (1), S. 353-364.
114 Longhi, S. (2013). *Individual pro-environmental behaviour in the household context*. ISER Working Paper Series. https://www.econstor.eu/bitstream/10419/91690/1/770556108.pdf, abgerufen am 30.1.2025.
115 Kennedy, E. H. & Givens, J. E. (2019). Eco-habitus or eco-powerlessness? Examining environmental concern across social class. *Sociological Perspectives*, *62* (5), S. 646-667.
116 Ebd., S. 661 ff.
117 Stanley, S. K. & Wilson, M. S. (2019). Meta-analysing the association between social dominance orientation, authoritarianism, and attitudes on the environment and climate change. *Journal of Environmental Psychology*, *61*, S. 46-56. https://doi.org/10.1016/j.jenvp.2018.12.002
118 Ebd.
119 Aschauer, W. (2023). Perceptions of social challenges in Europe. Disentangling the effects of context, social structure, religion, values and political attitudes to identify potential drivers of societal change, In: Polak, R. & Rohs, P. (Hrsg.). Values – Politics – Religion: The European Values Study. In-depth Analysis – Interdisciplinary Perspectives – Future Prospects. Berlin: Springer, S. 393-448.
120 Siehe dazu ausführlich ausführlich die Beschreibungen zur Biographie Robert Jungks auf der Homepage der Robert-Jungk-Bibliothek, https://jungk-bibliothek.org/wer-war-robert-jungk/mein-leben-fur-die-zukunft/, abgerufen am 30.1.2025.
121 Dies entspricht auch der Frustrations-Aggressions-hypothese, die in der Sozialpsychologie bereits in den 1970er Jahren umfassend beleuchtet wurde, Dollard, J. (1971). *Frustration und Aggression* (2. Auflage). Weinheim: Beltz.
122 Zu aktuellen Projekten siehe beispielsweise hier: https://www.plus.ac.at/soziologie-und-sozialwissenschaftliche-geographie/fb/forschung/innovative-methodische-zugaenge/projekte/
123 Siehe z. B. Dillman, D. A., Smyth, J. D. & Christian, L. M. (2014). *Internet, phone, mail, and mixed-mode surveys: The tailored design method*. John Wiley und Sons.
124 Siehe hierzu ganz aktuell Prandner, D. & Seymer, A. (2024). Datenqualität und Generalisierbarkeit von Online Access Panels: Reflexionen zur Datenbasis des Buchs. In Aschauer, W., Eder, A. & Prandner, D. (Hrsg.) *Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos. S. 483-502.
125 Siehe https://www.igf.at/
126 Dabei handelt es sich häufig um Personen mit niedrigem Bildungsniveau oder auch ältere Personen aus ländlichen Gebieten, bei denen im Endeffekt von einer leichten Verzerrung auszugehen ist. Denn insbesondere im höheren Alter dürften es primär technisch affine Personen sein, die an derartigen Befragungen teilnehmen.
127 Für eine aktuelle Studie dazu, siehe beispielsweise Vriesema, C. C. & Gehlbach, H. (2021). Assessing Survey Satisficing: The Impact of Unmotivated Questionnaire Responding on Data Quality. *Educational Researcher*, *50*(9), 618–627. https://doi.org/10.3102/0013189X211040054
128 Vgl. hierzu Pasek, J. (2022). anesrake: ANES Raking Implementation. https://cran.rproject.org/web/packages/anesrake/anesrake.pdf
129 Eine deskriptive Analyse und ein Abgleich mit der Bevölkerungsstatistik 2024 zeigt, dass Einwohner:innen der Stadt Salzburg und Angehörige des Pinzgaus leicht überproportional in der Stichprobe vertreten sind. Insgesamt entsprechen die Prozentwerte der Stichprobe aber weitestgehend der Bevölkerung in den Bezirken.
130 Die Signifikanz wird in der Statistik mittels des p-Wertes überprüft. Dieser drückt die Wahrscheinlichkeit aus, dass es *keinen* Effekt bzw. Einfluss der jeweiligen Variable gibt. Je geringer der p-Wert, desto wahrscheinlicher ist daher die Annahme, dass es tatsächlich einen Effekt gibt. Üblicherweise wird dann von einem Trend zur Signifikanz gesprochen, wenn die Wahrscheinlichkeit, dass kein Effekt besteht, bei weniger als 10 % liegt ($p < 0{,}1$). Ein signifikanter Effekt wird schließlich bei ($p < .05$) erreicht. Bei einem $p < 0{,}01$ spricht man von einem hoch signifikanten Effekt, bei einem $p < 0{,}001$ bereits von einem höchstsignifikanten Ergebnis. Eine statistische Konvention ist, Trendergebnisse mit einem + zu versehen, während ein Sternchen* ein signifikantes Ergebnis, ** zwei Sternchen ein hochsignifikantes Ergebnis und *** drei Sternchen ein höchst signifikantes Ergebnis verdeutlichen (vgl. hierzu zum Beispiel Schnell, R., Hill, P. & Esser, E. (1999) *Methoden der empirischen Sozialforschung* (6. Auflage). München: Oldenbourg, hier S. 411 ff.).
131 Vgl. hier z. B. Kelle, U. (2014). Mixed methods. In: Baur, N. & Blasius, J. (Hrgs.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 153-166). Wiesbaden: Springer VS.
132 Siehe hierzu einen jüngst veröffentlichten Artikel als Kurzzusammenfassung der Ergebnisse: Aschauer, W. (2024). Autoritäre Dynamiken und Verschwörungsglaube: Einsichten in die Salzburger Autoritarismusstudie 2021. *Medienjournal-Zeitschrift für Medien-und Kommunkiationsforschung*, 47 (4), S. 7-28.
133 Siehe hierzu z. B. Dimbath, O. (2013). Visuelle Stimuli in der qualitativen Forschung: Potenziale und Grenzen des fotogestützten Interviews. *Soziale Welt*, 64 (1), S. 137-152.
134 Vgl. Harper, D. (2002). Talking about pictures – a case for photo elicitation, *in: Visual Studies,* Vol. 17 (1), S. 13-26.
135 Vgl. Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus.* Berlin: Suhrkamp.
136 Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik E., Levinson D.J. & Sanford, R. N. (1950). *The authoritarian personality*. New York: Harper & Brothers.

137 Mau, S., Westheuser, L. & Lux, T. (2023). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft* (7. Auflage). *Frankfurt:* Suhrkamp, hier S. 38.
138 In Ausnahmefällen wird auch eine Skala mit fünf Abstufungen herangezogen, wie beispielsweise in Bezug auf Zukunftspessimismus (meine eigene Situation / die Lage in Österreich wird sich von 1 = stark verbessern bis 5 = stark verschlechtern).
139 Vgl. als einführenden Text dazu: J. Kopp & D. Lois (2014). Sozialwissenschaftliche Datenanalyse. Wiesbaden: Springer-VS, hier S. 84 f.
140 Siehe z. B. Schnell, R., Hill, P. & Esser, E. (1999) *Methoden der empirischen Sozialforschung* (6. Auflage). München: Oldenbourg, hier S. 147.
141 Vgl. dazu aktuell Aeppli, C. & Ruedin, D. (2022). *Let's Measure Agreement, Consensus, and Polarization in Ordinal Data.* https://doi.org/10.31235/osf.io/syzbr
142 Vgl. hierzu auch ausführlich die Erläuterungen zum Polarisierungsindex von Mau, S., Westheuser, L. & Lux, T. (2023). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft* (7. Auflage). *Frankfurt:* Suhrkamp, hier S. 65 f.
143 Zur Berechnung des Polarisierungsindex steht mittlerweile auch ein Package der Statistiksoftware R zur Verfügung, womit die Werte einfach berechnet werden können. Siehe hierzu Ruedin, D. (2023). *An Introduction to the R Package Agrmt*. https://cran.r-project.org/web/packages/agrmt/vignettes/agrmt.pdf
144 Dies wird in der Statistik mit dem Begriff der Messbarmachung bzw. der Operationalisierung ausgedrückt (vgl. hier zum Beispiel Schnell, R., Hill, P. & Esser, E. (1999). *Methoden der empirischen Sozialforschung* (6. Auflage). München: Oldenbourg, hier S. 10).
145 Siehe hierzu Kraemer, K. (2009). Prekarisierung – jenseits von Stand und Klasse? In R. Castel & K. Dörre (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts* (S. 241-254). Frankfurt, New York: Campus.
146 Siehe dazu: Anhut, R. & Heitmeyer, W. (2005). Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse. In W. Heitmeyer & P. Imbusch (Hrsg.), Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. VS-Verlag, S. 75-100.
147 Siehe ausführlich Rippl, S. & Baier, D. (2005). Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. *KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57 (4), 644-666, hier S. 646-651.
148 Vgl. Hierzu z. B. Deppisch, L. (2020). Gefühle des Abgehängtseins – ein Angstdiskurs. In: Martin, S. & Linpinsel, T. (Hrsg.). Angst in Kultur und Politik der Gegenwart, Wiesbaden, S. 179-203.
149 Erstmals Srole, L. (1956). Social integration and certain corollaries: An exploratory study. *American sociological review*, 21 (6), S. 709-716.
150 Prandner, D., Aschauer, W. & Moosbrugger, R. (2020). The Austrians' expectations for the future: Explanations based on a structural equation model combining various predictors of social integration. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 45(2), S. 235-255.
151 Siehe Ulrich, M. (2021). Politische Ideologien (POLID). GESIS-Leibniz-Institut Für Sozialwissenschaften (Zusammenstellung sozialwissenschaftlicher Items und Skalen). https://doi.org/10.6102/zis313, abgerufen am 5.1.2025.
152 Vgl. hierzu Ulrich, M. (2024). Die dynamische Statik von politischen Ideologien während der Covid-19-Pandemie. In: W. Aschauer, A. Eder & D. Prandner (Hrsg.). Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Gesellschaft. Ergebnisse der Längsschnittstudie „Werte in der Krise 2020-2022. Baden-Baden: NOMOS, S. 451-462.
153 Es handelt sich dabei um den Indikator: „Das Wichtigste, was man seinem Kind beibringen kann, ist Mitgefühl mit denen, die es schwerer haben", der ebenfalls in weiteren Analysen nicht berücksichtigt wird.
154 Hierbei handelt es sich um den Indikator „Gerechtigkeit bedeutet, dass ich nicht für Leute aufkommen muss, die nicht so viel leisten wie ich selbst.", wie auch in der Tabelle ersichtlich ist.
155 Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik E., Levinson D. J. & Sanford, R. N. (1950). *The authoritarian personality*. New York: Harper & Brothers.
156 Siehe hierzu den Vorabdruck der internationalen Autoritarismusstudie: Ziegler, P. & Schulz-Tomančok, A. (2024). Autoritarismus, historische Wahrnehmungen und demokratische Dispositionen in Österreich, der Tschechischen Republik, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Italien, Polen und dem Vereinigten Königreich: Methodik und vergleichende Ergebnisse der Online-Umfragen 2019 und 2022, hier S. 19, verfügbar unter https://table.media/wp-content/uploads/2024/03/18163251/Autoritarismus_Studie.pdf.
157 Wir verwenden in der Salzburger Autoritarismusstudie eine vierstufige Skala, während die Rathkolb-Studie auf eine fünfstufige Antwortskala mit einer Mittelkategorie zurückgreift.
158 Dies ist auch die Erklärung der geringen Zustimmungsraten im deutschsprachigen Raum in der internationalen Vergleichsstudie, vgl. ebd., S. 18.
159 Die rechtliche Aufarbeitung einzelner Korruptionsaffären, die zum damaligen Rücktritt der Regierung führte, ist bis zum aktuellen Zeitpunkt im Gange.
160 Für eine detaillierte Kritik an der ursprünglichen Messung der F-Skala siehe beispielsweise: Rippl, S., Kindervater, A. & Seipel, C. (2000). Die autoritäre Persönlichkeit. Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze. In: dies. (Hrsg.). *Autoritarismus. Kontroversen und aktuelle Forschungsansätze*. Opladen: Leske & Budrich, S. 13-32.
161 Decker, O. et al. (2020). Das autoritäre Syndrom. Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit. In: O. Decker & E. Brähler (Hrsg.). *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität*. Gießen: Psychosozial-Verlag, hier S. 196.
162 Siehe ausführlich Aschauer, W. & Heinz, J. (2023). Autoritäre Dynamiken in der Corona-Krise. Einblicke in das Ausmaß von Autoritarismus und Coronaskepsis in der Salzburger Bevölkerung 2021, JBZ Arbeitspapiere 64. https://jungk-bibliothek.org/wp-content/uploads/2023/04/AP-64-Autoritarismusstudie-nach-Corona.pdf, hier S. 17.
163 Fünf Indikatoren wurden schlussendlich nicht

berücksichtigt, weil diese a) entweder auf keinen Faktor eindeutig laden bzw. b) zu weiteren Faktoren führen, die kaum Erklärungskraft haben. Es handelt sich hierbei um die beiden Items, die Destruktivität und Zynismus messen („So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, eine Familie mit Kindern zu gründen."; „In jedem Menschen steckt auch etwas Gutes.") sowie auch die Indikatoren, die auf eine übertriebene Beschäftigung mit sexuellen Vorgängen hindeuten („Nach allem, was man heute hört und sieht, zeigt sich ein erschreckendes Absinken der sexuellen Moral."; „Homosexualität ist gegen die Natur."). Zusätzlich wurde auch ein Indikator, der im Umkehrschluss auf Machtdenken und Kraftmeierei hinweisen sollte, nicht berücksichtigt („Es ist in Ordnung, auch einmal Schwäche zu zeigen.").

164 Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus.* Berlin: Suhrkamp.

165 Vgl. Heitmeyer, W. (2008). Ideologie der Ungleichwertigkeit. In: *Deutsche Zustände. Folge 6*. Edition Suhrkamp, 2525. Frankfurt am Main. S. 36-44.

166 Aschauer, W. & Heinz, J. (2018). *Autoritäre Einstellungen in Salzburg. Eine Mixed- Methods Studie zu aktuellen Bedrohungswahrnehmungen und Reaktionsweisen verschiedener sozialer Gruppen*. Salzburg: Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen. Online abrufbar unter: https://jungk-bibliothek.org/wp-content/uploads/2018/05/Autoritäre-Einstellungen-in-Salzburg.pdf, abgerufen am 1.10.2022.

167 Vgl. zu diesen beiden Prozessen des Autoritarismus insbesondere Duckitt, J. (2001). A dual-process cognitive-motivational theory of ideology and prejudice. *Advances in experimental social psychology*, *33*, 41-113.

168 Weitere Indikatoren, die insbesondere auf migrationskritische Haltungen abzielen, werden in der sogenannten Innen-Außen-Dimension (als wesentliche Ungleichheitsarena) präsentiert, wobei auch hier Mittelwerte und Polarisierungsindizes im nächsten Abschnitt berichtet werden.

169 Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft* (7. Auflage). *Frankfurt:* Suhrkamp.

170 Siehe ebd., S. 246.

171 Amlinger, C. & Nachtwey, O. (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus.* Berlin: Suhrkamp.

172 Siehe Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag, hier S. 47 ff.

173 Bei allen vier Dimensionen liegt der Wert der Reliabilität der Messung (Cronbach $\alpha > 0{,}6$ (mittlere Messqualität) bzw. meist auch über 0,7 und 0,8, was eine gute bis sehr gute Messgenauigkeit verdeutlicht.

174 In Bezug auf die Verallgemeinerungen der Ergebnisse gelten die Einschränkungen, die in Kapitel 4 näher thematisiert wurden. Die Stichprobe im Jahr 2024 fällt etwas geringer aus, weil erstmals auch nach Schnellausfüller:innen kontrolliert wurde. Es wurde jener Anteil der Stichprobe nicht berücksichtigt, wo die Ausfülldauer unter 10 Min. lag. Auch bei den früheren Stichproben ist davon auszugehen, dass teilweise der Fragebogen nicht seriös beantwortet wurde. Insofern könnten die Daten von 2024 trotz der geringeren Stichprobe als etwas präziser als die Daten der früheren Erhebungswellen eingestuft werden.

175 vgl. z. B. Schnell, R., Hill, P. & Esser, E. (1999) *Methoden der empirischen Sozialforschung* (6. Auflage). München: Oldenbourg, hier S. 415.

176 Bei einem $p < 0{,}01$ spricht man von einem hoch signifikanten Effekt, bei einem $p < 0{,}001$ bereits von einem höchstsignifikanten Ergebnis. Eine statistische Konvention ist, Trendergebnisse mit einem + zu versehen, während ein Sternchen* ein signifikantes Ergebnis, ** zwei Sternchen ein hochsignifikantes Ergebnis und *** drei Sternchen ein höchst signifikantes Ergebnis verdeutlichen (vgl. ebd.,S. 411 ff.).

177 Vgl. hierzu auch Linden, M. & Thaa, W. (Hrsg.), (2011). *Krise und Reform politischer Repräsentation*. Baden-Baden: Nomos.

178 Heitmeyer, W. (2018). *Autoritäre Versuchungen: Signaturen der Bedrohung. Frankfurt:* Suhrkamp Verlag, hier S. 148.

179 Siehe dazu Heitmeyer, W. (2012). Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in einem entsicherten Jahrzehnt. In ders. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp, hier S. 35.

180 Die Daten 2024 sind durch das Umfrageexperiment mit den zwei Versionen der Aussage (Führer vs. Führungspersönlichkeit) leicht verzerrt. Dennoch zeigt sich, dass bei jener Gruppe, die das Item gleichlautend wie 2021 erhalten hat, die Zustimmung auch „nur" noch bei 70 % lag.

181 Siehe hierzu den Endbericht von Starkbaum, J. et al. (2023). Ursachenstudie zu Ambivalenzen und Skepsis in Österreich in Bezug auf Wissenschaft und Demokratie, https://pubshop.bmbwf.gv.at/index.php?rex_media_type=pubshop_download&rex_media_file=endbericht_ursachenstudie_ihs.pdf, abgerufen am 12.1.2025.

182 Zeitlin, J. & Nicoli, F. (Eds.). (2020). *The European Union Beyond the Polycrisis?: Integration and politicization in an age of shifting cleavages*. Routledge.

183 Vgl. Heitmeyer, W. (2008). Ideologie der Ungleichwertigkeit. In: *Deutsche Zustände. Folge 6*. Edition Suhrkamp, 2525. Frankfurt am Main. S. 36-44.

184 Vgl. hierzu ganz aktuell Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2024). Antisemitismus als individuelles Ressentiment und gesellschaftliches Sediment. In: O. Decker, J. Kiess, J., A. Heller & E. Brähler (Hrsg.). Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Gießen: Psychosozial Verlag, S. 161-180.

185 Norris, P. & Inglehart, R. (2019). *Cultural backlash: Trump, Brexit, and authoritarian populism*. Cambridge: Cambridge University Press.

186 Die Dimension der autoritären Aggression wurde nicht berücksichtigt, weil diese ganz stark mit der Innen-Außen-Dimension (Wahrnehmung einer ethnischen Bedrohung vs. Befürwortung einer multikulturellen Gesellschaft) verschränkt ist. Zudem sind alle vier Autoritarismusdimensionen

stark miteinander verschränkt (siehe Tabelle 6). Um Einflussfaktoren unverzerrt abzuleiten, werden deshalb nur drei der vier Autoritarismusdimensionen als Erklärungsfaktoren aufgenommen.

187 Da die jeweiligen abhängigen Variablen Skalenwerte verdeutlichen, verwenden wir die Methode der linearen Regression. Diese Regression funktioniert nach dem Prinzip der kleinste-Quadrate-Schätzung und wird deshalb auch OLS-Regression genannt (Ordinary Least Squares) (vgl. hierzu: Urban, D. & Mayerl, J. (2018). *Angewandte Regressionsanalyse: Theorie, Technik und Praxis*. Wiesbaden: Springer VS, hier S. 33-45.

188 Wenn beispielsweise mehr als 20 % Erklärungskraft besteht, bedeutet dies, dass 20 % in der Streuung der jeweiligen Variable auf diese Einflussfaktoren zurückzuführen sind, der Rest sind noch unentdeckte Faktoren. Bei einer Erklärungskraft von mehr als 50 % ist es bereits gelungen, mehr als 50 % der Streuung durch die jeweiligen Einflussfaktoren „aufzuklären".

189 Vgl. z. B. d'Anjou, L., Steijn, A. & Van Aarsen, D. (1995). Social position, ideology, and distributive justice. *Social Justice Research*, 8 (4), 351-384.

190 Bohnsack, R. (2001). Dokumentarische Methode: Theorie und Praxis wissenssoziologischer Interpretation. In Hug, T. (Hrsg.), Wie kommt Wissenschaft zu Wissen? Band 3: Einführung in die Methodologie der Sozial- und Kulturwissenschaften (S. 326-345). Schneider Verlag Hohengehren. S. 335.

191 El-Mafaalani, A. (2012). Zusammenfassung: Habitustransformation und soziale Mobilität. In BildungsaufsteigerInnen aus benachteiligten Milieus. VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-531-19320-5_9, hier S. 108.

192 Przyborski, A. & Wohlrab-Sahr, M. (2014). Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch. Oldenburg Verlag. hier S. 295.

193 Bohnsack, R. (2014). Rekonstruktive Sozialforschung: Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung (9. Aufl.). Verlag Barbara Budrich. S. 61.

194 Bohnsack, R., Nentwig-Gesemann, I. & Nohl, A.-M. (2013). Einleitung: Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis. In R. Bohnsack, I. Nentwig-Gesemann, & A.-M. Nohl (Hrsg.), Die dokumentarische Methode und ihre Forschungspraxis: Grundlagen qualitativer Sozialforschung (S. 9-33). Springer VS. S. 16.

195 Mannheim, K. (1980). Strukturen des Denkens. Suhrkamp. S. 73.

196 Nohl, A.-M. (2016). Innovationen in der dokumentarischen Interpretation narrativer Interviews. Sozialer Sinn, 17 (2), 329-354. https://doi.org/10.1515/sosi-2016-0013, S. 330.

197 Hochschild, A., (2016). Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt/New York: Campus.

198 An dieser Stelle möchten wir den Studierenden nochmals herzlich für Ihren Einsatz und die Bereitstellung der Interviews danken.

199 Akremi, L. (2019). Stichprobenziehung in der qualitativen Sozialforschung. In: Baur, N., Blasius, J. (Hrsg.) Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-21308-4_21, S. 320.

200 Das Kürzel setzt sich zusammen aus der Bezeichnung „I" für Interview, „R" bzw. „L" für rechts- bzw. linksorientiert, die Nummer des durchgeführten Interviews und des Geschlechts.

201 Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp, hier S. 48.

202 Vgl. ebd., S. 82.

203 Ebd., S. 115.

204 Ebd., S. 115.

205 Mau et al. 2023, S. 115.

206 Vgl. ebd.

207 Vgl. ebd.

208 Schubert, L. (2020). Arbeiterschaft und Rechtspopulismus in Österreich – eine etwas andere deep story. In K. Dörre (Hrsg.), In der Warteschlange. Arbeiter:innen und die radikale Rechte. S. 224-238. Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 232.

209 Schoibl, H. (2013). Notreisende und Bettel-MigrantInnen in Salzburg. Eine Erhebung im Auftrag des Salzburger Netzwerks gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Abrufbar unter: https://helixaustria.com/wp-content/uploads/2018/06/Not-Reisen_und_Bettel-Migration_Bericht_131001.pdf (zuletzt aufgerufen am 22.01.2025).

210 Mau et al. 2018, S. 115.

211 Vgl. Nachtwey, O. (2016). Die Abstiegsgesellschaft: Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Suhrkamp Verlag. S. 109 und Corak, M. (2013). Income inequality, equality of opportunity, and intergenerational mobility. Journal of Economic Perspectives, 27(3), 79-102, zitiert nach Mau, S., Lux, T. & Westheuser, L. (2023). Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp. S. 85.

212 van Oorschot, W. (2006). Making the difference in social Europe: Deservingness perceptions among citizens of European welfare states. Journal of European Social Policy, 16(1), 23-42. Und van Oorschot, W., Roosma, F., Meuleman, B. & Reeskens, T. (2017). The social legitimacy of targeted welfare: Attitudes to welfare deservingness. Edward Elgar Publishing.

213 Vgl. Mau et al. 2023, S. 129.

214 Vgl. Hochschild 2016 und Heitmeyer, W. (2009). Leben wir immer noch in zwei Gesellschaften? 20 Jahre Vereinigungsprozess und die Situation Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. In: Ders. (Hrsg.). Deutsche Zustände. Folge 7, 13-49. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

215 Mau et al. 2023, S. 154.

216 Vgl. Dörre, K. (Hrsg.) (2020). In der Warteschlange. Arbeiter:innen und die radikale Rechte. Verlag Westfälisches Dampfboot. S. 283.

217 Heitmeyer 2009

218 Vgl. Herrmann, A. (2001). Ursachen des Ethnozentrismus in Deutschland: Zwischen Gesellschaft und Individuum. VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 34.

219 Reckwitz, A. (2024). Verlust: Ein Grundproblem der Moderne. Suhrkamp. S. 391.
220 Ebd., S. 391 f.
221 https://www.hs-bremen.de/die-hsb/aktuelles/nachricht/prof-dr-rainer-lisowski-zum-thema-remigration/ (zuletzt aufgerufen am 28.01.2025)
222 https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus (zuletzt aufgerufen am 28.01.2025)
223 Bei der FPÖ lautete ein Kapitel des Nationalrats-Wahlprogramms „Festung Europa und Remigration", es ist Stand heute, 23.01.2025 jedoch nicht mehr online abrufbar.
224 Heitmeyer, W. (2018). Autoritäre Versuchungen. Suhrkamp. S. 356.
225 Zick, A., Küpper, B. & Mokros, N. (2023). Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 60. https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd (zuletzt aufgerufen am 28.01.2025)
226 Vgl. Gadinger, F. & Simon, E. (2019). Kalkulierte Ambivalenz, mobilisierte Ängste und volksnahe Inszenierung: Rechtspopulistische Erzählstrategien in Wahlkampagnen und Regierungspraxis (Calculated ambiguity, mobilized fear and the performance of ordinariness: Right-wing populist narrative strategies in election campaigning and governing practices). 30. 10.1007/s41358-019-00176-5. Und Wodak, R. (2015). The politics of fear: What right-wing populist discourses mean. SAGE Publications. https://doi.org/10.4135/9781446270073
227 Zick et al. 2023, S. 59.
228 Vgl. Mau et al. 2023
229 Ebd., S. 202.
230 Ebd., S. 203.
231 Bauman, Z. (2017). Retrotopia. Berlin: Suhrkamp Verlag.
232 Ebd., S. 157.

JBZ

Wie jetzt?
Wie morgen?

Der **Zukunfts-Podcast** aus der Robert Jungk Bibliothek

Überall zu finden,
wo es Podcasts gibt.

Durch geöffnete Türen gehen Kenntnisse nicht nur hinaus, sondern fließen auch hinein.

Robert Jungk

jungk-bibliothek.org

JBZ

Robert **Jungk**
Bibliothek für
Zukunftsfragen

jungk-bibliothek.org

JBZ Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen

JBZ Arbeitspapiere 75 · AT/DE € 9,90
ISBN 978-3-902876-70-6